Jan/Feb 1987
4,— DM

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Bonn verabschiedet neue »Terrorgesetze«
Bayern verbietet Anti-AKW-Bundeskonferenz
Bewegung läßt sich die Diskussionsfreiheit nicht nehmen

Nächste Buko Anfang '87

Collection Laka Foundation
www.laka.org
Digitized 2016

Nicht nur für Insider

Alternative Informationsdienst
Alternative Kommunalpolitik

Alternative Kommunalpolitik. Fachzeitschrift für Grüne und Alternative Politik. 6mal im Jahr. 68 Seiten. Einzelpreis DM 7,- (zzgl. Versand). Jahres-Abo DM 42,- (incl. Versand).

...und noch was: Das aktuelle AKP-Heft zum Kennenlernen versenden wir postwendend, wenn uns DM 7,- in Briefmarken zugehen.

Redaktion/ Vertrieb: Alternative Kommunalpolitik Herforder Str. 92 4800 Bielefeld 1 (0521/17 75 17)

AIB-Sonderheft 4/1986

Wahlen '87

Bundesrepublik und Dritte Welt

Themen:

- Neuorientierung der Entwicklungspolitik
- Wem nutzt die Entwicklungshilfe?

Der bundesdeutsche Anteil

- an der wirtschaftlichen Ausbeutung
- an der Schuldenkrise
- am NATO-Interventionismus
- Fallbeispiele: Nicaragua und Südafrika
- Anliegen der Solidaritätsbewegung
- Alternativen der Opposition
- Dokumente, Rezensionen

Exklusiv Interviews mit

- Uwe Holtz (SPD)
- Annemarie Borgmann (Die Grünen)
- Karl-Heinz Hansen (Friedensliste)

32 Seiten (DIN A 4), 2,50 DM

Bezugsbedingungen: 33% Rabatt ab 10 Expl. – Vorauszahlung in Briefmarken oder per Verrechnungsscheck. Porto: 1 Heft 0,60 DM; 5 Hefte 1,15 DM; 10 Hefte 1,90 DM; 20 Hefte 3,– DM. Abonnement: 12 Nummern im Jahr. 33 DM.

Coupon/Bitte einschicken an:
AIB, Liebigstr. 46, D-3550 Marburg
Ich bestelle:
☐ ___ Expl. AIB-Sonderheft 4/1986
☐ ___ ein kostenloses AIB-Probeheft

Name: _____

Adresse: _____

_____

_____

at AIB
DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT
Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

100

Lateinamerika 1976-1986

Zum 100. Mal! **Lateinamerika den Lateinamerikanern!** Unsere erste dreistellige Nummer nehmen wir zum Anlaß, in erweiterter Form auf die entscheidenden Vorgänge einzugehen, die in den letzten zehn Jahren - seit Bestehen des ila-info - die Wirklichkeit dieses Kontinents geprägt haben. Diktaturen und ihre Folgen, Verschuldungskrise, Technologieabhängigkeit, Kirche und christliche Bewegungen, Gewerkschaften, Interventionen bzw. Interventionsdrohungen, Befreiungsbewegungen an und vor der Macht usw., usw. ...

an der Nr. 100 arbeiten mit: Osvaldo Bayer, Kuno Füssel, Eduardo Galeano, Gaby Gottwald, Brigitte Heinrich, Jochen Hippler, José Lutzenberger, Angelica Meza, Fernando Mires, Werner Olle, Michael Rediske, Horst Rogmann, Helmut Schaaf, Dietrich Schulze-Marmeling, Peter B. Schumann, Carlos Tello, ila-Mitarbeiter/innen u. v. a. m.

Die Nummer 100 hat doppelten Umfang, dennoch kostet sie wie immer DM 3,50 zuzügl. Porto (bei Bestellung bitte Bargeld, Briefmarken oder Verrechnungsscheck direkt beilegen)

ila-info erscheint 10 x im Jahr

Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V. Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-658613

Impressum

Die a t o m ist eine Gemeinschaftsproduktion von Atom Express und atommüllzeitung und wird herausgegeben vom Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und vom Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen.

Redaktionsanschriften:

Atom Express:

Rheinhäuserlandstr. 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158

atommüllzeitung:

Sültenweg 53, 2120 Lüneburg,
oder
c/o. Günter Garbers, Posener Str. 22, 2121 Reppenstedt, Tel.: 04131/63315

Bestelladresse:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen
Konto: „atom", G. Garbers,
PSchA. Hamburg, Nr. 378 14 - 206

V.i.S.d.P.:

Enno Brand, Günter Garbers, Sabine Roisch, Bernd Weidmann

Diese Ausgabe kostet 4,00 DM, für BI's und Wiederverkäufer 3,00 DM. Ein Abo für 5 Ausgaben (incl. Porto) kostet 25,00 DM, Förderpreis 35,00 DM.

Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absender, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie den Absendern mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Archivarisches

Dies ist die a t o m 13. Oder nach alter Zählweise: Atom Express 53 und atommüllzeitung 40.

Januar/Februar 1987

INHALT

Radi - Aktiv erneut beschlagnahmt... 4

I. Schwerpunkt:
Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Bayern verboten. ...5

- Das Verbot geht alle an
- Was ist passiert ?
- Dokumentation der Verbotsverfügung
- Wie weiter nach dem BuKo - Verbot ?

II. Schwerpunkt:
Kriminalisierung 17

- § 129 a / 130 a StGB - Gesetze gegen radikale Bewegungen
- Diskussionen zum Unfall beim Strommastumknicken

Wendland: Anklage nach § 129 beantragt.. ... ... .24

III. Schwerpunkt
Atomfabrik Hanau 25

- Neuer Kristallisationspunkt
- Scherben bringen nicht immer Glück
- Demo und Kundgebungsbeiträge vom 8.11.86
  u.a. von Robert Jungk, Karl-Heinz Roth, Autonomer Beitrag ...
- RBU: Hauptsache Koalitionsfrieden
- Alkem: Plutoniumabzweigung nicht zu verhindern

Standorte 40

- Brokdorf am Netz
- Urananreicherungsanlage Gronau
- Stade, Lingen etc.

Wackersdorf 46

- Blockadetage in der Oberpfalz
- Widerstands - Chronik IV

Herzschläge 54

Diskussionsartikel: Anti-AKW-Bewegung und Militarismus 56
Imperialismus u. Patriachat.

Sowjetunion: Eine Havarienach der anderen ....:60

Tschernobyl: das real existierende Inferno.....64
Jens Scheer: Millionen Menschen werden an den Folgen von Tschernobyl sterben

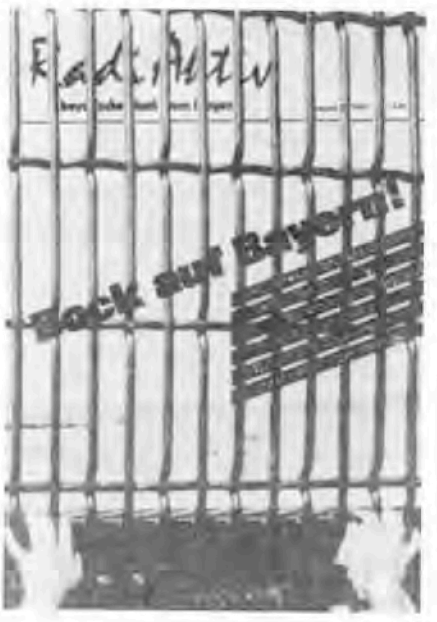
Konferenz der „Neuen Bewegung" in Detmold 70

RADI-AKTIV Nr. 10 beschlagnahmt!

Nun wurde auch Ausgabe Nr. 10 des RADI-AKTIV beschlagnahmt. Deutlicher können es die Ermittlungsbehörden nicht mehr machen: Verfolgt wird nicht, was schwarz auf weiß auf dem Papier steht, sondern das, was eventuell im Kopf des Lesers (des Staatsanwalts?) vorgehen könnte: Gesinnung wird zur Straftat! An der RADI-AKTIV soll ein Exempel durch Beschlagnahme und Verfolgung jeder neuen Ausgabe statuiert werden. Die Berichterstattung über den Widerstand gegen die WAA und andere Atomanlagen soll auf diese Weise unterbunden werden. Dabei versuchen die bayerischen Behörden, den im Rahmen der sog. Anti-Terror-Gesetze geplanten Zensurparagraphen § 130a StGB (Anleitung zu strafbaren Handlungen) vorwegzunehmen. Platte Interpretationsversuche müssen dazu herhalten, den Verdacht der Aufforderung zu strafbaren Handlungen zu konstruieren. Allein die klare Gegnerschaft bundesdeutscher Atompolitik soll zur Verfolgung der Zeitung genügen. Als der zwischenzeitlich abgeschaffte und nun wieder geplante § 130a StGB, der die Anleitung zu Straftaten unter Strafe stellt, noch Gültigkeit hatte, urteilte der Bundesgerichtshof: „ Bei der Beurteilung (...) des Inhalts der Schrift sind daher auch solche Gedanken zu berücksichtigen, die der verständige Leser erkennt, selbst wenn sie nur zwischen den Zeilen zu lesen sind. " (BGHSt 16,53).

Obgleich der § 130a StGB noch nicht und hoffentlich nie in Kraft ist, hat sich die Ermittlungsbehörde diesen Grundsatz bei der neuen Beschlagnahme schon zu Herzen genommen.

Am 13. 10. (kurz vor den Blockadeaktionen) durchsuchte die Polizei das Anti-WAA-Büro in Schwandorf und das Info-Büro in Altenschwand. Dabei wurden neben Megaphonen, Schreibmaschinen, Adressenlisten, Flugblättern und Broschüren auch 500 Exemplare des RADI-AKTIV Nr. 10 beschlagnahmt. Die Kriminalpolizei Amberg erklärte gegenüber unserem Rechtsanwalt, es läge ein Beschlagnahmebeschluß gegen das RADI-AKTIV vor, was nachweislich gelogen war. Offensichtlich mußte nun die Staatsanwaltschaft einen Straftatbestand konstruieren, um die Rückgabe der von ihr so unerwünschten Zeitung zu verhindern. Bei diesem Versuch übertraf sie alles bisher Dagewesene:



Nicht der konkrete Inhalt, sondern die vermeintliche Fähigkeit, die Kunst des Gedankenlesens zu beherrschen, dienten der Beschlagnahmungsbegründung. In jedem RADI-AKTIV befindet sich eine unkommentierte Seite, die die am WAA-Bau beteiligten Firmen aufzählt. Diese sog. „Gelbe Seite" soll die Grundlage sein für den Vorwurf, „öffentlicher Aufruf zu Straftaten".

Die Willkürlichkeit dieser Konstruktion wird deutlich an der „Begründung" des Beschlagnahmebeschlusses. Denn nach Auffassung des Richters werde auf der „Gelben Seite" in nicht ungeschickter, aber leicht durchschaubarer Weise vorgetäuscht, es handle sich nur darum, etwa durch persönlichen Einkaufsboykott die jedermann zustehenden Grundrechte wahrzunehmen. Dadurch solle vielleicht erreicht werden, daß die bezeichneten Firmen aus Furcht vor Verlusten von weiterer Mitarbeit an der WAA Abstand nehmen. Aus dem gesamten Inhalt der Zeitschrift ergebe sich, daß gewaltsames Vorgehen nicht nur gebilligt, sondern als Gebot für alle gleichgesinnten Leser angesehen werde.

Eine kommentarlose Dokumentation über stattgefundene bisherige Anschläge im Zusammenhang mit der WAA, wie sie in vielen anderen Zeitungen nachzulesen ist, wird bewußt falsch zitiert als „Erfolgsübersicht". Die zweite beanstandete Seite ist die Leserbriefseite, auf welcher eine Gruppe der „Bessunger Knabenschule" in Darmstadt, zu bundesweiten dezentralen Widerstandstagen und zum Stromabschalten durch Herausdrehen der Sicherungen unter dem Motto „endlich einmal richtig abschalten", aufruft.

Das Verfahren gegen die RADI-AKTIV richtet sich letztendlich gegen die gesamte Anti-WAA-Bewegung. Als Zeitung der Bewegung ist das RADI-AKTIV ein wichtiges Instrument, um den Informationsfluß zu gewährleisten und Auseinandersetzungen zwischen den unterschiedlichen Strömungen der Bewegung zu ermöglichen. Nicht zuletzt dient es dazu, die Argumente der Anti-WAA-Bewegung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Kriminalisierung des RADI-AKTIV reiht sich ein in die Kriminalisierung des gesamten WAA-Widerstandes. Dazu gehören die über 3 000 Ermittlungsverfahren und die ausser Kraftsetzung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit durch permanente Demonstrationsverbote. Der bisherige Höhepunkt war die „Terroristenhatz" während den Blockadeaktionen gegen Oberpfälzer Bürger und Bürgerinnen.

Aus dem aktuellen Beschlagnahmebeschluß geht hervor, daß mittlerweile jegliche Äußerung zum Widerstand gegen die WAA, selbst die bloße Dokumentation, zur Aufforderung zu Straftaten hinkonstruiert wird.

Denn laut des Beschlusses würden die bisherigen Vorkomnisse, wie z. B. das Inbrandsetzen von Baumaschinen zeigen, worauf es dem Verfasser ankomme.

Die Beschlagnahme und die Prozesse gegen das RADI-AKTIV sind genauso wie die Beschlagnahme von Megaphon, Flugblättern und Schreibmaschinen, auf die Strukturen der Anti-WAA-Bewegung gerichtet. Es soll unmöglich gemacht werden, den Widerstand zu organisieren.

PROZESS-TERMIN *21. 1. 1987* *13^{30} Uhr*

Nürnberg, Amtsgericht, Fürtherstr.

Maulkorb für die Bewegung

Das Verbot der Anti-AKW-Buko geht alle an!

Zum ersten Mal in der Geschichte der Anti- AKW- Bewegung wird eine Bundeskonferenz verboten. Äußerer Anlaß ist ein Materialreader, der in der Schärfe der Auseinandersetzung und der Radikalität der Beiträge hinter Reader vergangener Bundeskonferenzen zurückfällt und dessen Aktionsvorschläge (Stade- Blockade, KWU- Aktionstage etc.)eher Ausdruck der "Nach- Tschernobyl- Ratlosigkeit" sind denn einer neuen Qualität oder Radikalisierung der Anti- AKW- Bewegung. Vordiskussionen und Stimmung ließen eine Konferenz erwarten, auf der nicht die große, aktionsmäßige Orientierung für's nächste Jahr festgeklopft wird, sondern Neubestimmung – des Wackersdorf- Widerstandes, des Verhältnisses zu den neuen Gruppen, zur Friedensbewegung, der Zusammenarbeit innerhalb der Bewegung – im Vordergrund stehen würde. Von den politischen Folgen von Tschernobyl abgesehen also eine Konferenz, wie sie in den vergangenen Jahren ohne direkte Bedrohung staatlicher Gewalt dutzendfach stattgefunden hat. Neu war nicht die Qualität dieser Konferenz – neu, bzw. erneut verschärft ist das politische Klima in diesem Land.

Aktionsformen wie Blockaden , zuletzt im Hunsrück von Teilen der Friedensbewegung durchgeführt, vorher in Wackersdorf, vor Chemiefirmen, wurden zu Straftaten deklariert, deren **Diskussion** juristisch und polizeilich verhindert werden muß. Diese Politik wird sich nicht auf Bayern beschränken, im Bundestag wurde sie von allen staatstragenden Parteien mit abgesegnet (s. Dokumentation) – die Grünen und die demokratische Öffentlichkeit schweigen überwiegend dazu. Die Wende ist nicht alleine eine der staatlichen Maßnahmen, sie wird auch in den Köpfen der Menschen vollzogen! Geprobt wurde in Regensburg, mit Vorabanwendung der neuen "Terrorgesetze" (Verschärfung des §129a und Wiedereinführung des 130a) die Zerstörung des gesellschaftlichen "Unruhepotentials", das den politischen Preis für die Durchsetzung von Atomanlagen oder Atomtransporten in die Höhe treibt.

Als Analogie zu Martin Niemöller (Als sie die Anti- AKW- Gruppen verfolgten, habe ich geschwiegen, ich gehörte ja nicht dazu– als sie die Friedensbewegung kriminalisierten, habe ich geschwiegen, ich war keiner von ihnen – als sie die Grünen verboten...) läßt sich feststellen: **die heute zerstörten Spielräume für Protest- und Widestand gegen die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen sind die Spielräume aller Bewegungen.** Die Debatte um das Verbot der BUKO und die politische Zurückweisung dieses Repressionsversuches ist eine Sache Aller, die sich mit den bestehenden Verhältnissen nicht abfinden wollen. An der Frage, regt sich gegen das BUKO- Verbot gesellschaftlicher Protest- oder wird es stillschweigend hingenommen, entscheidet sich letztlich auch die Frage, ob und in welcher Form die neuen "Terrorgesetze"durchgesetzt werden können.

Im Folgenden berichten wir über die Geschehnisse des BUKO-Wochenendes, dokumentieren aus der Verbotsverfügung der Stadt Regensburg und schätzen das Verbot und die "Lage der Bewegung" in zwei Beiträgen ein. Von der Zeitung "radi- aktiv" kam ein Bericht über ein erstes Treffen zur ev. Durchführung der nächsten BUKO in Nürnberg vom 16.-18. 1. 87, vom Göttinger AK sowie Mitgliedern der Redaktion Atom/Lüneburg gibt es eine Kritik an Ort und Zeit bzw. bisheriger Vorbereitung der BUKO.

Was ist passiert?

Am 28./29./30. November wollte sich die bundesweite Anti-AKW-Bewegung zu ihrer diesjährigen BuKo (Bundeskonferenz) in Regensburg treffen. Es war schon lange vorher bundesweit mobilisiert worden und in einem 110seitigen Reader stellten die verschiedenen BI's ihre Aktion- und Diskussionsvorschläge vor.

Am Donnerstag Nachmittag (27.11.) wurde der BIWAK (die ausrichtende Regensburger BI) durch die Stadt Regensburg (letzendlich auf Weisung des bayerischen Innenministerriums) mitgeteilt, daß die BuKo verboten sei - hiervon seien auch evtl. Ausweichveranstaltungen betroffen hieß es. Hiermit wurde zum erstenmal in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung eine BuKo verboten. Begründet wurde dies damit:„ *daß der Veranstalter oder sein Anhang Ansichten vertreten oder Äußerungen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben.*"(Verbotsverfügung).

Eine am Freitag, dem 28.11 von Prof. Jens Scheer eingereichte Einstweilige Verfügung gegen das Verbot beim Verwaltungsgericht Regensburg wurde ebenso zurückgewiesen, wie eine Klage vor dem letztinstanzlichen Verwaltungsgerichtshof in München einen Tag später.

Was wurde hier überhaupt verboten?

Auf den BuKo's wird seit 10 Jahren über die Inhalte und Bedeutung des Atomprogramms sowie über die Formen und Ziele des Protestes und Widerstandes gegen Atomanlagen diskutiert. In diesem Diskussionsverlauf haben sich Positionen herauskristalisiert die besagen, sich an der Frage der Widerstandsformen nicht spalten zu lassen und das Gewaltmonopol des Staates abzulehnen.

Der Staat hat in der Vergangenheit schon oft Protest- und Widerstandsformen die über den gesetzten Rahmen der Legalität hinausgehen versucht zu kriminalisieren.

In Regensburg ist nun aber etwas total neues passiert, hier ging es darum Diskussionen über evtl. Vorgehensweisen der Bewegung von vornherein zu verhindern:„*Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nichts erst abgegeben werden dürfen.*" (Verbotsverfügung)

Die Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht machte dann auch deutlich, unter welchen Bedingungen eine BuKo stattfinden dürfe. Der Veranstalter hätte angeben müssen, welche Arbeitsgruppen sich wo treffen und unter welcher persönlicher

Leitung die Arbeitsgruppen stattfinden. Dem Gericht wäre es somit möglich gewesen, jeweils 2 Pólizeibeamte in jede AG zu entsenden, die die einzelnen Wortbeiträge mitstenographieren und bei Äußerungen mit strafbarem Inhalt den Redner/innen das Wort entziehen bzw. die AG sofort abbrechen (sprich auflösen) würden.

Um das Verbot der BuKo praktisch durchusetzen war ein Polizeiaufgebot wie bei einer Großdemonstration bereitgestellt worden (nach offiziellen Angaen 1.200). Die Stadt Regensburg befand sich im Belagerungszustand.

Ein am Freitag Abend spontan durchgeführter Demonstationszug von ca. 250 Leuten wurde nach nur 200 m. von ca. 1.000 (!) Polizisten kurzfristig eingekreist, und anschließend „aufgelöst".

Was sich an diesem Wochenende abspielte läßt sich nur schwer in Worte fassen. Mit Begriffen wie Polizei- und Atomstaat allein lassen sich die Vorgänge nicht mehr beschreiben, gelegentlich kam ein Hauch von chilenischen Verhältnissen auf. Überall dort, wo sich die ca. 500 Teilnehmer/innen treffen wollten um über die aktuellen Geschehnisse zu diskutieren und zu beraten waren starke Polizeikräfte zur Stelle um dies zu verhindern. Nachdem Regensburg als Tagungsort nicht mehr in Frage kam wurde der Versuch unternommen ins Umlang auszuweichen. Hier begann nun ein „Katz und Maus Spiel" mit der Polizei.

Als ca. 20 Leute versuchten sich in einer Schwandorfer Gaststätte zu treffen um den weiteren Verlauf der BuKo zu beraten, umstelle eine Hundertschaft Polizei die Kneipe und „löste" die Versammlung auf. Es stellte sich heraus, daß alle Polizeidienststellen vom bayerischen Innenministerium die Anweisung erhielten, sämtliche Folgeveranstaltungen der BuKo zu verhindern. Das Verbot galt also Landesweit!

Trotz allem wurde die Parole verbreitet, sich am Samstag Morgen in Schwandorf zu treffen und sich dortneue Informationen zu holen.

Nachmittags gelang es dann sich mit einigen hundert Leuten in einem Schloß in der Nähe von Regensburg zu versammeln. Eine Bundesfachschaftstagung von Biologen hatte das Schloß angemietet und aus Solidarität mit der Anti-AKW-Bewegung Prof. Jens Scheer als Referenten zum Thema „Tschernobyl" eingeladen. 2 - 3 Stunden später wurden den Biologen die Räume gekündigt, und die Räumung dirch die Polizei angedroht, die schon zu Beginn des Treffens mit ca. 50 Mannschaftsfahrzeugen angerückt war.

Hiernach fanden noch mehrere Versuche in kleinerem Kreise statt, sich in Dorfganststätten zusammenzusetzen, gefolgt von den Polizeikräften.

Das abendliche Fest in Regensburg wurde lt. Verwaltungsgerichtsurteil erlaubt, da es sich nicht nach dem Versammlungsgesetz verbieten läßt. Hier war aber untersagt worden Redebeiträge zu halten, nur die Musik war erlaubt. Um dies auch durchzusetzen wurde das Fest von mehreren Hundertschaften bewacht. Das Gebäude war von Absperrgittern umgeben, taghell durch Scheinwerfern ausgeleuchtet (um ein evtl. Filmen der Teilnemer/innen zu ermöglichen?) und es gelang nur durch ein Polizeispalier hindurch in die Halle zu gelangen. Drinnen wimmelte es von Zivilpolizisten, die u.a. die Empore der Halle besetzt hatten, und im Erdgeschoß hatten Bullen in Kampfmontur ihr Lager aufgeschlagen.

Nachdem trotz Verbot einige Redebeiträge gehalten wurden entschlossen sich die Anwesenden dem unwürdigen Schauspiel ein Ende zu bereiten und die Veranstaltung zu verlassen, auch um eine evtl. Polizeiräumung zuvorzukommen. Draußen erfolgte eine abermalige kurzfristige Einkessung durch die Polizei, die ganze Nacht hindurch wurde der Innenstadtbereich durch das Absperren von Brücken (für sämtliche Fahrzeuge und Personen) abgeriegelt, um evtl. spontane Demonstrationen zu verhindern.

Am Sonntag fand das „Katz und Maus Spiel" vom Samstag seine Fortsetzung. Es wurden wieder mehrere Versuche unternommen, sich im Landkreis Schwandorf zu treffen. So fand noch eine Versammlung mit ca. 150 Leuten statt, viele waren schon frustriert und entnervt auf dem Heimweg, oder hatten den Ort erst gar nicht mitbekommen, wo sich getroffen werden sollte.

Die Anti-AKW-Bewegung hatte eine herbe Niederlage an diesem Wochenende hinnehmen müssen und war vollkommen überrascht worden und dementsprechend überhaupt nicht vorbereitet, um diesem Verbot gebührend zu begegnen.

Dieses Verbot des Staates stellt eine ungeheure Provokation dar und kann in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Hier ist nicht nur die Anti-AKW-Bewegung, sondern die gesamte Demokratische Öffentlichkeit gefordert diese Angriffe auf Diskussionszusammenhänge zurückzuweisen. Ein erster Schritt dazu ist, daß vielen Menschen bekannt wird, was sich in Regensburg abgespielt hat.

Die Verbotsverfügung der Stadt Regensburg

Das Verbot der Bundeskonferenz wird von der Stadt Regensburg begründet mit Aussagen aus dem Konferenzreader. Dieser enthielt:

„Aussagen, die im Falle ihrer Abgabe auf der Bundeskonferenz von amtswegen zu verfolgende strafbare Handlungen zum Gegenstand haben".

Wobei die Stadt Regensburg nicht einmal davon ausgeht *"daß alle Versammlungsteilnehmer oder auch nur eine Mehrheit der Teilnehmer die zu beanstandenden Ansichten bei der Bundeskonferenz äußern werden."...„Die Stadt hält es durchaus für möglich, daß Äußerungen strafbaren Inhalts durch einzelne Veranstaltungsteilnehmer zu widersprechenden Erwiderungen anderer Versammlungsteilnehmer führen würden. Dies genügt aber gerade nicht.* **Vielmehr geht es darum, daß solche Äußerungen gar nicht erst abgegeben werden dürfen."** (Hervorhebung atom)

Als *„Äußerungen strafbaren Inhalts"* sieht die Stadt Regensburg an:

1. Äußerungen zugunsten von **Blockaden** zu denen in der Verbotsverfügung festgestellt wird, sie würden *„nach der jüngsten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 11.11.86 den Tatbestand der Nötigung (§ 240 STGB) erfüllen, so daß entsprechende Aufforderungen den Tatbestand des § 111 STGB (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten) verwirklichen."* Aus den Diskussionspapieren des „Readers" werden dazu angeführt:

„Walter Mossmans im Sommer in der Taz gemachter und auf der Frankfurter BuKo von den Autonomen nochmal... eingebrachter Vorschlag, bundesweiter Grenzblockaden, sollte besprochen werden, ebenso aber, ob als erste Aktion an allen BRD-Grenzen nicht etwas weniger Schwieriges laufen sollte...Wenn das gut klappt, können Aktionen vor/in Gebäuden der Atommafia, beiderseits, und so folgen" (S. 51).

Aus dem Diskussionsvorschlag zu einer Blockade des AKW Stade:

"Die Idee einer großen Blockade anläßlich des Brennelemtwechsels im Frühjahr geistert schon lang durch die Reihen der Anti-AKW-Bewegten. Der Charakter der Aktion sollte aber vernünftigerweise erst zwei bis drei Monate vor der Blockade im einzelnen ausgearbeitet werden. Die politische Diskussion über die Zielrichtung und Machart der Aktion sollte aber so früh wie möglich beginnen. Die Auswertung der Arbeit bis zum Jahresende muß unbedingt berücksichtigt werden" (S. 109)

Aus dem Vorschlag für einen „Aktionstag" gegen die Atomfirma KWU:

„Im Frühjahr nächsten Jahres könnte es massivere Aktionen geben. Vorgeschlagen wurde bis jetzt eine zweitägige Blockade (im Sinne des Wortes!) und ein überregionaler Aktionstag an den vier Standorten der KWU in Mühlheim, Offenbach, Erlangen und Berlin (Oberpfälzer/innen machen „Putz" in Moabit)...Der Vorschlag wird auf der nächsten Bundeskonferenz im Nov. eingebracht."

2. Propagierung von **symbolische gewaltfreien Aktionen**: Als öffentliche Aufforderung zu Straftaten nach § 111 STGB wird folgende Äußerung aus einem Papier der „Aktionsgruppe Steinberg" gewertet:

„Wir müssen unseren Protest und Widerstand also noch verstärken und das nicht nur verbalradikal!! An diesen Gedanken anknüpfend, haben einige Personen aus der Aktionsgruppe Kreis Steinburg, BI-Itzehoe, gewaltfreien Aktion und kirchlichen Anti-AKW-Gruppen aus Hamburg angefangen, einzelne Schrauben von Strommasten zu lösen, und sich zu ihrer Tat vor der Presse zu bekennen. Durch diese Veröffentlichung üben wir starken politischen Druck auf die Atommächtigen aus. Um diesen Druck noch zu erhöhen, und einer Diffamierungskampagne entgegenzuwirken, suchen wir Leute, die schon geschraubt haben bzw. noch schrauben werden, um gemeinsam in verstärkter Form an die Öffentlichkeit treten zu können!"

3. Äußerungen, die *„jedenfalls in ihrem Gesamtzusammenhang die Aufforderung zu rechtswidrigen (strafbaren) Handlungen"* enthalten: Dazu zählt die Aussag aus einem Papier zu „Widerstandssamstagen":

„Es wird keine Distanzierungen geben. Vom Büchertisch bis zur Handsäge sei vieles möglich, hieß es." (S. 28)

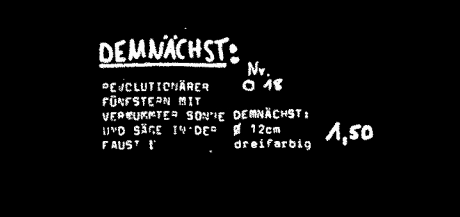
aus einem weiteren Papier zu „Bundesweiten dezentralen Widerstandstagen":

„Trotzdem gibt es mehr verdeckt, aber auch offen (Wackersdorf) Verständnis für einen außerparlamentarischen, radikalen Widerstand, einen Widerstand, der praktisch wird, der Spaß macht, und vor allem eingreift in den reibungslosen Ablauf der Atombetreiber..."(S. 15)

aus einem Papier zur „Gewaltfrage", das sich u.a. mit **Diskussionen und Solidarität bzw. Verständnis** für *„Steinewerfer"* und den Widerstand in Wackersdorf auseinandersetzt:

„In die Diskussion um das jeweils taktisch richtige Vorgehen - verbunden mit unbedingter Solidarität nach außen - gehören auch die mit einbezogen, die den Steinwurf als Element der Befreiung empfinden..." (S. 15)

aus einer Kleinanzeige für Aufkleber im Reader die nebenstehenden beiden Aufkleber:



3. Als „Werbung für eine kriminelle Vereinigung" (§ 129 STGB), „Verunglimpfung des Staates" (§ 90a STGB), „verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen" (§ 90b Abs. 1 STGB) werden folgende Passagen aus einer „Erklärung der Angehörigen von politischen Gefangenen in der BRD" (S. 46) gewertet:

„Wir sind heute vor das Bundeskanzleramt in Bonn gegangen und verlangen von der Bundesregierung, die Forderung: Zusammenlegung der politischen Gefangenen in große Gruppen und Freilassung von Günter Sonnenberg zu erfüllen. Wir sind hier hingegangen, weil in der Regierung letztendlich die politischen Entscheidungen fallen, in denen das grundsätzliche Vorgehen des Staates gegenüber den politischen Gefangenen bestimmt wird."...„Wir wollen, daß die Regierung die Forderung der politischen Gefangenen jetzt endlich erfüllt. Dafür stehen wir hier und werden solange herkommen, bis die Gefangenen in großen Gruppen zusammen sind; wie die politischen Gefangenen in Spanien, d.h. bis sie Bedingungen haben, unter denen sie geschützt sind vor dem Mord auf Raten durch die Isolation. Bedingungen, unter denen sie ihre revolutionäre Haltung, ihr politisches Bewußtsein, ihre revolutionäre Moral und Menschlichkeit, also ihre politische Identität behalten und entwickeln können."

ätz und kreisch

im Bundestag

Dr. Hirsch (FDP)

• • •

Wenn die Stadt Regensburg unter diesen Umständen den Kongreß nicht verboten hätte, dann hätte sie im Wege der Kommunalaufsicht dazu gezwungen werden müssen.

(Vogel [München] [GRÜNE]: Das liberale Feigenblättchen!)

Wir sind für eine faire politische Auseinandersetzung. Ich habe meine Zweifel gegenüber der Kernenergie nie verborgen, und ich habe einen Anteil daran, daß sie nicht so ausgebaut werden konnte, wie manche das gewollt haben. Aber ein Innenminister, der eine solche Veranstaltung duldet, wie sie hier geplant war, verletzt die Autorität und die Würde des Staates, er gefährdet den Rechtsfrieden und müßte seinen Platz räumen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir dulden keine private Gewalt, wir dulden keine Aufrufe, die Gesetze zu brechen und die Rechte anderer zu verletzen. Wer diese Grenzen überschreitet, muß die sich daraus für ihn ergebenden Folgen tragen.

Wir fordern die Bürger auf, sich nicht zu solchen Machenschaften mißbrauchen zu lassen und sich ein klares Urteil darüber zu bewahren, wie man in einer Demokratie politische Fragen lösen kann und lösen muß.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Herrn Spranger.

Spranger, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kollegen Fellner und Dr. Hirsch haben mit Fakten eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß die **10. Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen gegen Atomenergie** nicht einer friedlichen Demonstration,

(Frau Dann [GRÜNE]: Das war keine Demonstration, das war ein Kongreß!)

sondern der Verabredung und Anleitung von Straftaten dienen sollte.

(Ströbele [GRÜNE]: Das stimmt nicht, das steht da nicht drin!)

Daher gab es nur eine richtige Entscheidung: das Verbot dieser Veranstaltung. Der Bundesminister des Innern begrüßt dieses Verbot, dessen Richtigkeit die zuständigen Verwaltungsgerichte in erster und zweiter Instanz bestätigt haben.

Wenn der Rechtsvertreter der Bürgerinitiativen diese Entscheidung als eine Kriminalisierung der Antikernkraftbewegung bezeichnet, dann stellt er nicht nur die Tatsachen auf den Kopf, er diffamiert auch Behörden und Gerichte. Kriminell waren vielmehr die schriftlichen Vorbereitungen der Bundeskonferenz, Anleitung zum Fällen von Strommasten, Verunglimpfungen des Staates, Unterstützung von Terroristen. Es war eine stattliche Anzahl von Straftatbeständen, die der sogenannte Reader als Handlungsanweisung zum Kongreß enthielt.

Unser Rechtsstaat kann solche rechtswidrigen Veranstaltungen in denen zu Gewalt und anderen Straftaten aufgerufen werden soll, nicht hinnehmen. Deshalb tritt die Bundesregierung allen Versuchen, Gewalttätigkeiten zu begehen, zu fördern und zu unterstützen, mit Entschlossenheit entgegen. Es gibt in der Bundesrepublik Deutschland keinerlei Rechtfertigung für gewalttätige Ausschreitungen, von wem, gegen wen und mit welcher Zielsetzung sie auch erfolgen.

(Ströbele [GRÜNE]: Auch nicht von der Polizei!)

Wer Gewalt sät, Herr Ströbele, wird oder will Terrorismus ernten.

(Ströbele [GRÜNE]: Sie ernten! — Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

In dieser Situation hat der Bundesminister auf Anforderung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern entsprechend dem Gesamtauftrag des Bundesgrenzschutzes gemäß § 9 des BGS-Gesetzes dem Polizeipräsidium Niederbayern/Oberpfalz eine Grenzschutzabteilung sowie zwei Einsatzhundertschaften, insgesamt 647 Polizeivollzugsbeamte, zur Verfügung gestellt. Diese Kräfte wurden zum **Raum- und Objektschutz** sowie zur **Unterstützung bei der Auflösung verbotener Veranstaltungen** eingesetzt. Sie bildeten im übrigen eine Eingreifreserve. Die Bundesregierung hält es für selbstverständlich und erforderlich, daß sie den Bundesgrenzschutz auf Anforderung einem Land zur Verfügung stellt, wenn dort in Mißachtung eines gerichtlichen Verbots Aktivitäten entfaltet werden.

Bundesminister Dr. Zimmermann (CSU)

• • •

Zu Punkt 6: Der **Öffentlichkeitsfahndung** kommt große Bedeutung zu. Ich habe sämtliche Chefredakteure der deutschen Zeitungen bei mir gehabt. In der nächsten und übernächsten Woche kommen noch einmal die Chefredakteure der nord- und der süddeutschen Presse getrennt. Bei diesen Gesprächen wird das eine Hauptrolle spielen.

Ich habe unaufhörliche Besprechungen mit ARD und ZDF und auch mit den anderen Anstalten gehabt. Die Verabschiedung von Grundsätzen, auf die wir uns jetzt ganz konkret geeinigt haben, und zwar außerhalb der redaktionellen Verantwortung der Anstalten, steht unmittelbar vor dem Abschluß. Das heißt, das Notwendige in diesem Bereich ist veranlaßt.

(Broll [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Das Bundeskriminalamt hat auch neue Methoden der Darstellung in den elektronischen Medien entwickelt und mit den Anstalten abgestimmt.

Das heißt, meine Damen und Herren, und jetzt komme ich zur Schlußfolgerung: Die SPD verdreht die Fakten, wenn sie behauptet, unsere Gesetzgebung zur besseren Bekämpfung des Terrorismus würde die Zahl der Terroristen erhöhen. Zum Terroristen wird man nicht durch Gesetze, sondern durch terroristisches Verhalten.

(Beifall bei der [CDU/CSU] — Zuruf des Abg. Dr. de With [SPD])

Terroristische Karrieren entstehen in einem Klima der Gewalt, das durch falsch verstandene Toleranz genährt wird.

Terrorismusbekämpfung eignet sich nicht für tagespolitische Polemik. Sie fordert Entschlossenheit, Zielstrebigkeit, Beharrlichkeit und den Schulterschluß aller, die es ernst mit der Terrorismusbekämpfung meinen. Da sehe ich Defizite. Es fehlt oft die klare und glaubwürdige Distanzierung gegenüber allen Formen der Gewalt. Erfolgreich werden wir erst sein, wenn es uns gelingt, auch Gewalt im Vorfeld des Terrorismus zu überwinden. Dorthin ist noch ein langer Weg.

Es gilt, meine Damen und Herren, Veränderungen zu bewirken in der Einstellung gegenüber diesem Staat, unserer Gesellschaft und dem Einsatz von Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele. Hier kann auch der Gesetzgeber — das ist der Zweck, über den wir heute sprechen —, indem er noch entschiedener Position gegen Gewalt bezieht, einen notwendigen Beitrag leisten.

Vielen Dank.

WIE WEITER NACH DEM BUKO - VERBOT ?

Das Verbot der Regensburger Anti-AKW-Konferenz kam überraschend. Niemand hatte mit einer derart ungenierten Zerschlagung des Versammlungsrechts für AKW-Gegner/innen gerechnet. Noch schlimmer als die Regensburger Vorfälle ist die Tatsache, daß die BUKO praktisch o h n e öffentliche Proteste zerschlagen werden konnte.

Die „alte" Anti-AKW-Bewegung steht heute vor einer widersprüchlichen Situation. Als Folge von Tschernobyl betrachten sich nach Meinungsumfragen nach wie vor 80 % der Bevölkerung als Gegner der Bonner Atompolitik. Auf der anderen Seite wird seit Tschernobyl der Kern der Anti-AKW-Bewegung gesellschaftlich isoliert und verfolgt wie nie zuvor. In gewisser Hinsicht erinnert das Regensburger Versammlungsverbot an den Terror im Vorfeld des Friedensherbstes. Mit brutaler Gewalt wurde im Sommer 1983 erst in Krefeld ein autonomer Block zerschlagen um anschließend in Wuppertal ein ganzes Beratungstreffen der radikalen Kriegsgner-innen polizeilich eingekesselt und aufgelost. Völlig uberzogene Polizeiwillkür war das Mittel, um die Masse der Friedensbewegten vor jeglicher Kooperation mit derartigen „Chaoten" abzuschrecken. Ob diese Taktik auch gegen den radikalen Flugel der AKW-Gegner/innen aufgeht, die kurzlich immerhin 25.000 Menschen nach Hanau mobilisieren konnten, ist offen.

Sicher ist nur, daß niemand den Terror von Regensburg individuell „wegstecken" kann. In allen Initiativen steht die Frage auf der Tagesordnung, was „Regensburg" für die Anti-AKW-Bewegung bedeutet und welche Schlüsse wir daraus ziehen.

FUNKSTILLE

Anders als bei den Nürnberger Massenverhaftungen oder das Einreiseverbot gegen WAA-Gegner aus Österreich konnten Strauß und sein neuer Staatssekretär Gauweiler die Zerschlagung der BuKo nahezu im Stillen abwickeln.: trotz grüner Dauerproteste während des BuKo-Wochenendes und danach (per Telex an alle Nachrichtenagenturen) gab es über TV nicht die Silbe eines Berichtes. Die SPD-nahen Tageszeitungen „SZ" und „FR" behandelten das Verbot jeweils an untergeordneter Stelle unter „ferner liefen". (Als Aufmacher auf Seite 1 diente der FR-Redaktion am Montag nach dem Verbot ein Bericht über drei angeblich von WAA-Gegnern ausgeübte Bahnanschläge in Bayern.)

Seitens der Regierungsparteien lobpreiste selbst der Vorzeige-Liberale und AKW-„Kritiker" Burckhard Hirsch das Regensburger Versammlungsverbot mit den Worten:*„Wenn die Stadt Regensburg unter diesen Umständen den Kongreß nicht verboten hätte, dann hätte sie im Wege der Kommunalaufsicht dazu gezwungen werden müssen... Wir dulden keine Aufrufe, die Gesetze brechen und die Rechte anderer verletzen. Wer diese Grenzen überschreitet, muß die sich daraus für ihn ergebenden Folgen tragen".*

Kaum anders die Vertreter einer großen Volkspartei, die den Ausstieg aus der Atomenergie auf ihre Fahnen geschrieben hat: SPD-Schäfer:*„Wer sich nicht eindeutig von Gewalt gegen Personen und Sachen abgrenzt, der darf sich nicht wundern, wenn er auf der konservativen Seite die Reaktionen auslöst, die wir sehen..."* oder der SPD-Linke Catenhusen, der nach milder Kritik in Richtung Bayern seinen Hauptangriff auf die angeblich immer noch nicht ausreichende Distanzierungsbereitschaft der Grünen und die bekannten *„unsäglichen Worte von Robert Jungk"* konzentrierte.

Totale Funkstille aber auch bei einem Frankfurter Alt-Sponti im Ministeramt sowie bei all den Unterzeichnern eines „Offenen Briefes an die Anti-Atom-Bewegung", die sich anläßlich des Frankfurter Anti-AKW-Treffens vom Juni 1986 lautstark und mediensicher *„über eine Handvoll gewalttätiger Demonstranten"* beschwerten um fünf Monate später die Zerschlagung der Anti-AKW-Bundeskonferenz durch Tausende von Gewalttätern in Uniform mit vornehmen Schweigen zu übergehen.

BEWEGUNGSSTILLE

Aber auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung wurden - abgesehen von einer etwa 300-köpfigen Soli-Demo am 30.11 in Westberlin - das BuKo-Verbot scheinbar eher beiläufig zur Kenntnis genommen. Der Materialreader der Regensburger Konferenz - lt. CSU-MdB Fellner *„ein Drehbuch für einen Grusel-, Chaos- und Horrorfilm"* - enthält Beiträge u.a. von den Volksentscheid-Initiativen, dem Bund für Umwelt- und Naturschutz(BUND), der bundesweiten „Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute" und Initiativen der „neuen" Anti-AKW-

Bewegung.
Bisher jedoch halten sich diese Verbände mit Medienzugang (BBU, BUND, Oberpfälzer BI's) in Sachen BuKo-Zerschlagung geradezu auffällig zurück. Selbst die taz-Leserbriefseite, normalerweise ein brauchbarerer Indikator für die Stimmung in der Scene, läßt bisher keine besondere Erregung erkennen. Warum diese unheimliche Ruhe?
Ist es der Schock, der sprachlos macht? Oder die stumpfe Gewöhnung an Polizeiterror und Verbote?
Zu vermuten ist, daß die primitive „Vermarktung" dieses Verbots durch die CSU ihre Wirkung nicht verfehlt: Anders als die tatsächliche Verbotsbegründung, die mit der Möglichkeit einer Erörterung rechtswidriger Aktivitäten durch AKW-Gegner/innen argumentiert, wurde in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, das BuKo-Verbot beruhe auf der *„Anleitung zum Fällen von Strommasten"* und Texten zur *„Unterstützung von Terroristen"*, die angeblich - so u.a. CSU-Staatssekretär Spranger - in den BuKo-Unterlagen enthalten seien.
Diese Darstellung ist zwar von A bis Z erlogen. Und obwohl dieses Strickmuster uralt ist, dürfte es aber gerade bei dem Teil der Linken und Liberalen seine Wirkung nicht verfehlen, für die eine Solidarisierung mit der sog. „terroristischen" Szene um die Strommastakteure heikel genug ist, um nach dem Motto, man wisse ja nicht genau, was an den Vorwürfen dran ist, die Buko samt Verbot links liegen zu lassen. Diese Haltung ist jämmerlich, weil sie von vornherein darauf verzichtet die Rede- und Versammlungsfreiheit prinzipiell zu verteidigen.
Für die Anti-AKW-BI's ergibt sich daraus nicht nur die Notwendigkeit, den Charakter des Verbotes herauszustellen, sondern ebenfalls darauf zu bestehen, daß, solange es nicht um Faschisten geht, die Redefreiheit grundsätzlich die Freiheit des/der Anderdenkenden ist – egal ob RAF oder gewaltfreie Aktion. "Superradikale" Stellungnahmen während und nach den regensburger Vorfällen haben eine Solidarisierung eher erschwert.
Warum sollte mensch sich für das Zustandekommen einer legalen BuKo besonders einsetzen, wenn die illegalen kurzatmigen Treffs von Teilen der BuKo bereits als „Riesenerfolg" (so Jens Scheer in der taz am 1.12.) bewertet werden?
So wird in einem Aufrufentwurf für eine neue BuKo, der noch in Regensburg überwiegend von Teilnehmern aus dem autonomen Spektrum formuliert wurde, berichtet, daß es gelang, trotz *"scheinbar"* vorhandener Polizeiübermacht, *„immer wieder zusammenzukommen und intensive Diskussionen zu führen"*.
Weiter wird in diesem Aufruf allen *„Blöden"*, die sich über so ein Verbot noch aufregen wollen, erstmal verklickert, man sei *„solchen Unterdrückungsversuchen nicht erst seit Regensburg ausgesetzt"* um abschließend großkotzig zu erklären:*„...trotzdem müssen wir uns darauf vorbereiten, auch unter Verbotsbedingungen arbeitsfähig zu bleiben"*. (zit. aus:„Jetzt erst recht! Aufruf zu einer neuen BuKo in Bayern am 17. und 18.1.87").
Diese Stoßrichtung ist zynisch gegenüber der großen Mehrheit derjenigen, die in Regensburg nicht tagen konnten oder unter Verbotsbedingungen nicht tagen wollten, d.h. gar nicht erst angereist sind.
Sie ist falsch und zynisch hinsichtlich der Einordnung des Vorbots unter der Rubrik „Normales": Es ist unbestreibar, daß die Anti-AKW-Bewegung mit Unterdrückungsversuchen dieses Kalibers bisher nicht konfrontiert war. Und sie ignoriert ausgesprochen leichtsinnig den Charakter illegaler Tätigkeit und den Charakter der Anit-AKW-Bewegung sowie den Unterschied, der zwischen beidem besteht.

„Darauf vorbereiten, unter Verbotsbedingungen zu arbeiten?"

Derzeit arbeiten im Rahmen der Anti-AKW-Bewegung allein die Sabotage-Kleingruppen hier und dort unter Verbotsbedingungen, also illegal. Unter den Bedingungen des neuen § 129 a werden sich der Geheimhaltungsgrad und die Abgeschlossenheit dieser Gruppen noch erhöhen müssen, wenn sie überleben wollen.
Bereits Regensburg hat gezeigt, daß derartige Bedingungen auf die Gesamtbewegung absolut nicht übertragen werden können. Dort hat die BuKo nicht getagt, sondern wurde gejagt. Eine mehrstündige Debatte mit mehreren Huntert Teilnehmern (und nur soetwas verdient den Namen BuKo) ist unter Verbotsbedingungen schon für eine stramme Kaderorganisation ein Riesenproblem und für eine offene Bewegung ausgeschlossen.
Politisch entscheidend ist, daß der Regensburg-Terror genau der „Entmischung" der Anti-AKW-Bewegung dienen soll: Das Spektrum etwa der Hanau-Großdemo soll kriminalisiert und illegalisiert werden und der große Rest der AKW-Gegner/innen möglichst auf dem Niveau des SPD-„Ausstiegs" verharren, zumindest aber gesetzestreu bleiben. Die richtige Schlußfolgerung aus Regensburg muß genau diesem Konzept entgegenwirken: **VERMISCHEN STATT ENTMISCHEN !**
Auf Grundlage der mit der Hanau-Demo gewonnen Eigenständigkeit und Erfahrung muß die Zusammenarbeit mit der Masse der AKW-Gegner/innen, wo immer sie sitzen: von den Kirchen bis zum DGB, von den Bauern bis zu den Künstlern entwickelt werden. Die Vermischung der „alten" und „neuen" Bewegung und die Entwicklung entsprechender Strukturen sind nicht nur unerläßlich zur Verteidigung unserer Versammlungs- und Diskussionsfreiheit. Sie ist insbesondere eine Voraussetzung, um auch nur ein einziges Atomprojekt zum Stoppen zu bringen.
Daß bedeutet einerseits, daß die für Nürnberg am 17./18.1.87 angesetzte Konferenz u.a. dazu dienen muß, eine Bundeskonferenz großen Maßstabs (etwa wie 1980 in Bremen) vorzubereiten: mit entsprechender Festlegung von Schwerpunkten, Bestimmung verantwortlicher Kontaktpersonen für Arbeitsbereiche, Vor- und Nachbereitungstreffen, Angeboten zur Koordinierung der Anti-AKW-Arbeit in Gewerkschaften, Kirchen und sonstigen Bereichen etc.pp..

Daß bedeutet andrerseits, daß zur praktischen Auseinandersetzung und Zusammenarbeit für 1987 mindestens ein gemeinsames Großprojekt verwirklicht werden sollte, daß für alle Teile der Anti-AKW-Bewegung attraktiv ist: Eine gemeinsame Großkundgebung am Bauzaun gegen die WAA Wackersdorf! Bereits die Januar-Konferenz in Nürnberg sollte hierfür ein positives Signal geben!

Ma.

Schuß vor den Bug?!

Da hilft kein Beschönigen — das Verbot der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Regensburg und der Verlauf des Wochenendes war eine schwere politische und praktische Niederlage; und das nur ein halbes Jahr nach Tschernobyl und dem daraus resultierenden Erstarken der Bewegung. Das BuKo-Verbot und seine Folgen zu bewerten ist äußerst schwierig, weil dies im Grunbde genommen nur auf dem Hintergrund einer Analyse unserer Situation der letzten Jahre geschehen kann. Das ist an dieser Stelle nicht möglich, daher können im Moment nur einige erste Gedanken und Diskussionen wiedergegeben werden.

Niederlage Nummer 1

Der Staat ist stärker, als viele von uns vermutet haben. Wir haben uns in der letzten Zeit wenig in dieser Richtung überprüft, wir sind ziemlich gedankenlos und naiv in diese Situation hineingelaufen. Keiner hat ernsthaft mit einem BuKo-Verbot gerechnet. In der gesamten Vorbereitungszeit ist dieses Problem nicht augetaucht. Und als das Verbot einen Tag vor der BuKo ausgesprochen wurde, wurde so getan, als gäbe es dieses Verbot gar nicht. Der Rechtsstaat wird's schon richten! Mal ganz im Ernst. Ich selber habe auch gedacht — und eben nicht nachgedacht — daß so ein Verbot die nächste Instanz sowieso nicht überlebt, auch in Bayern nicht; und wenn es das trotzdem tun sollte, dann könnte es nicht durchgesetzt werden ..... Pustekuchen — genau andersrum kam — aber das haben wir in letzter Konsequenz erst vor Ort begriffen, begreifen müssen, was wir eigentlich mit Überlegung und Erfahrung auch schon vorher hätten wissen oder zumindest ahnen können — daß uns nämlich trotz Tschernobyl der Wind mal wieder schärfer ins Gesicht bläst. Wenn man/frau richtig nachdenkt, hätten es doch die Spatzen von den Dächern pfeifen können, was da auf uns zukommen mag. Erstens wird seit dem Wackersdorf-Widerstand in Bayern sowieso fast alles verboten oder es wird versucht, bis hin zum Rock-Festival in Burglengenfeld. Zweitens haben Strauß und Co. mehrfach gezeigt, daß die Frage der Verhältnismäßigkeit keine große Rolle spielt, sondern daß es darum geht, der Systemopposition und vor allem den zögerlichen anderen Bundesländern und Fraktionen der eigenen Partei zu zeigen, wo es lang geht und wie man es macht, nämlich unter dem Mantel der Terrorismus-Bekämpfung, die breiter verankerten Widerstandsansätze zu ersticken und mundtot zu machen.

Und wenn man darauf hinaus will, findet man in jeder BuKo-Vorbereitungsmappe verbotswürdige Passagen, auch ohne die neuen Sicherheitsgesetze schon heranzuziehen. Zumindest Bayern, wenn nicht die ganze BRD, ist in der momentanen politischen Situation entschlossen, den Freiraum BuKo zu eliminieren und dafür auch die Verhältnismäßigkeit außer Acht zu lassen — es geht um Grundsätzliches.

Das ist ein wichtiger Punkt, weil wir bislang nicht begriffen hatten, daß unsere BuKos eben ein Freiraum sind, und nicht ein einklagbares bürgerliches Recht. Meinungs- und Versammlungsfreiheit zählen soviel hier nicht, sondern spiegeln immer die momentane politische Situation wider.

An die Kriminalisierung über das Presserecht, daß gegen die Publikationsorgane der Bewegung vorgegangen wird, gegen Flugblätter, Blockadeaufrufe, Plakate, gegen ganze Demos — sind wir gewöhnt, in dem Sinne, daß uns die Problematik bewußt ist. Aber die BuKo, die war davon bislang ausgenommen. Es hatte zwar immer schon mal Versuche gegeben, diese zu verhindern, es war aber politisch nicht durchsetzbar. Und dieser Freiraum war wichtig für uns und unsere Diskussionen. Um diesen Freiraum müssen wir in Zukunft wieder kämpfen, können ihn nicht wie selbstverständlich in Anspruch nehmen oder etwa gar meinen, ihn einklagen zu können.

All das sind Dinge, die wir nur bedingt beeinflussen können, die wir nunmal als die äußeren Bedingungen unserer politischen Arbeit akzeptieren und uns darauf einstellen müssen — wie auch immer.

Eine zweite Ebene ist aber noch viel wichtiger — das sind wir selbst.

Niederlage Nummer 2

Das BuKo-Verbot hat uns — das gilt zumindest für die, die an der BuKo teilnehmen wollten, bis ins Mark getroffen. Wir sind schon einiges gewohnt, aber so eine Art von Ausnahmezustand, nur um eine BuKo, nur um jede Mögiichkeit der Diskussion untereinander zu verhindern, mit einem Aufgebot von Bullerei, wie es sonst nur bei Großdemonstrationen (offiziell wa-

ren 1200 im Einsatz) angesagt ist, das haut schon rein. Und diesen Schlag gilt es ersteinmal zu verdauen. Dabei haben wir an dem Wochenende in Regensburg zwar nicht völlig versagt, aber einige Schwächen und Schwachstellen sind dabei ganz offen zu Tage getreten.
Zum einen hat sich gezeigt, daß viel Erfahrung in der Auseinandersetzung mit dem Staat auch zu einer gewissen Abstumpfung und Bequemlichkeit führen kann, die im Extremfall in Lethargie und Aktionsunfähigkeit umschlägt.
Unsere Reaktionen auf das BuKo-Verbot waren, gelinde gesagt, verhalten und sehr defensiv. Wo eine fetzige Aktion, und sei es unter den Umständen eine Kirchenbesetzung oder eine Demo auf dem Regensburger Weihnachtsmarkt angebracht gewesen wäre, haben wir Indianer-Spiele vorgezogen, um noch ein bißchen diskutieren zu können, in der Zeit, bis die Bullen den neuen Treffpunkt kannten und aufmarschierten. Raus aus Regensburg, rein nach Schwandorf und dann ab in die Wallachei. So ging der Tag rum und erst langsam kam uns ins Bewußtsein, was das ganze für uns eigentlich bedeutet und wie wir gefordert sind.
So brachen doch noch gute Diskussionsansätze auf, jedenfalls in den Diskussionszusammenhängen, die ich mitgekriegt habe. Aber trotzdem blieb das Gefühl, nicht angemessen reagieren zu können, mangels eigener Substanz und aus Bequemlichkeit bzw. vermeintlicher Abgeklärtheit. Das setzte sich fort bis zur abendlichen Fete in der Regensburger Stadthalle. Dicke Anlage, heiße Mucke und alles voller Bullen, Hundertschaften in der Garderobe, eine unübersehbare Anzahl von Zivis direkt unter uns — eine absolut unglaubliche und unerträgliche Situation. Aber selbst hier wenig Drang, Konsequenzen zu ziehen, Rückgrat zu zeigen, diese Farce nicht mehr mitzumachen. Es bedurfte der Initiative einiger Autonomer, um allen klar zu machen, was hier eigentlich abgeht. Sie machten der Band deutlich, daß sie aufhören sollten zu spielen und lasen dann eine Erklärung ihrer Arbeitsgruppe vor. Erklärungen anderer Gruppen, die sich noch hatten treffen können, zogen nach. Danach wurde die Fete als beendet erklärt und alle aufgefordert zusammen in die Stadt zurückzugehen. Damit war die Farce beendet und allen war klar, daß wir wenigstens hier und verspätet, die richtige Antwort gefunden hatten. Wo kämen wir denn auch hin, wenn die BuKo-Fete quasi auf der Polizeiwache und unter Spitzelaufsicht stattfindet. Dann lieber gar nicht.

Was ganz schwach war, war unser mangelnder Drang zur Öffentlichkeitsarbeit. Möglichkeiten hätte es genug gegeben, sei es mit Megaphon und Flugblättern oder vergleichbarem. Fast könnte man meinen, wir hätten das nicht mehr nötig, nach all den Jahren. Was für eine Bequemlichkeit und Selbstgefälligkeit, was für eine Arroganz. Zum Glück sprach die Situation oft für sich und eher für uns. Aber das können wir uns auf Dauer nicht leisten.
Insofern könnte die BuKo ein rechtzeitiger Schuß vor den Bug gewesen sein, eine Chance zur Besinnung, auf die eigenen Stärken, die nächsten Aufgaben, die eigene Standortbestimmung und die Perspektiven der weiteren Arbeit. Ansätze dazu waren in den Diskussionen bereits zu erkennen und auch in manchen spontanen kleinen Aktionen und Verhaltensweisen zu erkennen und lassen für die Zukunft hoffen. Die Lernfähigkeit ist mit unser größtes Kapital.
Tschernobyl und seine Folgen sind fast spurlos an uns vorbeigegangen, wir sind im gewohnten Trott weiter vor uns hingestolpert — als wäre nichts geschehen. Das BuKo-Verbot hat uns jedoch vor Augen geführt, daß es so nicht geht.
Nur weil wir glauben, der Nabel der Welt oder der Bewegung zu sein, sind wir es noch lange nicht. Und das sollte eine heilsame Erfahrung sein, daß wir mit dem Verbot ziemlich im Regen standen und ganz auf uns allein gestellt. Weder die vielen Menschen und neuen Gruppen und Zusammenhänge, die durch Tschernobyl entstanden sind, hat groß berührt, was mit uns passiert ist, noch die größere Öffentlichkeit. Und das ist nicht in erster Linie eine Frage der Pressezensur oder Informationsunterdrückung. Das ist eine Frage der Selbstüberschätzung. Wir haben uns für wichtiger genommen, als wie wir für andere und die Öffentlichkeit sind. Wenn wir das nicht korrigieren, sind wir bald ganz weg vom Fenster.
Ganz bitter war dabei die Erkenntnis, daß die BuKo ja eigentlich im Zentrum des Widerstands stattfinden sollte, im Raum Wackersdorf, wo Zehntausende immer wieder entschlossen gegen die WAA kämpfen, die meisten davon aus dem unmittelbaren Umland, dem Ort der BuKo. Aber selbst für diese Aktivisten war die BuKo nicht ihr Ding, für das es sich lohnt, was zu machen, zu kommen, zu unterstützen, zu mobilisieren. Wir waren ziemlich allein in Regensburg, nur 40 km von Schwandorf und auch in Schwandorf selbst.
Mag sein, daß das im Norden oder in Hessen nicht hätte passieren können — und wenn doch?
Damit müssen wir uns mehr auseinandersetzen als bisher und in sofern hat das BuKo-Verbot uns einen Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. Letztlich mag so das BuKo-Verbot mehr gebracht haben, als eine BuKo, die in alter Selbstsicherheit und Gefälligkeit stattgefunden hätte. B.

Leserinnenbrief zur BuKo

War die BuKo nicht genug vorbereitet? Bei den kurzen Diskussionen auf der BuKo zwischen den Auflöse-versuchen der Staatsgewalt wurden immer wieder Stimmen laut: *„Das wäre uns nicht passiert, wenn die BuKo besser vorbereitet gewesen wäre."*!
Mir ist wichtig, in Erinnerung zu rufen, wie Mitglieder der BIWAK überall versucht haben, bundesweit Menschen zu finden, die sich an der Vorbereitung beteiligen, auf zahlreichen Treffen, durch Rundbriefe, Briefe, Vorbereitungstreffen - die Resonanz war fast null (!) gerade alte Anti-AKW-Aktive ließen die BIWAK hängen!
Dennoch hat sich die BIWAK nicht erschüttern lassen und die BuKo mit aller Kraft vorbereitet.
Unsere Solidarität und Unterstützung muß die Mitglieder/innen der BIWAK tragen, die wegen der Organisation dieser BuKo kriminalisiert werden und mit Verfahren (§ 129 a ?) rechnen müssen!!

Anette Ried

DOKUMENTATION

„Alles Humbug"

Niedersachsen-Grüner kritisiert papierene Anti-AKW-Politik der Grünen

Mit großem Interesse habe ich die Lektüre von ca. zwei Metern Fernschreiben beendet, die alle das Thema Verbot der Anti-AKW-Konferenz zum Inhalt hatten. Ich bin entzückt, mit welchen Wortgebilden hier der allgemeinen Empörung Ausdruck verliehen wurde.(...)

Als Grüner war ich selbstverständlich am Freitag in Regensburg. Ich war voller Hoffnung, hier Grüne aus allen Landesverbänden und Fraktionen, zu treffen. Aber leider war die Hoffnung trügerisch. Für Grüne hat diese Buko nicht stattgefunden. Nach diesem Wochenende gibt es für Grüne keine Berechtigung AKW-Bewegung in den Parlamenten zu bezeichnen. Liebe Leute — das ist alles Humbug. Gegen derartige Verbote muß man und auch Frau dafür kämpfen, daß solche Verbotsmaßnahmen keinen Erfolg haben und unterlaufen werden. Warum hat die bayrische Fraktion nicht für Freitag 19 Uhr zu einer öffentlichen Fraktionssitzung in Regensburg eingeladen? Warum wurde das Thema auf der Fraktionssitzung der Grünen im Bundestag totgeschwiegen? Ich fordere alle Grünen auf, bevor sie sich in der Öffentlichkeit weiter empören, ihren eigenen Standpunkt zu überprüfen. (der Brief wurde gekürzt)

Im Folgenden geben wir zwei Postionen zur Vorbereitung und Durchführung der nächsten Buko wieder. Es handelt sich dabei jedoch ausschließlich um Diskussionsbeiträge, denn alle endgültigen Entscheidungen werden erst am 20. Dezember 86 auf dem Buko - Vorbereitungstreffen in Frankfurt getroffen. Insofern ist es schwer notwendig, daß Ihr Euch unmittelbar nach diesem Termin erkundigt, wann, wo und unter welchem Stern die Buko stattfindet!!! (Kontaktadresse: Radi - Aktiv / Rothenburger Str. 106 / 8500 Nürnberg 70 / Tel.: 0911/288946)

radi-aktiv für Bayern

Am 10.12.86 fand in Nürnberg ein erstes Treffen statt, um über die Durchführung der Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen vom 16.-18.1.87 in Nürnberg zu diskutieren und abzuklären, inwieweit in Nürnberg die organisatorischen und politischen Voraussetzungen vorhanden wären.
Vertreten waren folgende Gruppen: Nürnberger BI gegen WAA, Bamberger BI gegen Atomanlagen, BIWAK Regensburg, Anti-Atom-Plenum München, Psychologen gegen den Atomkrieg, Arbeitskreis gegen Atomanlagen bei Triumph-Adler, Jusos, Grüne, KB, Anti-Strauß-Komitee München, Wissenschaftsladen, BI 5. März-Bürger beobchten Polizei und Justiz, Frauen gegen Militarismus, Bündnis unabhängiger Friedensgruppen-Trägerkreis, Autonomes Plenum Nürnberg und Radi-Aktiv.
Längere Zeit wurde über die politische Notwendigkeit, unter besseren Voraussetzungen eine BuKo noch einmal in Bayern durchzuführen diskutiert, aber auch über die hiergegen bestehenden Bedenken (vor allem die Kürze der Zeit, um eine breite Unterstützung zu gewinnen, die Gefahr einer Wiederholung von Regensburg und die zu befürchtende Krminialisierung).
Ein Meinungsbild ergab dann aber eine breite Mehrheit für die BuKo im Januar in Nürnberg unter folgenden Konzept: Da allen Anwesenden eine andere politische Konstellation als Voraussetzung und Schutz für die BuKo als notwendig erschien, soll nun zunächst versucht werden, mit einem Soli- Aufruf (kann über die Radi-Aktiv bezogen werden) einen breiten, demokratischen Trägerkreis für die Durchführung der BuKo zu gewinnen. Funktion des TRägerkreises soll sein, die Durchführung der BuKo in der für Regensburg geplanten Form zu gewährleisten, sozusagen einen demokratischen Schutz zu bieten, der in Bayern offensichtlich notwendig ist. Angesichts des blindwütigen Umsichschlagens der bayerischen Staatsregierung gegen alles, was gegen die WAA geredet, geschrieben und veranstaltet wird, muß durch einen solchen Trägerkreis der politische Preis für ein zweites Regensburg in die Höhe getrieben werden. Gleichzeitig soll die Durchführung der BuKo in Bayern im Januar unter diesem Konzept ein politisches Manifest des W
stands gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung und gegen die damit im Zusammenhang stehenden neuen sog. „Anti-Terror-Gesetze" darstellen.
Der Aufruf (s.o.) sollte bis zum nächsten Treffen von möglichst vielen Gruppen unterzeichnet werden.
Die Bundeskonferenz soll nach Vorstellung der anwesenden Gruppen am Freitag, den 16.1.87. mit einer großen Auftaktveranstaltung beginnen.
Thema der Veranstaltung wird die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung sein. Am Samstag und Sonntag werden wie geplant Arbeitsgruppen und Plenum tagen. Das KOMM hat für das Wochenende bereits seine Räume zur Verfügung gestellt. Diskutiert wird noch die Durchführung einer Demonstration oder Kundgebung gegen die Kriminalisierung am Samstag morgen.
Sicherlich kann niemand in Anbetracht der bayerischen Verhältnisse, aber auch der neuen Kriminalisierungsgesetze garantieren, daß nicht auch in Nürnberg die BuKo verboten wird. Allerdings erschien es den meisten sehr notwendig, ein Zeichen gegen diese Entwicklung zu setzen.
Kontakt: Radi-Aktiv, Redaktions-Büro, c/o. Kulturladen Süd, Rothenburger Str. 106, 8500 Nürnberg, Tel.: 0911/ 28 89 46 (18.00 - 19.00 Uhr)

1:5 gegen Bayern

KRITIK AN DEN BISHERIGEN VORBEREITUNGEN FÜR DIE NÄCHSTE BUNDESKONFERENZ

Zur Zeit sieht es so aus, als sollte die nächste BuKo am 16./17.1.87 in Nürnberg stattfinden. Wir finden diese Überlegungen übereilt und sind der Ansicht, daß Ort und Zeit keine guten Bedingungen für die nächste BuKo schaffen. Der jetzige BuKo-Vorschlag basiert auf einer unzureichenden Auswertung des Verbotes der Regensburger BuKo und unterschätzt die Bedeutung der Ereignisse auf die Anti-AKW-Bewegung.

1. Zur Einschätzung des BuKo-Verbotes: Es ist falsch, die Bedeutung der Ereignisse herunterzuspielen oder gar von einem „Erfolg" zu sprechen, weil es gelungen ist, sich in Gruppen wenigstens stundenweise zu treffen. Fakt ist, daß mit dem Verbot ein zentraler und elementarer Angriff auf unsere Diskussionsstrukturen und unsere Versammlungs- und Redefreiheit gestartet wurde und aus der Sicht des Staates ein erfolgreicher. Fakt ist weiterhin, daß uns dieser Angriff völlig unvorbereitet getroffen hat und wir kaum angemessen darauf reagieren konnten. Und Fakt ist weiterhin, daß es keine nennenswerten Proteste gegen das BuKo-Verbot gegeben hat, obwohl die BuKo doch bewußt in der Oberpfalz als Hauptwiderstandsregion angesetzt worden war. Wir mußten in Regensburg ernüchternd feststellen, daß wir so wichtig offenbar nicht sind. Das hat zwingend Konsequenzen für unsere weiteren Planungen. Es ist zwar richtig, zu sagen jetzt erst recht die nächste BuKo in Bayern.
Wir müssen aber auch darüber diskutieren, ob wir stark genug sind, sie durchzusetzen. Und da haben wir erhebliche Bedenken. Wir bezweifeln, daß wir in den 7 Wochen bis zur nächsten BuKo entscheidend stärker werden können und wir bezweifeln auch, daß uns „Prominente" vor einem weiteren Vorgehen des Staates schützen können. Einzig der Verzicht auf wichtige Diskussionen und Inhalte unseres Widerstandes könnte zur Zeit eine reguläre BuKo in Bayern ermöglichen. Dies lehnen wir entschieden ab.

2. Der vorgeschlagene Termin so kurz vor den Bundestagswahlen könnte sich als zusätzliche Schwierigkeit herausstellen. Wir laufen Gefahr, in Wahlkampfinteressen hineingezogen zu werden. Beispiele dafür hat es ja in der Vergangenheit genug gegeben. Wir sind nicht stark genug, uns dagegen zur Wehr zu setzen. Ganz abgesehen davon ist der Verlauf und das Ergebnis der Bundestagswahlen ja von Interesse für unsere weiteren Perspektiven und Widerstand. Eine absolute Mehrheit von CDU/CSU bliebe nicht ohne Folgen für die Bewegung.

3. Die Verabschiedung der neuen Anti-Terror-Gesetze hat den politischen und juristischen Druck auf die Anti-AKW-Bewegung und damit auch auf die nächste BuKo noch erhöht. Ein wichtiger Teil unseres Widerstandes fällt nun unter den § 129. Das hat heute noch unübersehbare Folgen. Ein Teil der Anti-AKW-Bewegung wird damit zur terroristischen Vereinigung erklärt. Strommasten ansägen, Bahnoberleitungen stören, Blockaden und Sperren errichten, Beulen an oder Umkippen von Polizei- oder anderen Fahrzeugen werden nach dem § 129 von jetzt an verfolgt. Im Zuge dieser Änderung bekommt auch der § 129 a, also der Vorwurf der „Werbung und Unterstützung" eine neue Qualität. Wir alle, vor allem diejenigen, die sich juristisch verantwortlich zeichnen für Aktionen, Flugblätter, Zeitungen und auch Bundeskonferenz- Reader., stehen unter noch mehr Druck, als ohnehin schon.

4. In dieser Situation halten wir eine erneute Machtprobe in Bayern für zu riskant. Wir finden es wichtiger, die nächste BuKo vor allem so zu organisieren, daß wir möglichst ungehindert unsere Diskussionen wie geplant und ohne Einschränkung durchführen können. Ein geeigneter Ort wäre zum Beispiel Kassel.

Die Bereitschaft, dort eine BuKo vorzubereiten, ist da. Als Termin würden wir Ende Februar, Anfang März vorschlagen, um eine intensive Mobilisierung und inhaltiche Vorbereitung zu gewährleisten.

B. Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie/Mitglieder der Lüneburger atom-Redaktion

Die Medienhetze begann nach Tschernobyl

Seit der ersten Bundeskonferenz der Anti-AKW-Bewegung am 14./15.Mai 1977 in Hannover ist das Bekenntnis zur Solidarität mit den staatlich verfolgten AKW-Gegner/innen ebenso ein Markenzeichen der Anti-AKW-Bewegung wie die Aussage, man und frau lasse sich nicht in gute und schlechte, friedfertige und militante, legale und illegale Demonstranten sortieren. Darüber gab es vor Tschernobyl auch medienmäßig keine Aufregung.

Ganz anders sah es nach Tschernobyl aus, als erstmals das Frankfurter Koordinierungstreffen der Anti-AKW-Bewegung wegen genau dieser Aussagen über die Massenmedien gesellschaftlich isoliert und mit dem berüchtigten „Offenen Brief" des General Bastian an die Anti-Atom-Bewegung auch seitens grüner und liberaler Prominenz eingekesselt wurde.

Dieser erste massive Angriff auf das Selbstverständnis der Anti-AKW-Bewegung war das intelektuelle Vorspiel für das, was dann im bayerischen Regensburg der BGS mit Brachialgewalt exekutierte. Das sollten sich gerade die Unterzeichner des „Offenen Briefes" einmal vor Augen halten. Hier ein kurzer Rückblick als Erinnerungsstütze:

28./29. Juni 86: Frankfurter Beratungs- und Koordinierungskonferenz der Anti-AKW-Bewegung.

30.6.86: Die taz bringt die Konferenz als Tagesthema: *„Die leidige Gewaltfrage, offenbar unvermeidlich bei allen Konferenzen, wurde kurz abgehandelt: in den Aufrufen zu den künftigen Demonstrationen taucht dieser Streitpunkt einfach nicht auf".* Am selben Tag ein dpa-Bericht unter dem Motto: *„Die Anti-AKW-Bewegung schließt Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen auch für die Zukunft nicht als Mittel des Widerstandes aus".* Grüne, Jusos und der BUND hätten auf *„dogmatische Absagen an Gewaltaktionen"* verzichtet. (vgl. SZ, 30. 6.86).

Am selben Tag fabuliert ebenfalls eine CSU-Pressemitteilung über das *„offene Gewaltbekenntnis der Chaotenszene... Mit den Jusos hat sich ein offizieller Teil der SPD zur Gewalt als Mittel gegen unseren Staat bekannt...Wer nicht unmißverständlich gegen die radikalen Chaoten und Extremisten vorgeht, macht sich mitschuldig...deutliche Parallelen zur Weimarer Republik..."* usw. . Ebenfalls am 30.6. diestanziert sich SPD-MdB Wernitz stellvertretent für die JUSOS (die freilich, ebenso wie die Grünen, auf der Frankfurter Konferenz überhaupt nicht anwesend waren). Ebenso distanziert sich der BUND.

1.7.86: Die FR übernimmt ebenfalls den „Gewalt"-Vorwurf.

4.7.86: Fertigstellung des „Offenen Briefes an die Anti-Atom-Bewegung": *„Wir halten es für ein Zeichen von Schwäche und Unentschiedenheit, nicht von Solidarität, wenn in der Schlußresolution dieses Treffens eine eindeutige Absage an Gewalt bei Demonstrationen nicht für nötig gehalten wurde... Gewalttäter in unseren Reihen müssen wissen, daß sie nicht mit unserer Solidarität rechnen können, solange sie das von uns vertretene Prinzip der Gewaltfeiheit nicht respektieren wollen".*

Anti- AKW- Bundeskonferenzen im Rückblick

Die letzten drei Bundeskonferenzen wurden am 29./30.11.1980 in Bremen, am 6./7.11.1982 in Kassel und am 24./25.11.1984 in Braunschweig durchgeführt.

Für die Bremer Konferenz wurden Themenschwerpunkte und Arbeitsgruppen-Verantwortliche drei Monate im Vorraus auf einem Vorbereitungstreffen in Kassel festgelegt. 14 Tage nach der Konferenz fand eine weitere überregionale Vor- bzw. Nachbereitungskonfernz statt. An der BuKo selbst haben 1.500 Teilnehmer/innen aus 220 Gruppen teilgenommen.

Als wichtigstes Ergebnis der Bremer Konferenz galt der Fakt, daß das „Gesamtspektrum der Bewegung" teilgenommen hat „um die Diskussions- und Widerstandszusammenhänge der Bürgerinitiativen weiter auszubauen". Zum Zeitpunkt der Kassler BuKo hatte die Friedensbewegung Hochkonjunktur. Es beteiligten sich 400 Leute aus 100 BI's. Das BBU/Grüne/„Gewaltfreie"-Spektrum war stark unterrepräsentiert. Es wurden Resolutionen u.a. zu den Grünen und dem BBU verabschiedet und das Startsignal gegeben für die „Energiebroschüre" der Anti-AKW-Bewegung.

Für die Braunschweiger Konferenz existierte eine gigantische Liste von Einladern und Unterstützern. Es kamen etwa 600 Teilnehmer/innen aus über 150 Orten zusammen. Ein zentraler Themnkomplex war das Verhältnis der Anti-AKW-Bewegung zu den Grünen, die ihrerseits recht zahlreich vertreten waren.

(Quellen: Atomexpress 22,23,32, atom 1/2, Gorleben Aktuell 14, Arbeiterkampf 192, 227, 253)

Unterzeichner:

Inge Aicher-Scholl, HeinrichAlbertz, Carl Amery, Gert Bastian, Till Bastian, Lukas Beckmann, Horst Bergmann, Christiane Bergmann-Gollwitzer, Wolf Biermann, Karl-Heinz Böhm, Rene Böll, William Borm, Wolfgang Daniels, Ingeborg Drewitz, Ossip Flechtheim, Marianne Fritzen, Helmut Gollwitzer, Norbert Greinacher, Gerald Häfner, Roland Jahn, Gernot Jochheim, Petra K. Kelly, Ulrich Klug, Lew Kopelew, Konrad Lübbert, Claus Offe, Eva Quistorp, Uta Ranke-Heinemann, Fritz Rau, Horst-Eberhard Richter, Otto Schily, Heinrich Schirmbeck, Hans Schuierer, Jürgen Seifert, Dorothee Sölle, Wolfgang Sternstein, Johannes Stüttgen, Trude Unruh, Jochen Veil, Konstantin Wecker, Hubert Weinzierl, Jörg Zink...

Foto: Jürgen Siegmann

Die sogenannten "Gesetze gegen den Terrorismus", die ab dem 1. Januar 1987 gelten werden, haben mit dem, was sie vorgeben zu sein, nämlich wirksame Mittel im Kampf gegen die RAF und RZ, nur wenig zu tun. Konkret sind es Gesetze gegen uns, gegen die radikale Linke insgesamt, die sich nicht an die staatlich verordneten Protestrichtlinien hält — sei dies nun die Anti-AKW-, Friedens-, 3. Welt-, Häuserkampfbewegung, Autonome, Soziale Bewegungen, Zeitungen oder Buchläden.

Dabei halten wir es so richtig, wie gleichzeitig falsch, die Gesetze als "Lex-Wackersdorf" zu bezeichnen. Es ist richtig, die Gesetze sind auf genau das zugeschnitten, was wir in den letzten Jahren entwickelt haben. Es wäre aber verheerend, bei dieser Erkenntnis stehen zu bleiben.

Hier geht es um Wahlkampf, hier geht es um die Zerschlagung der Widerstandsbewegungen, hier geht es um Spaltung und um Ruhe schaffen. Hier geht es aber auch um viel mehr: jetzt sind die rechtsradikalen Staatsschützer (Stümper, Rebmann) fast dort angelangt, wo sie seit Jahren hinwollen: den perfekten Überwachungs- und Repressionsapparat, der ohne Einmischung anderer Gremien arbeiten kann.

Hier geht es nicht nur um die "Verschärfung" bzw. Neueinführung und Änderung der §§ 88a, 126, 129a, 130a, 142a, 308, 315, 316b. Dies alles ergibt seinen Sinn erst mit der noch lange nicht vom Tisch verschwundenen Kronzeugenregelung, mit dem neuen "Zevis-Gesetz", mit der kommenden Volkszählung und den Gesetzen zur Neustrukturierung der Geheimdienste.

Wir werden uns in dieser Ausgabe auf die reine Darstellung der Gesetze beschränken. Eine ausführliche Würdigung würde den Rahmen dieser Ausgabe sprengen; würde den 'eh schon viel zu knapp bemessenen Raum für die schon jetzt Kriminalisierten noch weiter beschneiden. Wir werden aber eine für die gründliche Diskussion und unser aller Umgehen mit der "neuen" Situation notwendige ausführliche Dokumentation als Broschüre bzw. Sondernummer herausgeben. Denn nur über eine grundsätzliche öffentliche Diskussion werden wir der ganzen Situation etwas entgegensetzen und der Spaltung entgegentreten können.

Zum Schluß noch bitterer Zynismus: Generalbundesanwalt Rebmann in seiner Stellungnahme zu den Gesetzen: *"Einer unerwünschten extensiven Handhabung der Regelung steht neben dem Ausnahmecharakter der Bestimmung, ihrer Bedeutung als Maßnahme der Gefahrenabwehr und ihrer zeitlichen Befristung insbesondere entgegen, daß die erforderliche Abwägung auf den mit Zustimmung des Ermittlungsrichters handelnden Generalbundesanwalt als Wahrer des staatlichen Verfolgungsinteresses konzentriert ist."*

Im Januar erscheint von uns die Broschüre zu den neuen Gesetzen. Inhalt:

— ausführliche Dokumentation der Gesetzesvorlage
— Dokumentation der Stellungnahme von Rebmann
— Erklärungen der Organisation der Initiativen bundesdeutscher Strafverteidiger
— ausführliche Wertung der Gesetze und Folgen
— Versuche, selbst wieder in die Offensive zu kommen.

24-36 Seiten, 2,— bis 3,— DM.

Der neue § 129a ("Bildung terroristischer Vereinigungen")

Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Strafgesetzbuches.

Das Strafgesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 1), zuletzt geändert durch ... (BGBl. I S. ..), wird wie folgt geändert:

1. § 129 a wird gefaßt:

§ 129 a

Bildung terroristischer Vereinigungen

1) Wer eine Vereinigung gründet, deren Zwecke oder deren Tätigkeit darauf gerichtet sind

1. Mord, Totschlag oder Völkermord (§§ 211, 212, 220 a),
2. Straftaten gegen die persönliche Freiheit in den Fällen des § 239 a oder des § 239 b oder
3. gemeingefährliche Straftaten in den Fällen der §§ 306 bis 308, 310 b Abs. 1, des § 311 Abs. 1, des § 311 a Abs. 1, der §§ 312, 315 Abs. 1, 316 b Abs. 1, 316 c Abs. 1 oder des § 319 zu begehen oder wer sich an einer solchen Vereinigung als Mitglied beteiligt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

2) Gehört der Täter zu den Rädelsführern oder Hintermännern, so ist auf Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren zu erkennen.

3) Wer eine in Absatz 1 bezeichnete Vereinigung unterstützt oder für sie wirbt, wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

4) Das Gericht kann bei Beteiligten, deren Schuld gering und deren Mitwirkung von untergeordneter Bedeutung ist, in den Fällen der Absätze 1 und 3 die Strafe nach seinem Ermessen (§ 49 Abs. 2) mildern.

5) § 129 Abs. 6 gilt entsprechend.

6) Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, und die Fähigkeit, Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, aberkennen (§ 45 Abs. 2).

7) In den Fällen der Absätze 1 und 2 kann das Gericht Führungsaufsicht anordnen (§ 68 Abs. 1).

Neu vom § 129a betroffene Gesetze

§ 315. Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr. (1) Wer die Sicherheit des Schienenbahn-, Schwebebahn-, Schiffs- oder Luftverkehrs dadurch beeinträchtigt, daß er

1. Anlagen oder Beförderungsmittel zerstört, beschädigt oder beseitigt,
2. Hindernisse bereitet,
3. falsche Zeichen oder Signale gibt oder
4. einen ähnlichen, ebenso gefährlichen Eingriff vornimmt,

und dadurch Leib oder Leben eines anderen oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Handelt der Täter in der Absicht,

1. einen Unglücksfall herbeizuführen oder
2. eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken,

so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr, in minder schweren Fällen Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(4) Wer in den Fällen des Absatzes 1 die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(5) Wer in den Fällen des Absatzes 1 fahrlässig handelt und die Gefahr fahrlässig verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(6) Das Gericht kann in den Fällen der Absätze 1 bis 4 die Strafe nach seinem Ermessen mildern (§ 49 Abs. 2) oder von einer Bestrafung nach diesen Vorschriften absehen, wenn der Täter freiwillig die Gefahr abwendet, bevor ein erheblicher Schaden entsteht. Unter derselben Voraussetzung wird der Täter nicht nach Absatz 5 bestraft. Wird ohne Zutun des Täters die Gefahr abgewendet, so genügt sein freiwilliges und ernsthaftes Bemühen, dieses Ziel zu erreichen.

§ 316 b. Störung öffentlicher Betriebe. (1) Wer den Betrieb

1. einer Eisenbahn, der Post oder dem öffentlichen Verkehr dienender Unternehmen oder Anlagen,
2. einer der öffentlichen Versorgung mit Wasser, Licht, Wärme oder Kraft dienenden Anlage oder eines für die Versorgung der Bevölkerung lebenswichtigen Unternehmens oder
3. einer der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit dienenden Einrichtung oder Anlage

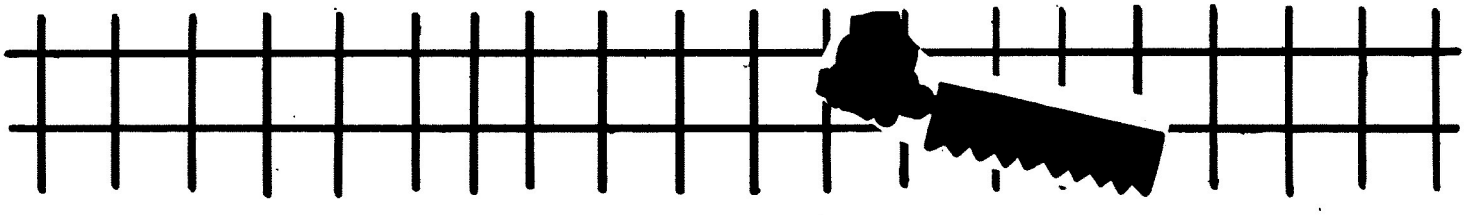
dadurch verhindert oder stört, daß er eine dem Betrieb dienende Sache zerstört, beschädigt, beseitigt, verändert oder unbrauchbar macht oder die für den Betrieb bestimmte elektrische Kraft entzieht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

Erläuterungen zum § 129a

Bei gleichzeitiger Ausweitung der damit zu verfolgenden Taten und Erhöhung der Strafrahmen für Unterstützer einer terroristischen Vereinigung von 6 Monaten bis zu 5 Jahren und für die mitgliedschaftliche Betätigung von 1 Jahr bis zu 10 Jahren führt die Anwendbarkeit des § 129a zu folgenden strafprozessualen und polizeilichen Zwangsmaßnahmen:

- **— Zuständigkeitsverlagerung für alle Ermittlungsverfahren auf den Generalbundesanwalt und Ermittlungskompetenz für das Bundeskriminalamt (§ 142a Abs. 1 GVG);**
- **— Erweiterte Beschlagnahme- und Durchsuchungsbefugnisse auch bei unverdächtigen Personen (§ 103 StPO);**
- **— Einschränkungslose Telefonüberwachung (§ 100a StPO);**
- **— Einrichtung von "Kontrollstellen" auf allen öffentlichen und öffentlich zugänglichen Straßen und Plätzen mit der Befugnis, jede auch unbeteiligte Person zu durchsuchen und deren Identität festzustellen und zu überprüfen;**
- **— Pauschale Anordnung der Untersuchungshaft ohne Haftgrund der Flucht- oder Verdunkelungsgefahr (§ 112 Abs. 3 StPO)**
- **— Anwendung des Kontaktsperregesetzes, Isolation, Sonderhaftbedingungen;**
- **— Einschränkung des Verteidigerbriefverkehrs mit Gefangenen in Untersuchungs- und Strafhaft (§ 148 Abs. 2 StPO);**
- **— Erleichterung des Verteidigerausschlusses (§ 138 a Abs. 2 und 5 StPO);**
- **— Rechtswegverkürzung durch Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in 1. Instanz (§ 120 Abs. 1 Nr. 6 GVG);**
- **— Strafbarkeit der Nichtanzeige einer geplanten oder in Ausführung begriffenen Straftat nach § 129a StGB (§ 138,2 StGB)**



Der neue § 130a ("Anleitung zu Straftaten")

2. Nach § 130 wird folgende Vorschrift eingefügt:

§ 130 a

Anleitung zu Straftaten

(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen und nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer

1. eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
2. öffentlich oder in einer Versammlung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat eine Anleitung gibt, um die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen.

(3) § 86 Abs. 3 gilt entsprechend.

3. In § 140 wird die Verweisung „§ 126 Abs. 1 Nr. 1 bis 6" durch die Verweisung „126 Abs. 1" ersetzt.
4. In § 308 Abs. 1 werden nach dem Wort „Schiffe" die Worte „Personen- oder Lastkraftwagen, Kraftfahrzeuge und Maschinen" eingefügt.

Artikel 2

Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes

Das Gerichtsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1077), zuletzt geändert durch... (BGBl. I S. ...), wird wie folgt geändert:

1. § 120 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

§ 120 (2) Diese Oberlandesgerichte sind ferner für die Verhandlung und Entscheidung im ersten Rechtszug zuständig

1. bei den in § 74 a Abs. 1 bezeichneten Straftaten, wenn der Generalbundesanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles nach § 74 a Abs. 2 die Verfolgung übernimmt,
2. bei Mord (§ 211 des Strafgesetzbuches), Totschlag (§ 212 des Strafgesetzbuches) und den in § 129 a Abs. 1 Nrn. 2 und 3 des Strafgesetzbuches bezeichneten Straftaten, wenn die Tat geeignet ist,
   a) den Bestand oder die äußere oder innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen,
   b) Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben oder
   c) die Sicherheit der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen des Nordatlantik-Pakts, seiner nichtdeutschen Vertragsstaaten und der im Land Berlin anwesenden Truppen einer der Drei Mächte zu beeinträchtigen,

und der Generalbundesanwalt wegen der besonderen Bedeutung des Falles die Verfolgung übernimmt.

Sie verweisen bei der Eröffnung des Hauptverfahrens die Sache in den Fällen der Nummer 1 an das Landgericht, in den Fällen der Nummer 2 an das Land- oder Amtsgericht, wenn eine besondere Bedeutung des Falles nicht vorliegt.

2. § 142 a Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Der Generalbundesanwalt gibt eine Sache, die er nach § 120 Abs. 2 Nr. 2 oder § 74 a Abs. 2 übernommen hat, wieder an die Landesstaatsanwaltschaft ab, wenn eine besondere Bedeutung des Falles nicht mehr vorliegt."

Erläuterungen zum § 130a

Er wurde genauso wie der § 129a 1976 zusammen mit dem § 88a (Befürwortung von Gewalt) verabschiedet, um die Befürwortung oder Anleitung zur Gewalt zu kriminalisieren. Aufgrund erheblicher Proteste im In- und Ausland gegen die Maulkorbgesetze kam es allerdings nur zu sechs Verurteilungen nach § 88a und einem Verfahren nach § 130a StGB, so daß die Gesetze 1981 wieder abgeschafft wurden, da "die Vorschrift, ihr kriminalpolitisches Ziel, die Entstehung einer allgemeinen Neigung zur Gewaltanwendung zu verhindern, nicht erreichen konnte".

In dem "neuen" § 130a ist der "alte" § 88a mit eingegangen.

Daneben gilt auch hier die Zuständigkeit der Oberlandesgerichte in 1. Instanz sowie die Kompetenzerweiterung auf die Bundesanwaltschaft (Rebmann). Das heißt, daß auch hier zentral ermittelt wird (mit Hilfe des BKA) bei allen "Delikten", bei denen von einer politischen Motivation ausgegangen wird. Damit soll die Staatsschutzrechtsprechung der Länder, wo die Richter durchaus nicht alle "linientreu" sind, in Richtung auf die Bundesanwaltschaft zentralisiert und gleichgeschaltet werden.

Zevis-Gesetz (Zentrales Verkehrs-Informationssystem)

§ 35

Übermittlung von Fahrzeugdaten und Halterdaten

(1) Die nach § 33 Abs. 1 gespeicherten Fahrzeugdaten und Halterdaten dürfen an Behörden und sonstige öffentliche Stellen im Geltungsbereich dieses Gesetzes zur Erfüllung der Aufgaben der Zulassungsstelle oder des Kraftfahrt-Bundesamtes oder der Aufgaben des Empfängers nur übermittelt werden, wenn dies für die Zwecke nach § 32 Abs. 2 jeweils erforderlich ist

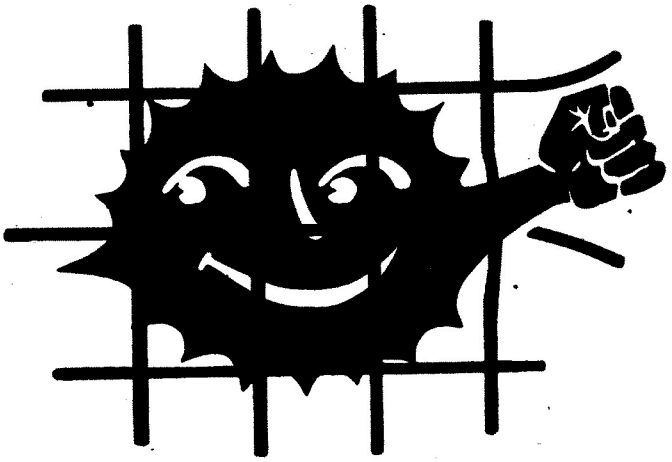
1. zur Durchführung der in § 32 Abs. 1 angeführten Aufgaben,
2. zur Verfolgung von Straftaten oder zur Strafvollstreckung,
3. zur Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten,
4. zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung,
5. zur Erfüllung der den Verfassungsschutzbehörden, dem Militärischen Abschirmdienst und dem Bundesnachrichtendienst durch Gesetz übertragenen Aufgaben,

(Auszug)

Erläuterungen zu Zevis

Das heißt, daß die Polizei mit Hilfe modernster Informationstechnologien im Direktverfahren rund um die Uhr binnen Sekunden Zugriff hat auf die größte vereinheitlichte Datenbank der BRD — Daten über 23 Millionen Personen sind hier abgespeichert.

Ähnlich wie im Zevis-Abrufverfahren werden bei der Rasterfahndung zigtausende von Menschen mit "abnormalen" Verhaltensweisen zu potentiellen "Terroristen" gemacht. Zudem kann sich ein fantastisches Bewegungsbild bei mehrmaliger Anfrage ergeben.



DISKUSSION

Zum Unfall beim Strommastknicken

Schon in der letzten Ausgabe hatten wir eine Stellungnahme abgedruckt, die sich mit den Aktionen an Strommasten befaßte. Dies auch gerade vor dem Hintergrund des Unglücks in der Startbahnregion, bei dem eine Startbahngegnerin lebensgefährlich verletzt wurde, und noch immer auf der Intensivstation im Krankenhaus liegt. Erst am 11. Dezember ist der Polizeikordon abgezogen worden, der sie rund um die Uhr im Krankenhaus bewachte.
Dieser Unglücksfall und die Umstände haben gerade in der Startbahnbewegung zu heftigen Diskussionen geführt. Im folgenden werden wir ein erstes Papier dazu abdrucken.
Vorher möchten wir aber noch auf etwas hinweisen, weil gerade in dem Papier der Schein erweckt wird, als haben die anderen Leute fahrlässig, unrevolutionär etc. gehandelt. Wir wollen diesen Leuten aber zuerst zugute halten und annehmen, daß sie sich eben doch schon vorher ihre Gedanken für Eventualitäten gemacht haben. Möglicherweise haben sie nicht die Schwere und Art der Verletzung erkannt, möglicherweise haben sie gerade das gemacht, was eigentlich immer richtig ist (nur gerade in der Situation nicht): Ruhe bewahren, keine Panik, erstmal vernünftig nachdenken und dann handeln.
Vor diesem Hintergrund finden wir es richtig und wichtig, über die Aktionen und über die Reaktionen der betroffenen Menschen zu diskutieren und sich Gedanken für andere Sachen zu machen und gerade auch alle Eventualitäten vorzudenken.

Dieser Text entsteht aus der Betroffenheit über die Qual, die eine von uns noch lange Zeit zu ertragen hat. Uschi schwebt weiterhin in Lebensgefahr.
Der Text soll Kritik sein, die unbedingt von uns selbst kommen muß. Diese Kritik richtet sich nicht gegen Personen, sondern gegen Verhaltensweisen, die ihre Ursachen auch in zum Teil unklaren Auseinandersetzungen unter uns haben. Die Auseinandersetzung über die Ursachen werden wir führen.

Nach Berichten der FR wurde im August 86 gegen 3 Uhr eine Startbahngegnerin mit lebensgefährlichen Verbrennungen an das Haus einer Familie gebracht, die ebenfalls als Startbahngegner bekannt ist. Bei einem in der gleichen Nacht umgesägten Hochspannungsmast wurden Spuren gefunden, daß sich die Startbahngegnerin in der Nähe des umgesägten Mastes befunden hat. Nach Ansicht der Kripo rühren die Verletzungen der Frau von einem Lichtbogen her, der im Zusammenhang mit dem Umstürzen des Mastes aufgetreten ist.

Über 70 Minuten sind vergangen zwischen dem Lichtbogen (Kurzschluß) und dem Zeitpunkt, zu dem die Schwerverletzte an das Haus gebracht wurde. Nach medizinischen Gesichtspunkten hätte der Tod eintreten können, weil ihr eine möglichst rasche Versorgung vorenthalten wurde.

Wenn wir annehmen, daß diese Zusammenhänge so stimmen, so müssen wir erkennen:

— daß die Gruppe sich nicht vorrangig um die medizinische Versorgung der Schwerverletzten gekümmert, sondern die eigene Sicherheit (des Unbekanntbleibens) vorangestellt hat. Und das heißt, sich — egal für welchen Zeitraum — gegen das Leben eines Menschen zu entscheiden;

— wer die lebensgefährlich verletzte Frau nicht auf kürzestem Wege in ein Krankenhaus bringt, aber Umwege in Kauf nimmt, um die Frau bei Unbeteiligten abzuladen, verringert nicht nur die Überlebenschancen der Frau. Damit werden die Unbeteiligten wissentlich belastet, um selbst die Belastung loszuwerden. Dieses Verhalten ist gegen die Unbeteiligten gerichtet, weil sie dann an dem zu tragen haben, wovor die anderen flüchten.
Feige ist kein politischer Begriff. Deshalb sei es so formuliert:

Foto: G.Zint

— es ist leider so, daß es bei Aktionen Pfusch gibt. Wir kennen die Oberflächlichkeit im Umgang mit Menschen und Technik, wo Genauigkeit und Solidarität angebracht wären. Wir können die möglicherweise entstandene Panik mitempfinden, wenn Aktionen derartig daneben gehen. Aber wir müssen es verurteilen, wenn die **Verantwortung** abgegeben wird, die einer Gruppe und jedem einzelnen zukommt, auf das Leben und die Unversehrtheit der eigenen Leute wie auch unbeteiligter Menschen zu achten und sie zu schützen.

Eine solche Haltung widerspricht nicht nur den Idealen des **befreienden Kampfes** gegen ein **unmenschliches System**, von dem wir zu oft erfahren, daß es über Leichen geht. Es untergräbt auch den Zusammenhalt und die Solidarität in jeder kleinsten politischen Aktion, ist demnach selbstzerstörerisch.

In der Folgezeit haben wir erfahren, daß einerseits Leute zur Tagesordnung übergehen, als wäre nichts passiert, was einem Verdrängen und unter den Tisch kehren gravierender Fehler gleichkommt. Andererseits werden Positionen geäußert, daß halt im Kampf "Opfer" in Kauf genommen werden müßten.
Beide Haltungen sind erschreckend und werden uns nur zurückwerfen — die oberflächliche, die militaristische.
Wir wollen es nicht zulassen, daß die Bewegung lieber "tote Helden" hat als mit Verletzten umzugehen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir, daß Sabotageanleitungen verbreitet werden, die zu unverantwortlicher Pfuscharbeit anleiten, Gefahren im Zusammenhang mit Hochspannung verharmlosen und so tun, als wären Mastaktionen nur Abendspaziergänge und nicht wohl vorbereitete, genaue Gruppenaktionen nötig.

Wir wenden uns also gegen ein politisches Abenteurertum, daß notwendigen Widerstand mit Feierabendbeschäftigung verwechselt.
Einer **ernsthaft** radikalen Politik muß daran gelegen sein, **wirksame** Aktionsformen im Rahmen eines sozialen Widerstandes zu entwickeln. Gerade die Bewegung gegen die Startbahn hat gezeigt, daß die Stärke des Widerstandes sich aus dem **Zusammenwirken** der verschiedensten Aktionsformen ergibt.

Spendenkonto:
Volksbank Mörfelden
BLZ.: 50863612
Kto.: 530069
"Uschi"

In den Wackersdorfer Prozessen stellt sich momentan öfter die Praxis ein, daß die durch die wackeligen Bullenaussagen gestützten Verfahren, durch die Belastungszeugenaussagen zusammenbrechen. In einigen Fällen ist es aber auch schon vorgekommen, daß die Staatsanwaltschaft die totale Erpressung betreibt, indem sie Meineidsverfahren, Knast usw. für die Zeugen androht, nur um die Verfahren durchzubringen. Tatsächlich ist es schon passiert, daß zwei Leute für ihre Aussage, die denen der Bullen völlig widersprachen, in dem Moment im Gericht verhaftet und eingeknastet wurden. Einen ähnlichen Fall wollen wir hier darstellen. Geschrieben von einem selbst Betroffenen.
Grundsätzlich nochmal an alle, die irgendwelche Verfahren oder Prozesse haben: Nehmt Euch einen Anwalt. Fahrt nicht alleine zu den Prozessen. Die machen Euch da ein, ob sie nun lügen oder nicht.
In Bayern scheinen tatsächlich andere Maßstäbe zu herrschen.

Über die Relativität der Wahrheit

Für diejenigen, die noch keine Erfahrungen mit der Justiz gemacht haben, oder für jene, die es interessiert, will ich von einer meiner Begegnungen mit dem Rechts-Staat erzählen.
Letztes Jahr im Dezember fuhr ich mit einigen Freunden nach Erlangen zu einem Treffen. Wir fuhren am nächsten Morgen zusammen mt anderen Demonstranten in einem Konvoi Richtung Bauplatz Wackersdorf. Vor mir fuhr einer dieser kotz-grünweißen BMWs. Als ein anderes Fahrzeug, deren Fahrer anscheinend gut ausgerüstet waren — mit Schals gegen die Kälte und Funkgerät zur Kommunikation — von hinten auf der Überholspur herankam, schienen die Herren in Grün jedoch der Meinung zu sein, ein BMW dürfe nicht überholt werden — erst recht nicht von Chaoten. Da ich damals noch ein sehr freundschaftliches Verhältnis zu meinem Auto hatte, hielt ich mich aus der nun folgenden Auseinandersetzung heraus und fuhr, um Anschluß zum Konvoi zu halten, auf der Standspur am BMW vorbei und weiter.
Im Februar störte mich dann so ein Typ von der Kripo beim Frühstück und erklärte, daß man gegen mich wegen Nötigung, Beleidigung und Gefährdung des Straßenverkehrs ermittele. Dann kam ein Strafbefehl wegen Nötigung — 600 DM sollte ich hinblättern. Überzeugt von der Gerechtigkeit meiner Sache legte ich Widerspruch ein. Darauf lud man mich nach Erlangen zu einem Schwatz beim Amtsgericht ein. Da ich davon überzeugt war, daß die Wahrheit eine absolute Größe ist, fuhr ich völlig unbedarft und ohne Anwalt zu meinem Prozeß.
Im Prozeß stellte sich dann erst heraus, welch gefährlicher Gewalttäter ich bin. Es war nämlich alles ganz anders als es wahr war. Unbekannte Chaoten (die Fahrer des anderen Fahrzeugs) hatten versucht, die Bullen von der Fahrbahn zu drängen und zu rammen. Als das nicht gelang hätten der andere Wagen und ich offenbar unter Absprache einen Keil vor dem Bullenkarren gebildet und diese so zum halten gezwungen. Sogar als sie Blaulicht und Martinshorn einsetzten sei der Keil von uns nicht aufgelöst worden. Erst als ein anständiger Bürger (= kein Demonstrationsteilnehmer) anhielt, gelang es den Bullen, auf der Überholspur zu entfliehen.
Ich hätte mich damit nicht nur der Nötigung, sondern auch des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr schuldig gemacht (§ 315b), da mein Verhalten motiviert war "durch eine der Polizei gegenüber feindliche Gesinnung".
Nun sollte ich 1.000 Mark blechen und 8 Monate ohne Lappen fahren. Immer noch überzeugt von Wahrheit und Gerechtigkeit legte ich Berufung ein, benannte meine damaligen Mitfahrer als Zeugen und fuhr mit Anwalt zur Verhandlung am Landgericht Nürnberg.
Die Bullen sagten wieder im wesentlichen das Gleiche aus: ich hätte sie rechts überholt und dann einen Keil gebildet. Als der erste Zeuge dann erzählte, daß ich nicht stehengeblieben wäre, rief der Staatsanwalt zwei seiner Justizbüttel mit Handschellen herbei. Daraufhin ließ mein Anwalt die Sitzung unterbrechen und fragte den Staatsanwalt, was das denn solle. Der erklärte, er würde den Zeugen vereidigen lassen und ihn anschließend wegen Verdachts auf Meineid einknasten, es sei denn, wir würden die Berufung zurückziehen. (Wäre der Typ kein Staatsanwalt, würde man sowas wohl Erpressung nennen).
Auch eine "Berichtigung" der Zeugenaussage dahingehend, daß er nicht mehr ausschließen könne, daß ich angehalten habe, wollte der Staatsanwalt nicht mehr zulassen, schließlich wußte er, daß selbst unter diesen Umständen das Urteil des AG Erlangen auf wackeligen Füßen stand. Es war zumindest bezüglich des § 315 ein "Gesinnungsurteil". Wir standen also vor der Entscheidung, daß entweder einer von uns eingeknastet würde (zumindest vorübergehend) und anschließend ein Meineidsverfahren am Hals hätte, oder wir konnten alles auf sich beruhen lassen und brav nach Hause fahren (was wir auch taten).
Ich habe für mich persönlich folgende Erfahrung daraus gezogen:
— Gehe nie ohne Anwalt zu einer Verhandlung, auch wenn Du dir noch so sicher bist, denn
— es kommt nicht auf die Wahrheit an, sondern darauf, was die Bullen sagen.
— Fahre nie im eigenen PKW zu einer Demo, sondern tausche dein Auto mit irgendwelchen Leuten, die du nicht kennst. (Das Verfahren gegen die Leute aus dem anderen Wagen wurde eingestellt, da sie nicht zu ermitteln waren).

Wackersdorf

Blockadetage

Insgesamt sind 550 Personen festgenommen worden. Die Verhaftungsgründe waren zum größten Teil lächerlich: Verdacht auf Trödeln, Verdacht auf Langsamfahren, Verdacht auf Nötigung. Es wurde niemand wegen schwerwiegender Sachen geschnappt. Die meisten der Festgenommenen wurden so einfach für mehrere Stunden festgesetzt und von den Aktionen isoliert.
Beim Schwandorfer Kessel wurden ca. 250 Leute mitgenommen und nach Amberg bzw. Regensburg verfrachtet, dort wurden die Personalien notiert und Mensch wieder entlassen.
Am Tag vor den Blockaden wurden sowohl das Info-Büro in Altenschawand als auch das Info-Büro in Schwandorf durchsucht. Dabei wurde jede Menge Info-Material beschlagnahmt, Schreibmaschinen sowie ein paar andere Sachen. Begründet wurde das ganze mit § 111 (öffentlicher Aufruf zu Straftaten). Verhaftet wurde dabei niemand.
Bei den wegen § 129a durchgeführten Durchsuchungen in Burglengenfeld und Ponholz wurden 8 bzw. 19 Leute vorübergehend festgenommen, aber dann auch bald wieder freigelassen. Nachdem, sie vorher die ganze Nacht über festgehalten worden waren. Über diese Hausdurchsuchungen gibt es Erklärungen der Betroffenen, die wir hier aber wegen Platzmangel nicht abdrucken können, die allerdings bei uns als Kopie bestellt werden können.

U-Haft

Am 29.10.86 wurde Fritz am Grenzübergang Rudolfstein verhaftet mit dem Vorwurf des Widerstandes.
Er sitzt zur Zeit in der JVA Amberg, Werner Siemens Str. 1, 8450 Amberg
Ebenfalls am 29.10. wurde Carsten bei der Einreise aus Holland in die BRD mit dem Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs (Demo 1.2. Kolpinghaus) festgenommen. Er ist mittlerweile gegen Meldeauflagen wieder frei. Der Prozeß ist wahrscheinlich im Dezember.

14 Monate Knast

ohne Bewährung war das Urteil vor dem Jugendschöffengericht in Schwandorf im Prozeß gegen einen 17 und einen 18 jährigen Schwandorfer. Ihnen war vorgeworfen worden, bei den Auseinandersetzungen zu Pfingsten am Bauzaun Steine geschmissen und mit einer Luftpistole auf einen Wasserwerfer geschossen zu haben. Die beiden wurden in dem unter Ausschluß und ohne Hinzuziehung eines Pflichtverteidigers (die Jugendrichterin: "Der Staat finanziert Gewalttätern nicht auch noch ihre Verteidiger.") durchgezogenen Prozeß wegen schweren Landfriedensbruch, versuchter schwerer Körperverletzung und schwerer Sachbeschädigung verurteilt.
Dieser Prozeß war der erste einer langen Reihe von Verfahren wegen der Auseinandersetzungen zu Pfingsten.

Das Objekt der Begierde

Schon in der letzten Ausgabe haben wir über die Beschlagnahmungen der Zeitung "Radikal" berichtet. Was sich seitdem abgespielt hat und welche Dimensionen das ganze mittlerweile erreicht hat, wollen wir hier noch einmal darstellen. Das ist schon die Vorwegnahme der "Anti-Terror-Gesetze".

Seit Juli dieses Jahres werden die linken Buchhandlungen und Infozentren in der BRD und Westberlin von einer Durchsuchungswelle der Politischen Polizei heimgesucht. Scheinbares Ziel dieser Aktion ist die Beschlagnahme der "Radikal" Nr. 132, Initiator ist die Bundesanwaltschaft in Zusammenarbeit mit dem BKA und der lokalen Polizei. Fleißig dabei sind auch die Dienststellen der Bundespost.
Besondere Aktivitäten entfaltete dabei das Paketamt in Bielefeld, bei dem ein Großteil der Sendungen eingeliefert worden waren. In anderen Paketämtern der Post zirkulierte ein Schreiben, in dem bis ins letzte Detail Verpackungen und Beschriftungen der gesuchten Sendungen angegeben waren. Postbeamte wurden von der Polizei stundenlang verhört und nach der Auslieferung dieser Pakete ausgefragt.: ob ausgeliefert wurde, ob bekannt gewesen sei, welchen Inhalt die Pakete gehabt hätten, an wen persönlich ausgeliefert worden sei usw. Durch einen Fehler der Absender wußte die Polizei wieviele Zeitungen in den jeweiligen Paketen gewesen sein sollen. So konnten sie gezielt in die Läden gehen und sagen: "Sie haben die und die Menge von der "Radikal" erhalten, wo sind sie?"
Die Beschlagnahmungen liefen jedoch nicht immer so zurückhaltend ab, zumindest nicht bei den zweiten Besuchen, die manche Buchläden und Infozentren vom BKA erhielten. Denn die kamen jetzt in der gleichen Sache des öfteren!
In der ersten Durchsuchungswelle beschränkte sich die Polizei in erster Linie darauf, nach der Nr. 132 zu fahnden und — wenn sie fündig wurden — zu beschlagnahmen. Betroffen waren davon Läden und Zentren in Berlin (insgesamt 12 Projekte), Hamburg (4), Siegen, Gießen, Osnabrück, Braunschweig (2), Mainz, Moers, Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach, Bochum, Bielefeld, Dortmund, Krefeld, Hannover, Frankfurt (4), Saarbrücken, Kaiserslautern, Kassel, Freiburg, Darmstadt, Rendsburg, Bremen, Marburg, Karlsruhe, Itzehoe, Kiel, Detmold, Oldenburg, Konstanz, Göttingen. (Soweit der bisherige Informationsstand).
Die erste Durchsuchungswelle, die bereits sechs Tage nach der Auslieferung der Radikal begann, wurde von den lokalen Staatsschutzabteilungen durchgeführt. In einer Reihe von Städten — so in Osnabrück, Berlin, Braunschweig, Mainz, Hannover, Frankfurt, Kassel und zuletzt in Hamburg wurde Wochen später ein zweites oder sogar Drittes Mal durchsucht, diesmal jedoch vom BKA und LKA. Zum Teil zeitgleich wurden die Wohnungen der Geschäftsführer und der Personen, die bei der ersten Durchsuchung als Beschäftigte angetroffen worden waren, durchsucht.
Gegen alle Geschäftsführer laufen derzeit Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts, in einigen Fällen auch gegen andere Personen, die in den Läden und Zentren arbeiten. Die Gesamtzahl der Verfahren wird von den Buchläden auf über 100 geschätzt.
Ermittelt wird im wesentlichen nach § 129a, das heißt konkret wegen des Verdachts, die "terroristische Vereinigung RAF zu unterstützen und für die terroristischen Vereinigungen RAF und RZ durch die Verbreitung der Druckschrift Radikal zu werben". Darüberhinaus noch wegen diverser § 111, 90a.
Was wurde gefunden? Wenig, wenig! Hier mal ein Exemplar der 132, dort mal eines. In den meisten Fällen jedoch nichts. Die Zeitung hatte offensichtlich ihre Leser/-innen gefunden, obwohl viele Leute, die die Zeitung einzeln abonniert hatten, kein Exemplar erhalten haben. (Insgesamt ist wohl die Hälfte der Auflage der Nr. 132 beschlagnahmt worden). Dafür aber bei den zweiten Durchsuchungen Unterlagen, andere Zeitungen, Strukturen.

Es geht offensichtlich nicht in erster Linie darum, die Zeitung zu beschlagnahmen, alle Päckchen und Pakete mit der Radikal wurden nämlich beim Absenderpostamt kontrolliert, dort aber nicht sogleich beschlagnahmt, sondern zum Großteil an die Endverteiler weiterverschickt. Das zeigt, daß es darum geht, die Verteilerstruktur der Zeitung an ihrem Endpunkt zu zerschlagen und zwar durch massive Kriminalisierung und Einschüchterung.
Fehlgeschlagen war in den letzten Jahren der Versuch, die Radikal über eine Verfolgung der Zeitungsmacher zu zerschlagen — durch verdeckte Herstellung konnte gewährleistet werden, daß dieses wichtige Forum der linken politischen Auseinandersetzung weiter erscheinen, d.h. gelesen und diskutiert werden konnte.
Ziel des Staates für die Zukunft ist, diese Zeitung zu verhindern. Nicht nur wegen des Abdrucks von Erklärungen der RAF und der RZ, sondern generell wegen der Texte aus dem militanten Widerstand.
An diesem Punkt reihen sich die Durchsuchungen wegen der Radikal ein in Beschlagnahmeaktionen gegen die Münchner "Freiraum", das Stuttgarter "Blättle" und der "Radi-Aktiv".
Tatsächlich sind einige Buchläden nicht mehr bereit, die "Radikal" zu verkaufen. Genau das ist der Zweck der ganzen Aktion. Können wir nur hoffen, daß für die meisten Buchläden noch immer gilt:
Wir lassen uns nicht vorschreiben, welche Bücher und Zeitschriften in diesem Land geschrieben, gedruckt, verteilt und diskutiert werden dürfen und welche nicht.

Startbahn

Am 9. Oktober wurden Andreas und Mike bei der Einreise aus dem Urlaub an der deutsch-französischen Grenze in Kehl festgenommen. nach Durchsuchungen der Autos und der Feststellung der Personalien wurden unmittelbar darauf drei Frankfurter Wohnungen, später noch die Arbeitsplätze und erneut zwei Wohnungen von der politischen Polizei/LKA durchwühlt.
Einen Tag später wurde Haftbefehl wegen angeblicher Flucht- und Verdunkelungsgefahr erlassen. Man bezichtigt sie, einen Strommast am 9.7.86 bei Hasselroth (Nähe Hanau) zu Fall gebracht zu haben. Der dringende Tatverdacht begründet sich laut Haftbefehl auf folgenden "Funden":
— Sägeblätter aus einem Werkzeugkasten
— eine Karte, in der der besagte Strommast eingezeichnet sein soll
— ein von der TAZ anonym geführtes und veröffentlichtes Interview bezüglich Strommastaktionen
— die "die geistige Einstellung zeigenden Aufkleber" (Oberpfälzer Sägefische).
2 Wochen später wurde Andreas beim 2. Haftprüfungstermin wieder freigelassen, Mike dagegen weiter in Isolationshaft in Preungesheim gehalten.
Mike ist jetzt am 18.11. aus der Haft entlassen worden.

Wendland

Am 3.12. wurde in letzter Instanz das Verfahren gegen Charlotte Garbe und Martin Mombaur wegen Tag X (§ 111, Aufruf zu Straftaten) eingestellt. Nachdem in etlichen Verfahren vorher niemals an der Substanz des in diesem Fall angewandten § 111 gezweifelt wurde, zog jetzt die Richterin sogar das in Zweifel. Alkso alles klar — das Ganze war von oben politisch durchgesetzt worden.

Schacht Konrad

Im Oktober fanden vor dem Landgericht in Braunschweig die Verfahren wegen der Schacht Konrad Demo während der Endlagerkampagne im Frühjahr statt.
Angeklagt waren Udo, Richie und Micha.Die Prozesse wurden alle quasi im Schnellverfahren durchgezoegn, heißt pro Prozeß ein Tag. Heraus kamen dabei nur durchweg hohe Urteile.
Udo wurde zu 16 Monaten auf drei Jahre Bewährung verurteilt, Micha zu 17 Monaten auf drei Jahre und Richie zu 16 Monaten auf drei Jahre zur Bewährung. Bei Richie hatte der Staatsanwalt sogar 2 Jahre ohne Bewährung gefordert.
Alle wurden wegen Landfriedensbruch, versuchter schwerer Körperverletzung und Widerstand verurteilt. Sämtliche Beweisanträge der Verteidiger wurden abgelehnt. Alle Prozesse sind in die Revision gegangen. Diese wurde von Udo, Micha und Richie eingelegt, aber auch von der Staatsanwaltschaft. Die hat noch immer nicht genug.
Ergänzung:
Inzwischen gibt es über 20 Strafbefehle über 320 DM gegen Leute, die an dem Konradspaziergang zu Ostern teilgenommen haben. Widersprüche wurden eingelegt. Wahrscheinlich gibt es auch hier weitere Prozesse.

Itzehoe

Bei 14 Leuten aus der Anti-AKW-Bewegung gab es am 24.9. Hausdurchsuchungen. In Itzehoe, Lübeck, Kellinghusen, Mehlbeck und Glückstadt schlugen Bullen zum Teil die Türen ein. Anlaß dafür war ein Schreiben an 200 Firmen die sich am Bau des AKW Brokdorf beteiligt haben. Vorwurf: Androhung von Sabotage (§ 240).

Foto: Jürgen Siegmann

Kriminalisierungsrundbrief

Mit wachsendem Widerstand gegen das Atomprogramm seit Standortbekanntgabe der WAA und der Tschernobyl-Katastrophe nahm und nimmt auch die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung über das "gewohnte Maß" hinaus immer mehr zu und nimmt mit der bevorstehenden Verabschiedung der "Anti-Terror-Gesetze" Formen an, die bisher eher diktatorischen Staatssystemen zugeordnet wurden. Meinungs- und Gedankenfreiheit werden zu bloßen Floskeln ausgehöhlt, die zur Wahrung der Scheindemokratie wenigstens auf dem Papier bestehen bleiben sollen. Um der insgesamten Rat- und Hilflosigkeit, dieser Kriminalisierung etwas entgegenzusetzen, war man sich in jedem Fall über die Notwendigkeit eines bundesweiten Informationsaustausches über die "rechts"-Zugriffe des Staates einig, was im Beschluß der Atommüllkonferenz (19/20.9. in Philippsburg), regelmäßig einen Kriminalisierungsrundbrief herauszugeben, mündete.
Inhalt des Papieres soll neben aktuellen Prozeßterminen, Urteilen, Presseartikeln und Berichten bzw. Stellungnahmen zu Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und anderen Staatszugriffen auf die Anti-AKW-Bewegung auch die Auseinandersetzung mit Verschärfung der "Rechts"-Grundlagen allen anderen, nicht staatskonformen Bewegungen, sein. Den Anspruch, darüberhinaus eine Diskussion und inhaltliche Auseinandersetzung über die Kriminalisierungsproblematik auf der Ebene eines solchen Rundbriefes in Gang zu bringen und einen regelmäßigen Austausch des jeweiligen Diskussionsstandes der verschiedeenn Gruppen zu ermöglichen, müssen wir zunächst als Wunschziel für spätere (vielleicht bessere!) Zeiten im Hinterkopf behalten.
Die erste Ausgabe des Kriminalisierungsrundbriefes konnte bereits einen Monat nach dem Atommüllkonferenz-Beschluß erscheinen und wurde über einen großen Verteiler bundesweit verschickt.
Die Resonanz und große Nachfrage bestätigen die Notwendigkeit eines solchen Rundbriefes, der durch 14-tägiges Erscheinen die Informationen der Zeitschriften Atom und RadiAktiv ergänzen und aktualisieren soll.
Allerdings läuft die momentane Zusendung an Material für den Rundbrief noch sehr unbefriedigend; wir sind in jedem Fall auf schnelle und präzise Zusendung der neuesten Geschehnisse, Prozeßtermine, Urteile usw. angewiesen, um dem Anspruch der Aktualität genügen zu können.
Nachdem wir die Nullnummer kostenlos verschickt haben, haben wir den Preis auf 2,50 pro Rundbrief festgesetzt; Vergünstigungen für's Abo können wir uns im Moment leider nicht leisten, vor allem weil eine ganze Reihe von Leuten (hauptsächlich Knackis) nicht immer bezahlen können. Es wäre schön, wenn ihr Knast-Abos übernehmen könntet!

Der Kriminalisierungsrundbrief ist zu beziehen über
Umweltzentrum
Elfbuchenstraße 18
3500 Kassel
Dahin bitte auch alle Infos.

Bielefeld

Der 8. Oktober begann für eine ganze Reihe von Leuten ausgesprochen unfreundlich: Morgens um sechs Uhr standen Beamte des BKA und der Kripo vor den Wohnungstüren von 14 friedenspolitisch Aktiven, z.T auch vor denen ihrer Eltern — Hausdurchsuchung, angeordnet vom Bundesgerichtshof wegen des "Verdachts der Sabotage an Verteidigungsmitteln". In den mehrstündigen Durchsuchungsaktionen beschlagnahmten sie Flugblätter, Adressenlisten, Aktenordner usw. Anschließend wurden die Beschuldigten zur ED-Behandlung und Verhör ins Polizeipräsidium gebracht.
Betroffen von diesem Großeinsatz der Staatsmacht (20 Hausdurchsuchungen mit mehr als 100 BKA- und Kripobeamten, ein Staatsanwalt, ein Hubschrauber) waren vor allem Leute, die die Manöverbehinderungen im Fulda-Gap 1984 regional mit vorbereitet hatten.
Damals hatten 1500 Menschen (darunter 35 Bielefelder) vielfältige Aktionen durchgeführt: von Infoständen über Blockaden bis zu Sprengschachtunbrauchbarmachung.
Diese Sprengschachtaktionen waren dann auch der Grund für die Staatsschutzaktion im September 1985, bei der bei etwa einem Dutzend Hanauern und Bielefeldern Hausdurchsuchungen durchgeführt wurden.
Konkrete Belege für die Beteiligung an einer Sprengschachtaktion hatte die BAW nicht. Stattdessen mußten Indizien herhalten. Beschlagnahmt wurde damals eine Unmenge an Material (Bücherlisten, Landkarten, Kalender, Sitzungsprotokolle etc.). Diese Sachen konnten aber allesamt nicht den Verdacht nach "Sabotage auf Verteidigungsmittel" erhärten. Stattdessen dienten sie jetzt als Grundlage für die neuerlichen Durchsuchungen.

Ermittlungsausschuß

In der letzten Ausgabe hatten wir die Adressen der uns bekannten Ermittlungsausschüsse abgedruckt. Dazu gibt es jetzt zwei Änderungen:

EA Hildesheim
c/o Kukuk e.V.
Postfach 101406
3200 Hildesheim

Prozeßhilfe Darmstadt
c/o Gaststätte "Zum Kopernikus"
Pankratiusstr. 26a
6100 Darmstadt
Tel.: 06151/79775

Wendland: Anklage nach § 129 beantragt

29a

Im Okt.86 beantragte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht in Lüneburg Anklage gegen 3 Lüchow-Dannenberger wegen § 129 (Gründung einer kriminellen Vereinigung) zu erheben.
Ihnen wird zur Last gelegt an verschiedenen Sabotageaktionen gegen Bahnstrecken (zukünftige Atommülltransportwege) und Fahrzeuge von Firmen (die am Zwischenlager mitgebaut haben) beteiligt gewesen zu sein. Die Staatsanwaltschaft konstruierte diese Anklageschriften unter Zuhilfenahme eines Berichtes (zigtausend Seiten) einer extra eingesetzten Sonderkommission.
Insgesamt laufen/liefen im Zusammenhang mit Widerstands/Sabotageaktionen im Wendland über 25 Ermittlungsverfahren nach § 129 StGB.
Über die Zulassung der Anklage wird das Lüneburger Landgericht Anfang 1987 entscheiden.

Seit der Benennung Gorlebens als Standort für ein NEZ (Nukleares Entsorgungs Zentrum) vor fast 10 Jahren am 22.02.1977 durch den nds. Ministerpräsidenten Albrecht, ist die Region nicht mehr zur Ruhe gekommen. Durch den massiven Widerstand der Bevölkerung, unterstützt durch die Anti-AKW-Bewegung, sah sich Albrecht genötigt, nach dem Hannover-Treck 1979 und der Trecker-Blockade das Projekt NEZ als politisch nicht durchsetzbar zu erklären.
Der Loyalitätsverlust in breiten Kreisen der Bevölkerung wog schwerer als das politische und wirtschaftliche Interesse am gesamten NEZ.
Es galt Ballast abzuwerfen, die WAA, das Kernstück, wurde über Bord geworfen. Damit begann aber die Salamitaktik. Die Projekte Zwischenlager (ZL) und Endlager (EL) wurden weiter verfolgt, denn die Entsorgungsprobleme der AKW's wurden immer dringender.

Anfang 1982 wurde mit dem Bau des ZL begonnen. Als es beim „Tanz auf dem Vulkan" im Sept. 1982 am ZL zu gewaltigen Auseinandersetzungen kam, distanzierte sich die BI noch von den Vorfällen.
Doch als Ende 1982 Dragahn (30 km westl. von Gorleben) als Standort für eine WAA benannt wurde war für viele Menschen der Anstoß für den Schritt vom Protest zum Widerstand.
Jahrelang hatte man protestiert, vor Gerichten geklagt, Geld gesammelt, Unterschriften gesammelt, informiert, diskutiert etc., doch die Atommafia setzte sich mit einem eiskalten Lächeln gegen die Interessen der Bevölkerung durch. Profitinteresse stand vor ökologischen Gesichtspunkten. Gesetze wurden mißbraucht um die eigenen Atompläne durchzusetzen. Vielen Menschen wurde bewußt, daß der Begriff Rechtsstaat zur Phrase ausgehöhlt war.
Es wuchs die Bereitschaft den legalen Rahmen zu verlassen und es kam 1983 zu mehreren Brandanschlägen, 1984 folgte eine Serie von Brandanschlägen gegen Firmen die sich am Bau von ZL und EL beteiligten.
Weiterhin gab es Aktionen gegen die Bahnstrecken auf denen der Atommüll schließlich ins ZL rollen sollte. Dies ging einher mit Massenaktionen wie der Wendlandblockade, bei der einen Tag lang mit diversen Aktionsformen die Zufahrtsstraßen zum Landkreis blockiert wurden, und den Vorbereitungen auf den Tag X, an dem das ZL erstmals beschickt werden sollte. Die Durchführbarkeit von Atomtransporte schien gefährdet, Sabotageaktionen waren akzeptiertes Bestandteil des Widerstandes. Der Sachschaden belief sich innerhalb eines Jahres auf ca. 4 Mio. DM. Nachdem es in der Nacht zum 30.03.84 zu mehreren Brandanschlägen kam, wurde das nds.-Landeskriminalamt (LKA) mit den Ermittlungen beauftragt.
Es wurde eine 40-köpfige Sonderkommission gegründet, die gegen eine „kriminelle Vereinigung" gem § 129 StGB ermitteln sollte.
Es ist offensichtlich, daß es nicht primär darum ging diese Taten aufzuklären, sondern es galt vielmehr der oben genannten Entwicklung Einhalt zu gebieten.
Albrecht konnte jetzt nicht mehr wie 1979 einen opportunistischen Rückzieher machen, deshalb mußte die Region anders befriedigt werden. Hierzu mußte der § 129 StGB dienen, das hierdurch geschützte Rechtsgut ist nämlich die innere öffentliche Sicherheit, und es geht nicht primär um die Aufklärung von „Straftaten". Die "Vereinigung" als solche ist lt. Gesetz schon die Straftat. Durch die willkürlich mannigfaltige Interpretationsmöglichkeit des Begriffes „Vereinigung" erhält das Gesetz seine präventive Wirkung. Es sollen möglichst viele Menschen eingeschüchtert werden, um einen Widerstand zu zerschlagen. Durch die ebenso mannigfaltige Interpretationsmöglichkeit der Begriffe „Zweck und Tätigkeit" einer „Vereinigung" wird die politische Gesinnung inkriminiert.
Wer sich nicht deutlich distanziert gilt als Straftäter, nach dem Motto mitgefangen mitgehangen. Hierdurch wird eine Spaltung einer Bewegung in Gute und Böse bezweckt, und ein Widerstand soll in System konforme Bahnen gelenkt werden.
Das dies nicht erst heute so ist, beweisen viele § 129 Ermittlungen seit der „Weimarer Zeit".
Stets ging es darum die politische Linke und soziale Bewegungen zu zerschlagen.
Gerade diese Ermittlungsverfahren im Wendland bestätigen dies erneut, die alte Aussage: **„Angeklagt sind wenige, gemeint sind wir alle"** trifft mal wieder den Kern der Sache.

HANAU 8.11.

Foto: Klaus Malorny

"Gewaltfrei oder militant – Hauptsache Widerstand!" Das Motto dieses Tranparentes einte, trotz anfänglicher Auseinandersetzungen, letztlich so unterschiedliche Menschen wie Robert Jungk und die Autonomen. Zur Demonstration gegen das Atomzentrum Hanau am 8.11.86 kamen Menschen aus allen Strömungen der Anti- AKW- Bewegung, von Friedens- und Dritte- Welt- Solidaritätsbewegung. "Alle Sektierer Deutschlands" hätten sich in Hanau versammelt, so der etwas ratlose Kommentar eines Vorstandsmitglieds der Hessen-Grünen. 25.000 Sektierer – diese Zahl kann sich sehen lassen (und übersteigt weit die Zahl grüner Realos).

Die Kundgebung war die beste des ganzen letzten Jahres. Die noch immer tabuisierte , in die NS- Zeit hineinreichende militärische Dimension des Atomprogramms war Thema der Beiträge von Karl- Heinz Roth und Anita Aschenbrenner (LAKO). Wolff Geißler (Anti- Apartheid- Bewegung) zeichnete in seinem Beitrag die Zusammenhänge zwischen der Lieferung militärischer Schlüsseltechnologie aus der BRD an Südafrika und dem Export völkerrechtswidrig abgebauten Urans aus Namibia auf. Ein Vertreter der britischen Bergarbeitergewerkschaft NUM wies auf den gezielten Abbau von Arbeitsplätzen im Kohlebergbau durch den Ausbau der Atomenergie hin. Scharf angegriffen wurden die polizeilichen Provokationen anläßlich der Demo von einer Vertreterin der neuen Gruppen.Wir dokumentieren auf den folgenden Seiten einen Teil der Kundgebungsbeiträge.

Gegen Robert Jungk wird seit der Kundgebung aufrund seiner dort gehaltenen Rede wegen aufwieglerischem Landfriedensbruchs und Volksverhetzung ermittelt. Der hessische Ministerpräsident Börner warf Jungk nach der Demo vor, er habe seine moralische Autorität ausgenutzt, um zu Gewalt aufzurufen.

Bewährt hat sich das Bündnis der Hanau- Demonstration. Die von verschiedenen Seiten geforderte Ausgrenzung der Autonomen wurde ebenso vereint zurückgewiesen wie die polizeipsychologischen Umarmungsversuche. Die Einhaltung des gemeinsam vereinbarten Aktionsrahmens sicherte, daß ein paar bei den Atomfirmen zerdepperte Scheiben keine Distanzierungen nach sich zogen. Die politische Breite des Trägerkreises und das geschlossene Auftreten hat Vorbildcharakter und dürfte angesichts der zu erwartenden Entwicklungen die einzigste Chance für weitere, politisch zugespitzte Aktionen der außerparlamentarischen Bewegungen sein .

Neuer Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung?

Jede Flüssigkeit wird ab einer bestimmten Temperatur durch Kristallbildung zur festen Masse. Der Kristallisationspunkt ist die Stelle, an der sich der erste Kristall herausbildet und um den sich immer mehr Kristalle neuentwickeln und festigen. Wenn sich genügend Kristalle gebildet haben, schlägt die Quantität in Qualität um: Aus Wasser wird Eis, als flüssiger Schmelze Stahl.

War die Hanau-Großdemo am 8.11. „ein einziger Flop" (so ein Mitglied der grünen Bundestagsfraktion), war sie ein Verlegenheitsprojekt, weil nunmal für den Herbst nichts anderes anstand oder wurden hier Ansätze verwirklicht, die früher oder später in eine neue Qualität umschlagen könnten?

Der Kern der Sache

Bundesweit waren die Hanauer Atombetriebe bisher bestenfalls als rotgrüner Stolperstein oder als Objekt juristischer Streitereien bekanntgeworden. Bei der Mobilisierung zur Demo am 8.11. jedoch ging es um den Kern der Angelegenheit: Es ging um Hanau als dem Zentrum bundesdeutscher Atomwaffenpläne und internationaler Plutoniumschiebereien. Es ging um die nukleare Zusammenarbeit zwischen den Hanauer Betrieben und der südafrikanischen Apartheid durch Verarbeitung von Namibia-Uran. Im Vorfeld der Demo wurden nach BI-Schätzungen 180 Infoveranstaltungen im ganzen Land durchgeführt — nicht zuletzt aus Anlaß der Demo war Hanau am 7.11. Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag und Thema einer 10-seitigen „Spiegel"-Reportage.

In dieser Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen liegt bereits ein Hauptzweck und ein Haupterfolg der *Hanau-Demonstration.*

Als ein zweites Ergebnis der Konzentration der Anti-AKW-Bewegung auf Hanau ist die enge Zusammenarbeit mit dem radikalen Flügel der Friedensbewegung (BUF) hervorzuheben. Niemals zuvor wurde bei einer Anti-AKW-Aktion inhaltlich und organisatorisch so eng mit Teilen der Friedensbewegung zusammengearbeitet.

Es handelt sich hierbei um einen Ansatz von strategischer Bedeutung. Grundlage dieser Kooperation ist nicht nur die allgemeine Erkenntnis von der Untrennbarkeit militärischer und ziviler Atomtechnik, sondern die sehr konkrete und bedrohliche Neuorientierung des BRD-Imperialismus auf eine vorrangig militärstrategische statt kommerzielle Ausrichtung des Atomprogramms (vgl. die Hanauer Reden von K.H. Roth und A. Aschenbrenner).

Foto: Klaus Malorny

Diese Neuorientierung macht es notwendig, daß die Friedensbewegung mit althergebrachten Vorstellungen bricht (z.B. ausschließliche Konzentration auf US- und SU-Waffen) und die Anti-AKW-Bewegung die begonnene Kooperation ausbaut.

Zwar hatte anläßlich der Hanau-Demo erstmals auch der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung zur Teilnahme an einer Anti-AKW-Demonstration aufgerufen. Dennoch kann von einer intensiven Informations- und Mobilisierungsarbeit innerhalb der Friedensbewegung noch keine Rede sein. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte in der Totalblockade von SPD und DKP gegen die Hanau-Aktion liegen. Die SPD hatte sich auf keinem der Vorbereitungstreffen blicken lassen. Zwar hat inzwischen ihr Parteivorstandsmitglied Roth die real existierende Atomwaffenforschung in der BRD enthüllt und das militärische Interesse der Bundesregierung an dem Atomprogramm benannt

Derartige Einsichten werden jedoch bis heute strikt dem parteitaktischen Kalkül untergeordnet und das lautet: Kritik an Wackersdorf, aber Bestandsschutz für das größte Atomwaffensprengstofflager, das ein Nichtatomwaffenstaat derzeit weltweit besitzt — Bestandsschutz für Hanau.

Die DKP wiederum, die sich mit ihrer Forderung nach „Verstaatlichung aller Atomanlagen bei umfassender demokratischer Kontrolle" ohnehin recht abseitig bewegt, hatte sich auch als Beobachterin des Hanau-Bündnisses zurückgezogen, sobald klar war, daß im zentralen Hanau-Aufruf auch die Politik der SPD beim Namen genannt anstatt heuchlerisch ausgeklammert wird. Dadurch hätten die Veranstalter, so der DKP-Vorstand Main-Kinzig in einer Presse(l)erklärung, „große Teile der Arbeiter- und Friedensbewegung ausgegrenzt."

Gewaltfrei oder militant — wichtig ist der Widerstand!

Kennzeichnend für den Demoaufruf war vielmehr, daß niemand ausgegrenzt und das Ziel einer „gewaltigen und phantasievollen" Großdemo einvernehmlich festgelegt wurde. Die Radikalität sollte nicht in den Aktionsformen, sondern in den Inhalten zum Ausdruck kommen. Diese Stoßrichtung entsprach der Festlegung vom bundesweiten Koordinierungstreffen der Anti-AKW-Bewegung am 28./29.6.86 in Frankfurt. Nach den Zusammenstößen in Brokdorf und Wackersdorf und dem anschließenden Gewaltgeheul in den Medien war auch die Frankfurter Anti-AKW-Konferenz massiv in die Schußlinie geraten: Wer sich von Gewalttätern nicht distanziere, sei selbst einer. Prompt distanzierten sich daraufhin die Hessen-Grünen, der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) sowie die Jusos von der Aktionskonferenz. Der berühmtberüchtigte „Offene Brief" des grünen Generals Bastian an die Anti-AKW-Bewegung mit der Aufforderung, „Gewalttäter" auszugrenzen und zu isolieren, war der traurige Höhepunkt. Die unabhängige Anti-AKW-Bewegung sollte in eine gesellschaftliche Isolierung gebracht werden.

Die Hanau-Demo war von Anfang an der Versuch, diese Spaltungsversuche zurückzuweisen und die Identität einer radikalen, unabhängigen Anti-AKW-Bewegung offensiv zu vertreten. Die Ergebnisse sprechen für sich:

— Der zentrale Demoaufruf, u.a. gegen den Versuch der Bundesregierung, *„den Widerstand gegen Atomenergie ... in gut und schlecht, friedlich und gewalttätig zu spalten"*, wurde im grünen Spektrum unterzeichnet von: Grüner Bundesvorstand, Grüne Bundestags- und Europaparlamentsfraktion, Grüne Landesverbände Niedersachsen, Hamburg und Baden-Württemberg, etliche grüne Kreisverbände sowie DFG/VK-Bundesvorstand, BBU, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen, DBV-Jugend (Deutsch. Bund für Vogelschutz), EKLAT-Elterninitiative Paderborn usw. usf..

— Im Hanauer Bereich hatte sich ein breites Bündnis inclusive BUND, GEW usw. hinter den Aufruf gestellt. Am 7.11. veröffentlichte im Lokalblatt der Atomstadt die GEW Hanau einen halbseitigen Aufruf zur Demonstration. Selbst der hessische Bund Naturschutz sprang zwei Tage vor Toresschluß auf den Mobilisierungszug.

— Sehr zum Leidwesen des grünen Generals und seiner Freunde entschloß sich Robert Jungk dazu, seine Unterschrift unter den Offenen Spalterbrief öffentlich zurückzuziehen. Die mehr als ruppige Reaktion Bastians (Jungk *„sollte keine unzutreffenden Erklärungen abgeben, sondern offen sagen, warum er vor der Aggressivität jener kapituliert, die unser überfälliger Aufruf zu offensichtlich getroffen hat ..."*) macht deutlich, daß von der grünen Spaltungsinitiative ein Scherbenhaufen zurückgeblieben ist.

— Erstmals in der Geschichte der Anti-AKW-Bewegung ist es gelungen, eine über 20.000-köpfige Standort-Demo nicht am frisch errichteten Bauzaun, sondern mitten in einem etablierten Atomzentrum durchzuführen.

In Hanau hat am 8.11. der unabhängige, linksradikale Flügel der außerparlamentarischen Bewegung gegen alle Isolierungsversuche seine Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die politische Grundlage des Hanau-Bündnsses basierte auf folgenden Punkten:

— Eigenständigkeit statt parlamentarische Illusionen;

— Ablehnung staatlicher Spaltungsversuche, Kampf gegen Kriminalisierung;

— Kooperation mit der Antikriegs- und Friedensbewegung und Aufklärung über alle Aspekte des Atomprogramms;

— Einheit in der Aktion auf Grundlage verbindlicher Vereinbarungen;

— Massenmobilisierung mit dem gemeinsamen Ziel, die politische Basis für den radikalen Anti-AKW-Widerstand zu verbreitern.

Diese politische Plattform sollte als „Kristallisationspunkt", d.h. als Ausgangspunkt für weitere gemeinsame Aktionen genutzt werden.

Zweimal, am 4.10. in München und am 8.11. in Hanau, haben wir die verlogenen „Gewalt"-Prophezeihungen der Gegenseite ins Leere laufen lassen. (Das bleibt trotz des tölpelhaften Randale-Nachtrags einiger Autonomer gegen Hanauer Jeans- und Möbelläden nach Abschluß der gemeinsamen Demo ein Fakt.) Nun wäre zu überlegen, ob wir 1987 auf Grundlage der in Hanau geschaffenen politischen Basis den Versuch einer bundesweiten Mobilisierung zum Bauzaun Wackersdorf wagen — mit dem Ziel einer politischen Kundgebung (wie in Hanau) unter Einbeziehung möglichst aller Anti-AKW-Sektoren.

Foto: Klaus Malorny

Kommentar zur Hanau-Demo

Sie wird sicher nicht als Meilenstein in die Geschichte der Anti-AKW-Bewegung eingehen. Auf der anderen Seite sollten wir das Zustandekommen und die Durchführung der Aktion in ihrer Bedeutung für den weiteren Widerstand nicht unterschätzen. Denn ein halbes Jahr nach Tschernobyl, den Pfingstaktionen in Wackersdorf und dem wirkungslosen und keine neuen Perspektiven aufzeigendem Anrennen gegen die Festung Brokdorf hat die Anti-AKW-Bewegung in Hanau ihre Schlagkraft und Geschlossenheit unter Beweis gestellt.
Die Ausgangsbedingungen waren dabei nicht gerade ideal:

- Die ganze Aktion war auf der Bundeskonferenz in Frankfurt mehr am grünen Tisch ausgebrütet und weniger von Begeisterung denn von dem Wissen um mangelde Alternativen in die Tat umgesetzt worden.
- Der Verdrängungseffekt von Tschernobyl innerhalb und außerhalb der Bewegung war schon ziemlich weit fortgeschritten, auf spontane Mobilisierung konnte also nicht gesetzt werden. Zudem war Hanau trotz aller Mühe kein Standort vergleichbar mit Brokdorf oder Wackersdorf. Die für das Atomprogramm große strategische Bedeutung der Hanauer Atomfirmen liegt mehr im Abstrakten und ist in reale Mobilisierung nur schwer umzusetzen.
- Der Verlauf der Großaktionen in der Zeit nach Tschernobyl, die durch den offenen Brief einiger Prominenter ausgelöste Gewaltdebatte und die butterweiche, aber unerwartet viele Menschen anziehende Großaktion der Friedensbewegung im Hunsrück hatte die Ausgangsbedingungen für eine Aktion, wie sie in Hanau geplant war, eher verschlechtert.

Anstelle einer reichlich isolierten und frustrigen Aktion, die man durchziehen mußte, weil sie nunmal beschlossen worden war, kam am Ende eine Demo zustande, die die Bewegung in ihrer Gesamtheit gestärkt und gefestigt hat - mit einer Einschränkung für die Hanauer BI, die ihre Schwierigkeiten vor Ort wegen der Scherbendemo in der Innenstadt haben dürfte.

Entscheidend bei der Hanu-Demo ist die Tatsache, daß die Stärken der Anti-AKW-Bewegung zu einem Zeitpunkt sichtbar geworden sind, bei dem nicht klar war, ob wir über diese vermeintlichen Stärken noch verfügen. Wir haben gezeigt:

Foto: Klaus Malorny

1. Die Anti-AKW-Bewegung ist nach wie vor bundesweit aktionfähig unter sehr schwierigen äußeren Bedingungen. Sie ist politisch und organisatorisch in der Lage, an einem relativ unbekannten Standort ohne Flair und unter einer recht abstrakten inhaltlichen Mobilisierung, 20. oder 30.000 Menschen zu einer entschlossenen und geschlossenen Aktion zu mobilisieren.
2. Trotz der immer stärker gewordenen Differenzen innerhalb der verschiedenen Fraktionen der Bewegung gelang es, den Trägerkreis in der nötigen Breite aufrechtzuerhalten, ohne daß die inhaltliche und aktionsmäßige Radikalität hätte aufgegeben werden müssen. Allein die Tatsache, daß keine Parteien-Vertreter sprachen, drückt die Stärke der Bewegung an dieser Stelle aus. Daß dazu noch eine der besten Kundgebungen, die es in den letzten Jahren überhaupt gegeben hat, zustande kam, zeigt die inhaltiche Substanz dieses Bündnisses. Wie schon bei der Aktion gegen den Weltwirtschaftgipfel, hat der unübhängig/autonome Teil der Bewegung seine Aktions- und Politikfähigkeit auch in einem breiteren Bündnis unter Beweis gestellt und praktisch bewiesen, daß unter bestimmten Bedingungen sich Bündnisfrage und Festhalten an wichtigen Inhalten nicht ausschließen müssen.

"Ich selbst gehöre dem autonomen Spektrum an"

Karl-Heinz Roth

Genossinnnen und Genossen!

Wir sind an einem schlimmen Ort angekommen und an einem sehr schlimmen Unternehmen dazu. Der Ort bezieht sich auf die geschichtliche Tatsache, daß hier schon 1940 für die Atombombenplanung der Nazis die ersten Kernbrennstäbe, Plutoniumstäbe geliefert wurden. Das Unternehmen mit der merkwürdigen Abkürzung und merkwürdig abgekürzten Tochtergesellschaften NUKEM, ALKEM usw. ist nichts anderes als die Fortsetzung der DEGUSSA, der Deutschen Gold- und Silber-Schmiede-Anstalt, eines Unternehmens, daß in der Weimarer Zeit und im Dritten Reich Tochtergesellschaft des IG-Farben Konzerns war. Und dieses Unternehmen unter seinen Managern hat nicht nur die ersten Plutoniumstäbe produziert. Dieses Unternehmen hat zusammen mit anderen Giftgas produziert. Eine Tochtergesellschaft der DEGUSSA war für ein anderes Gift zuständig neben dem Plutonium - für Zyklon B, für Zyankali, für die Massenmorde an den Juden im nazistischen Europa. Das waren die Täter. Sie haben immer verschiedene Sorten von Gift produziert. Und ihre Zusammensetzung in den Unternehmensleitungen hat sich nicht geändert. Nach der Zerschlagung der Nazi-Diktatur wurde nach einem kurzen Intervall der Konzernkomplex gegen den wir heute angetreten sind, reorganisiert. Er wurde reorganisiert und erweitert. Erweitert um die RWE, Rheinisch-Westfälische-Elektrizitätswerke AG und die Siemens AG und organisiert wurde die Erweiterung zu einem Nuklearunternehmen, wie wir es heute haben, von der Deutschen Bank und einem Bankenkonsortium. Es ist unglaublich, daß dieses Management, ein Management aus Kriegsverbrechern, aus Massenmörder, aus Wehrwirtschaftsführern, die Möglichkeit bekommen konnte, in der Adenauer-BRD die Nuklearforschung zu beginnen und einzuleiten.

Genossinnen und Genossen!

Wir haben uns schon in den Sechziger Jahren parallel zu damiligen Studentenbewegung mit dieser Entwicklung der Nukleartechnologie beschäftigt. Und wir haben damals schon bemerkt, daß die Veränderungen der Sechziger Jahre nichts anderes als der Versuch waren, die offene Atombombenstrategie der Strauß und Co., der IG-Farben-Nachfolger Hoechst und Co. zu verschleiern. Erst in den Sechziger Jahren wurde die deutsche Linie, eine reine Linie zur Atombombenproduktion, verändert. Sie wurde taktisch erweitert auf die volkswirtschaftliche Planung von Leichtwasserreaktoren. Und erst in den Sechziger Jahren hielten es die Manager dieser Konzerne für müßig und nötig, ihr klares militärisches Programm vokswirtschaftlich zu tarnen und gleichzeitig volkswirtschaftlich zu verwerten. Sie haben aber schon damals Ende der Sechziger Jahre am Plutonium-Zyklus festgehalten. Sie haben sich nur getarnt. Und erst einige Jahre später, nachdem die Anti-AKW-Bewegung ihre ersten Erfolge und ihre ersten Durchbrüche erzielt hatte, kamen wir und kommen wir jetzt auf diese Zusammenhänge wieder zurück. Wir müssen alte Fragen, die wir in den Teilerfolgen der Massenbewegung der Siebziger Jahre zurückgestellt haben, weil wir völlig zu recht

➡

3. Auch die Zusammensetzung der Hanauer-Demo drückte eine der unverwechselbaren Stärken der Anti-AKW-Bewegung aus. Dieses bunte Bündnis aus Punks, Autonomen und Anti-Imps, Oberpfälzern, Grünalternativen und bürgerlich Konservativen kommt trotz aller Spaltungsversuche und starker, oft sich unüberbrückbarer Gegensätze in den Lebensformen der einzelnen Menschen immer wieder zusammen und hält, zumindest für Stunden, auf eine eindrucksvolle Art und Weise zusammen. Keine „Aufhören! Aufhören!" -Rufe oder Pfiffe waren zu vernehmen, als zu Beginn und während der Kundgebung vor den Hanauer Atomfabriken die ersten Steine gegen Verwaltungsgebäude über den Zaun flogen. Die Demo blieb fest zusammen und es gab auch keine stille Spaltung durch vorzeitige Abwanderung. Die politisch weit links stehenden Kundgebungsbeiträge hatten ihre Wirkung bis weit in das bürgerliche Lager hinein. Gerade in unmittelbarer Nähe der Hanauer Atomanlagen hat so manch eine/r vielleicht zum ersten Mal linke bzw. autonome Positionen richtig erfaßt und verstanden. Ein Beweis dafür, wie gut die Beiträge waren und wie unbedingt richtig es ist, Beiträge solcher Stoßrichtung durchzusetzen und sich bei der Umsetzung extreme Mühe zu geben.

Scherben bringen nicht immer Glück

Es war richtig und wichtig, daß Nukem/Alkem und auch die US-Militärsiedlung die Demo nicht unbeschadet überstanden haben. Die Scherbendemo in der Hanauer Innenstadt nach Auflösung der offiziellen Demo kann meiner Meinung nach nicht scharf genug kritisiert werden. Scherben sind eben nicht gleich Scherben, sondern es kommt sehr wohl darauf an, gegen wen sie sich richten, wie viele dahinter stehen und ob sie wenigstens im Ansatz vermittelbar sind und nicht nur die individuellen Agressionen der Handelnden ausdrücken, mögen sie noch so berechtigt und verständlich sein. Ausnahmslos alle autonomen Beiträge auf der Kundgebung haben sich in diesem Sinne geäußert, wohl wissend, daß Randale zu erwarten ist in dieser Form nach vielen Erfahrungen der letzten Monate und Jahre. Egal, ob es nur gegen das Atomprogramm geht oder mehr, erst Recht, wenns gegen das gesamte System geht, Widerstandsaktionen dürfen keine falschen Fronten aufreißen, sonst nutzen sie eher dem politischen Gegner, als der eigenen Sache. Normale Geschäfte des alltäglichen Lebens werden aber in der Regel und mit Sicherheit in einer Stadt wie Hanau als Teil des eigenen Arbeits- und Lebensbereiches begriffen und nicht in erster Linie als potentielles Angriffsobjekt revolutionärer Politik. Greift man diese trotzdem an, ist die Gefahr groß, daß es zu falschen Solidaritätseffekten kommt und Otto bzw. Eva Normalverbraucher/in solche Aktionen als blinden, ungezielten Angriff versteht, der sich auch gegen sie gerichtet haben könnte oder prinzipiell mal richten könnte. Das Verständnis für den Frust und den Haß vieler Menschen gegen dieses System und für das, was für sie Ausdruck dieses Systems ist - und das geht bei vielen offensichtlich sehr weit - muß da seine Grenzen haben, wo Aktionen in erster Linie dem Ablassen von Frust und Agressionen, Perspektivlosigkeit und Haß dienen, und nicht mehr als Ausdruck von politischen Willen verstanden werden können. Die persönliche und inhaltliche Auseinandersetzung muß dabei gesucht werden, so schwer das auch für den einzelnen sein mag. Es hilft überhaupt nichts, dieser Problematik stillschweigend auzuweichen oder sie zu ignorieren.

Foto: Klaus Malorny

das Moment der Umweltzerstörung, der Umweltvergiftung in den Vordergrund gestellt haben in dieser Massenbewegung, wieder aufwerfen. Wir müssen dieses Thema wieder erweitern. Wir müssen eine neue Dimension gewinnen, ohne zu vergessen, was wir gelernt haben. Wir haben gelernt, daß ein Ballen Plutonium von Faustgröße genügt, um die Menschheit zu vergiften. Wir haben gelernt, daß es keine untere Schwellengrenze gibt für die genetische Zerstörung der Menschheit, durch radioaktive Strahlen. Wir haben gelernt, daß die Hauptmotive, mit denen in den vergangenen Jahren die Anti-AKW-Bewegung ihren Kampf geführt hat, richtig gewesen sind und erhalten werden müssen.

Aber heute, wo diese Unternehmen hier übergehen zu hoch angereicherten Uran, wo sie offen übergehen zur Plutoniumtechnologie, wo sie ohne jede legale Grundlage neue Fakten schaffen - heute müssen wir neue Zusammenhänge erkennen und unsere Kampfperspektive erweitern. Wir müssen klarmachen, daß das Programm, gegen das wir jetzt in einer neuen Etappe den Kampf aufnehmen, **ein Programm ist, um das Machtsystem der BRD innerhalb von Wochen auf den Gebrauch und auf die Nutzbarkeit von Atombomben hinzudrehen. Während die Bundeswehr schon über die Trägersysteme verfügt.**

Wir müssen uns klarmachen, daß der Übergang von NUKEM und ALKEM zu hochangereichertem Uran und zu Plutonium ein Atombombenprogramm ist. Und wir müssen daraus die Folgen ziehen. Wir müssen uns zweitens vergegenwärtigen, daß die Fähigkeit zur Produktion von Atombomben innerhalb weniger Wochen von diesem Regime benutzt wird, als Erpressungsmittel in der nuklearen Planungsgruppe der NATO, um die herrschende Klasse der BRD näher an die Verfügung der NATO über den Atomwaffeneinsatz heranzubringen. Die militärische Technologie, die hier organisiert wird, ist ein Teil eines strategischen Planes. Und dieser Plan erweitert sich dann noch in die Richtung der Exportperspektiven. Er erweitert sich in die Richtung der Kontrolle und der Entwicklung der Militärdiktaturen in den Schwellenländern der drei Kontinente. Das sind die neuen Aspekte und nach ihnen müssen wir unseren Widerstand ausrichten.

Wir müssen hier klar festhalten: Diese Einrichtungen hier sind illegal. Sie sind deshalb illegal, weil die herrschende Klasse weiß, daß es sich um Knotenpunkte von militärischer, militärtaktischer, technologischer und vokswirtschaftlicher Planung handelt. Wir müssen uns klarmachen, daß eine neue Etappe, eine bittere Etappe neuer Kämpfe, bevorsteht. Und wir dürfen niemand schonen!

Wir müssen lernen, eine Aktionseinheit zwischen der bisherigen Friedensbewegung und zwischen der bisherigen Anti-AKW-Bewegung herzustellen. Wir müssen lernen, in dieser Aktionseinheit zu handeln. Diese Aktionseinheit ist wichtig!

Genossinen und Genossen!

Wenn die Analyse stimmt, dann werden wir da, wo wir politisch stehen, überlegen müssen, wie wir den Kampf organisieren. Wir müssen tolerant gegeneinander sein. Wir müssen die Vorgehensweisen der einzelnen Initiativen respektieren. Und wir müssen uns davor hüten, irgendeiner Gruppierung die eigene Position um jeden Preis aufdrängen zu wollen. Ich selbst gehöre dem autonomen Spektrum an. **Ich selbst bin der Meinung, daß diese gesetzlose Mafia, die hier herrscht und die hier jenseits von Gesetz und Ordnung ihren Manager- und Staatsterrorismus organisiert, daß diese gesetzlose Mafia mit all ihrer Gewalttätigkeit nur durch Gegengewalt bekämpft werden kann. Aber wir müssen gleichzeitig lernen, daß Problem der Gegengewalt neu zu diskutieren. Wir müssen lernen, Gegengewalt einzubauen in eine politische Strategie, die die Einheit des Kampfes berücksichtigt und die gleichzeitig lernt, Gewalt und Gegengewalt als politische Instrumente zu begreifen.**

Deshalb hoffe ich, daß meine Genossinnen und Genossen aus der autonomen Szene heute die Kraft haben werden, mit uns ans Ende dieser Demonstration zu gehen, ohne irgendwelche Einzelaktionen zu machen und daß wir in unseren Zusammenhängen dann über diese neue Dimension diskutieren und neue Formen der Gegengewalt entwickeln.

☆★☆★☆★☆★☆★☆★☆★☆★☆★☆

"Macht kaputt was Euch kaputt macht"

Robert Jungk

Liebe Freunde!
Diese große Demonstration ist möglicherweise die letzte Demonstration, die in der Bundesrepublik stattfinden kann, wenn die neuen Gesetze, die von Herrn Zimmermann vorbereitet werden, im Bundestag durchgesetzt werden.
Unterbrechung (Dieter Schöffmann tritt ans Mikrophon):
Wir haben bisher alle, alle haben bisher auf der Bühne reden können! Mit allen Positionen, ohne daß dazwischen gepfiffen oder Sprechchöre dazwischen gerufen wurden. Auch Robert Jungk wird jetzt ungestört reden können. Dies ist ein Konsens im ganzen Bündnis! (Beifall)
Fortsetzung der Rede v. Robert Jungk:
Gewaltlos oder militant: Hauptsache Widerstand!
Und zwar: Der Widerstand muß, wie der antifaschistische Generalstaatsanwalt von Hessen unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, Fritz Baur, gesagt hat:„ Der Widerstand muß stets in seiner Stärke, der Stärke der Unterdrückung entsprechen." Wenn sie uns weiter und noch mehr unterdrücken, dann wird auch der Widerstand stärker werden. Und ich befürchte, daß diese Unterdrückung sich verstärkt. Das, was zur Zeit vorbereitet wird und im Falle eines Sieges der Koalition bei dieser Wahl Wirklichkeit werden wird, ist ein Gesetz, daß Demonstrationen wie diese unmöglich macht; daß Teile unserer Bewegung kriminalisiert und in die Gefängnisse wirft und vielleicht in neue Konzentrationslager wirft. Dagegen müssen wir Stellung nehmen. Wir stehen hier nicht nur gegen die Atomenergie, sondern wir kämpfen für die bedrohte Freiheit, die heute von der Koalition, von Herrn Strauß, von der CDU, von der FDP, vom Großkapital, von der Industrie wieder einmal wie Dreiunddreißig bedroht wird. Dagegen nehmen wir Stellung. Wir wollen, wir wollen das Recht auf Widerstand, wo sir noch Widerstand haben.

Es steht hier, an diesem Todesbetrieb, war ein großes, war ein großes Transparent, mit dem die 2500 Arbeitnehmer zu ihren Arbeitsplätzen stehen. Das sind Todesplätze! Das sind Todesplätze genauso wie die Arbeitsplätze, die in den Dreißigerjahren von Hitler geschaffen wurden: Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie, Arbeitsplätze an den Autobahen und die Menschen, die daran gearbeitet haben, haben sich gleichzeitig ihr eigenes Grab geschaffen und außerdem das Grab ihrer Familien. Gegen die Todesplätze!
Tschernobyl hat uns gezeigt, wie wir belogen worden sind. Wir lassen uns diese Lüge nicht mehr gefallen. Wir lassen uns nicht mehr einreden, daß diese neue Indurstrie ungefährlich ist. Sie ist wahnsinnig gefährlich. Sie wird immer gefährlicher, denn die Anlagen werden immer älter. Sie sind viel zu früh in die Wirklichkeit gestellt worden. Es handelt sich um eine unausgereifte gefährliche Technologie, die nie ungefährlich werden wird. Deren Materialien unsicher sind Deren Bedienung unsicher ist und die nie sicher werden kann. Mit dieser Unsicherheit können und wollen wir nicht länger leben. Denn - wie ist es denn heute? Es wird uns doch die Lebensfreude genommen! Es wird uns doch die Hoffnung auf die Zukunft genommen! Was gibt es eigentlich an wirtschaftlichen Argumenten und an industriellen Argumenten, daß wir nicht mehr mit Zuversicht und Freude in die Zukunft schauen können? Das wir immerzu erwarten müssen, daß wir oder Teile der Welt zu Grunde gehen?

Wir müssen eigentlich diese dunkle Wolke wegschieben, wir müssen diese Betriebe schließen! Wir müssen die Menschen, die sie leiten, nach Hause schicken! Wir müssen schauen, daß sie endlich eine nützliche Arbeit betreiben und nicht eine Profitmacherei. Die größte Gefahr, die heute von solchen Betrieben, die es ja nicht nur hier gibt, sondern überall in der Welt von Wiederaufarbeitungsanlagen und Plutoniumanlagen ausgeht. Die größte Gefahr ist die Vermehrung des Giftstoffes Plutoium über die ganze Erde. Je mehr Plutonium da ist - und die Spezialisten sprechen davon. daß mir mit einer Verzehnfachung der Plutoniummenge bis zum Jahr 2000 rechnen müssen - je mehr Plutonium... ...die neuen Industrien, nicht nur die Atomindustrie, auch die chemische Industrie. Ihr lest jetzt in den Zeitungen von dem, was in Basel passiert ist. Diese neuen Industrien, die bedrohen die Welt mit Vergiftung und Vernichtung.

Wir wollen leben. Wir wollen überleben! Wir wollen eine freudige Zukunft haben und nicht eine Angstzukunft! Wir wollen die Erde bewahren. Darum sind wir hier - alle!
Ob wir nun Gewaltfreie oder Militante sind. Und da sind wir uns einig: Wir lassen uns nicht mehr voneinander trennen! Und diejenigen, die meinen, diejenigen, die meinen, sie müßten die Instrumente der Gewalt zerbrechen, die sind genauso wie diejenigen, die sagen, daß sie die Waffen zerbrechen müssen.
Macht kaputt, was Euch kaputt macht!

Foto: Klaus Malorny (Ausschnitt)

Foto: Theo Heimann

"Appetit auf den ganzen Kuchen"

Automer Redebeitrag

Strommasten der Atommafia zu kippen, ist ein legitimes Mittel des Widerstandes. Gute Flugblätter sind so wichtig, wie die Löcher im Wackersdorfer Bauzaun - Info-Veranstaltungen sind so nötig, wie das Abbrennen von Baumaschinen und Planungsbüros - juristische Verfahren haben ihren Stellenwert, wie die hoffentlich lebendige Demo hier.

Allein die Einheit in dieser Vielfalt, Radikalität und Unberechenbarkeit kann einen anhaltenden Druck der Straße schaffen, um das Atomprogramm zum Kippen zu bringen.

Von herrschenden Gesetzen lassen wir uns die Widerstandsformen nicht vorschreiben, und staatliches Gewaltmonopol akzeptieren wir niemals. Die Wahl der Mittel richtet sich vielmehr nach unseren eigenen moralischen und politischen Kriterien. Diese haben wir zu erarbeiten. An ihnen orientieren sich unsere Kampfformen, und hierüber muß unter uns eine selbstkritische, solidarische Auseinandersetzung um Möglichkeiten, Risiken und konkrete Ziele stattfinden. Wenn auch von den Bildern umgelegter Strommästen eine starke Faszination ausgeht, und wir dieses Symbol auch hier aufgegriffen haben, so müssen wir uns doch immer wieder klarmachen, welche sorgfältigen Vorbereitungen, welcher vorsichtige Umgang und genaue Diskussionen dafür erforderlich sind!

Ehrliche Auseinandersetzungen sind eine Vorraussetzung dafür, radikale Vorstellungen breiter zu ermittlen, die momentane Stärke und Entschlossenheit des Widerstandes zu festigen, und den Kampf voranzutreiben. Buschfeuerartig haben sich militante Aktionen ausgeweitet. Nicht die teilweise erfreulich hohen Sachschäden sind daran das Entscheidende, sondern die Zielgerichtetheit, die den Aktionen liegt, der Organisierungsprozeß, der sich darin ausdrückt, und die Dynamik, die davon ausgeht.

Die neuen Gesetze, im Schnellgang durchgepeitscht, sind die aktuelle Antwort vom Regime: Die Ausweitung des § 129a (terroristische Vereinigung) auf nahezu alle militanten Aktionen, der § 130 gegen die sog. „Befürwortung von Gewalt". Diese Gesetze richten sich genau gegen unsere Diskussionen und Organisierungsansätze. Sie müssen begriffen werden als Reaktion und Prävention auf eine soziale Bewegung, die aus der Kontrolle geraten ist. Und sie stehen in einer Linie mit den Repressionsmitteln, mit denen wir seit einigen Monaten verstärkt konfrontiert sind:

- mit einem polizeilich/militärischen Aufstandsbekämpfungsapparat
- mit Massenfestnahmen duch Einkesseln
- mit tausenden von Prozessen
- mit ständiger Medienhetze bis zur Fernseh-Kopfgeld-Fahndung in Aktenzeichen XY
- mit Einknastungen von Freunden und Genossinen, die wir ganz ausdrücklich von hier aus grüßen!

Und wir werden den Kampf gegen Trakte und Isolationshaft verstärken müssen, und uns einsetzen für die Zusammenlegung der politischen und aller kämpfenden Gefangenen, die genauso wie wir - und gerade im Knast - die Möglichkeit brauchen zusammenzusein, um sich gemeinsam weiterzuentwickeln und um ihre politische Identität aufrechtzuerhalten!

Um die Spaltungs- und Abschreckungsversuche der Herrschenden abzuwehren, ist die Solidarität mit allen von der Kriminalisierung Betroffenen unabdingbar. Alle Repressionsformen müssen wir in die Diskussionen für unseren weiteren Kampf miteinbeziehen, eine zunehmende Verschärfung ist absehbar. Gerade auch gegen eine entschlossene Anti-AKW-Bewegung, die dem Regime gefährlich ist, weil nicht nur an Strommasten und Bauzäunen gesägt wird, sondern an einer Säule dieses imperialistischen Systems.

Denn dem Atomprogramm mit seinen Zielrichtungen

- potentiell Atommacht zu sein,
- weltweite Märkte zu beherrrschen
- und technolische Projekte als Herrschaftsinstrumente einzusetzen, kommt innerhalb der kapitalischen Strategie eine wesentliche Bedeutung zu. Jede grundsätzliche Umstrukturierung in der Industriegesellschaft war bisher mit einer Veränderung im Energiesektor verbunden. Die Atomtechnologie wurde in den 60er und 70er Jahren als wesent-

liches Instrument für die heutige Neu-Zusammensetzung in den Arbeits- und Lebensbereichen vorangetrieben. Die Umstrukturierung in den Metropolen, sowie die Neu-Organisierung der Weltmarktproduktion und Technologie-Export sind Antworten des Kapitals auf Klassenkämpfe. Sie sind der Versuch, ihr Regime bis ins nächste Jahrtausend rüberzuretten!

Der Arbeitsbereich wird hier in den Metropolen z.B. durch die Automation und Dezentralisierung der Großfabriken umstrukturiert, und es werden neue Spaltungen auf dem Arbeitsmarkt durchgesetzt: Kleine Stammbelegschaften in den Betrieben sollen gegen ein breites Angebot an entgarantierten Beschäftigungsformen (wie Leiharbeit, Zeitarbeit und Zeitvertrage...) ausgespielt werden. Die gezielt geschaffene regionale Massenarbeitslosigkeit wird dazu benutzt, die entgarantierten Arbeitsformen durchzusetzen. Die Technologischen Großprojekte sind Herrschaftsinstrumente, weil sie Herrschaft durchsetzen und „einpflanzen" sollen, nicht nur im Produktionsbereich!

Mit elektronischen Geräten vollgestopft, mit Heimarbeit, Sozialarbeit usw. soll der Reproduktionsbereich kapitalisiert werden, um den Lohnabhängigen und Nicht-Arbeiter-innen die Reste von selbstorganisieten Lebenserfahrungen zu nehmen. Kontrolliertes Verhalten in durchorganisierten Einkaufszentren und Stadtteilen, programmierte Informations- und Kommunikationstechnik in der Schule... bis ins Wohnzimmer, ist die kapitalische Strategie für die Entfremdung im „Alltag", in den Städten. Dort, wo sich noch Reste von sozialen Räumen befinden, und wo wir uns Möglichkeiten schaffen können, uns zu organisieren.

Eine radikale Bewegung hat gegen die neuen Technologien in den strategischen Sektoren, wie Gentechnologie, Informations- und Kommunikationstechnik, Energiesektor..., Angriffslinien zu entwickeln, und muß der Umsetzung entschlossenen Widerstand entgegensetzen!

Der Widerstand gegen AKW's ist ein Teil des Kampfes, der sich gegen diese imperialistische Politik in den Metropolen und den 3 Kontinenten richtet. Wir müssen den Anti-AKW-Kampf mit diesen Inhalten begreifen, und den Widerstand als Angriff gegen das System der weltweiten Ausbeutung richten! Daran sollten auch mögliche „Teilerfolge" der Anti-AKW-Bewegung gemessen werden. Die Verhinderung einzelner Projekte (wie die WAA), oder die Forderung nach sofortiger Abschaltung, sind für uns nicht nur wegen der extremen Gefährlichkeit von AKW's richtig. Obwohl die Atomtechnologie ihre herausragende Bedeutung zugunsten neuer Technologien verliert, bedeuten Stillegungen eine Schwächung militär- und kapitalstrategischer Planungen. Solche Teilerfolge können der Bewegung wichtige Wiederstandserfahrungen bringen. Für uns ist klar, daß sie uns nur mehr Appetit machen auf den ganzen „Kuchen"...

An den genannten Zusammenhängen sind auch die reformistischen Kräfte zu messen. Die SPD spielt ihre Rolle als bürgerliche Integrationspartei zur Entschärfung der Wiedersprüche schon fast ein Jahrhundert lang. Große Teile der Grünen erfüllen seit ihrem Einzug in die Parlamente dieselbe Funktion: Sie ignorieren den ursächlichen Zusammenhang zwischen Kapital, Unterdrückung, Ausbeutung, Völkermord und NATO. Ihre Basis wir mit dem Märchen vom menschlicheren Kapitalismus verschaukelt. Begrenzt auf demokratischen Protest gegen einzelne Projekte des Kapitals, beurteilen die Grünen Protest- und Widerstandsformen nach ihrer Wählerwirksamkeit und nicht nach dem politischen Schaden für das System!

Anstatt sich durch Herumdoktern an Symptomen zu verschleißen, muß sich der Widerstandd gegen das System richten, und Imperialismus, Sexismus und Rassismus angreifen. Für uns heißt das, daß wir immer wieder Initiativen gegen die konkreten Projekte des Systems ergreifen, um eine revolutionäre Bewegung mit antiimperialistischen und sozialrevolutionären Linien hier in der BRD voranzutreiben.

Erklärung der Hanauer Autonomen

wichtigstes ziel in der hanauer demonstration war für uns, politisch offensiv unsere radikalen inhalte zu vertreten. wir wollten verdeutlichen, daß das atomprogramm ein ausdruck des imperialistischen systems ist, und daß vielfältigste widerstandsformen dagegen nötig und berechtigt sind.

mit einer starken mobilisierung und in einem eigenen redebeitrag, über sprühaktionen und zahlreiche transparente, von einer bonbonverschießenden riesenzwille bis zu den aktionen gegen die amerikanischen kasernen, gegen nukem und degussa ist es uns gelungen, in einem ausdrucksstarken, phantasievollen und selbsbstbewußten autonomen block diese inhalte deutlich zum tragen zu bringen. insofern betrachten wir die demonstration - auch in ihrer gesamten geschlossenheit - als einen vollen erfolg.

zu den im anschluß an die demonstration gelaufenen vorfällen meinen wir folgendes: die aktion gegen aldi halten wir für gerechtfertigt, denn aldi steht wie kaum ein anderer konzern für die monopolistische konzentration des lebensmittelhandels und für ausbeuterische beschäftigungsstrukturen (niedriglohn und prämiensystem, kapovaz - kapazitätsorientierte variable arbeitszeit -) **das einwerfen von scheiben bei irgendwelchen geschäften hingegen lehnen wir entschieden ab. wenn uns auch mit dem „geschäftstreiben" auf der hanauer konsumrennbahn nürnbergerstraße so gut wie nichts verbindet, so ist doch die zielgerichtetheit unserer aktionen eine voraussetzung für einen vermittelten, zunehmend breiter getragenen kampf.**

an der positiven bewertung der demonstration ändert sich für uns jedoch mit diesen „falschen" scherben nichts. die vor allem auf diesen vorfällen aufbauende, grobverzerrende und teilweise falsche berichterstattung in den medien sehen wir als weiteren, üblichen versuch, die klaren inhalte dieser großdemonstration zu verwischen und das breite aktionsbündnis, welches die demonstration getragen hat, zu spalten, insbesondere militanten teile auszugrenzen und zu kriminalisieren. dem treten wir entschlossen entgegen.

Foto: Theo Heimann (Ausschnitt)

"Atombewaffnung verhindern"

Anita Aschenbrenner, Landeskonferenz der bayerischen Anti-AKW-Initiativen

Mit der heutigen Demonstration eröffnen wir einen neuen Abschnitt unseres Widerstands, der nun schon eine zehnjährige Geschichte hat. Angefangen mit Whyl und nach Brokdorf, Grohnde, Kalkar und Biblis vor jedem Atomkraftwerk dieses Landes - haben wir die Verhinderung oder sofortige Stillegung aller Atomanlagen gleich welchen Typs, im Westen oder im Osten, verlangt. Wir waren und sind der Ansicht, daß diese Technik der Energieerzeugung lebensgefährlich und unverantwortlich den Menschen und der Umwelt gegenüber ist. Der Super-Gau von Tschernobyl hat die Richtigkeit dieser Einschätzung leider in schlimmer Weise bestätigt und zum ersten Mal dazu geführt, daß sich in Meinungsumfragen eine deutliche Mehrheit der Bürger gegen Atomkraftwerke ausgesprochen hat.

Doch bereits seit 1976 sind Leute aus der Anti-AKW-Bewegung auch der Frage nachgegangen: Ist die Atombombe das zentrale Motiv für das Atomprogramm? (...)

Und nur deshalb können wir heute hier in Hanau auch zusätzlich sagen: Verhindert eine Atombewaffnung der BRD! (...)

Wir haben allen Grund, diese Forderung jetzt unmißverständlich und unüberhörbar zu erheben und sie gleichrangig neben die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen zu stellen. Ich komme aus den bayerischen Bürgerinitiativen gegen die WAA Wackersdorf. Dort gehört es inzwischen zum Allgemeinwissen aller WAA-Gegner/innen, daß mit Hilfe der WAA Atombomben gebaut werden können. Doch wir dürfen nicht stehenbleiben bei der technischen Machbarkeit, sondern müssen den politischen Willen dazu herausstellen: Da die WAA völlig unwirtschaftlich ist und den Atommüll noch gefährlicher macht, als er eh schon ist, bleibt als einziges Motiv für den Bau der alte Traum von der deutschen Atommacht - ein Alptraum, der in den vierziger Jahren entstand und nur allzu deutlich an die damaligen Alpträume vom tausendjährigen Reich und deutscher Weltherrschaft erinnert.

Die WAA soll das militärisch interessante Plutonium aus den abgebrannten Brennstäben der Atomkraftwerke abtrennen. Mit Hilfe des Schnellen Brüters oder der Laser-Isotopenanreicherung gewinnt man daraus hochgradig reines Waffenplutonium in einer Menge, wie sie für eine nukleare Großmacht

Foto: Theo Heimann

ausreichen würde. Die Fertigstellung der WAA ist für 1995 projektiert, wenn der Atomwaffensperrvertrag ausläuft, welcher der BRD eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Ihr Bau wird von Politikern vorangetrieben, die früher heftig die Unterzeichnung dieses Vertrages bekämpft hatten: Zum Beispiel Strauß, Zimmermann, Dregger, Wallmann, Wörner, Spranger, Dollinger, Kiechle, Stücklen und wie sie alle heißen. Was hier gespielt wird, ist so offensichtlich, daß inzwischen sogar liberale Politiker wie der Sozialdemokrat Wolfgang Roth oder der Grüne Joschka Fischer vor den nuklearen Ambitionen der CDU/CSU warnen.

Aber auf die gleiche Problematik der militärischen Nutzbarkeit stoßen wir bei den sogenannten „fortschrittlichen Reaktorlinien" im sozialdemokratischen Nordrhein-Westfalen, beim Schnellen Brüter von Kalkar und beim Hochtemperaturreaktor von Hamm-Uentrop. Und auf die gleiche Problematik stoßen wir auch und gerade in Hanau, ausgerechnet im rot-grünen Hessen, wo die Regierungskoalition zwar verspricht, aus der Atomenrgie aussteigen zu wollen, der Ministerpräsident jedoch den Bestand der hiesigen Atomfirmen zusichert. Hier aber lagern die Bombenrohstoffe, die Kernsprengstoffe Plutonium und hochangereichertes Uran, heute schon in Tonnenstärke.

(...)

Zivile und militärische Aspekte der Atomtechnik sind nicht voneinander zu trennen. In einem Gutachten der wahrlich atomfreundlichen US-amerikanischen Ford-Foundation heißt es: *„Bei der Brennelementefabrikation und der Plutoniumlagerung ist der Zugang zur Atomwaffenfabrikation besonders direkt".*

Deshalb demonstrieren heute Anti-AKW- und Friedensbewegung gemeinsam in Hanau. Die hier anwesenden AKW-Gegner/innen kämpfen gegen die Atomrüstung und für den Frieden - und die hier anwesenden Friedensbewegten kämpfen gegen die Atomtechnik. Wir haben ein und das gleiche Anliegen. Man muß nur verstehen, wo das Plutonium herkommt: aus den Atomanlagen - und wo es hingeht: in die Sprengköpfe der Raketen.

(...)

Wir haben erlebt, wie in der Oberpfalz im Laufe der Auseinadersetzungen um die WAA Abertausende aus ihrer alten politischen Vorstellungswelt ausge-

brochen sind. Bei vielen dieser ehemals braven Bürger steht jetzt alles zur Debatte - einschließlich das staatliche Gewaltmonopol. Diese Power - in Verbindung mit den Inhalten unserer Demonstration heute schafft die brisante Mischung, aus der ein entschlossener Widerstand mit langem Atem bestehen muß! In diesen Fragen lassen wir uns auf keinen Kompromiß, kein „mehr oder weniger und kein „vielleicht irgendwann einmal" ein:
Stillegung aller Atomanlagen!
Niemals Atomwaffen in deutscher Hand!
Einseitige Abrüstung und raus aus dem politischen Getriebe, das auf diesen menschenfeindlichen Pfeilern aufbaut! Raus aus der NATO!!!

★☆★☆★☆★☆★☆★☆★

AKW's: "Angriff auf die Arbeiterklasse"

NUM-Vertreter

Ich heiße Alan Mardghum. Ich bin Bergarbeiter aus dem Durham Kohlegebiet in England. Ich würde meinen Beitrag gerne beginnen, indem ich Euch die solidarischen Grüße der N. U.M. übermittle.
Um den 1984-85 Bergarbeiterstreik zu verstehen, muß man die Hintergründe kennen. Man sollte bis 1979 zurückgehen. Damals gab es in Großbritannien Regierungswahlen, und eine konservative Regierung erhielt eine große Mehrheit. Sofort nach ihrer Wahl begannen die Konservativen Pläne umzusetzen, die sie in den vorangehenden fünf Jahren entworfen hatten. Hauptziel und Priorität war es, der Gewerkschaftsbewegung die Wirkung zu nehmen.
Diese Absicht geht klar hervor aus einer Schrift. die den Gewerkschaften zugespielt wurde. Das Dokument ist eine Kopie eines Berichtes von einem Geheimtreffen der Regierung, und es besagt: **„Ein Kernenergieprogramm hätte den Vorteil, einen beträchtlichen Teil des Stromes den Störungen von Bergarbeitern und Transportarbeitern zu entziehen".**
Dies war der erste direkte Angriff auf die organisierte Arbeiterklasse durch eine rechtsgerichtete Regierung seit 1974, als die Konservativen geschlagen worden waren durch die Bergarbeiter und auch die Regierungswahlen in diesem Jahr verloren hatten. Die Bergarbeiter sind schon immer die Speerspitze der Arbeiterbewegung in Großbritannien gewesen, und sie haben auch immer die militanteste Gewerkschaft gehabt. Um also die Gewerkschaften zu schwächen, mußten die Bergarbeiter geschlagen werden. Um dies wiederum zu erreichen, wurden Atomkraftwerke gebaut, sodaß die Kohlekraftwerke ersetzt werden konnten.
Die ökologischen Argumente gegen die Atomenergie liegen klar auf der Hand:
1. Ein größerer Unfall in der Atomindurstrie könnte Millionen von Menschen töten oder verseuchen.
2. Radioaktiver Abfall kann nicht sicher gelagert werden.
3. Atomare Verseuchung kann man nicht unter Kontrolle bekommen (siehe die Folgen von Tschernobyl).
Die Liste wäre endlos. Ein Beispiel in England ist Sellafield, das Gegenstück von Eurem Wackersdorf. In Sellafield gibt es die höchste Blutkrebsrate in ganz Großbritannien, ferner viele andere Krebssorten, aufgrund radioaktiver Lecks. Auch ist durch die Verseuchung die Irische See praktisch biologisch tot. Dennoch: Die kapitalischen Staaten und Staatsbürokratien der Welt sind so gegen die Arbeiterklasse gerichtet, daß sie bereit sind, die Zukunft der Menschheit zu riskieren, um uns zu vernichten.

Wir müssen von der Regierung verlangen, daß sie investiert in eine Energiepolitik, die auf Kohle basiert.
Ich werde mich jetzt auf den 1984/85 Streik beziehen. 1983 4 Jahre nachdem Ms. Thatcher gewählt worden war, kündigte die Nationale Kohlebehörde (NCB) an, daß 25 mio. Tonnen Kohleproduktion gestrichen werden müßten. Dies müßte zur Schließung von Gruben und zum Verlust von 70.000 Arbeitsplätzen führen.
März 1984 begannen wir den Streik, um eine vernünftige Zukunft für unsere Familien und künftige Generationen zu sichern. Während des Streiks wurden streickende Bergarbeiter ständig von der Polzei schikaniert und eingeschüchtert. Sie beleidigten unsere Frauen und Freundinnen, sogar unsere Kinder. Sie prahlten damit, daß sie 500 Pfund die Woche einschließlich Überstunden bekamen, während wir in Armut lebten.
Bergarbeiter, die während des Streiks festgenommen worden sind, bekamen viel schärfere Strafen als andere Bürger.
Die Auseinandersetzungen waren hart und lang, aber ich glaube, daß wir Bergarbeiter vielen Leuten Dank schuldig sind. Zuallererst den Bergarbeiterfrauen, die uns aufrechterhalten haben als es wirklich hart wurde.
Dann den internationalen Unterstützungsgruppen, die die gleiche Arbeit leisteten und es uns ermöglichten, den Kampf weiterzuführen.
Leider gibt es auch die, die nicht nur die Bergarbeiter im Stich gelassen haben, sondern auch den Rest der Arbeiterklasse, indem sie Lippenbekenntnisse geleistet haben, die Bergarbeiter aber nicht aktiv unterstützt haben.
Uns so sind wir von einer Position potentieller Stärke in die verrückte Lage gekommen, nach einem Jahr zurück zur Arbeit kehren zu müssen, ohne das erreicht zu haben, was wir wollten.

In den Gruben selbst greifen die Bosse wieder zu Management-Methoden, die es seit 50 Jahren in britischen Bergwerken nicht gegeben hat.
Dies alles wird durchgezogen um schnelle Profite zu machen für die Bosse unter völliger Mißachtung sozialer Bedürfnisse.

Trotz der großen Not, die wir litten während des 1984/85 Streiks gibt es immer noch Bereitschaft bei den Bergarbeitern, für ihre Rechte zu kämpfen. Aber man darf nicht zulassen, daß wir alleine kämpfen.
Die gesamte Arbeiterklasse muß ihren Beitrag leisten, sodaß wir sichern können, daß künftige Generationen in einer sauberen Welt leben können, frei von Krieg und Atom.

Illegal, Scheißegal,...

Hauptsache Koalitionsfrieden!

Im hessischen "Doppelviererpapier", das seinerzeit die Koalition möglich machte, wurde zwischen SPD und Grünen vereinbart, "alle politischen Maßnahmen zu ergreifen, um eine Durchsetzung der Plutoniumwirtschaft zu verhindern". Auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen am 16. - 19. Mai 86 kündigte Joschka Fischer an, falls von der SPD keine *"grundlegenden Schritte"* des Ausstiegs geaus Biblis und den Hanauer Atomfirmen gemacht würden, würde die rot/grüne Koalition platzen, da *"stehe ich im Wort"*, als Frist für die konkreten Maßnahmen wurde das Ende dieses Jahres angepeilt. Nun, politische Maßnahmen gegen die hessischen Atomanlagen wurden schon lange nicht mehr ergriffen. Der SPD sind die Hände gebunden wegen fehlender Mehrheiten in Bonn, den Grünen fehlen die Mehrheiten in Hessen – nie vorher wußten wir, wie wenig Landesregierungen zu sagen haben. Tätig geworden ist die Staatsanwaltschaft, die Ende Oktober 86 Anklage gegen die Alkem- Manager und leitende Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums erhob.
Gegen die RBU- Geschäftsleitung wird ebenfalls ermittelt, bezüglich der Nukem stellte der Berliner Rechtanwalt Geulen in einem Gutachten fest, mit dem im September 84 nach *„sachlichen und kooperativen Gesprächen"* zwischen dem Land Hessen und der Nukem geschlossenen Vertrag , nach dem das Genehmigungsverfahren für die seit 24 Jahren arbeitende Anlage bis 1988 ohne Produktionsstop *"ausgesetzt"* würde, sei der *„letzte Schein einer Rechtmäßigkeit des Anlagenbetriebs beseitigt worden"*. Die SPD findet das Alles rechtens, die Grünen finden ein paar Worte des Tadels ob der von anderen ans Licht der Öffentlichkeit gezerrten Skandals, nicht ohne der SPD zu versichern, dies Ungemach werde sie nicht von der Seite der Grünen reißen.
Das Jahr nähert sich dem Ende, Friede auf Erden und Holger und Joschka ein Wohlgefallen?Gemeint ist wohl der Friede satter Kleinbürger, die weder der Tod von Antifaschisten, noch laufende AKW's oder illegale Atomanlagen aufstören können, solange es ihnen selbst gut geht. Im Folgenden ein Blick auf die Tätigkeiten der hessischen Ministerien und der Firmen RBU und Alkem (auf die wir uns aus Platzgründen beschränken müssen.)

RBU: Produktion ohne Anlagengenehmigung

- Zwischen 6.000 und 27.000 Bequerell pro Tag lecken seit gut 10 Monaten aus dem Kühlwassersystem der Hanauer-Brennelemtefabrik RBU aus und belasten das Grundwasser der Stadt Hanau - summa summarum 6,1 Millionen Bequerell bislang.
- Im Februar d.J. werden 1,5 kg Uran in Form von Tabletten und Bruchstücken in einem Staubsaugerbeutel der RBU gefunden.
- Im Dezember letzten Jahres werden 3 Mitarbeiter der Landesanstalt für Umwelt bei der RBU mit Alpha-Strahlen kontaminiert.
- Im November letzten Jahres gelangen mit 240 Kubikmetern Verseuchtem Abwasser aus der RBU 1,5 kg. Uran in das Abwassersystem der Stadt Hanau.

Und so weiter und so fort.

Im September d.J. stellt der Berliner Rechtsanwalt Geulen in einem Gutachten fest, daß für die Hanauer Nuklearfirmen Nukem, Alkem und RBU weder eine atomrechtliche noch eine gewerberechtliche Genehmigung existiert. Recherchen des Spiegel ergaben daß der Firma RBU einstmals ein „Wasserstoffspeicher" und eine „Ölfeuerungsanlage" genehmigt wurden - eine Erlaubnis zum Lagern von Plutonium oder zum Fertigen von Brennelemten (dem eigentlichen Geschäftszweck der RBU) findet sich nicht!

Trotz der betrüblichen Lage kommt aus dem hessischen Wirtschaftsministerium (HMW) Anfang Dezember frohe Kunde für die RBU:*„Alle zeitlichen Auflagen sind erfüllt"* - dem Weiterbetrieb steht nichts mehr im Wege. Vom HMW, Steger, waren der RBU 2 Dinge zur Auflage gemacht worden:

1. Sie sollte dem HMW einen **Zeitplan** einreichen, innerhalb dessen sie die noch ausstehenden Akten für das seit 11 Jahren laufende Verfahren einreichen wolle. Die schließlich dafür festgesetzte Frist war nicht, wie Umweltminister Wallman enthüllte, *„vom Wirtschaftsminister in Wiesbaden einseitig festgelegt worden, sondern auf Vorschlag der Betreiber festgelegt worden"*. (1)
2. Das dreiköpfige Management der RBU sollte ausgewechselt werden. Auch diese Aufgabe löste die RBU zu Stegers Zufriedenheit. Geschäftsführer Warrikoff hatte sich bereits im Zusammenhang mit einer Anklage gegen ihn als Geschäftsführer der Alkem beurlauben lassen, um seinen Wahlkampfpflichten als CDU-Bundeskandidat nachkommen zu können, der zweite Geschäftsführer war „aus Altersgründen" zurückgetreten. Der dritte im Bunde, Manager Stöcker, gegen den staatsanwaltschaftliche Ermittlungen wg. der Vorgänge bei der RBU laufen, trat zum 1.Dezember zurück, nachdem die Hanauer Atommafia ein anderes Pöstchen für ihn gefunden hat. Denn pünktlich zum 1.Dezember haben die Firmen Alkem und RBU eine "Gesellschaft öffentlichen Rechts" gegründet, die die Aufgabe hat, eine „Teilzusammenlegung" beider Unternehmen vorzubereiten - als Geschäftsführer ist Herr Stöcker vorgesehen. Der Segen der „zuständigen Behörden" ist dem Firmenpaar vorab bereits erteilt worden. Auch die Baupläne für ein neues Kühlsystem hat die RBU eingereicht, wenn die Prüfung vollzogen ist, soll die strahlende Leckerei nach 8 Monaten Bauzeit ein Ende haben.

Schmierenkomödie oder Ende des Theaters?

Ganz so sicher wie's scheint fühlen sich weder die RBU noch ihre staatlichen Spießgesellen. Die RBU, bzw. die Firmeneigner Nukem und KWU, haben sich vorsorglich den Weg ins niedersächsische Exil gesichert, sollte ihr wg. unsauberer Westen der Manager wider Erwarten die Genehmigung ihrer Anlagen in Hessen versagt werden.
Die KWU fusionierte mit der amerikanischen „Exxon nuclear", die in Lingen eine Fabrik zur Brennnelementmontage (Assemblierung von BE-Tabletten) betreibt.
Exxon hat bereits einen Antrag zur **Herstellung** von Brennelementtabletten (Pellets) gestellt.

Wirtschaftsminister Steger hat sich vorgenommen, einer Firma die Genehmigung zu erteilen, deren *„wesentliche Anlagen...illegal errichtet"* (2) worden sind und das mit Unterlagen über die der TÜV Bayern, der zugunsten der Atommafia gern beide Augen zudrückt, ein vernichtendes Urteil abgegeben hat.

Ein kurzer Rückblick

Die RBU hatte am 12.12.75, kurz bevor ihre befristete Genehmigung durch die Änderung des Atomgesetzes auslief, einen Antrag zur Genehmigung einer Brennelementfabrik gemäß § 7 Atomgesetz gestellt. Sie durfte daraufhin die Produktion weiterführen. Der dazugehörende Sicherheitsbericht wurde, wie auch bei den anderen Hanauer Nuklearfirmen, nicht nachgereicht - um ohne Genehmigung produzieren zu können!

Als durch die Arbeit der BI Hanau gut 10 Jahre später die rechtliche Situation deutlich wurde, wollte das HMW das Verfahren zum Abschluß bringen und die Öffentlichkeitsbeteiligung durchführen. Doch wenige Wochen vor dem Erörterungstermin fiel den Genehmigern auf, daß die RBU nur einen Teil der laufenden Produktion beantragt hatte, die Brennelementherstellung für LWR. Die viel brisantere Assemblierung von Brüter und HA-Uran-Brennelementen war schlicht und ergreifend nicht aufgeführt.

Beim Erörterungstermin wurde versucht, dies von den zuständigen Beamten zu verschweigen. Nur der Hartnäckigkeit der BI ist es zu verdanken, daß die Plutoniumverarbeitung der RBU im Bunker der Alkem öffentlich wurde.

Der HMW sah sich daraufhin gezwungen, der RBU diese Produktion zu verbieten. Der Erörterungstermin im Mai 1985 platzte mit der Ankündigung von Stöcker, die RBU werde ihren Antrag vom 12.12.75 *„weiter präzisieren und entsprechende Genehmigungsunterlagen vorlegen"*.

Bei einer Anhörung im Innenausschuß des Bundestages mußte Steger eingestehen, daß der von der RBU eingereichte Sicherheitsbericht nicht deckungsgleich mit der Geschäftstätigkeit der Firma sei. Die RBU,allen voran Warrikoff, erklärte, dies sei kein Irrtum, sondern ein bewußter Akt.

Um das Problem aus dem Weg zu schaffen, legte Steger der RBU nahe, ihm einen Brief zu schreiben und zu erklären, sie habe sich im Rechtsirrtum befunden – noch am gleichen Tag ging ihm das Schreiben zu.

Am 5.6.85 reichte die RBU eine Ergänzung ihres Antrages bezüglich der Assemblierung ein, wobei sie die Menge des zu verarbeitenden Plutoniums auf 99 kg hochsetzte. Bis 1.8. sicherte die RBU eine "Kurzbeschreibung" der Anlagen in einem Sicherheitsbereich zu, der bis heute nicht existiert. Doch für Steger hat die RBU *"nunmehr erstmalig und auf glaubwürdige Weise ihren Antrag konkretisiert"*.

Bundesinnenminister Zimmermann verstand den Wink mit dem Zaunpfahl und erteilte Steger die „Anweisung", die Untersagensverfügung der Assemblierung plutoniumhaltiger Brennelemente durch die Firma RBU aufzuheben.

Diese offene Deckung der Rechtsbrüche seitens des BMI und des HMW war jedoch nicht mehr haltbar nach Strafanzeige und Ermittlungen auch gegen die RBU, Veröffentlichung des Kühlwasserskandals und des Geulen-Gutachtens. Mit Schreiben vom 4.9. 86 kündigte Steger der RBU an, daß diese mit einer Stillegung zum Jahresende 1986 zu rechnen habe, wenn sie nicht zukünftig die ihr gemachten Auflagen (s.o.) einhalte.

Während die RBU aufheulte, für die bislang *"still leidende"* Firma sei jetzt das erträgliche Maß überschritten, veröffentlichte Steger, daß die RBU bei den über 30 geführten Fachgesprächen durchblikken ließ, ihr wäre es am liebsten, wenn *"das Ministerium ihnen die Genehmigung erstellt"*.

Mit der Veröffentlichung des Geulen-Gutachtens platzte dann eine wahre Bombe für alle Beteiligten.. Bislang bei den Erörterungsterminen nicht betrachtet worden war die Situation der Hanauer Atomfirmen vor 1975, d.h. vor der Novellierung des Stomgesetzes, Steger hatte sich bislang standhaft geweigert, die diesbezüglichen Akten offen zu legen. Deutlich ist aber, daß auch die Errichtung der Fabriken in den 60er Jahren einer Genehmigung bedurfte, zumindest nach § 16 der Gewerbeordnung. Ebenso klar ist aber auch, daß keine der Firmen eine solche beantragt oder bekommen hat und den Behörden dieser Zustand bekannt war.

Die Gruppe "Luis Trenker" bei der Besetzung des Hessischen Landtages im Vorfeld der Hanau- Demo

Foto: Martin Langer

Alle Firmen besitzen lediglich eine Betriebsgenehmigung nach §9AtGs – die ihrerseits den Besitz einer Errichtungsgenehmigung vorraussetzt. Zweck dieser Praxis war, eine Beteiligung der Öffentlichkeit *"unter allen Umständen"* zu vermeiden da um *"den Bestand der Firmen gefürchtet"* wurde. Furcht hatten die Hanauer Atommamager vor allem vor dem Widerstand *"einer voll aufgeklärten und informierten Öffentlichkeit"*, die die Erteilung einer Genehmigung *"aufgrund der besonderen Standortproblematik"* verhindern könnte. (2) "Um den Hanauer Fabriken dieses Schicksal zu ersparen, einigten sich Vertreter der Bonner Ministerien unter Beteiligung *eines Vertreters der Brennelementindustrie"* darauf, auf die Offenlegung der Pläne zu verzichten, wenn die Bekanntmachung *"keine neuen Umstände offenbaren"* würde.(2) Für diese Regelung machte sich trotz Bedenken von Beamten aus dem BMI besonders der damaligen Forschungsminister

Hauff stark.
Um dem Ganzen zumindest den Schein einer Rechtmäßigkeit zu verleihen, erfand das HMW sog. "Vorabzustimmungen" für wesentliche Änderungen in den Atomfabriken, die ohne Bürgeranhörung oder Sicherheitsüberprüfung durchgezogen werden sollten. Auf diese Weise wurde der RBU auch die Assemblierung 1982 ermöglicht.
Geulen kommt in seinem Gutachten über die Nukem, das im wesentlichen auch für RBU und Alkem gilt, zu dem Schluß, daß die Behörde verpflichtet sei, die Einstellung des Betriebes anzuordnen, da *"nicht einmal die formalen Mindestvorraussetzungen einer wirksamen Antragstellung auf Erteilung einer atomrechtlichen Genehmigung vorhanden"* seien. Geulen bezieht dies nicht nur auf die wissentlich nicht eingeholte Errichtungsgenehmigung und die ohne Sicherheitsprüfung vollzogenen Änderungen, sondern auch auf die grundsätzliche Lage der Atomfirmen im Luftkreuz von drei Militärflugplätzen sowie dem Flughafen Frankfurt/Main. Ein "Bestandsschutz" käme für die Anlagen ebenso wenig in Betracht (es kann nur ein rechtmäßiger aber keinunrechtmäßiger Bestand geschützt werden) wie ein Ermessensspielraum für die Stillegung, da die Behörde nicht berechtigt sei *"in ihrem Zuständigkeitsbereich Straftaten zu dulden oder an der Begehung von Straftaten aktiv mitzuwirken"*. Mithin scheidet auch ein nachträgliches Genehmigungsverfahren, wie es Umweltminister Fischer vorhatte, aus.

Joschka: Weitermachen wie bisher.

Wer sich im Plutoniumsumpf bereits schwarze Füße geholt hat, schaut nicht mehr so genau hin: für Börner und Konsorten läuft im Falle Hanau *"alles legal"*. Für Fischer kommt Geulen in dem eigens für ihn erarbeiteten Gutachten zu einem klaren Auftrag: *" Der Hessische Minister für Umwelt und Energie (HMUE) ist mithin gehalten, den für die Erstellungsanordnung ...zuständigen Minister ...(HMW) substantiiert auf die ihm bekanntgewordenen Umstände hinzuweisen und auf den Erlaß einer Einstellungsverfügung zu drängen"* – dies ist für Fischer keine grün-programmatische Plicht, sondern eine **Rechtspflicht!** Obwohl Steger maßgeblich für die Atombetriebe zuständig ist, hat Fischer ihnen gegenüber Kompetenzen, zum einem im Bereich Gewässerschutz, zum anderen beim Immissionschutzrecht – keine der Atomfabriken besitzt bis heute eine Genehmigung nach dem BISchG.
Bereits im Februar d.J. wurde der Gedanke einer Stillegung der RBU aus den o.a. Gründen an Fischer heraangetragen, die er jedoch ablehnte, da für die Firma *"ein Gewohnheitsrecht (wohl eher gewöhnliches Unrecht?d.S.in) entstanden sei, weil die Behörden jahrelang geschlafen haben"*. Mann wollte auch lieber weiterschlafen und zierte sich im HMUE, eine Anzeige gegen Steger und v. Schoeler wg. Beihilfe zu erstatten – dies könne den "Koalitionsfrieden" gefährden. Auch nach dem Geulen-Gutachten ist für Fischer der Gedanke an Stillegung *"naiv"*, *"ich sehe keine Kräftekonstellation, die das hinbekommen könnte"*. Statt **selbst** etwas gegen den Hanauer Plutoniumsumpf zu unternehmen und den Unrechtsfrieden von SPD und Atommafia zu stören, schmückt Fischer sich lieber mit den Lorbeeren jener, die diesen Frieden bislang als Einzigste gestört haben und denen auch gern einmal Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Originalton Fischer: *" Das wir (?) überhaupt soweit gekommen sind, liegt an dem Bündnis zwischen Anti- AKW- Bewegung und dem Gesetz...auf dieser Linie werden wir weiter fortschreiten müssen"*. Wenn Fischer diese Aussage ernst meinen würde, Voraussetzung wäre, daß er sich konsequent auf die Seite der Anti- AKW- Bewegung, und in diesem Falle sogar des Gesetzes stellte, könnte frau ihn für diese Erkenntnis beglückwünschen. Doch "weitermachen wie bisher" heißt für Fischer heute eher, weitermachen mit der SPD auf dem von ihr seit Jahrzehnten beschrittenen Weg.

Anmerkungen:
(1) Bundestagsdebatte v. 7.11.86
(2) Spiegel Nr. 45/86

Hieb — stech

Der Bundestag debattiert über Haunau (7.11.86)

Wenn wir aus Alkem, Nukem eine Schlußfolgerung — über den Alltag hinaus — ziehen wollen, dann die: — —

(Baum [FDP]: Wir sitzen alle in einem Boot!)

— Lieber Kollege Baum, provozieren Sie mich jetzt bitte nicht; sonst werde ich noch etwas zur Praxis sagen und dazu, wer in Wiesbaden und Bonn tatsächlich über Jahre hinweg für die Genehmigungspraxis verantwortlich war. Es ist nicht so, daß man sagen kann, die Sozialdemokraten sind es gewesen.

(Beifall bei der SPD — Zuruf des Abg. Baum [FDP])

— Herr Baum, tun Sie mir den Gefallen und provozieren Sie mich jetzt nicht.

(Zurufe von der CDU/CSU)

— Dann muß ich jetzt doch einmal ganz deutlich reden.

(Zuruf von der CDU/CSU: Jetzt geht es los!)

Fragen Sie einmal Herrn Hoffie;

(Baum [FDP]: Fragen Sie mal Herrn von Bülow!)

er ist Genehmigungsbehörde vor Ort gewesen. Wissen Sie, was funktioniert hat? — Da nehme ich niemand aus, auch Sie nicht.

(Schmidbauer [CDU/CSU]: Jetzt kommt es raus!)

Funktioniert hat im Vollzug bzw. Nichtvollzug der Atomgesetznovelle die nukleare community, die verschworene Gemeinschaft von Verwaltung, Politik und Industrie. Das war einer der Gründe, warum wir heute — zehn Jahre nach Erlaß der Novelle zum Atomgesetz — diese Debatte noch führen müssen.

Weitere Info's in:

Atomzentrum Hanau:
Tödliche Geschäfte

- *Anklage gegen Alkem*
- *RBU muß stillgelegt werden*
- *Internationale Aktivitäten der Hanauer Atomfirmen*
- *Griff zur Bombe*
- *und vieles mehr*

Einzelpreis DM 5,- plus DM 1,50 Versand ab 10 Ex. Dm 4,50 plus DM 1,50 Versand Versand von Einzelex. nur gegen Vorkasse

Zu bestellen bei:
Initiativgruppe Umweltschutz Hanau
Nähefahrtsweg 5,645-
6450 Hanau, Tel. 06181/61339

Alkem: Plutonium-Abzweigung nicht zu verhindern

Auf die grundsätzliche Problematik von Kontrollen in Atomanlagen sind wir in der Atom/Atommüllzeitung bereits verschiedentlich eingegangen (Atommüllzeitung Nr.27 6/84, Atom Nr.1/85, Nr.6, Sommer 85).
Bereits vielfach zitiert: In Hanau befindet sich das größte Lager von Atombombenrohstoffen in einem Nicht- Atomwaffenstaat. Die Bundesregierung verweist angesichts der skandalösen Vorgänge in den Hanauer Atomfirmen oder auch bei ihr unterstellten militärischen Optionen gerne auf die internationalen Kontrollen in diesen Anlagen. Dies gilt ihr dann als Beleg, daß dort Abzweigungen zu unfriedlichen Zwecken unmöglich sind. Der Verweis auf internationale Kontrollen ist sicherlich formal richtig – mehr aber auch nicht. Werfen wir einen Blick auf die Plutoniumfirma Alkem:

In Hanau halten sich zu jeder Zeit Inspektoren der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) sowie der internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) auf. Zumindestens bis 1985 war es dennoch in der Plutoniumfabrik ALKEM (Hanau) für die IAEA unmöglich, eine heimliche Abzweigung rechtzeitig zu entdecken.

Nach übereinstimmenden Aussagen von US-Experten, etwa von der Abrüstungsbehörde ACDA, sind adäquate Kontrollen der IAEA ohne eine bindende Vereinbarung zwischen Betreiber und Kontrolleur (dem sog. "facility attechment") nicht durchführbar. Bei der Alkem wurde bislang mit dem Bombenrohstoff Plutonium umgegangen, ohne daß eine solche Vereinbarung zwischen IAEA und den Betreibern geschlossen werden konnte. "Adäquate Kontrollen" hätten eine zeitweise Betriebsstillegung erforderlich gemacht, die von der Alkem abgelehnt wurde. Die von der IAEA vorgelegten safe-guard Vorschläge wurden von der Alkem immer wieder zurückgewiesen. Im letzten Jahr ließ sich die Kontrollagentur auf eine provisorische, auf drei Jahre befristete sog. "flexible Überwachung" ein, bei der nicht wie üblich Produktionsabschnitte, sondern nur einzelne Chargen von 10 bis 30kg auf ihre Isotopenzusammensetzung geprüft werden. Die Wirksamkeit dieser Kontrollvereinbarung steht oder fällt mit der Bereitschaft der Alkem-Geschäftsführung, die Inspektoren mit den notwendigen Daten zu versorgen. Das die IAEA sich an der Firma Alkem die Zähne ausgebissen hat, wurde in einem hausinternen Dokument vom 11.2.85 aufgezeigt, in dem es heißt: *"Das traditionelle Safeguard-Konzept bei Alkem mußte scheiter. Man sah sich weiterhin mit der merkwürdigen Situation konfrontiert, daß trotz ständiger Anwesenheit der IAEA-Inspektoren und trotz ihres nahezu unbegrenzten Zugangs zu allen relevanten Teilen der Anlage die Internationale Atombehörde feststellen mußte, daß das generelle Inspektionsziel der rechtzeitigen Entdeckung einer Abzweigung nicht erreicht werden konnte."* Treibende Kraft dieser Verhinderung wirksamer KOntrollen war nach Aussage von US-Beamten eindeutig die Bundesregierung. Interessanterweise wurde bei der 1985 zustandegekommenen Kontrollvereinbarung der Plutoniumbunker der Alkem bzw. der Bundesregierung ausgenommen. Für den Bunker und das Plutoniumbundeslager existiert bis heute aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen von IAEA und Bundesregierung kein spezifisches Kontrollabkommen. Dies ist u.a. deshalb bemerkenswert, weil bei der Plutoniumlagerung der Bundesregierung durch die Kontrollen keine kommerziellen Interessen berührt werden (im Gegensatz zur Alkem) und nicht die Firmen, sondern die Bundesregierung die Verhandlungen führt. Diese hat auch innenpolitisch ihr Plutoniumlager einer quasimilitärischen Geheimhaltung unterstellt: Bis heute verweigert die Bundesregierung jede Angabe über Menge und Zusammensetzung der dort gelagerten Spaltstoffe. Das Bundesplutoniumlager ist im Hanauer Plutoniumbunker untergebracht, der ferner das Alkemlager sowie einen Raum beherbergt, der von beiden gemeinsam genutzt wird und nur durch eine gelbe Linie auf dem Fußboden unterteilt ist. Hinzu kommen die im Bunker installierten Chemieanlagen zur Plutoniumumwandlung sowie die von der RBU zur Verarbeitung von plutoniumhaltigen Brennelemanten genutzten Räumlichkeiten. Diese Vielfalt und der inzwischen nicht mehr bestrittene ständige Austausch von Plutonium der Alkem und dem Bundeslager machen einigermaßen sichere Kontrollen auf Grundlage von Abkommen, die mit den Einzelfirmen abzuschließen sind, praktisch unmöglich.

(Nebenbemerkung: 1979 wurde die Errichtung des staatlichen Plutoniumlagers vom damaligen Innenminister Baum abgelehnt weil diesbezüglich die Öffentlichkeit ausgeschlossen bliebe. In einem Brief an den damaligen Forschungsminister Hauff vom 13.2.79 charakterisierte Baum die Bunkerpläne als *"den Versuch einer Lastabwälzung auf Behörden und Öffentlichkeit, der, vor allem im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit von politischer Führung und Verwaltung, auf diesem Feld grundsätzlich abzulehnen wäre.")*

Internationaler Argwohn

Der in der BRD herrschende Glaube an die "friedlichen Absichten" der Bundesregierung steht völlig im Gegensatz zum im Ausland gehegten Mißtrauen gegenüber bundesdeutschen Motiven. Bereits 1979 begehrte der französiche Außenminister Froncois Poncet anläßlich der EG-Außenministertagung von Minister Genscher Auskunft darüber, was die Deutschen mit dem aus der WAA La Hague gelieferten Plutonium anfangen würden. Die französische Regierung verlangte "eisenharte Garantien" (1), daß die BRD das in Hanau gelagerte Plutonium ausschließlich für friedliche Zwecke einsetze. Diese Garantien mochte weder Genscher auf der Tagung noch Bundeskanzler Schmidt den Franzosen geben - stattdessen wurde auf die internationale Kontrolle in den Hanauer Anlagen hingewiesen.

Auch die USA traute der BRD nicht über den Weg. Als die Schweiz 1983 200 kg Plutonium aus La Hague bei Alkem zu Plutonium-Brennelementen verarbeiten lassen wollte, verweigerten die USA wegen der Alkem-Kontrolllücken über zwei Jahre lang die Genehmigung. Das Mitspracherecht der USA beruht auf der Tatsache, daß das Schweizer Plutonium mit Hilfe von Uran erzeugt wurde, das seinerzeit in den USA angereichert wurde. Um den Störfaktor USA auszuschalten, griff Alkem seinerzeit auf Plutonium zurück, daß ohne Mitwirkung der USA in dem spanischen Reaktor Vandelos 1 erzeugt und in der WAA La Hague angetrennt wurde. Aus noch ungeklärten Gründen war dieses "europäische", d.h. von US-Kontrollen abgeschottete Plutonium in den Besitz der KWU (bzw. von Alkem) gelangt. Die KWU wiederum hatte 40 kg dieses Plutonium der Nordschweizerischen Kraftwerke AG erst "ausgeliehen" und schließlich verkauft. (2) Der Streit zwischen den USA und der Bundesregierung/Alkem über die Hanau-Kontrollen eskalierte 1985 in den Räumen des Forschungsministeriums in einem lautstarken Disput mit Vertretern der US-Atomaufsichtspehörde NRC, wo sich offenbar die deutsche Seite durchsetzen konnte, denn Ergebnis dieser Auseinandersetzung war die provisorische Kontrollvereinbarung mit Alkem. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß erst auf Druck der USA und erst 23 Jahre nach Aufnahme des Plutoniumbetriebes ein provisorisches Kontrollabkommen zwischen der IAEA und Alkem in Kraft trat und die Firma Alkem zusätzlich sich bietende Gelegenheiten nutzte, Kontrollen (wie im Falle des spanisch-schweizerischen Deals) zu umgehen. Doch diese Praxis ist nicht allein mit ökonomischen Motiven zu erklären. Möglich wurde sie erst durch die aktive Unterstützung dieser und auch der vorherigen Bundesregierung, denn erst die geheime Verwahrung staatlicher Bombenrohstoffe macht die Kontrollverschleierung in den Hanauer Nuklearbetrieben durchführbar. Angesichts der Weigerung der Bundesregierung eine Beschränkung auf eine "friedliche Nutzung" der gelagerten Spaltstoffe zuzusichern, ist nicht nur gegenüber den Vorgängen in den Hanauer Betrieben unsere ganze Aufmerksamkeit gefordert, sondern vor allem schärfstes Mißtrauen gegnüber den Motiven der Bundesregierung.

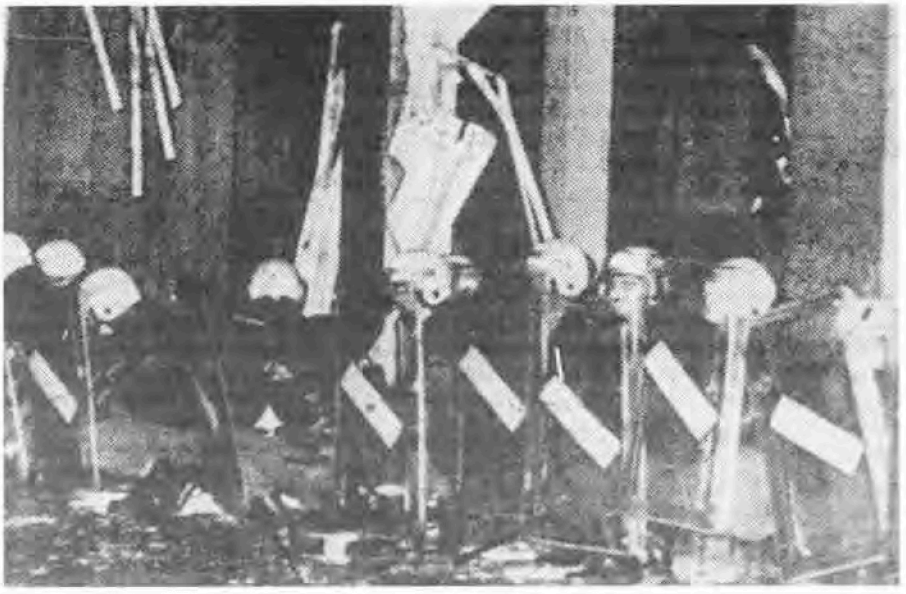
Anmerkungen:
(1) taz, 14.11.86
(2) Nuclear fuel v. 26.8.85

AKW Brokdorf am

- Fünf Monate nach Tschernobyl
- Vier Monate nach der letzten Brokdorf-Demonstration
- Nach fünf Monaten anti-atomarer Scheinheiligkeit und Heuchelei in allen Parteien erdreisteten sich die Herrschenden jetzt das AKW Brokdorf anzuschalten!
Jetzt zeigt sich, was wir von den ganzen Ausstiegsdebatten der Machthabenden zu halten haben; die Unsicherheit der Bevölkerung und den Widerstand gegen AKW's glauben sie jetzt soweit im Griff zu haben, daß sie Brokdorf in Betrieb nehmen können. Nach dem Tschernobyl-Unfall konnten die Politiker vor der Bevölkerung nicht mehr so leicht verleugnen, welche tödlichen Gefahren die Atomenergie in sich birgt. Land auf, Land ab propagieren Kanzler, Ministerpräsidenten, Minister, Parteivorsitzende, Gewerkschaftsfunktionäre, usw. den "Einstieg in den Ausstieg" - die Logik der Politiker ermöglicht sogar den Ausstieg mit gleichzeitigem fetten Ausbau!
Denn wir brauchen ja diese Arbeitsplätze... Wir brauchen mehr Energie... Wir brauchen unser Wirtschaftswachstum... und das Atomprogramm... Brokdorf ist ein Teil davon... dafür können wir ein altes unrentables Atomkraftwerk abschalten...
Die Politiker besinnen sich wieder auf die, deren Interessen siw wirklich zu vertreten haben, denn wer braucht diesen Strom aus Brokdorf? Wir jedenfalls nicht. Im ganzen Land gibt es Stromüberkapazitäten. Zum Beispiel in Hamburg, das mit 20% in Brokdorf beteiligt ist, wird der Strom überhaupt nicht gebraucht, die Stadt hat schon jetzt große Überkapazitäten.
Preußen Elektra, die die restlichen 80% von Brokdorf besitzt, kann dagegen nach der Aussage ihres Sprechers Jansen im NDR am 7.10. "den Strom sehr gut gebrauchen, wir können jetzt alte, konventionelle Kraftwerke abschalten."

Grenzwerte nach Bedarf

Wie wenig dagegen die gesundheitlichen Schäden der Kernenergie interessieren, zeigt der aktuelle Gesetzesentwurf der Regierung zur Neufestlegung der Grenzwerte radioaktiver Belastung in Lebensmitteln nach Katastrophenfällen: Im Ernstfall dürfen diese Grenzwerte nur noch vom Bund festgelegt werden, anstatt wie bisher von den einzelnen Bundesländern. Damit soll einer uneinheitlichen Informationspolitik wie nach Tschernobyl vorgebeugt werden, Zentralisierung ist angesagt. Panik und Verunsicherung sollen nicht noch einmal vorkommen!
In Brokdorf reicht die neuerliche Sorge um unsere Gesundheit gerade zum Bereithalten eines "Supergau-Ventils", welches nur bei



Am Dienstag, dem 7.10.86, waren im Hamburg mehr als Zehntausend Menschen auf den Beinen, um gegen die Inbetriebnahme des AKW Brokdorf zu demonstrieren. Etliche Scheiben gingen zu Bruch, eine durchaus nicht unumstrittene Aktion.

Brokdorf-Demos in Hamburg und Kiel

Ähnliche Ausgangslage auch in Kiel am 18.1086 mit Mobilisierung und umstrittener Scherbenaktion.

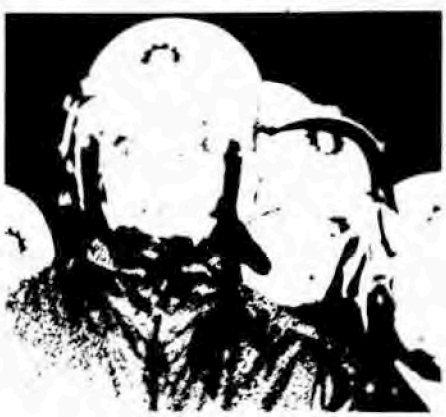
Foto: Bernd Broux

Netz

einem speziellen Unfall, dem sogenannten langsamen Druckversagen des Sicherheitsbehälters, von Nutzen ist. Dies ist nun das Ergebnis der Sicherheitsüberprüfung, zu der die schleswig-holsteinische Landesregierung gerade soviel Zeit benötigte, bis der schlimmste Ansturm des Protestes überstanden war.

Wehe denen, die das nicht einsehen?

Zehn Jahre Kampf haben Brokdorf zum Symbol des militanten AKW-Widerstandes gemacht; ebenso gilt es für die Gegenseite, sich gerade hier nicht an der Durchführung des Atomprogramms hindern zu lassen.
Deswegen haben wir nach Tschernobyl in Brokdorf demonstriert und der Staat mußte hier auch seine Macht zeigen: Auflösung der Kundgebung mit Wasserwerfern und Reizgas, Polizeiterror in Kleve, 14stündige Einkesselung von Demonstranten in Hamburg. Es galt jeden Funken militanten Widerstandes im Keime zu ersticken. Gleichzeitig führten die Medien zum zigtausendsten Mal eine Hetzkampagne gegen die "gewalttätigen Chaoten" und lenkten damit von der Gewalt der Herrschenden und der Frage der Atomenergie ab.
Eine wirkliche Diskussion über das Atomprogramm soll nicht entstehen, das Ziel Atomzeitalter wird geradlinig weiterverfolgt, dies wird im Moment durch die Verzögerungen nur verschleiert. Die Regierung hat nie daran gezweifelt, die WAA in Wackersdorf zu bauen. Sie hat aber Angst davor, daß sich der örtliche Widerstand in Wackersdorf auf andere Gebiete und Zusammenhänge ausweiten könnte, daß sich auch anderswo die Bevölkerung mit dem militanten Widerstand solidarisieren könnte. Sie sehen sich gezwungen diesen mit allen Mitteln zu bekämpfen, sei es mit Propaganda in den Medien oder mit direkter Staatsgewalt. Ein breiter Widerstand würde sie an der Verwirklichung ihrer Pläne stören. Wir können dafür sorgen, daß der Preis für sie hochgeschraubt wird. Nirgendwo soll ungestört ein AKW gebaut und betrieben werden!



Widerstand gegen die Urananreicherungsanlage in Gronau

Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau
Siedlerweg 7
4432 Gronau

Gronau, 16. Nov. 1986

An die Teilnehmer/innen der
- Euregiokonferenz gegen Atomanlagen (EuKo), 22.11.86, Gronau
- Aktionskonferenz Volksbegehren NRW gegen Atomanlagen, 22.11.86, Düsseldorf
- Bundeskonferenz gegen Atomanlagen (BuKo), 28.-30.11.86, Regensburg
an das Info der Landeskonferenz NRW gegen Atomanlagen, an niederländische Anti-Atom-Initiativen u.a.m.

Liebe Leute!
Wie Ihr sicherlich (hoffentlich) wißt, haben wir zur Vorbereitung der BuKo einen Vorschlag für ein Widerstandskonzept gegen die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau erarbeitet (Schreiben vom 20. Oktober 1986). In der Zeit nach dem 20.10. haben wir versucht, unsere Vorschläge zu konkretisieren. Aus zeitlichen Gründen ist es uns dabei kaum gelungen, Rücksprache mit anderen Initiativen zu halten. Unsere Hauptplanungen laufen jetzt zu den nächsten 4 Punkten:
- 14.3.1987: erstes bundesweites Vorbereitungstreffen für eine UAA - Pfingstdemo. Das Treffen soll in Gronau stattfinden; der Termin steht fest!
- Ende Februar/Anfang März: bundesweites UAA-Hearing an einem Samstag in Gronau. Zweck: Öffentlichkeitsarbeit, um auf die UAA aufmerksam zu machen; inhaltliche Vorbereitung auf eine eventuell noch folgende Klage gegen den geplanten UAA Ausbau.
- Juni 1987: Pfingstdemo in Gronau (voraussichtlich am Pfingstsonntag, das wäre dann der 7.6.87)
- Voraussichtlich 4.10.87: Nachbereitungstreffen in Gronau; Planung weiterer Aktionen.
Ein grenzüberschreitender Aktionstag muß noch mit den Niederländer/innen weiter ausdiskutiert werden. Weitere Aktionen (Baubeginn, Ostern, Tschernobyltag - 26.4., Sommercamp...) befinden sich noch in der Diskussionsphase. Fest eingebürgert haben sich bereits Sonntagsspaziergänge an der UAA, die jeden 1. Sonntag im Monat um 14 Uhr an der UAA-Zufahrt beginnen. Zur Zeit gehen wir davon aus, daß sich unsere Terminvorstellungen nicht mit anderen Terminen überschneiden. Sollte es doch Überschneidungen geben, sind wir selbstverständlich bereit, über die Terminplanungen zu diskutieren.
Wir wollen versuchen, die Aktionen - soweit es unsere bescheidenen Mittel und Kräfte erlauben - durchzuführen. Fest steht, daß der Erfolg der Aktionen von der Unterstützung auswärtiger Initiativen abhängig ist. Deshalb wäre es für uns vor Ort in Gronau sehr gut, wenn z.B. die BuKo die Unterstützung der Gronauer Aktionen beschließen würde und zur Mitorganisation und Teilnahme aufrufen würde.
Vermutlich im Frühjahr (April?) sollen die Bauarbeiten für den massiven Ausbau der UAA beginnen. Ein entsprechender Genehmigungsantrag der Uranit wurde gestellt und NRW's SPD-Landesregierung wird ihn sicherlich genehmigen. Die UAA-Aktionen müssen sich deshalb gegen die Ausbaupläne, aber auch für die sofortige Stillegung der UAA richten. Gründe für die Forderungen gibt es genug (Gefahren, denkbare militärische Nutzung, vielleicht wird in Namibia Uran angereichert etc.). Außerdem sollten die Aktionen grenzüberschreitend (NL) geplant werden - immerhin soll die UAA Almelo/NL, die ebenfalls zum Urenco-Konzern gehört, auch ausgebaut werden. Die Region im Gronau (Euregio) muß als Atompark Euregio ins Gespräch gebracht werden. Die Atomanlagen in der Euregio (Standorte Ahaus, Lingen, Gronau und Almelo/NL) weisen fast den kompletten atomaren "Brennstoffkreislauf" auf: Urananreicherung -Brennelementeherstellung - AKW - Atommüllager. Die Euregio muß zu einer Region werden, in der die Atomindustrie wie z.B. im Wendland oder in der Oberpfalz nichts mehr zu lachen hat. Um auf die UAA zurückzukommen: die Stellung der UAA im "Brennstoffkreislauf" (ohne angereichertes Uran wären fast alle AKW's bei uns produktionsunfähig) spricht ebenfalls dafür, endlich auch mal in Gronau größere Aktionen zu planen.
Wir hoffen, daß unsere Vorschläge bei den anstehenden Konferenzen und in den Initiativen solidarisch diskutiert werden. Weitere Ideen, sachliche Kritik und vor allem tatkräftige Unterstützung sind für uns wichtig. Ebenso wichtig sind bereits jetzt massenhaft Spenden: AKU Gronau, Volksbank Gronau, BLZ: 401 640 24, Kto: 140 966 800. Wer in den Aktionsinfoverteiler aufgenommen werden möchte, sollte sich bald melden.
Wir appellieren an alle Lebenskämpfer/innen uns zu unterstützen! Nähere Informationen zur UAA gibt es bei uns (u.a. kann zum Selbstkostenpreis das Info der deutsch-niederländischen "Konferenz gegen Atomanlagen in der Euregio und im Münsterland" abonniert werden); ein Bericht zur UAA steht auch im Anti-AKW Kalender 87 (S. 22).
- Wir sagen niemals JA zur UAA! Stop UAA & WAA!
- Weg mit dem Atomprogramm in der Euregio und anderswo sofort!
- Keine Kriminalisierung von Lebenskämpfer/innen!

Stade-Prozeß
Scheer gegen Preag - Punktsieg, aber Prozeßkosten am Hals

"In Atomkraftwerken - ob alt oder neu - kann jederzeit der Druck- oder Dampfkessel explodieren, mit katastrophalen Folgen schlimmer als bei Tschernobyl, aber beim Schrottreaktor Stade ist die Gefahr besonders hoch, weil der Stahl des Druckkessels durch Neutronen besonders stark versprödet ist - stärker als die Betreiber es erwartet hatten."
Äußerungen dieses Inhalts wollte die Betreibergesellschaft von Stade, Preag, mir vom Landgericht Hamburg verbieten lassen.
Damit kamen sie jedoch nicht durch - konnten sie doch nicht leugnen, daß sie selber angesichts der unerwartet raschen Versprödung eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben: Verringerung der Neutronenzahl an besonders kritischen Punkten und Einbau eines waghalsigen wie unerprobten Notkühlsystems, um Abkühlschocks in dem versprödeten Kessel zu verringern.
Das Gericht gestattete mir ausdrücklich, die Äußerungen zu wiederholen, sofern ich anmerke, daß der TÜV Norddeutschland der Meinung ist, daß ein sicherer Betrieb bis zum Jahr 2012 möglich sei. In der mündlichen Verhandlung sagte der Richter mir dazu, es stehe mir natürlich meinerseits frei, den TÜV zu kritisieren.
In der Tat ist diese private Vereinigung der zu überprüfenden Firmen nicht eben ein Ausbund von Objektivität. Im Gegenteil, nicht selten wurden Fachleute des TÜV von ihren Vorgesetzten gemaßregelt und zensiert, hier ist von besonderem Interesse der Dampfkessel-Experte Höhne, der kurz vor der Pensionierung mit dem auch für Stade zuständigen TÜV brach, u.a. weil dieser Unregelmäßigkeiten, die er beim Druckkessel des AKW/Grohnde festgestellt hatte, verschleiern wollte.
Aber auch fachlich mußte ich als Physiker sagen, daß dem TÜV für eine derartige Aussage die Erfahrungsbasis fehlt; er verlängert lediglich den Trend der Versprödung, wie er nach den Umbaumaßnahmen errechnet wird, und vergleicht das mit der theoretischen Versprödung, die als ausreichend gering gilt, um sicheren Betrieb zu gewährleisten. Nichts da von gesicherten Fakten, aber viel "Prinzip Hoffnung", wie ein Fachmann für Stahlversprödung mir in diesem Zusammenhang sagte.
Faktisch hat sich also die Preag eine schwere Niederlage geholt, denn all dies darf ich - gerichtlich genehmigt - äußern.
Juristisch bin ich aber der Unterlegene, weil mir die Auflage mit der TÜV-Nennung erteilt wurde, und deshalb muß ich die Verfahrenskosten tragen, die sich auf DM 10.000,- belaufen.
Zur Besiegelung dieser formalen Unterlegenheit haben die Betreiber noch nachgeschoben und das auch vom Gericht bestätigt bekommen, daß ich nicht sagen darf, daß die Techniker im Werk selbst täglich hoffen, daß nichts passiert. Das habe ich von einem Experten für Rißbildung in Reaktorstehl, den ich aber nicht nennen kann, darum kann ich auch diese Behauptung nicht wiederholen.
Nachdem bereits zweimal der Gerichtsvollzieher zum eintreiben der Kosten an meiner Tür gestanden hat, hat sich Robin Wood dankenswerterweise bereit erklärtr, die Kosten kurzzeitig vorzuschießen, da es sich ja nicht um eine Privatangelegenheit handelt.
Nun ist Robin Wood ja auch kein Krösus, und ich möchte jede(n) bitten, durch eine Spende auf sein Konto (Kto. Robin Wood Nr. 1573-208 Postgiro HH) zur Verringerrung dieser Last beizutragen. Ich appelliere hier besonders an Die Grünen in Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Bonn.
Solidarität hilft siegen!
Jens Scheer

Foto: Michael Pacholski

Anti-WAA-Büro Saar

Alte Feuerwache
Am Landwehrplatz
D-6600 Saarbrücken
Tel 0681/35958 - Mo/Do, 17-20 h

Liebe Leute!
Mit diesem Rundbrief wollen wir das ANTI WAA BÜRO SAAR vorstellen und Kontakte zu anderen Gruppen, Initiativen und Büros knüpfen. Das Büro existiert seit August 86; es befindet sich in der Alten Feuerwache in Saarbrücken und ist Mo und Do von 17 - 20 Uhr besetzt. Unser Ziel ist es, im Saarland und den angrenzenden Regionen Öffentlichkeitsarbeit zur WAA/AKW-Problematik zu machen und als Überregionale Kontaktadresse zu einem besseren Informationsfluß zwischen den Anti-WAA/Anti-AKW-Gruppen beizutragen. Unsere Arbeit sieht so aus, daß wir zu den Bürozeiten Anlaufstelle für alle Interessierten sind und darüberhinaus Infostände und Veranstaltungen (möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen) anbieten. Weiterhin wollen wir für Aktionen in Wackersdorf mobilisieren sowie auch lokale Aktionen so weit wie möglich unterstützen. Wir haben uns den Schwerpunkt WAA Wackersdorf gesetzt, weil mit dem Bau der WAA der Einstieg in die Plutoniumswirtschaft und damit der Griff zur Bombe "made in Germany" möglich wird und die eskalierenden Ereignisse der letzten Zeit, die massive Polizeihochrüstung wie auch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (und zahlreiche andere Störfälle) gezeigt haben, daß WAAckersdorf überall sein kann. Hier im Saarland existieren z.Z. viele Initiativen gegen Cattenom, es gibt aber kaum Informationen über den Themenkomplex WAA und andere AKW-Standorte. So sehen wir mit dem Büro die Möglichkeit, auch dezentral gegen die Atommafia aktiv zu sein. Zur Zeit sind wir noch mit der Aufbauarbeit des Büros beschäftigt und bereiten uns auf Veranstaltungen vor, bei denen wir ein Video über Wackersdorf zeigen und Informationen zu den verschiedenen damit zusammenhängenden Themenbereichen geben.
Zu uns: Wir sind z.Z. nur 3 Menschen; wir investieren zwar viel Zeit und Energie, können aber nicht "hauptamtlich" im Büro arbeiten. Außerdem haben wir bis jetzt noch keine finanzielle Unterstützung, so daß unsere Möglichkeiten relativ begrenzt sind. Wir bitten Euch, unsere Adresse in Euren Verteiler aufzunehmen und Euch mit uns in Verbindung zu setzen, wenn Ihr an einem Infoaustausch interessiert seid. Also laßt mal von Euch hören, viele Grüße und Spaß und Power bei Eurer Arbeit!

i.A. Berit

11.1.87 Hamm

Der Ausstieg ist möglich

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist möglich. Alle Studien, die in den letzten Monaten erstellt wurden, belegen das. Selbst das RWI-Institut in Köln, das als atomenergiefreundlich gilt, hat in einer von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Studie festgestellt, daß man alle Atomkraftwerke in der BRD sofort stillegen könnte, ohne daß sich wesentliche wirtschaftliche Nachteile daraus ergeben. Die SPD hat auf ihrem Bundesparteitag in Nürnberg den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen. Doch die SPD-Landesregierung scheint diesen Beschluß nicht ernst nehmen zu wollen:

Denn der THTR läuft weiter

Trotz der fehlenden Sicherheitseinrichtungen, der über 30 Störfälle im Probebetrieb und des schweren Störfalls am 3./4. Mai, der von der VEW über vier Wochen geheimgehalten wurde. In dem Untersuchungsbericht, der Ende August von der SPD-Landesregierung veröffentlicht wurde, wird dieser Störfall heruntergespielt. Viele Fragen sind offen geblieben. Aus dem Bericht geht aber zumindest hervor, daß die Betreiber während des Störfalls das einzige Meßgerät zur Messung der in die Umgebung entwichenen Radioaktivität abgeschaltet haben. Wir verstehen nicht, warum dieser gefährliche Reaktor nicht stillgelegt wird. Denn als Prototyp kann der THTR nur sinnvoll sein, wenn weitere Reaktoren dieser Linie folgen. Auch zur Stromversorgung liefert der THTR keinen wesentlichen Beitrag. Wenn die Ausstiegspläne der SPD nicht nur bloße Lippenbekenntnisse bleiben sollen, dann muß der THTR sofort abgeschaltet werden!

Die ersten Meßstationen

Die Gesellschaft für angewandten Umweltschutz (GAU) hat inzwischen die ersten drei Meßstationen rund um den THTR aufgestellt. Ziel der GAU ist es, unabhängig von der VEW die Radioaktivitätsabgaben des THTR zu messen. Weitere Meßstationen sind geplant, Spenden sind willkommen.

Sonntag, 11. Januar 1987: Landesweite Großkundgebung gegen den THTR!! Die genaue Ausgestaltung der Kundgebung wird die nächsten Wochen noch diskutiert und festgelegt. Den Termin auf jeden Fall schon mal vormerken! Weitere Informationen:

GAL
Bezirksvertretung
Uentrop
Horst Blume
Schleusenweg 10, Hamm

Zur Klage gegen das AKW Lingen II

Bürgerinitiativen Emsland gegen Atomanlagen (BEgA) und
Bürgeraktion Lingen für Umweltschutz und alternative Energiepolitik
Postfach 1823, 4450 Lingen
Kontakt: Herbert Masslau, Dalumer Str. 32, 4450 Lingen, 0591-62096

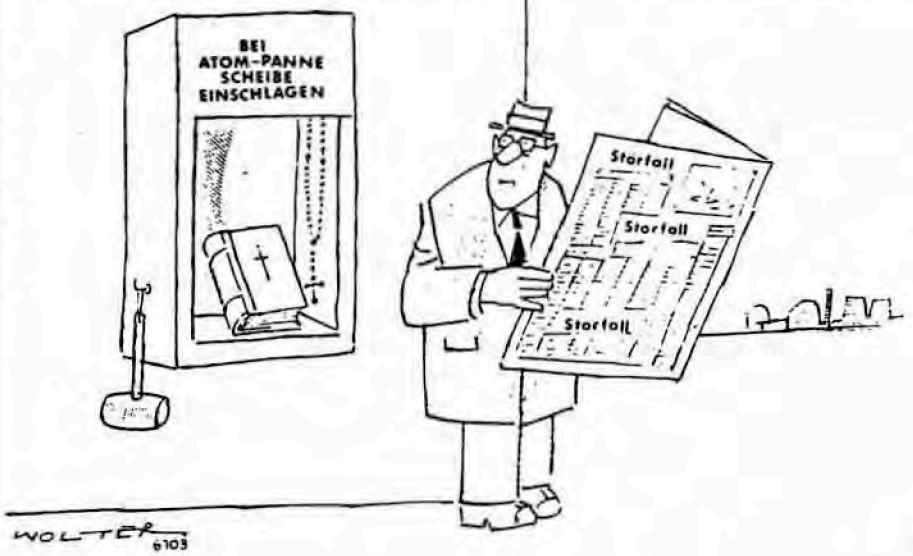
Im taz-Bericht über die Anti-AKW-Demo in Lingen (taz v. 27.10.) wird der Kläger gegen das AKW Lingen II, Matthias Jungk (Die Grünen), wie folgt erwähnt: "die alte Lingener BI gegen Atomanlagen ... (hat) jede weitere finanzielle Unterstützung bei seiner Klage verweigert" und er will jetzt andere Geldgeber für die immensen Verfahrenskosten suchen. Da kommen einem die Tränen, aber nicht aus Mitleid für den grünen Kläger, sondern aus Rage über dessen Verhalten und der schlechten Recherche der taz. Also, folgende Klarstellung:

1. Nicht die "alte" BI Lingen, sonder die Dachorganisation der emsländischen Bürgerinitiativen BEgA hat am 24.10. den Beschluß zur Einstellung der Klage gefaßt. Aufgrund BEgA-interner basisdemokratischer Gepflogenheiten ist dieser Beschluß noch nicht "rechtskräftig". Das ist auch dem Kläger bekannt.

2. Matthias Jungk ist seit zwei Jahren Kläger für die emsländischen Bürgerinitiativen. Bereits am 11.7.85 haben wir auf Initiative unseres damaligen Rechtsanwaltes über den Sinn der Fortführung der Klage gegen den Sicherheitsabbau (Abschaffung des GAU, des 2-F-Bruches) beraten. Hieran hat auch Matthias Jungk teilgenommen. Argumente gegen die Klage waren: a) die fachliche Inkompetenz des VG Osnabrück, so daß die erste Instanz verloren geht, damit dieses Gericht die Entscheidung abgeben kann; b) die Anerkennung der sog. Basissicherheit als Entscheidungsgrundlage durch das OVG Lüneburg; c) die Anerkennung der Regelwerke der Betreiberseite durch das BVG Berlin im Krümmelverfahren.
Nach weiterer Diskussion kam es am 20.12.85 zu dem Beschluß der BEgA, die Klage mit Blick auf die in Niedersachsen anstehende Landtagswahl, vor allem aber die Kommunalwahlen fortzuführen und in einem Jahr erneut über die Klage zu entscheiden. Wir sahen seinerzeit durch entsprechende Wahlausgänge, aber auch durch entsprechende Kandidaturen die Möglichkeit, durch Fortführung der Klage den politischen Druck erhöhen zu können. Ohne auf die Grünen im einzelnen einzugehen, de facto ist die damalige Beschlußgrundlage schon deshalb nicht mehr gegeben, weil es dazu eines Regierungswechsels in Niedersachsen bedurft hätte. Aufgrund der geänderten Beschlußlage hat dann die BEgA am 24.10. sich gegen eine Fortführung der Klage ausgesprochen - aber auch mit dem Vorbehalt, eine Entscheidung über eine Klage gegen die Betriebsgenehmigung offenzuhalten.

3. Eine Wahlkampfversammlung der Grünen hat am 4.10. in Nordhorn beschlossen, daß das AKW Lingen II Wahlkampfschwerpunkt ist. Konkret geht es dabei um die Bundestagskandidatur des Grünen-MdB Jo Müller im Wahlkreis Grafschaft/Emsland. Matthias Jungk hat auf der BEgA-Sitzung am 24.10. selber gesagt, Jo Müller betreibe dies aus persönlichen wahltaktischen Gründen, dennoch plädierte Herr Jungk dafür, die Klage bis zur Bundestagswahl fortzuführen. Dieser argumentative Widerspruch spricht für sich.

4. Wie frühere Kläger auch, so klagt auch Matthias Jungk stellvertretend für die emsländischen Bürgerinitiativen. Wenn er meint, entgegen des BEgA-Beschlusses weiterklagen zu müssen und sich als Grünen-Kläger versteht, so ist das seine Sache. Die BEgA kommt mit ihrem Rechtshilfefonds selbstredend für die Klagekosten auf, die anfallen, wenn der Kläger jetzt aus dem Verfahren austritt. Wenn der grüne Kläger allerdings meint, aus wahltaktischen Gründen für die Grünen bis zur Bundestagswahl weiterklagen zu müssen, dann ist es nicht Aufgabe der emsländischen Bürgerinitiativen, dies finanziell zu unterstützen.



Die Behörden wiegelten jahrelang ab

Über die Gefahr der Strahlung wurden die Arbeiter getäuscht

Nach Absturz eines US-Bombers kam Plutonium frei

Von unserem Korrespondenten

gam. Kopenhagen

Am 21. Januar 1968 stürzte ein amerikanischer B-52-Bomber in der Nähe der Thule-Basis auf Grönland ab. An Bord hatte die Maschine vier Wasserstoffbomben, die bei dem Aufprall zerstört wurden. Große Mengen der radioaktiven Stoffe Plutonium und Tritium wurden freigesetzt. Doch jahrelang bestritten die zuständigen Behörden, daß die bei den Aufräumungsarbeiten beschäftigten dänischen Arbeiter einem Strahlungsrisiko ausgesetzt waren. Erst jetzt hat Ministerpräsident Poul Schlueter den Opfern Schadenersatz zugesagt.

Das Bombenflugzeug war vor achtzehn Jahren beim Versuch einer Notlandung aufs Eis geprallt. Sechs Wochen nach dem Unfall begannen hundert dänische Arbeiter und zehn Grönländer mit den Aufräumarbeiten. Dänische und amerikanische Atomexperten hatten das Gebiet zuvor für strahlungsfrei erklärt. „Hier gibt es nicht mehr Radioaktivität als auf der Rückseite eurer Armbanduhr mit Leuchtziffern", wiegelten Forscher der dänischen Risoe-Atomversuchsanstalt die Arbeiter ab, die eine Risikozulage forderten. Acht Monate später wurden aus dem „strahlungsfreien Gebiet" 600 Container mit 57 Millionen Litern radioaktivem Schneewasser, 277 Behälter mit den Überresten des Bombenflugzeugs und vier Container mit den bei den Aufräumarbeiten getragenen, radioaktiv verseuchten Kleidern in die USA verschifft.

In den Jahren danach erkrankten zahlreiche der aus Thule heimkehrenden Arbeiter an seltenen Krebskrankheiten und anderen Leiden, für deren Ursache die Ärzte keine Erklärung fanden. Erst achtzehn Jahre später fügte ein dänischer Arzt, als er die außergewöhnliche Krebskrankheit eines seiner Patienten den Gesundheitsbehörden meldete, die Feststellung an, es sei nicht auszuschließen, daß die Krankheit eine Folge der Aufräumarbeiten bei Thule sei, an denen der Mann teilgenommen habe. Als sich die dänischen Medien für den Fall zu interessieren begannen, stellte sich heraus, daß außergewöhnlich viele Thule-Arbeiter an Krebs erkrankt oder gestorben waren. Auch Arbeiter auf der Thule-Basis, die den Aufräumtrupps nicht angehörten, zählten zu den Opfern. Sie hatten den Plutoniumstaub beim Reinigen der aus dem Absturzgebiet zurückkehrenden Fahrzeuge eingeatmet.

Dennoch blieben die Risoe-Experten – die im Lauf der Jahre fünf Expeditionen nach Thule schickten, um die Strahlung in jenem Gebiet zu messen, das sie schon nach sechs Wochen für strahlungsfrei erklärt hatten – bei ihrer Ansicht, daß Strahlenschäden bei den Arbeitern „völlig unwahrscheinlich" seien. Doch nun erklärte Ministerpräsident Schlueter auf Anfrage der sozialdemokratischen Opposition, daß „diese unglückliche Geschichte" nun rasch aufgeklärt werden müsse. Die Thule-Arbeiter sollten auf Strahlungsschäden untersucht werden und gegebenenfalls Schadenersatz bekommen.

Geheimer Katastrophen-Bericht: Kreis Lauenburg wird Todeszone

Hamburg – Nur wenige Stunden bleiben den Menschen zur Flucht, wenn im Atomkraftwerk Krümmel der Druckbehälter platzt. Das beweist ein geheimer TÜV-Bericht, den das Kieler Sozialministerium unter Verschluß hält.

Für die 50 100 Menschen, die im Zehn-Kilometer-Umkreis um den Reaktor leben, noch schlimmer: Der geheime Bericht über eine Katastrophenschutzübung im Kreis Lauenburg enthüllt daß sie alle in einer Todeszone leben.

29. September 1984: 480 Männer und Frauen proben rund um Geesthacht den Ernstfall. Wenige Stunden später steht fest: Obwohl für die Übung nur ein kleines Leck im Kraftwerk angenommen wurde, hätten im Ernstfall bei weitem nicht alle betroffenen Menschen fachgerecht versorgt werden können.

Die Fehler, die damals erkannt wurden:

- nur ein Viertel der Menschen, die durch die Kontrollpunkte am Rande des Sperrgebietes geschleust werden sollten, konnten innerhalb der vorgesehenen Zeit versorgt werden;
- viele Helfer konnten mit den Strahlen-Meßgeräten nicht richtig umgehen;
- bei der Reinigung verseuchter Personen wurden gravierende Fehler gemacht, verseuchtes Abwasser wurde ungefiltert in die Kanalisation geleitet.
- für Verkehrsstaus, Panik und dergleichen gab es keinerlei Vorsorge.

Im Klartext: Wäre es statt des angenommenen kleinen Lecks zu einem echten Supergau gekommen, hätten die Katastrophenschützer die Katastrophe möglicherweise eher vergrößert.

Wie wenig die Übung mit einem Ernstfall zu tun hatte, zeigen auch andere Fakten. So weist die vom Bundesinnenministerium herausgegebene „Deutsche Risiko-Studie Kernkraftwerke" bei einem schweren Unfall auf folgende Schäden hin:

- 120 000 Tote in sieben Tagen;
- über 100 000 Krebstote;
- Umsiedlung von über drei Millionen Menschen.

Als die Studie erstellt wurde, gingen die Wissenschaftler davon aus, daß sie mehrere Tage Zeit für Gegenmaßnahmen hätten. Trotzdem rechneten sie mit diesen gewaltigen Schäden. Aus dem Kieler Geheimgutachten ist bekannt, daß es in Wahrheit nur um wenige Stunden geht.

hg

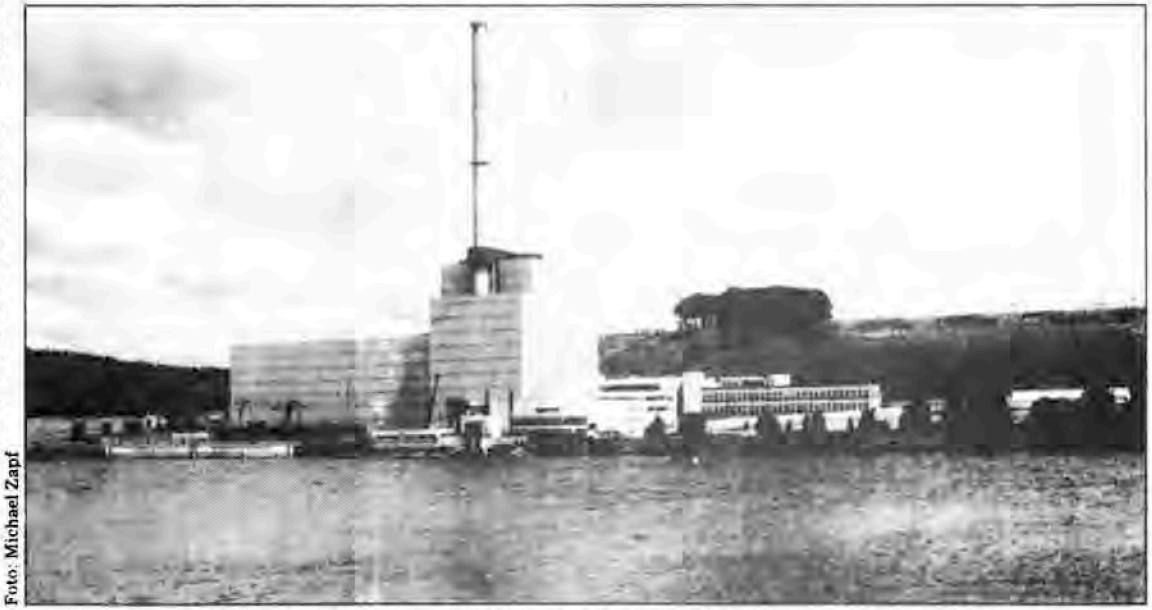


Foto: Michael Zapf

Nur drei Stunden Zeit, wenn der Kessel platzt: Der Siedewasserreaktor in Krümmel

Unterschiedliche Gesichtspunkte

sind in **päd. extra** nichts Ungewöhnliches

Jeden Monat neu:

- **Schwerpunktthema** auf 16 Seiten
- **Alternative Bekanntmachungen** außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich
- **praxismarkt** mit Unterrichtsideen und -einheiten
- 5 Seiten **Markt** mit Terminen, Angeboten und Gesuchen
- und Berichte, Kommentare, Meinungen ...

Themen in päd. extra:
Verkehrspädagogik – Jugend 1945-62 – Berufspraktikum – Rückwanderer-Kinder – Politische Bildung – Theater-Pädagogik – Schule ins Museum – Kinderläden.

Probehefte zu bestellen bei:
extra Verlags GmbH
Langgasse 24
6200 Wiesbaden

Hearing

BI-Koordinierungs

stade treffen

Am Wochenende, dem 13.12.86 fand in Stade ein alternatives Hearing über die „Un"-sicherheit des Stader Atomkraftwerkes statt. Über den Tag verteilt fanden sich 600 Zuhörer/innen ein, um den Ausführungen der kritischen Wissenschaftler zu lauschen. Ebenfalls trafen sich ca. 60 Vertreter/-innen von 30 norddeutschen Bürgerinitiativen und vereinzelte Grüne um die weiteren Protestschritte gegen das AKW zu beraten.

Bei diesem Koordinierungstreffen ging es um die Planung einer Kampagne zur Stillegung des AKW Stade.

Anfang nächsten Jahres soll eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, in die auch neuere kritische Gutachten (z.B. v. Helmut Hirsch) mit einfließen sollen.

Die Besprechung von Aktionen wie etwa eine Blockade bei Brennelementwechsel im Frühjahr 1987 fand eher am Rande statt, war aber bei allen Teilnehmer/innen im „Hinterkopf". Großen Wert wird darauf gelegt ein breites Bündnis (z.B. „alte" u. „neue" Anti-AKW-Initiativen) herzustellen.

Das nächste Treffen, (u.a. um konkreter die Frühjahrs-Aktionen zu planen) findet am Samtag, dem 10.01.87, 11.00 Uhr im Arbeitslosenzentrum Walze, Harschenflether Weg in Stade statt.

Kontakt: c/o. Elke Köpke, Am Bruch 17, 2161 Schwinge, Tel.:04149/611

Jahrelang bewährt:
Unterrichtseinheit Atomenergie
Fünfte Auflage mit aktualisierten Zahlen und Materialien zu Tschernobyl. Soeben erschienen.
160 Seiten A4, mit OH-Folien.

Für 24,50 zu beziehen bei:
Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945, 3400 Göttingen.

Jagdszenen aus Bayern und Göttingen: ein brandheißes Wochenende.
Am letzten November-Wochenende jagte die bayerische Polizei die

Teilnehmer/innen der AKW-Bundeskonferenz. Einen Tag später wurden in Göttingen über 400 Jugendliche im Jugendzentrum von der Polizei eingekesselt und ED-behandelt. Beispiele dafür, wie politisch Unliebsamen mittlerweile auch das Recht auf Versammlung und Rede genommen wird.

Dokumentation zum Göttinger Kessel und zur BuKo. ca. 60 S., 5 DM erscheint im Januar 1987.
Bestellungen bei:
Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945, 3400 Göttingen

Foto: Jürgen Siegmann

Blockadetage in der Oberpfalz - eine kritische Bilanz

Die Blockadeaktionen in der Oberpfalz waren begleitet von massiven Polizeimanövern, Massenfestnahmen, Einkesselungen und Hausdurchsuchungen. Der Erfolg oder Mißerfolg der Aktionen steht hier zur Diskussion. Denn im Frühjahr soll es wieder soweit sein: Unruhe in der Oberpfalz.
Dazu zwei Diskussionsbeiträge von einer Berliner Gruppe und von der BIWAK Regensburg. Die Diskussion sollte intensiv geführt werden, auch gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen im Wendland, wo seit längerem im großen Rahmen nichts mnehr läuft und geht. Wir haben unsere Erfahrungen, also sollten wir auch aus Ihnen lernen.

Die Meinungen gehen auseinander: waren die Blockadetage nun ein Erfolg oder nicht — wenn ja: worin soll er bestanden haben; wenn nein: was ist schiefgelaufen? Zu diesen zentralen Fragen ein paar Anmerkungen / Antworten. (alle Zitate aus dem zentralen Blockade-Aufruf "Uns gehört das Land").

Die Situation vorher

Mit den Auseinandersetzungen zu Pfingsten und besonders am 7.6. in Wackersdorf, Kleve, Brokdorf und dem darauffolgenden "Hamburger Kessel" hatte der Staat praktisch und in aller Deutlichkeit demonstriert, daß er sich Widerstand gegen sein Atomprogramm nicht bieten lassen will. Um diesem Zweck auch in Zukunft gerecht zu werden, stattet er sich mit dem notwendigen aus: Aufrüstung der Notstandstruppen mit Hubschraubern, CS-Gas, Gummigeschossen; weiterer Ausbau der Spezialeinheiten; Sondergerichte in Bürocontainern usw. Die Bewegung war zu der Feststellung gezwungen: "... Demonstrationen, Festnahmen, Prozesse und Verurteilungen haben uns Kraft gekostet" (Blockade-Aufruf). Damit einher ging eine gewisse Ratlosigkeit darüber, wie's weitergehen solle. Große Teile des Widerstands stürzten sich in die ausgebreiteten Arme von SPD und GRÜNEN und suchten ihr Heil im Parlamentarismus.
Uns schien es ungeheuer wichtig, den Protest davor zu bewahren, ein Opfer seiner Illusionen zu werden, insbesondere der Illusion, das **STAATS**projekt WAA sei auf staatlich sanktionierte Weise (Demonstrieren, Wählen) zu kippen. Das hätte bedeutet, inhaltlich in die Offensive zu gehen, aufzuklären darüber, daß

— der Staat mit den AKWs seiner Wirtschaft billige Energie zur Verfügung stellt;
— der Staat mit den AKWs und der WAA seinem Ideal einer autarken Energieversorgung einen großen Schritt näher kommt;
— der Staat sich mit der WAA den Zugriff auf Bombenplutonium ermöglicht;
— der Staat dafür den Energiekonzernen Profite erst ermöglicht, indem er sie auf Teufel komm raus subventioniert;
— der Staat dafür über Leichen geht;
— der Staat dafür aber auch die dienstbeflissene Mitwirkung seiner Bürger **braucht**.

Die Blockade schien uns durchaus geeignet, diese Inhalte zu transportieren und insbesondere zu demonstrieren, daß wir unsere untertänige Mitwirkung bei den Staatsgeschäften aufkündigen. Da schließlich jeder Staat von der Benützung seiner Untertanen als Arbeiter, als Beamte, als Mütter, als Väter usw. **l e b t**, ist deren Verweigerung für den Staat der einzige Gau, der ihn juckt.

Eine — aufgrund des Kräfteverhältnisses vorerst **keinen** größeren Schaden und daraus folgenden politischen Druck ausübende — Blockade, die den Willen zur Verweigerung zum Ausdruck bringt, hätte eine vernünftige Schadensandrohunmg sein können. Unterstellt ist dabei natürlich, daß die Blockadetage mit den notwendigen Begründungen versehen gewesen wären, man also den Staat als seinen Gegner erkannt hätte.

Die Vorbereitung

Diese Erkenntnis ist in der Bewegung leider kaum verbreitet, geschweige denn die daraus resultierenden Folgerungen. So sind wir bei den diversen Vorbereitungstreffen damit auch gehörig abgeblitzt. Während wir eine staatsfeindliche Orientierung der Blockade im Auge hatten, mobilisierten die maßgeblichen Organisatoren zu einer Blockade als Selbstzweck. Blockieren, um zu blockieren: "Damit sich mal wieder was rührt" war die beliebteste Begründung für die Notwendigkeit der Blockadetage. Diesem Standpunkt geht's wohl gar nicht mehr darum, in den Köpfen was zu bewegen, sondern nur noch darum, die Bewegung durch Aktion pur am Leben zu erhalten, bzw. sich selbst zu beweisen, daß sich noch was "bewegt". Die Richtung dabei ist schon egal. Wer so denkt, kann natürlich ein Beharren auf **Inhalten** nur noch als störend empfinden.
So ist es auch kein Wunder, daß die Mobilisierungszeit viel zu knapp bemessen wurde, daß in der Region kaum Informationsveranstaltungen stattfanden, daß sich ungenügende Organisationsstrukturen entwickelt haben. Diese desolaten Verhältnisse finden ihren Ausdruck auch in den diversen Blockadeaufrufen.
Da ist von einer gewissen "Infrastruktur" die Rede, bestehend aus Firmen, Transportwegen, Polizei, Justiz, Medien und Politikern. Dieses diffuse Gebilde sei "verantwortlich für das »Projekt WAA«" und soll "auch als solche(s) kenntlich gemacht werden". — Daß die ganzen aufgezählten Dinger irgendwas mit der WAA zu tun haben, weiß hierzulande wohl jeder. **Was** sie aber miteinander zu tun haben, in welchem Verhältnis sie zueinander stehen, daß der Staat hier ein Projekt in die Welt setzt, indem er es seinem Energieversorgungskapital ökonomisch schmackhaft macht, daß sich dieses Kapital in seiner Absicht, Profit zu machen, von keinem anderen Kapital auf der Welt unterscheidet — darüber verliert der Aufruf kein Woprt.
Stattdessen zerbricht man sich den Kopf der Energiemanager und hält den WAA-Firmen "kurzfristige Profitinteressen" vor und will ihnen "eine verbrauchsorientierte ... und ökologische Energieversorgung" wohl als ein **weitsichtiges** Profitinteresse empfehlen.

Die Durchführung

Für eine Haltung, deren Anliegen in einer Blockade als Selbstzweck besteht, stellt natürlich deren blankes **Stattfinden** schon einen Erfolg dar. Da wird dann stolz registriert, wo und für wie lange eine Straße nicht befahrbar war, wieviel Bullen man/frau auf Trab gehalten hat, welche Kundgebungen und Demos trotz Verbot stattgefunden haben. Da muß man/frau aber schon ein wenig darüber hinwegsehen, daß mehr als 500 Leute festgenommen wurden, daß — abgesehen von den Demos — die Resonanz der Bevölkerung recht gering war, daß während der Blockaden inhaltlich (z.B. auf Flugblättern) kaum was rübergebracht wurde, und daß das Ganze organisatorisch ein ziemliches Chaos war. Demgegenüber nehmen sich leider die tatsächlichen Erfolge ziemlich klein aus: Einige gute, aufklärende Reden bei den Kundgebungen ... Und die vielgerühmten, umgesägten 17 Strommasten! Wir sollten uns dabei darüber im Klaren sein, daß der Schaden, der uns groß erscheint, noch lange nicht groß genug ist für die Stromkonzerne, um dadurch politischen Druck in unserem Sinne hervorzurufen. Außerdem kommt man/frau nicht um die Prüfung herum, ob das Licht nun im wesentlichen auch bei den richtigen ausgegangen ist.
Gänzlich relativieren sich diese sogenannten "Erfolge" schließlich an denen der Gegenseite: neue Informationen durch Räumung der Büros in Schwandorf und Altenschwand, einige Hundert neue Namen im Computer und als wichtigstes: eine prächtig gelungene **Notstandsübung**.
Die Bullen haben in aller Seelenruhe ihr durchgesickertes, neues Einsatzkonzept erprobt, dessen Hauptanliegen in einer Steigerung ihrer Mobilität beruht, damit die beweglichen, dezentral operierenden Kleingruppen besser fertiggemacht werden können. Ohne daß diesmal diese Gruppen ein besonderes "Gefährdungspotential" darstellten, hat man ihnen SEK und MEK auf den Hals gehetzt und mit Großraumhubschraubern (Stichwort: Luftverlastung) Treibjagden veranstaltet. Die Aktionen und die Reaktion der Bullen standen nur scheinbar in keinem Verhältnis zueinander: Für den Gegner stellten die Blockaden halt eine Übung für den (weit und breit noch nicht sichtbaren) Ernstfall dar mit der Folge, daß unsere Ausgangsposition beim nächsten Mal um einiges schlechter ist.
Klar, die Bullen reagierern natürlich **immer** auf ungesetzlichen Protest, **das** läßt sich nicht vermeiden. Aber die positive Wirkung des Protests sollte die negative Wirkung der Bulleneinsätze wenigstens halbwegs aufwiegen, so wie das bis einschließlich Pfingsten der Fall gewesen ist. Auf den Blockadetagen war davon nichts zu merken.
Seinen Höhepunkt fand das Vorgehen der Bullen schließlich in den Anti-Terror-Einsätzen in Ponholz und Burglengenfeld. Hier wurde praktisch demonstriert, daß der Staat keinen Unterschied mehr zu machen gedenkt zwischen RAF und (militantem) WAA-Widerstand. Wer aufmuckt, wird zum "Öko-Terroristen" erklärt und entsprechend behandelt. Die Einzelheiten standen ja in der Presse. Inzwischen werden ja auch die Anti-Terror-Gesetze (§ 129a) so erweitert, daß sie auf militante AKW-Gegner/innen anwendbar sind, was den Staatsanwälten bisher trotz aller Mühen nicht geglückt war (vgl. Unzertrennlich Nr. 3, S. 15).
Diese Gesetzesänderung wurde lediglich von den GRÜNEN — allerdings auf ziemlich trostlose Weise, nämlich als "unnötig"! — kritisiert. Viel lieber beteiligt sich die GRÜNE Partei aber an den wilden Diskussionen der kritischen Öffentlichkeit, ob nicht die sogenannte "Kronzeugenregelung" "unserem" Rechststaat übermäßigen Schaden zufüge. Schön wär's!

Die Reaktionen

In diese "kritische Öffentlichkeit" ist auch ein großer Teil der Bewegung verliebt, insbesondere in die (liberale) Presse. Dabei bietet auch die Berichterstattung über die Blockade wieder allen Grund, diesbezügliche Illusionen über Bord zu werfen:
SZ (Süddeutsche Zeitung) wie MZ (Mittelbayerische Zeitung) sind sich ziemlich einig in der Ablehnung von Aktionen, die den Rahmen des gesetzmäßigen verlassen und verteilen Plus- und Minuspunkte, je nachdem, ob sich der Widerstand an rechtsstaatiche Prinzipien gehalten hat oder nicht. Gern schwingt man sich auch zum Wahrer des Rechtsstaates auf, der schon mal starke Worte gebrauchen darf: "Die Bürgerinitiativen in Schwandorf müssen sich überlegen, mit wem sie gemeinsame Sache machen." Denn: "Wird der Widerstand (...) kriminell, werden sie sehr bald alleine sein." (Norgall, MZ 18./19. 10.). Da spricht der ideelle Gesamtdemokrat: die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen.
Günstigstenfalls (?) wird an die Polizeimaßnahmen der gleiche Maßstab angelegt: sind sie denn auch "gerechtfertigt"? So empört sich das Regensburger Wochenblatt darüber, daß unbescholtene Bürger das Opfer der Terrorfahnder wurden und dabei etwas unsanft behandelt wurden: Ein "Skandal", der unmöglich einem staatlichen Kalkül (s.o.) entspringen kann, sondern ganz und gar nicht zu "unserem" sauberen Staatswesen paßt. Jedenfalls: in der Presse nichts neues.

Zusammenfassung

Die Blockadetage haben ihr Ziel, "direkten Druck auf die Betreiber der WAA auszuüben" (Blockadeaufruf), und über die gemeinsamen Interessen von WAA-Betreibern, Polizei, Justiz usw. aufzuklären, nicht erreicht.
Damit steht ihr Effekt in keinem Verhältnis zum Nutzen der Gegenseite, die Gelegenheit hatte, ihre neuen Strategien der Aufstandsbekämpfung generalstabsmäßig zu üben.
Wenn wir derartige Fehlschläge in Zukunft vermeiden wollen, dann wird es der Anti-WAA-Bewegung in Zukunft nicht erspart bleiben, endlich den Staat als ihren Gegner zu erkennen, sich das nötige Wissen über ihn anzueignen und **daraus** vernünftige Strategien zu entwickeln.

Diskussionsergebnis des Koordinationskreises im WAA-Widerstand, Regensburg (Mitglieder der BIWAK, der Anti-NATO-Initiative usw.)
Anschrift:
KO-Kreis, c/o BIWAK
Spiegelgasse 10, 8400 Regensburg

Versuch einer vorläufigen Einschätzung der Blockadetage

Mit einer schriftlich festgehaltenen und veröffentlichten Nachbereitung wollen wir unseren Beitrag zu einer möglichst genauen Auswertung und breiten Diskussion mit **Perspektive Frühjahr 1987** dazutun.
In diesem Papier wollen wir unsere Erfahrungen mit den Vorbereitungsstrukturen, unserer Städtepartnerschaft, dem Blockadekonzept, den Aktionstagen und der Repression darstellen und den Versuch einer kritischen Einschätzung vornehmen. Um zu einer **gemeinsamen** Einschätzung zu kommen ist es wichtig, zwischen eigenem Frust/Erfolgsgefühl und dem politischen Ausdruck der Bewegung in diesen zwei Tagen zu unterscheiden; die eigene gelungene/gescheiterte Aktion nicht als Maßstab der Aktionstage nehmen.

Wie kam es zu den Blockadetagen

Die Idee zu den Blockadetagen entsprang verschiedenen Überlegungen. Zum einen haben sich die Bedingungen am Bauzaun seit dem 7.6. derartig verschlechtert, daß wir immer weniger Handlungsspielraum hatten. Zum anderen war schon lange klar, daß der Kampf gegen die WAA nicht am Bauzaun entschieden wird. Schon am Samstag vor Pfingsten haben wir in Erlangen gegen KWU und Siemens als maßgebliche Planer und Nutznießer des Projekts WAA demonstriert. In diese Richtung sollte sich der Widerstand weiterentwickeln. Nach Pfingsten und vor den Bayern-Wahlen wurde immer wieder versucht, uns die Gewaltdiskussion aufzuzwingen (siehe offener Brief) und dadurch den Widerstand zu spalten. Durch die Form der Blockaden wollten wir uns genauso darüberhinwegsetzen wie durch den Zeitpunkt der Blockadetage über die Scheinentscheidung durch Parlamentswahlen.

Ziele der Blockadetage

Wir wollten vor allem die öffentliche Diskussion auf die Infrastruktur lenken, in der die WAA gebaut wird (Firmen, Transportwege, Gerichte, Knäste ...). Die WAA ist nicht nur gefährlich, weil sie strahlt, sie ist nicht nur gefährlich, weil aus ihr Atombomben gebaut werden, sie ist auch gefährlich, weil durch sie eine ganze Region nach den Interessen des Kapitals umstrukturiert wird. Weil sie die Lebensverhältnisse und die Arbeitsbedingungen der Menschen noch weiter verschärfen wird (schlechtere Arbeitsverträge, mehr Überwachung und Kontrolle im Arbeits- und Privatleben usw.). Mit diesem Inhalt wollten wir gleichzeitig neue Aktionsformen ausprobieren. Blockaden sollen vor Firmen und auf Zufahrtswegen Unruhe stiften. Ein Zusammenspiel verschiedenster Formen sollte es sein, von brennenden Barrikaden über Wollschnüre, die sich über die Straße spannen bis hin zu Demonstrationen. Die Blockadetage sollten Einheimischen und Auswärtigen die Möglichkeit geben, "im gemeinsamen Handeln zusammenzukommen".

Was haben wir von diesen Zielen mit unserer Städtepartnerschaft erreicht?

Als Aktionsbündnis kam unsere Städtepartnerschaft mit der BI Städtedreieck zur Welt. Bei unserer Zusammenarbeit mußten wir lernen, mit unserer Unterschiedlichkeit umzugehen, sei sie im politischen Selbstverständnis oder in der Lebensweise begründet. Trotz aller Schwierigkeiten sind wir offen aufeinander zugegangen; indem wir uns regelmäßig trafen, kamen wichtige Auseinandersetzungen und Freundschaften zustande. ...
Für den Donnerstag hatte die Städtepartnerschaft Aktionen vor und gegen die Heidelberger Zement AG in Burglengenfeld geplant. Und zwar eine Kundgebung am Mittag vor dem Werkstor, Flugblatt verteilen an die Beschäftigten, anschließend einen Bahnspaziergang sowie eine Demonstration abends vom Marktplatz zum Werk. Diese Planung konnten wir nicht verwirklichen, was dann aber trotzdem ablief, sehen wir trotzdem als einen Erfolg.
Schon im Vorfeld setzten die Behörden uns unter Druck, nur unter harten Auflagen genehmigten sie überhaupt die Mittagskundgebung. Wir mißachteten diesen gesetzlichen Rahmen und zogen geschlossen vor das Werkstor und danach zum Marktplatz. Wir sehen dies deshalb als einen Erfolg, weil wir offensiv gehandelt haben. Wir haben uns nicht vorschreiben lassen, wann, wo und wie wir demonstrieren. Wir haben agiert, die Bullen reagiert.
In der Freude über diesen Erfolg haben wir leider die folgende Entwicklung falsch eingeschätzt. Während wir noch weitergehende Pläne für den Abend ausheckten (Demo usw.), wurde die Anmelderin der Abendkundgebung unter immer stärker werdenden Druck gesetzt. Sie solle die Anmeldung zurückziehen, andernfalls müsse sie die Konsequenzen tragen. Dies sagte nicht das Landratsamt alleine, die Bullen saßen gleich daneben. 15 Minuten vor Beginn wurde schließlich die Kundgebung ganz verboten. Wir waren darauf nicht vorbereitet und nicht einmal unsere geplanten Reden halten. Wir hätten viel zu sagen gehabt, z.B. von der Aktion mittags, ihren Beweggründen und ihren Verlauf.
Der Abend in Burglengenfeld verlief "ungeplant" — dafür entstand aus dem Selbstlauf heraus eine eigene Entwicklung. Die Leute haben selbst entschieden, was sie machen wollten, nämlich dazubleiben, ihre Stadt nicht ohne weiteres zu räumen (natürlich aus unterschiedlichen Motiven heraus, von entschlossener Anti-Staatlichkeit bis hin zu purer Neugierde). Die auf Einschüchterung und Spaltung abzielende Bullentaktik war nicht aufgegangen. Im gegenteil: Uns hat diese waffenstarrende Polizeischau wieder viele Sympathien eingebracht.

Allgemeine Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Blockadetage

In unseren Diskussionen ergaben sich hier die Hauptkritikpunkte. Da wir noch zu wenig über andere Aktionsgruppen wissen, können wir hier erstmal auch nur von uns ausgehen.

Vorbereitungstreffen

Schon bei den ersten Vorbereitungstreffen zeigte sich, daß eine inhaltliche Diskussion kaum möglich war. Dafür gab es unserer meinung nach zwei Gründe:
- Die mangelnde Beteiligung der örtlichen BI's und der ständige Wechsel der beteiligten Gruppen/Personen, was es notwendig machte, die gleichen Diskussionen immer wieder von vorne anzufangen.
- Grundsätzliche politische Differenzen, d.h. einem Teil der Beteiligten ging es ausschließlich um die Blockade der Zufahrtswege zur WAA, also um die WAA selbst, während die Mehrheit die Infrastruktur, die Planung und Bau der WAA erst ermöglichen (Firmen, Knast, Justiz ...) in der Region zum Thema machen und angreifen wollte.

Die Diskussion um Repression/Sicherheit kam auf den Vorbereitungstreffen viel zu kurz. Der Punkt, ob es während der Aktionstage gemeinsame oder Delegiertenplenen geben soll, wurde nur anhand der Gefährdung der Beteiligten, nicht aber an der Notwendigkeit diskutiert.
Nachträglich stellen wir fest, daß ein Plenum für den Donnerstag unbedingt notwendig gewesen wäre, damit die verschiedenen Gruppen ihre Einschätzung des gelaufenen Tages austauschen und für den Freitag ein gemeinsames Konzept erarbeiten hätten können.
Auch über die Absicherung der Koordinationsstelle ist nur sehr mangelhaft diskutiert worden.

Zum Blockadekonzept

Wir halten das erarbeitete Konzept, mehrere Großaktionen, über die die inhaltliche Vermittlung läuft, und direkte Kleingruppenaktionen gleichzeitig durchzuführen, nach wie vor für rivchtig. Leider hakte es dann bei der Umsetzung:

— so ist es uns nicht oder nur teilweise gelungen, Einzelpersonen einzubinden, wofür eigentlich die Großaktionen gedacht waren;
— Kleingruppen waren oft sehr schlecht vorbereitet;
— ein konkretes Konzept für den Freitag fehlte völlig;
— die vereinbarte Koordinationsfunktion eines der Büros wurde nicht wahrgenommen;
— das Mittwochsplenum, auf dem gerade viele Einzelpersonen und Gruppen, die nicht direkt an der Vorbereitung beteiligt gewesen waren, Infos bekommen sollten, war sehr schlecht vorbereitet. Einige reisten daraufhin auch gleich wieder ab;
— der vereinbarte Infostand/Fotostand am Schwandorfer Marktplatz, der für die Öffentlichkeitsarbeit wichtig gewesen wäre, fehlte ganz;
— mit der Repression konnte von Anfang an kaum umgegangen werden (z.B. Mittwochsplenum — chaotische Auflösung aus Angst vor Räumung);
— als positiv bewerten wir, daß wir uns nicht auf Bullenprovo einließen (Burglengenfeld am Donnerstag, Schwandorf am Freitag).

Durchführung der Aktionen

Der Schwerpunkt der Blockaden verlagerte sich entgegen unserer Zielsetzung von den Firmenblockaden zu Verkehrsblockaden. Das lag unserer Meinung nach an mangelnder Vorbereitung (geringe Beteiligungszahl, z.B. 20 Leute vor Donhäuser), zum anderen an der Mobilität der Bullen (Luftverlastung). Wir fänden es daher richtig, künftig das Gewicht bei Firmenblockaden noch stärker auf die Vermittlung von Inhalten zu legen und damit auch eine größere Beteiligung zu erreichen. Vorstellbar wäre eine Unterstützung durch Kleingruppenaktionen (Bullene insatzstraßen).
Völlig daneben fanden wir die Krähenfüße auf der Autobahn, die umgelegten Holzstrommasten in Taxöldern und die Bombendrohungen auf dem Bahnhof Schwandorf (Faschomethode).
Obwohl wir durch die Verlagerung das Aktionsziel als eingeschränkt sehen, beurteilen wir die gelaufenen Aktionen als gelungen.

Zur Pressegruppe

Die Pressegruppe sollte sich eigentlich aus Vertretern verschiedener Gruppen und Leuten aus den BI's zusammensetzen, die mit ihren Gruppen bzw. BIs ständig in Verbindung stehen. Leider war das aber nicht so, weshalb sicher die Arbeit nicht so informativ war wie möglich.

Repression

500 Festnahmen sind ein hoher Preis. Obwohl meist "nur" Personalien festgestellt wurden, Leute in Unterbindungsgewahrsam genommen wurden und die Verfahren "nur" Nötigung, Beleidigung und Widerstand zum Inhalt haben, ist die Annahme falsch, daß diese geringe Festnahmequalität vernachlässigbar sei.
Den Bullen ging es nämlich auch darum, Daten zu erfassen und unsere Strukturen zu durchleuchten. Die Kenntnis der Struktur und Daten, der Zusammenhänge und Personen ist unabdingbare Voraussetzung zur "Vollstreckung" der neuen Sicherheitsgesetze, und sei es nur als Drohung.
Radikaler Widerstand, das heißt in unserem Fall auswärtige Autonome Gruppen und Einheimische sollen kriminalisiert werden. Das "T" für Terrorismus wird jedem Einsatz vorangestellt werden, einen Vorgeschmack darauf lieferten die Hausdurchsuchungen in Ponholz und Burglengenfeld.
Mit der Verbesserung der Mobilität durch Luftverlastung, der Verbesserung der Dokumentation durch noch mehr Videotrupps sowie durch verstärkten SEK-Einsatz haben die Bullen auch in praktischer Hinsicht bei den Blockadetagen das geübt, was sie in Zukunft noch stärker ausbauen werden. Daß dies (noch?) nicht reibungslos klappt haben die Blockadetage gezeigt.
Die unmittelbare Reaktion der Bevölkerung auf den Bullenterror in Burglengenfeld und Schwandorf beurteilen wir als Erfolg für uns: "Volkszorn" und spontane Solidarisierung der Oberpfälzer mit den Auswärtigen waren die Folge ihrer Einsätze. Ob das so bleiben wird, wissen aber auch wir nicht.

Zusammenfassung

Die Blockadetage waren ein erster Ansatz für neue Aktionsformen, zudem mit anderem inhaltlichen Akzent. Im Großen und Ganzen sehen wir sie als Erfolg. Das Ziel "Unruhe in der Oberpfalz" wurde voll erreicht, allerdings lag der Schwerpunkt weitaus mehr auf Straßenblockaden als auf Firmenblockaden.
Von uns aus gesehen ist es uns schon gelungen, die Diskussion um die Zulieferbetriebe und die Infrastruktur der WAA, auch die Bedeutung von Knast und Justiz, in Gang zu bringen. Inwieweit dies nach den Blockadetagen und damit nach der ausführlichen Presseberichterstattung allerdings Thema geblieben ist, bleibt abzuwarten. Wir glauben, daß die Blockaden ein vielversprechender Ansatz waren, der aber noch weiter ausgebaut werden muß. Voraussetzung dafür ist, daß die Städtepartnerschaften auch außerhalb unmittelbarer Aktionsvorbereitung gepflegt werden, damit persönliche Kontakte und politische Auseinandersetzungen noch intensiver werden.
Wir wollen im Frühjahr wieder Unruhe in der Oberpfalz und denken, daß die jetzt gemachten Erfahrungen in die Vorbereitung miteinbezogen werden müssen. Konkret heißt das, daß Kleingruppen sich besser vorbereiten müssen, mehr Städtepartnerschaften öffentliche Großaktionen (z.B. Firmenblockaden, Manöverbehinderung ...) vorbereiten, Mittel und Wege gefunden werden müssen, Kommunikationsstrukturen vor und während der Aktionstage zu schaffen und diese gleichzeitig vor Repression zu schützen.

Das war's!!!

See you on the Barracudas!!!

Blockadetage in Wackersdorf

Foto: Jürgen Siegmann

Chronik IV

17.9.
Schärferes Demorecht aus Bayern
Bayern legt einen Gesetzesentwurf zur Verschärfung des Demorechts vor, der darauf abzielt den Landfriedensbruchparagraphen zu erweitern, so daß sich künftig jede strafbar macht, die sich in einer Menschenmenge befindet, aus der heraus Straftaten verübt werden. Ebenso sollen die "Terroristenparagraphen" 129 und 129a auf größere Personengruppen anwendbar gemacht werden. Auch die sog. passive Bewaffnung und Vermummung, sowie die Propagierung von Gewalt sollen künftig unter Strafe gestellt werden.

Polizistenselbstmord nach Wackersdorf-Einsatz
Offensichtlich Überarbeitung und Streß nach ständigen Wochenend- und Nachteinsätzen, in denen ein 31jähriger Polizist aus Passau permanent von seiner Familie getrennt war, führten nach Ansicht seiner Kollegen zu seinem Selbstmord. Seinen Kollegen war das durchaus nachvollziehbar und sie fordern ihre Vorgesetzten in einem Leserbrief auf, neben "Befehl und Ausführung, wieder zwischenmenschliche Beziehungen zu pflegen".

20.9.
Rotes Telefon nach Wien
Als Ergebnis eines Treffens der Umweltmininster der BRD,Österreich und der Schweiz ist ein rotes Telefon beschlossen worden, daß den auflehnenden Österreichern ständig die Emmissionswerte der WAA bekanntgeben soll.
Trotzdem wird Ö weiterhin alles versuchen, um die WAA auf gerichtlichem Wege zu verhindern.

26.9.
BI-Bruck übt scharfe Kritik an "X-Y" Fahndung
Die BI verurteilt zwar jegliche Gewaltanwendung, bezeichnet aber die Fernsehfahndung nach WAA-Gegnern als Menschenjagd, die zur Denuziation auffordere und den Widerstand insgesamt kriminalisieren und Bürger an seiner Teilnahme abschrecken soll.

Drei Strommasten angesägt
Im Landkreis Schwanddorf und bei Freihöls werden insgesamt 3 Strommasten, darunter ein Stahlmast einer 220 000 V Leitung angesägt. Fehlender Wind verhindert ihr Umstürzen. Schaden: 12 000 DM.

18.9.
Bahn am WAA-Gelände soll verlegt werden
Nach der folgenschweren Kollision eines Hubschraubers, der auf Punk-Jagd war, mit einem Triebwagen, beschäftigt sich das Bundesinnenministerium mit dem Gedanken, diese Strecke zu verlegen. Das Ganze war knapp an einer noch größeren Katastrophe vorbeigegangen, wäre nämlich der Hubschrauber mit dem kurz darauf verkehrenden, vollbesetzten Reisezug zusammengestoßen.
Weiteres Argument für die Verlegung sind die Schotterstein am Bahngleis, die den "Chaoten" immer wieder als Wurfgeschosse dienen.

BI lobt Kardinal Höffner,
für seine Forderung nach sofortigem Ausstieg aus der Atomenergie

23.9.
Versprechungen von Strauß an die DWK
Als "unverantwortlich" bezeichnet es Armin Weiß, Spitzenkandidat der bayr. Grünen, daß F.J.S. wichtige Teile des Genehmigungsverfahrens für den Bau einer Tritiumverpressungsanlage bereits vorwegentschieden habe, in dem er bereits im Januar der DWK einen Standort in der Nähe der WAA zugesagt hatte.

24.9.
Hubschrauberabsturz fordert Todesopfer
Aufgrund schwerster Verbrennungen nach der Hubschrauber-Bahnkollision ist jetzt ein 31jähriger Kriminalhauptkommissar gestorben. Fünf weitere Polizisten waren dabei schwer verletzt worden.

Bayernwerk plant Solar-Wasserstoff-Projekt im Raum Schwandorf
Die Bayernwerk AG, marktbeherrschender Stromerzeuger im Freistaat, 14% Beteiligung an der DWK und somit mitbeteiligt am Bau der WAA, gibt sich umweltfreundlich.
Zur Wirtschaftlichkeit der geplanten Sonnenenergieanlage meint der Vorstandsvorsitzenden, daß sie lediglich durch die "kostengünstige Kernenergie" in der Lage seien, sich erstmals der (noch) völlig unwirtschaftlichen Sonnenenergie zuzuwenden...

27.9.

Konsequenzen aus Hubschrauberunfall
Der Leiter des Polizeipräsidiums Niederbayern gibt bekannt, daß es nunmehr strenge Anweisungen gebe, nur noch in absoluten Notsituationen, wie der Rettung von Menschenleben, sich einer solchen Gefahr, wie der Landung auf Bahnschienen, auszusetzen.

Maxhütte ja — WAA nein !
Unter diesem Motto demonstrieren etwa 4000 Werksangehörige gegen den Abbau von Arbeitsplätzen und der drohenden Schließung der Maxhütte.

28.9.

Razzia bei öffentl. BI-Sitzung
Unter dem Vorwand, gefälschte Eintrittskarten für den bevorstehenden Strauß-Besuch zu suchen, wurde ein BI-Versammlung in Mögendorf durchsucht, die Personalien aller Teilnehmerinnen festgestellt und Flugblätter einkassiert.

"Widerstand auf Touren"
Unter diesem Motte steht eine Aktion an der insgesamt 3000 Leute teilnehmen. Die Kundgebung verläuft ohne Zwischenfälle. Im Vorfeld werden 2 Personen festgenommen. Die eine, weil sie Flugblätter mit "beleidigendem Inhalt" bei sich trug und die andere, weil auf seiner Jacke eine Aufschrift war, "die zu Straftaten auffordere"...

29.9.

Strauß in der Oberpfalz
Unter bisher stärkstem Polizeiaufgebot bei einer Wahlveranstaltung wagt sich F.J.S. nach Schwanddorf. Lautstarke Pfeifkonzerte begleiten den mit Hubschrauber eingeflogenen Bayernhäuptling.
Trotz weiträumigen Absperrungen und Personenkontrollen gelingt es immerhin 600 WAA-Gegnerinnen unter 8000 Besuchern den Strauß-Auftritt lautstark zu stören.

30.9.

Anschläge seit Tschernobyl gestiegen
so resümiert Bayerns Innenminster Hillermeier. Allein der Bau der WAA sei "Vorwand" für 72 Anschläge in diesem Jahr gewesen. Bis Ende August seien bereits 20 Strommasten umgesägt worden.

3.10.

Drei Wochen Arrest für Bombendrohung
Mit der Bombendrohung auf die Kaserne des BGS in Nabburg wollte sich nach eigenen Angaben ein 20jähriger JuSo für den Abwurf von Grasgranaten an Pfingsten rächen.
Durch seine Parteienzugehörigkeit wird ihm die Tat als "persönliche Entgleisung" bescheinigt und er bekommt 3 Wochen Jugendarrest.

5.10.

Strommast auf Bahnlinie
Unbekannte sägen in der Nacht im Landkreis Starnberg mit einer Eisensäge einen Oberleitungsmast der Bahnstrecke München-Tutzing durch, so daß er auf die Gleise kippt. Ein Zug fährt dagegen und wird beschädigt. Die Strecke ist einen Tag lang blockiert. Schaden an der Stromleitung: 30 000 DM, Schaden am Zug: 20 000 DM.

Ausschreitungen nach München-Demo
Nach einer ruhig verlaufenen Demo "gegen Atomanlagen und Polizeistaat" kommt es später zu Auseinandersetzungen mit der Polizei bei denen 31 Personen festgenommen werden, die am nächsten Tag, bis auf sieben, wieder freigelassen werden.
Durch den Knüppeleinsatz und Tränengas werden zwei Demonstrantinnen schwer verletzt, sowie eine Unzahl leichterer Verletzungen verursacht.

6.10.

356 Polizisten am Zaun verletzt
Mit einigen handfesten Übertreibungen so daß bereits ein Polizist am Zaun ein Auge eingebüßt hätte und ein weiterer durch eine Stahlkugel gelähmt worde wäre, war das das Resüme einer Kreisausschußsitzung des Bayr. Beamtenbundes.

Bei WAA-Prozeß, drei Meineidsanklagen.
In einem Prozeß um Beamtenbeleidigung, in dem drei Zeugen per Schwur bestätigen konnten, daß die vorgeworfene Beleidigung nicht stattgefunden habe, werden diese kurz nach ihrer Vereidigung im Gerichtssaal wegen des Verdachts des Meineides festgenommen.

2000 bei "ökumenischem Bittgang" zum WAA-Gelände
Veranstaltet wurde das Ganze vom Arbeitskreis "Theologie und Kernenergie" zusammen mit den Oberpfälzer BIs. Die ursprünglich geplante "Kirchweih" am "Franziskus-Marterl" wird vom Bodenwöhrer Bürgermeister Wiendl mit der Begründung verboten, daß "nach den bisherigen Erfahrungen mit Aktionen gegen den Bauzaun gerechnet werden müsse".

8.10.

Aktionen vor bayr. Staatskanzlei
Mit elf bemalten Atommüllfässern protestiert am Morgen Robin Wood vor der bayr. Staatskanzlei gegen die WAA. 15 Leute werden wegen Durchführung einer nicht angemeldeten Aktion angezeigt. Die Ini "David gegen Goliath" überreicht anschließend 200 000 Unterschriften für einen Ausstieg aus der Atomenergie.

Mast droht auf Autobahn zu fallen
In der Nacht sägen Unbekannte einen 65m hohen Stahlgittermast in der Nähe

von Teublitz an.
Es entsteht 60 000 DM Schaden.
Die Polizei muß selbst die 300 m entfernte Autobahn sperren, da der Mast beim Umfallen noch einen weiteren mitgerissen hätte.

11.10.
Plaketten-Verbot in der "Bannmeile"
Bayern vor der Wahl: Es ist untersagt Anti-WAA-Plakette oder Plakate innerhalb der Bannmeile um das Abstimmungsgebäude zu tragen, bzw. mit Lautsprechern oder Parolenrufen auf die Wählerinnen einzuwirken.
Begründet werden diese Verbote mit dem 1985 verabschiedeten Landeswahlgesetz, das die Bannmeile um Abstimmungsgebäude wiedereingeführt hat.

12.10.
Landtagswahl in Bayern
Strauß nach wie vor führend, trotzdem hohe Verluste, besonders in Wackersdorf, Siegestaumel der Grünen, die erstmals in den Bayr. Landtag einziehen. Im Landkreis Schwandorf hat die CSU erstmals ihr Direktmandat verloren. Strahlender Sieger hier, Dietmar Zierer SPD, mit 55,27%.

Am **Bauzaun** bleibt es wider Erwarten der Polizei relativ ruhig. Insgesamt 350 Leute kommen zum "WAAldspaziergang" am "WAAhlsonntag". Es kommt zu vier Festnahmen. Zwei davon bereits am Samstag nach einer Autokontrolle, bei der angeblich Materialien zur Herstellung von Brandsätzen gefunden wurden.
Die anderen wurden wegen Flugblättern mit, mal wieder, "beleidigendem Inhalt" vorübergehend festgenommen.

14.10.
Starkstrommast umgesägt
Ein 220 000 V Mast bei Tutzing wird Opfer einer Sägeaktion und führt zu 200 000 DM Schaden. Die Bayernwerk AG, als Geschädigte, spricht vom "bisher schwersten Leitungsattentat dieses Jahres in Bayern" und setzt 100 000 DM Belohnung für Hinweise zur Ergreifung 'der Täter' aus.
Durch Zusammenbruch der Verbundleitung zwischen Bayern und Tirol fällt in einigen Teilen Tirols für 30 Min. der Strom aus.

15.10.
Anti-WAA-Büros durchsucht
Anlaß für die Durchsungen des "Anti-WAA-Büros" und des Büros "Freies Wackerland" sind die am heutigen Tage beginnenden verbotenen Blockadetage in der Oberpfalz. Die BI Schwandorf distanziert sich inzwischen von den Blockadetagen.
Aus den Büros werden Flugblätter und Aufrufe zu den Aktionen einkassiert.

16./17.10
Blockadetage im Wackerland
Bereits am 15.10. wird zum Auftakt ein 110kV Starkstrommast bei Amberg umgesägt. Am Morgen des 16.10. wird die Zufahrt der Fa Donhauser versperrt.
Es findet bei allen Aktionen ein ständiges Katz und Maus Spiel mit der Polizei statt, wobei die Blockerinnen meist vor Auftauchen der Polizei das Feld räumen.
In Burglengenfeld sammeln sich ca 500 Leute. Es finden Kundgebungen bei der dort ansässigen Heidelberger Fa Zement AG und in Schwarzenfeld bei der Fa Schöneberger statt. Diskussionen mit Werksangehörigen werden von der Polizei verhindert.
Eine weitere Kundgebung am Abend in Burglengenfeld wird von der Polizei kurzfristig verboten und die dort bereits versammelten 1000 Leute werden brutal abgeräumt. Insgesamt kommt es bereits am 1. Tag zu 50 Blockadeaktionen und 200 Festnahmen.
Am nächsten Tag setzt sich die Polizeihatz fort.
Die Fa Ellert wird für eine 3/4 Std. blockiert, es werden vielerorts Materialblockaden, z.T. brenende, errichtet. Es finden Trödelaktionen auf der B 85 statt.
Die Polizei nimmt inzwischen jede/n fest, die in Verdacht steht, an den Blockadeaktionen teilzunehmen.
Am Abend findet auf dem Schwandorfer Marktplatz eine Abschlußkundgebung statt. Nach der Kundgebung, an der rd. 2000 Leute teilnehmen, formiert sich ein Demozug in Richtung Wackersdorf. Der Zug wird von SEK-Einheiten gestoppt und ca. 200 Leute werden a la Hamburg von der Polizei eingekesselt und dort ca. 2 Std. festgehalten. Die Eingekesselten werden dann abtransportiert zur Personalienfeststellung und später wieder freigelassen.
Bilanz der Blockadetage: über 500 Festnahmen, unzählige Blockaden und Barrikaden, brutale Polizeiübergriffe, neue Sympathisantinnen unter den Bürgerinnen.

18.10
Polizeiüberfälle in Ponholz und Burglengenfeld
Zwei Wohnungen, die Übernachtungsstätte für WAA-Gegnerinnen während der Blockadetage waren, werden überfallartig um 11 Uhr morgens durchsucht.
Die Haustüren werden z.T. aufgebrochen, die Leute in den Wohnungen werden gezwungen, sich auf den Boden zu legen. Sie dürfen weder auf's Klo, noch sich fertig anziehen. Die Spektakel, mit angezogenen Waffen, dauern ca. 3 Std.. Dabei werden sämtliche Räume fotografiert, Wohnungsskizzen angefertig, Adreßbücher durchgeguckt usw.
Durchsuchungsbefehle werden nicht vorgezeigt. Erst als die Leute abtransportiert werden, wird ihnen gesagt, daß sie zum terroristischen Umfeld gerechnet werden. Augenscheinlich nur ein Vorwand, denn in Regensburg, wo die Leute hingebracht werden, werden sie noch nicht mal ED-behandelt.
In beiden Wohnungen haben sich hauptsächlich Gäste aus Berlin aufgehalten.
In Burglengenfeld, wo ein Stab örtlicher Polizisten dabei war, stellt sich heraus, daß der 2. Bürgermeister von Teublitz als SPD'ler und Polizist diese Aktion begleitet hat.

23.10.
Radi-Aktiv beschlagnahmt
Um die neueste Ausgabe der *radi aktiv* zu beschlagnahmen, Grund "Aufruf zu Straftaten", werden die Redaktionsräume und die Wohnung des Presserechtlich Verantwortlichen durchsucht.

Universität kündigt Anti-WAA-Musikern
Auf Anweisung des bayr. Kultusministeriums wird der Uni Regensburg untersagt, ein klassisches Konzert aufzuführen, deren Erlös den Oberpfälzer BIs zufließen sollte.

24.10.
Weitere Atomfabrik für Bayern?
Nach Angabe der Sozialdemokrat. Presse Korrespondenz (spk) ist es möglich, daß für die Entsorgung der in der WAA anfallenden hochradioaktiven tritiumhaltigen Wässer eine Anlage für Tritium-Verpressung in der Nähe der WAA gebaut werden soll.

Erneut Stahlseil auf Bundesbahn
Diesmal auf der Strecke Augsburg-Donauwörth. Gegen 1 Uhr morgens verfängt sich die Lokomotive eines Güterzugs darin und reißt auf einer Länge von 200m alle Stromleitungen herunter. Schaden: 20 000 DM.

26.10.
Aktion "Jericho"
Unter diesem Namen findet eine Aktion von Christen gegen die WAA mit einigen hundert Teilnehmerinnen am Bauzaun statt.

28.10.
Parteien Hick-Hack um Polizeieinsatz bei Blockadetagen
Als unverhältnismäßig bezeichnet der stellvertretende SPD Landrat Zierer die "Polizeigroßaktion" im Vorfeld zu den Blockadetagen. Damit werde der gewaltfreie Widerstand gegen die WAA kriminalisiert.
Von den BIs werden die Blockadetage als voller Erfolg gewertet. Der Polizeiterror habe zu einer weiteren Solidarisierung zwischen Bevölkerung und Demonstrantinnen geführt.

29.10.
Strommast bein Lückenrieth angesägt
Der Mast muß von der OBAG ausgewechselt werden. Schaden: 2000 DM.

2.11.
Künstler gegen WAA
Im Salzburger Theater haben sich eine Reihe von Künstlern und Ensembles zu einer Veranstaltung mit diversen Vorführungen gegen die WAA eingefunden.

3.11.
BI: Auf zu WAA-Prozessen
Die Schwandorfer BI ruft dazu auf, zahlreicher die mittlerweile in die Hunderte gehenden WAA-Prozesse zu besuchen. Außerdem weist sie darauf hin, bei jeder Festnahme Widerspruch einzulegen, um sich die Möglichkeit weiterer jurist. Schritte offenzuhalten.

4.11.
Für Januar Großveranstaltung geplant
Bei einer Versammlung der BI Bruck wird für Anfang Januar eine Großveranstaltungunter dem Motto "Gemeinsam gegen WAA" mit verschiedenen Künstlerinnen, Landrat Schuierer und Mdl Prof. Armin Weiß als Rednern geplant.

5.11.
6 Tage Arrest wegen Feuer am Zaun
Dazu wir in Amberg ein 19jähriger verurteilt, weil er angeblich zu den Leuten gehört, die an dem Tag des Hubschrauberabsturzes Feuer am Zaun gelegt hatten. Zunächst sollte noch versucht werden, ihn mit dem Hubschrauberabsturz in Verbindung zu bringen, für den u.a. die Leute veranwortlich gemacht werden, die während der Löschaktionen mit Steinen nach dem Hubschrauber geworfen haben und später mit demselben verfolgt wurden. Dies konnte ihm allerdings nicht nachgewiesen werden.

Bayernwerk: 100 000 DM Belohnung
für die Ergreifung von Personen, die Anschläge auf Einrichtungen der Stromversorgung in Bayern verübt haben. Durch die bisher über 20 Anschläge sei inzwischen ein Schaden von 2 Mill. DM entstanden.

14.11.
Bilanz der WAA
Bereits jetzt sind 360 Personen an der WAA beschäftigt, davon allein 60 im Werkschutz. Die DWK und der Generalunternehmer haben inzwischen Aufträge mit einem Volumen von über 86 Mill. DM an Firmen in Bayern vergeben.

17.11.
30 Polizisten nach Bonn eingeladen
um ihnen durch CSU-MdB Jobst ein Dankeslob für ihren harten WAA-Dienst abzustatten.

18.11.
Anti-Atom-Partnerschaft mit Salzburg aufgehoben
Mit 30 zu 27 Stimmen, darunter 3 Stimmen von SPD-Kreisräten, wird der im Juni gefaßte Beschluß einer Anti-Atom-Partnerschaft durch den Kreistag in Schwandorf aufgehoben.

Streit um Hanau
Ministerpräsident Strauß droht mit Entzug polizeilicher Unterstützung in Hessen, da die Führung in Hessen auf der Hanau-Demo eine "politische Strategie der Duldung von Rechtsbrüchen" verfolge.

19.11.
14 Monate ohne Bewährung für zwei Jugendliche
Wegen "schweren Landfriedensbruchs, Vergehen gegen das Waffengesetz sowie versuchter gefährlicher Körperverletzung" verurteilt das Jugendschöffengericht in Amberg zwei Jugendliche aus Schwandorf. Die beiden Angeklagten sollen sich am Pfingstmontag an gewalttätigen Demos am Zaun beteiligt haben und dabei mit einer Luftpistole aus 35m Entfernung auf Polizisten geschossen haben.

20.11.
Greenpeace blockiert WAA-Zufahrt
Mit einer Blitzaktion legen Greenpeace'lerinnen die Zufahrt des WAA-Geländes für 2 Std. lahm. Es gelingt ihnen mit zwei LKW's unerkannt das schwer bewachte Tor zum WAA-Gelände zu passieren. Hinter dem Hauptor kippen sie zwei Ladungen Humus ab und spannen Transparente auf. Da sie nicht freiwillig wieder gehen, werden sie von der Polizei wieder abgeführt. Gegen insgesamt 22 Personen wird wegen Nötigung ermittelt.

21.11.
Bayr. Strafverteidiger gegen "Anti-Terror-Gesetze"
Ihrer Ansicht nach zielen die neuen Gesetze auf "Einschüchterung und Spaltung des Anti-Atom-Protestes" ab.
Die Bewegung sei mit diesen Gesetzen dem ständigen Risiko einer Verfolgung wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ausgesetzt.
Auch unverdächtige Personen könnten durchsucht und ihre Telefone abgehört werden.

Ex Polizist wegen Gefangenenbefreiung vor Gericht
Der damals noch diensthabende Beamte, der zwischenzeitlich seine Entlassung eingereicht hat, hatte sich am 16.3. am Bauzaun tätlich gegen seine Kollegen eingesetzt, als diese festgenommene Personen abtransportieren wollten. Sein Vater, der ebenfalls auf der Anklagebank sitzt, war ihm dabei zu Hilfe gekommen.
Als Begründung führt der Ex-Polizist an, daß ihm die Festnahmen und deren Ausführung als ungerecht erschien.
Ihm wird außerdem vorgeworfen, einen Stein gegen Polizisten geworfen zu haben, was er allerdings abstreitet.

22.11.
Polizei zahlt Schadensersatz
Weil am Pfingstsonntag ein Hubschrauber unweit des Zaunes sehr tief herunterging und durch die Sogwirkung nicht nur Menschen, sondern auch Info-Tische durcheinandergewirbelt wurden, hat sich die Polizei jetzt bereiterklärt an einen Geschädigten DM 450 zu zahlen.

Geldstrafe wegen Widerstand
Auch in seinem Berufungsverfahren wird der 22 jährige Jürgen Sch. aus Ergolfing wie in der Erstinstanz für schuldig wegen Widerstand gegen Polizeibeamte befunden. Vorwurf: Er habe sich im Dezember 85, als sich eine hauptsächlich aus Grünen bestehende Besuchergruppe des Rodungungsgelände anschauen wollten und die zuvor erteilte Erlaubnis dafür plötzlich wieder zurückgezogen wurde, durch Drücken der Hände gegen Polizisten und Einspreizen der Füße seiner Festnahme widersetzen bzw. sie erschweren wollen.

27.11.
Bewährungsstrafe für ehem. Polizisten
In dem o.g. Fall ist der erwähnte Polizist jetzt zu 16 Monaten auf Bewährung verurteilt worden. Er wurde des Landfriedensbruchs und versuchter schwerer sowie vorsätzlicher Körperverletzung für schuldig gesprochen. Sein Vater bekommt eine Geldstrafe von DM 600 aufgedrückt, wegen Widerstand und gefährlicher Körperverletzung. Er hatte einem Polizisten auf die Hand geschlagen.

27.11.
BuKo wird verboten
näheres zu dem am Nachmittag vom Verwaltungsgericht in Regensburg verhängten Verbot und seiner Ausführung siehe extra Artikel.

30.11.
Anschläge auf Bahnlinien in Bayern
Unbekannte werfen auf der Strecke Nürnberg-Augsburg eine rund fünf Meter lange Eisengliederkette über die Fahrleitung. Als ein Zug den Abschnitt passiert, wird die Frontscheibe der Lokomotive zertrümmert. An der Brücke wird die Parole "WAA-Nie!" gesprüht.
Auf der Bahnstrecke München-Augsburg wird der folgenschwerste Anschlag verübt. Nach üblicher Machart wurde hierbei die Fahrleitung auf etwa 3Km Länge beschädigt. 1 Tag lang kann die Strecke nur eingleisig befahren werden.
Ein dritter Anschlag wird auf die Strecke München-Ingolstadt verübt, wo von einer Brücke zwei Baueisen und ein Metallhenkel auf die Oberleitungen geworfen werden. Durch das Auftreffen auf einen Güterzug kommt es zum Kurzschluß.'
Sachschaden: ca. 50 000 DM.

2.12.
Geldstrafe an B.U.N.D. zahlen.
Wegen Widerstand bei seiner Festnahme, der Angeklagte gibt zu, sich an einen Baum geklammert zu haben, wird ein WAA-Gegner zu 20 Tagessätzen a 23 DM auf 2 Jahre Bewährung verurteilt. Bei der Bewährungsauflage wird der BUND bedacht, an den der Angeklagte das Geld zu zahlen hat.

Erneut Anschlag auf Strommast
Beinahe umgesägt, wie erst jetzt entdeckt, wurde wahrscheinlich bereits am 22./23. Nov. ein Hochspannungsmast in der Nähe von Laub/ Landkreis Kitzingen. Dies ist bereits der sechste Anschlag in Unterfranken. Die Region, so das Polizeipräsidium, drohe damit nach der Oberpfalz der zweite Schwerpunkt solcher Anschläge zu werden. Die Polizei geht davon aus, daß für diese Anschläge, einschließlich derer auf Einrichtungen der Bundesbahn, eine in Unterfranken ansässige "Tätergruppe" verantwortlich ist. Für ihre Ergreifung setzt das Bayr. LKA Belohnungen bis zu 50 000 DM aus.

3.12.
Grüne für Volksbegehren
Die Landtagsfraktion der Grünen unterstützt das Volksbegehren einer Privatini gegen die WAA. Durch ihre Beteiligung wollen sie demonstrieren, daß es Wege aus "der Sackgasse der Gewalt" gebe, so Grünen Sprecher Hartmut Bäumer.

Protest gegen KKW Brokdorf mit Molotow-Cocktails:

Anschläge auf Hastra und Verwaltungsgericht

rau/tom **Lüneburg. Bisher unbekannte Täter haben in der Nacht zum Mittwoch, gegen 4 Uhr, versucht, ein Gebäude auf dem Gelände der Hastra an der Lindenstraße sowie anschließend das Gebäude des Verwaltungsgerichtes an der Uelzener Straße in Brand zu setzen.**

In beiden Fällen haben die Attentäter sogenannte Molotow-Cocktails verwendet. Beide Brandstiftungsversuche sind gescheitert.

Hastra-Monteure, die in den Morgenstunden des Mittwochs ihren Dienst antraten, entdeckten an einem Gebäude innerhalb des Werksgeländes, daß dieses unter einem Fenster rußgeschwärzt war, und fanden davor Reste einer Bierflasche. Wie die Kriminalpolizei später ermittelte, waren das die Reste eines Molotow-Cocktails, der gegen das Fenster geworfen worden war. Nur dem Umstand, daß die Scheiben nicht geborsten waren, sei es zu verdanken, daß das Gebäude nicht in Brand geriet.

Der Hausmeister des Oberverwaltungsgerichtes an der Uelzener Straße wurde gegen 4 Uhr durch ein lautes Geräusch, vom gegenüberliegenden Verwaltungsgericht kommend, geweckt. Aus dem Fenster schauend, sah er eine Stichflamme an einem Fenster des Verwaltungsgerichtes und zwei davoneilende Personen. Er alarmierte die Polizei, die Minuten später am Tatort eintraf, wie auch der benachrichtigte VG-Geschäftsleiter Karl Röseler.

Die Polizei stellte fest, daß unbekannte Täter mit einer vor dem Parkhotel am Kurpark entwendeten Blumenschale die Scheiben des Fensters neben der Eingangstür eingeschlagen hatten. Ein Molotow-Cocktail muß gegen den Fensterrahmen geflogen sein. Ein Teil der brennenden Flüssigkeit war aber bereits in den Raum geflossen und hatte die Gardine angesengt. VG-Geschäftsleiter Röseler: „In dem Raum lagern rund 500 Akten, die glücklicherweise unbeschädigt blieben."

An beiden Tatorten hinterließen die Täter an Scheibe und Hauswand gesprühte Parolen, die sich gegen die Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Brokdorf richteten: „Gruß aus Brokdorf". Daneben ein A im Kreis. Gleiche Parolen wurden auch im Oedemer Weg an einer Stützmauer festgestellt: „AKW nee, Rache für Brokdorf", versehen mit einem fünfzackigen Stern.

Die am Verwaltungsgericht beobachteten Personen haben sich mit einem vermutlich älteren Pkw, der auf dem Parkplatz vor dem Kurparkeingang abgestellt war, fluchtartig vom Tatort durch die Goethestraße entfernt.

Die Polizei bittet die Bevölkerung um Mithilfe zur Aufklärung der beiden Straftaten und fragt:

- Wer hat an den Tatorten einen Personenkraftwagen gesehen, der als Tatfahrzeug in Frage kommen könnte?
- Wer hat in der Nacht zum Mittwoch oder davor verdächtige Personen an den beiden Tatorten gesehen?
- Wer vertreibt die Flaschenbiersorte „Grafen-Krone", deren Flaschen als Behälter für die Brandsätze verwendet worden waren?

Hinweise erbittet die Kriminalpolizei Lüneburg unter der Rufnummer 1 09-3 71 oder 1 09-3 00 oder jede Polizeidienststelle.

LZ 9.10.

Drei Anschläge auf Bahnstrecken

MÜNCHEN (AP) – Drei Anschläge auf Strekken der Bundesbahn haben am Samstagmorgen in Bayern erheblichen Sachschaden und Verspätungen des Zugverkehrs verursacht. Personen wurden nicht verletzt. Nach Mitteilung des Landeskriminalamts werden militante Kernkraftgegner als die Attentäter vermutet.

Der erste der Anschläge wurde um 3.05 Uhr auf die Strecke München–Augsburg bei Kissing im Landkreis Aichach-Friedberg verübt. Dort wurde von der Lokomotive eines Güterzugs die Oberleitung abgerissen. Offenbar waren von einer Brükke aus Eisenteile auf die Fahrleitung geworfen worden. In der Nähe fand sich auf der Fahrbahnstrecke einer Straße die Aufschrift „WAA nie". Der Fahrbetrieb mußte bis zum Samstagvormittag eingleisig geführt werden.

Zu dem zweiten Anschlag kam es um 4.40 Uhr auf der Strecke Augsburg–Nürnberg in der Nähe von Fünfstetten im Landkreis Donau-Ries. Von einer Brücke aus warfen die Attentäter eine fünf Meter lange Eisengliederkette auf die Fahrleitung. Als ein Zug die Stelle passierte, wurde die Frontscheibe der Lokomotive eingeschlagen, der Zug blieb stehen. An der Brücke fand sich ebenfalls eine Aufschrift „WAA nie".

Drittes Ziel der Anschlagsserie war um 5.20 Uhr die Bahnstrecke München–Ingolstadt zwischen Karlsfeld und Dachau. Dort wurden ebenfalls von einer Brücke aus zwei Eisenstücke auf die Fahrleitung geworfen. Als ein Güterzug die Stelle passierte, gab es einen Kurzschuß und der Zug blieb stehen. Der Bügel der Lok und die Oberleitung wurden beschädigt. Die Strecke war bis Samstagvormittag nur eingleisig passierbar. Allein hier entstand ein Sachschaden von rund 50 000 Mark.

SZ 1.12.

Strommast umgesägt

Unbekannte haben am Donnerstag zwischen Rangendingen und Grosselfingen einen Strommast angesägt und zu Fall gebracht.

TAZ 3.10.

Neuer Anschlag Stromausfälle

dpa **Kronau.** Bei Kronau (Kreis Karlsruhe) ist in der Nacht zum Dienstag ein neuer Anschlag auf einen Strommast verübt worden. Wie das Landeskriminalamt (LKA) in Stuttgart mitteilte, geriet der an zwei Ecken angesägte 110-Kilovolt-Mast des Badenwerks dadurch in Schräglage und beschädigte einen weiteren Mast. Vereinzelt sei der Strom ausgefallen. Den Schaden bezifferte das LKA auf etwa 100 000, das Badenwerk auf vorläufig 70 000 Mark.

In den vergangenen Monaten sind im Südwesten bereits über ein Dutzend ähnliche Anschläge auf Strommasten verübt worden. Sie werden militanten Kernkraftgegnern angelastet.

HAZ 5.11.

Mast angesägt — Autobahn gesperrt

Nach dem Anschlag auf einen Hochspannungsmast in der Oberpfalz ist die Autobahn Weiden-Regensburg am Mittwoch gesperrt worden. Der Mast hatte sich auf die Autobahn zugeneigt.

TAZ 9.10.

Anschlag auf Bayern-Funk

Bei einem Brandanschlag auf drei Baumaschinen auf dem Gelände der Sendeanlage „Frankenwarte" des Bayerischen Rundfunks ist ein Sachschaden von etwa 150.000 DM entstanden.

HAZ 10.10.

Anschlag auf Baufirma

Berlin (dpa) — Ein Brandanschlag auf ein Gelände der Berliner Erdbaufirma „Dieter Hafemeister GmbH/Co" in Kreuzberg in der Nacht zum Sonnabend ist vermutlich von einer „Autonomen Zelle Alois Sonnleitner" verübt worden. Ein entsprechendes Schreiben wurde am Sonnabend auf dem Gelände gefunden. In einem Zusatz heißt es darin: „ermordet an WAA". Sonnleitner soll der Name des 38jährigen Asthmatikers aus Gräfelfing sein, der am Ostermontag (31. März) nach einem CS-Reizgas-Einsatz der Polizei am WAA-Bauzaun im oberpfälzischen Wackersdorf erstickte.

HAZ 13.10.

Stromausfall — 100.000 Mark Belohnung

Durch einen nach Sägearbeiten umgestürzten Strommast bei Tutzig am Starnbergersee fiel in großen Teilen Tirols für eine halbe Stunde der Strom aus. Das Bayernwerk als Eigentümer bezifferte den Sachschaden auf 200.000 DM und setzte eine Belohnung von 100.000 DM für Hinweise auf die Täter aus.

HAZ 15.10.

Anschläge gegen Bahn

Nürnberg (dpa) — Nach zwei Anschlägen war am Dienstag abend die Bundesbahnstrecke Nürnberg-Regensburg für mehrere Stunden blockiert. Zwischen Fischbach und Feucht prallte ein Nahverkehrszug gegen einen über die Schienen gelegten Baum. An der Lok entstand Sachschaden. Eine knappe Dreiviertelstunde später prallte bei Ochenbruck eine Lok des Eilzuges Frankfurt-Regensburg gegen einen Baumstamm, der auf der Oberleitung lag. Dabei wurde die Lok beschädigt und die Oberleitung abgerissen. Hinweise auf die Täter gebe es noch keine, sagt die Polizei.

TAZ 4.12.

Zwei Anschläge auf Bahnstrecken

Augsburg/Braunschweig (ap) Unbekannte Täter haben in der Nacht zum Freitag Anschläge auf zwei Bahnstrecken der Bundesbahn verübt, in einem Fall wurde ein Lokführer leicht verletzt. Die Tatorte lagen bei Augsburg und München, beide Male wurden Seile über die Oberleitungen geworfen, die Betriebsunterbrechungen auslösten.

Nach einem Anschlag auf die Bundesbahnhauptstrecke München-Hamburg wurde der Zugverkehr stundenlang zum Teil lahmgelegt.

Die Diesellok eines nach Ingolstadt fahrenden Güterzuges war auf ein Stahlseil mit einer Metallkurbel aufgefahren. Die Windschutzscheibe der Lok zerbrach, der 38jährige Lokführer wurde leicht verletzt. Das Seil war offensichtlich von einer Bahnüberführung aus auf die Oberleitung geworfen worden.

HAZ 25.10.

Anschlag auf Amtsgericht

Borken. Unbekannte haben in der Nacht zum Sonntag einen Sprengstoffanschlag auf das Amtsgericht in Borken (Westfalen) verübt. Nach ersten Erkenntnissen hatten es die Täter anscheinend auf das Heizöllager im Keller abgesehen, verwechselten aber die Kellerfenster. Die Feuerwehr konnte den Brand löschen, ehe die Flammen die Öltanks erreicht hatten. „Auf die Täter und ihre Motive gibt es noch keine Hinweise. Bekennerschreiben wurden nicht gefunden.

LZ 1.12.

Bekennerbrief zum Hanau-Anschlag

Frankfurt (taz) — Am Mittwoch ging bei der taz-Redaktion Hessen ein Bekennerschreiben zum Brandanschlag auf das Büro der Hanauer Firma „Nuklear-Ingenieur-Service" (NIS) ein.

Der in der Nacht zum Dienstag verübte Anschlag, der einen Sachschaden von mehreren hunderttausend Mark verursachte, geht auf das Konto einer anonymen Gruppe, die „Feuer und Flamme in die Planungsfilialen imperialistischer Zerstörung" zu tragen gedenkt. Die „Bekenner" werfen dem NIS vor, als Ingenieurberatungsunternehmen auf dem Gebiet der Atomtechnik „im In- und Ausland mit Unternehmen der Elektrizitätswirtschaft, Atomforschungszentren und staatlichen Einrichtungen Geschäfte gemacht" zu haben. Darüberhinaus gehöre die Firma NIS zu 52% der „Lahmeyer International GmbH", deren Anteile wiederum von der Deutschen und der Dresdner Bank sowie von den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE) gehalten würden.

Lahmeyer International sei wesentlich an der Ausbeutung der Dritten Welt beteiligt.

TAZ 9.10.

Anschlag mißlang

Ini Lüchow-Dannenberg. Ein geplanter Anschlag auf ein im Rohbau fertiges Polizeigebäude in Lüchow ist in der Nacht zum Montag fehlgeschlagen.

Wie ein Sprecher der Kriminalpolizei mitteilte, versagte der Zündmechanismus des aus vier Propangasflaschen hergestellten Sprengsatzes aus unbekannten Gründen. Eine Viertelstunde vor der geplanten Zündung war ein anonymer Anruf bei der Polizei eingegangen. Die Beamten fanden im Keller der Bereitschaftspolizeiunterkunft die aufgedrehten Gasflaschen, als die Zeituhr bereits abgelaufen war.

Das Gebäude gehört zu einem Komplex von sieben Bauten, die unter dem Begriff „Polizeikaserne" seit Jahren vor allem bei Atomkraftgegnern im Raum Gorleben für Protest sorgen. Die Unterkünfte wurden seit 1978 mit Beginn der Auseinandersetzung um die atomaren Lagerstätten im Landkreis Lüchow-Dannenberg zunächst für 1200 Bereitschaftspolizisten geplant. Nachdem die atomare Wiederaufarbeitungsanlage nicht in Dragahn, sondern im bayerischen Wackersdorf gebaut wird und sich die Auseinandersetzungen zwischen Kernkraftgegnern und Polizei damit verringerten, wurde auch das Polizeigebäude verkleinert gebaut. Jetzt soll voraussichtlich nur noch eine Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in dem Gebäude untergebracht werden.

LZ 9.12.

Wieder Anschlag

Darmstadt. Erneut haben unbekannte Täter im Main-Kinzig-Kreis einen Anschlag auf einen Hochspannungsmast einer 220 000-Volt-Leitung verübt. Wie ein Polizeisprecher am Sonntag im Darmstädter Regierungspräsidium berichtete, entstand dabei ein Sachschaden von 250 000 Mark.

LZ 15.12.

Brandanschlag auf Hochtief

Auf die an den Bauarbeiten zur WAA beteiligte Firma Hochtief ist in der Nacht zum Sonntag ein Brandanschlag verübt worden — 300.000 Mark Sachschaden.

TAZ 22.9.

Strommast angesägt

Unbekannte haben einen Strommast der Bayernwerk AG bei Kitzingen angesägt. Es entstand ein Schaden von 30.000 Mark.

TAZ 2.12.

Bekenner-Brief nach Anschlag

red **Uelzen/Lüneburg. Unbekannte haben auf die Bahnlinie Hamburg—Hannover wieder einen Anschlag verübt. Am Wochenende wurde im Kreis Uelzen von einer Brücke herab ein Stahlseil über die Oberleitung der Bahnlinie geworfen, mit Ziegelsteinen beschwert. Tatort: nahe der Ortschaft Klein Süstedt.**

Nur der Aufmerksamkeit eines Lokführers, der in die Gegenrichtung fuhr, ist es zu danken, daß Menschen nicht gefährdet worden sind. Er sah das Seil.

Bekannt hat sich zum Anschlag gestern in einem Brief an die Landeszeitung und die Allgemeine Zeitung Uelzen eine Gruppe: „strangers in the night". Statt Unterschrift prangt der Anarchostern als Symbol auf dem Brief.

Die Bekenner sehen den Anschlag als Solidaritätsaktion zur Anti-Atom-Demonstration am Sonnabend an den Nuklearbetrieben in Hanau.

Die Hauptstrecke Hamburg—Hannover wollen die Anarchisten als Ziel gewählt haben, weil sie mutmaßen, daß die Strecke für Atomtransporte nach Gorleben genutzt werden wird. Solange die Bahn Atommüll- und auch Militärtransporte nicht aufgebe, würden die Anschläge fortgesetzt. Die Kripo Uelzen ermittelt, die Staatsanwaltschaft Lüneburg ist eingeschaltet. Hinweise: Kripo Uelzen (05 81) 80 11.

LZ 11.11.

Anschläge auf sieben weitere Strommasten

Wackersdorf (ap)

Mit nächtlichen Anschlägen auf sieben weitere Strommasten im Landkreis Schwandorf und mit Straßensperren aus brennenden Autoreifen haben militante Kernkraftgegner am Freitag die zweitägigen Blockadeaktionen gegen die in Bau befindliche Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf fortgesetzt. Ein Polizeisprecher sagte am Freitag, bislang seien seit Donnerstag insgesamt 16 Masten von Stromversorgungsleitungen umgesägt worden. Die Polizei hat bis Freitag mittag 126 Demonstranten vorläufig festgenommen. Zu den „Blockadetagen" hatten Antiatomkraftgruppen aus dem ganzen Bundesgebiet aufgerufen.

In Burglengenfeld bei Schwandorf hat die Polizei nach eigenen Angaben am Donnerstagabend eine Demonstration vor der Fabrik der Heidelberger Zement AG gewaltsam aufgelöst. Etwa 200 bis 300 Demonstranten hätten einen Lastwagen der Firma eingekreist, die Polizei mit Steinen beworfen und tätlich angegriffen.

HAZ 18.10.

Sprengsatz in Berlin

Ib Berlin. Auf das Wohnhaus des Leiters des Berliner Fraunhofer-Instituts, Günter Spur, ist in der Nacht zum Freitag ein Sprengstoffanschlag verübt worden, bei dem Sachschaden entstand. Vor der Tür des Wintergartens des Hauses in Berlin-Grunewald explodierte ein mit einem Sprengsatz gefüllter Feuerlöscher. Gleichzeitig setzten die Täter den Dienstwagen des 58jährigen auf seinem Privatgrundstück in Brand. Der Wagen brannte aus, als während der Löscharbeiten der Tank explodierte.

Auf dem Grundstück wurden zwei Bekennerschreiben von „Militanten AKW-Gegnern" gefunden.

HAZ 22.11.

Millionenschaden bei WAA-Anschlag

München (ap) — Auf eine Summe bis zu zwei Millionen Mark wird der Schaden geschätzt, der am Dienstag morgen bei einem Brandanschlag militanter Atomgegner auf eine Baufirma auf dem Gelände der Münchner Abwasserversorgung entstanden ist. Die Täter zündeten nach den polizeilichen Ermittlungen mit einem 20 Meter langen und 40 Zentimeter breiten Baumwoll-Leinentuch, das mit Benzin getränkt war, einen großen Raupenkran der Firma an.

Nach Angaben eines Polizeisprechers platzten durch die Hitze die mit Öl gefüllten Hydraulikschläuche des Krans, so daß das Feuer noch weiter angefacht wurde. Am Tatort ließen die Täter Flugblätter mit der Aufschrift „WAA nie — Münchner Bürger" sowie einen Fünf-Liter-Plastikkanister mit Benzinresten zurück. An einem Bürocontainer in der Nähe malten sie außerdem die Parole „WAA — Selbstmord" auf. Die Firma ist am Bau der Wiederaufarbeitungsanlage für Kernbrennstoffe in Wackersdorf beteiligt und war bereits mehrfach das Ziel von Anschlägen.

TAZ 26.11.

Bayern zählte Anschläge

Coburg (dpa) — Nach Angaben des bayerischen Innenministers Karl Hillermeier (CSU) ist die Zahl der Anschläge in der Bundesrepublik — vor allem aus Protest gegen die Atomenergie — seit Tschernobyl sprunghaft angestiegen. Vor dem CSU-Regionalarbeitskreis Polizei in Coburg sagte er am Montag, das Bundeskriminalamt habe im ersten Halbjahr 1986 im Bundesgebiet 205 Anschläge — 27 Sprengstoff- und 178 Brandanschläge — registriert, davon 78 wegen Wackersdorf. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres seien es nur 148 Attentate gewesen.

TAZ 30.9.

Angesägter Strommast stürzte auf Bahnstrecke

München (ap)

Ein Oberleitungsmast der Bahnstrecke München–Ingolstadt ist in der Nacht zum Montag von unbekannten Tätern bei Vierkirchen (Landkreis Dachau) angesägt worden. Nach Mitteilung der bayerischen Landespolizei stürzte der Mast um, als ein D-Zug die Strecke passierte. Eine nachfolgende Münchner S-Bahn der Linie zwei fuhr in die herabhängenden Stromkabel. Insgesamt entstand ein Schaden von rund 30 000 Mark. Menschen wurden bei dem Anschlag nicht verletzt. Nach der Polizeimitteilung hatten die Täter die beiden äußeren Träger des Oberleitungsmasts durchtrennt und die beiden inneren Stützen abgesägt. In den letzten Wochen waren in Bayern zahlreiche Anschläge auf Strommasten verübt worden.

HAZ 21.10.

Das ist der Rythmus, bei dem jede/r mit muß!

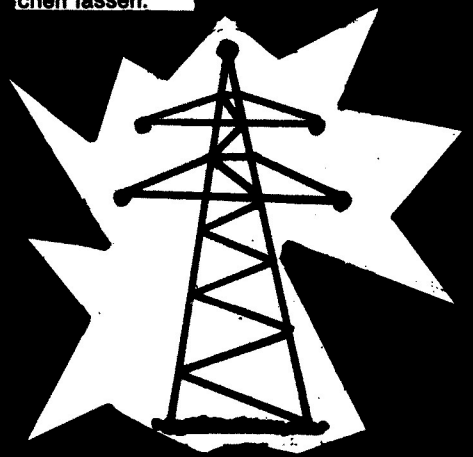
Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit Aspekten in der Anti-AKW-Bewegung, die in der Widerstandsdiskussion bisher weniger eingingen: der versuchten Herleitung, daß die Anti-AKW-Bewegung zugleich soziale Bewegung als auch Anti-Technologie-Bewegung ist. Mit dem Begriff »Anti-Technologie-Bewegung« wird jedoch nur ein Teilaspekt der Bewegung berührt. Inhaltliche Zusammenhänge, wie die Ökologie, der Militarismus, der Imperialismus, das Paterlarchat usw. werden bewußt nur am Rande behandelt. Auch die ökonomische Herleitung des Atomprogramms berücksichtigt nur einen Teilaspekt von den sehr komplexen wirtschaftsgeschichtlichen Abläufen in der jüngsten Geschichte der BRD. Natürlich läßt sich mit diesem Artikel keine allgemeingültige Theorie ableiten, da jeder Standort von Atomanlagen seine Besonderheiten aufweist, die sich mit keinem anderen vergleichen lassen. Deshalb wirft dieser Beitrag Fragen auf, für die es keine Antworten gibt; er kann aber wohl als ein Diskussionsbeitrag zum Widerstand in der Anti-AKW-Bewegung begriffen werden.

Spätestens seit 1945, als die USA die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abwarfen, wird der soziale Alltag der Menschen global von der lebensfeindlichen Technologie der Atomkernspaltung beherrscht. Die Gründung der NATO und der Westeurpäischen Verteidigungsunion zogen die Remilitarisierung der BRD im Jahre 1956 nach sich. Der Aufbau der Bundeswehr war mit der Einführung von Atomwaffen und dem Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes verbunden. Gegen diese politische, militärische und industrielle Entwicklung der BRD im »Wirtschaftswunder» richtete sich die erste soziale Bewegung in der noch sehr jungen Republik: die Ostermarschbewegung, die nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze durch die Große Koalition von CDU, SPD, und FDP im Jahre 1966 rasch an Einfluß verlor und bald in die Außerparlamentarische Opposition aufging. Damit war die Ostermarschbewegung die erste soziale Bewegung in der BRD, die sich gegen die militärische Atomkernspaltung richtete noch bevor es eine soziale Bewegung gegen die »friedliche» Nutzung der Atomenergie gab.·

Die Forcierung des Atomprogramms und der Ausbau des militärisch industriellesn Komplexes(die Bundeswehr brauchte schließlich Waffen) in den fünfziger und sechziger Jahren verdeutlichte, daß die militärische Aufrüstung der BRD und die

Technologie der Atomkernspaltung zusammengehören, um sich den Zugriff für die Produktion von eigenen Atomwaffen offen zu halten.
Einen jähen Dämpfer erhielt die westdeutsche Ökonomie dann in den späten sechziger Jahren, als die erste große Nachkriegsrezession den Traum vom unendlichem Wirtschaftswunder zerbrach. Das Atomprogramm wurde mit den Planungen für den Schnellen Brüter erweitert, Leichtwasser- und Druckwasserreaktoren überall an den größeren Flußläufen in der BRD wegen des Kühlwasserreservoirs gebaut.
Die sogenannte Energiekrise von 1973, die mit künstlichen Ölpreiserhöhungenund Dollarabwertungen auf dem Weltmarkt verbunden war, »machte» die Atomkraftwerke zu den Primärenergieträgern Steinkohle und Erdöl in der BRD konkurrenzfähig. Diese »Energiekrise» festigte und legitimierte die ohnehin schon große ökonomische und politische Macht der Energieversorgungsunternehmen nocheinmal. Um der mit Krisenbeginn einsetzenden Kapitalflucht von großen und mittelständischen Unternehmen (der billige Dollar begünstigte die Auslagerung von Industrien ins Ausland) in die Dritte Welt entgegen zu wirken, wurden z.B. für die norddeutsche Küste gigantische Industrialisierungskonzepte von der Stromindustrie und dem Staat für die bis dahin wenig industriell erschlossenen ländlichen Regionen (Ostfriesland, Unterelbe und Unterweser) entwickelt. Billiger Atomstrom sollte die Industrieansiedlung schmackhaft machen. Aber auch in Süddeutschland sollte mit der Atomenergie (natürlich auch Steuervorteile etc.) in der Nähe bereits bestehender Industriekomplexe die Wirtschaftsstruktur gefestigt werden.
Aber den Bau von AKWs und Industrien allein nur auf ökonomische Gründe zurückzuführen - der Profit spielt sicherlich die wesentlichste Rolle - , würde die Augen vor dem verschließen, was sich sonst noch für Möglichkeiten für das Kapital und dem Staat aus den Industrialisierungen in den ländlichen Regionen ergaben: die unerschlossenen Arbeitskräftereserveren konnten über die Arbeitsorganisation in den Fabriken in das gesellschaftliche Industriesystem integriert und über die Arbeit sozial kontrolliert werden.
Die Industrialisierungsbetreber gingen davon aus, daß die Unerfahrenheit der Menschen in den ländlichen Regionen mit dem Fabriksystem,Arbeitskämpfe, die es in den sechziger und siebziger Jahren in der traditionellen Industrie gab, ausschließen würde. Außerdem sollte die Akzeptanz für die Industrie und den Atomanlagen durch sehr gute Verdienstmöglichkeiten nicht nur für die Arbeiter/Innen, sondern auch für Handwerksunternehmen, erkauft werden. Die Auslagerung von Industrien und Atomanlagen in sozial befriedete Regionen sollte also den störungsfreien Ablauf, d.h. ohne Arbeitskämpfe, der Mehrwertproduktion garantieren.

Bevor mit dem Bau der Atomanlagen in den sozial befriedeten Regionen begonnen wurde, war für die Herrschenden die sozialwissenschaftliche Vermessung der Bevölkerung durch Gutachten und andere Erhebungen notwendig, um die Arbeitskräftereserven, aber vor allem ihr historisches, politisches, kulturelles und soziales Verhalten, sowie ihre soziale Stellung und die Akzeptanz für die Industrie auszuforschen. Nicht zufällig erfolgte Standortbekanntgabe für ein atomares »Entsorgungszentrum» im niedersächsischen Lüchow-Dannenberg oder für die WAA im bayrischem Wackerland. Von Bedeutung ist hierbei, daß der Staat und die Atomindustrie sich bei der Standortwahl Ungleichzeitigkeiten in der wirtschaftlichen, sozialen, historischen und kulturellen Entwicklung der ländlichen Regionen nutzbar machen, um sie gegeneinander auszuspielen. Jeder Standort weist andere Merkmale und Besonderheiten auf, die sich mit keinen anderen Standort vergleichen lassen.



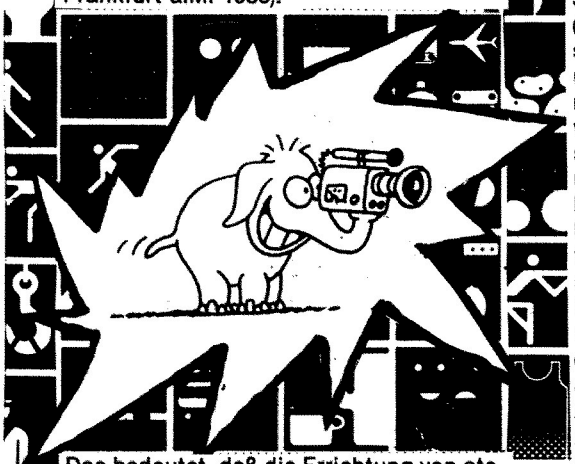
Während die Stromindustrie ländliche Standorte für die Entwicklung des Atomprogramms aus den oben hergeleiteten Gründen favorisierte, weil dünn besiedelte Regionen massiven Widerstand der Bevölkerung nach allen sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen ausschlossen, verschlechterte sich im Laufe der siebziger Jahre die soziale Lage der Menschen in den Großstädten rapide. Arbeitslosigkeit und Armut, vor allem in den norddeutschen Großstädten, führten zur Ausdehnung des informellen Sektors. Teilzeitarbeit von Frauen, Jobberei, Schwarzarbeit, legale und illegale Leiharbeit dehnten sich aus, wurden durch die staatliche Restriktionspolitik verschärft. Immer mehr Menschen wurden durch den Krisenverlauf pauperisiert, entwickelten für sich prekäre Überlebenstechniken, wie z.B. klauen, oder versuchten sich mit Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe durchzuschlagen. Der soziale Alltag der Menschen in den Städten unterschied sich also gewaltig vom sozialen Alltag der Menschen auf dem Land. Zwar sind die ländlichen Regionen auch massiv von Arbeitslosigkeit betroffen, aber gibt und gab es dort immer andere historisch gewachsene Formen von Überlebenstechniken (z.B. Subsistenzarbeit, Nebenerwerbslandwirtschaft, kleinere Renteneinkommen etc.).

Dieses als Ausgangslage vorweg, um sich der Anti-AKW-Bewegung als soziale Bewegung zu nähern. Die spezifischen Formen von atomarer Industrieansiedlung in den ländlichen Regionen hatte zu folge, daß sich auch spezifische Organisationsstrukturen der Menschen an den Standorten gegen die AKWs herausbildeten, denen anders geartete Organisationsstrukturen in den Städten folgten. Diese verschiedenen Organisationsstrukturen, die sich mit dem Begriff »Kollektivismus» am besten fassen lassen, haben die vielfältige Struktur der Anti-AKW-Bewegung entscheident geprägt. Ob Frauen-, Friedens-, Startbahn West-, Hausbesetzer/innen- oder Ökologiebewegung: Vielfalt an Meinungen, Kritik, Strömungen und Auffassungen flossen zusammen, die Ausdruck von der Verschiedenheit des individuellen sozialen Alltags der Menschen in den Regionen oder den Städten sind und der Anti-AKW-Bewegung ihr Erscheinungsbild geben. Die soziale Zusammensetzung der Menschen in der Bewegung ist ebenfalls äußerst vielfältig: vom Sozialhilfeempfänger/In, über Arbeitslose, Arbeiter/Innen, Angestellten/Innen, Beamten/Innen, bis hin zu AkademikerInnen ist alles vertreten. Trotz der Hetrogenität der sozialen Herkunft und der politischen Meinungen in der Bewegung kam es nie zur Spaltung. Vielmehr scheint es so, als würden diese heterogenen Einflüsse der Bewegung kraft für ihre (Weiter)-Entwicklung geben.
Die Breite der Anti-AKW-Bewegung als soziale Bewegung erklärt sich aus folgenden Gründen:
1. Durch die Atomkernspaltung und ihren Gefahren wird die Gesundheit und das Leben der Menschen, Tiere und Pflanzen potenziell bedroht; Luft, Wasser und Erde werden radioaktiv verseucht.
2. Der militärisch-industrielle Komplex die Aufrüstung mit Atomwaffen; die WAA und der Schnelle Brüter werden zur Produktion der Atomwaffen benötigt - also permanente Kriegsbedrohung im eigenem Lande.
3. Die Nichtbeherrschbarkeit der Atomkernspaltung einerseits und andererseits die Unberechenbarkeit der verwendeten Materialen und Werkstoffe sowie die offene Entsorgung.
4. Die Energieversorgungsunternehmen und die Atomindustrie verdienen sich am staatlich subventionierten Atomanlagenbau und am Atomstrom dumm und dämlich.
5. Der Imperialismus, der mit dem Export von Atomanlagen in die und mit dem Import von Rohstoffen aus der Dritten Welt verbunden ist.
- Also soziale Berührungs- und Ansatzpunkte, die in ihrer Vielfältigkeit Menschen zum Widerstand gegen die atomare Industrieansiedlung motivieren und beeinflussen.
Ihrem Charkter nach vermischen sich in der Anti-AKW-Bewegung also antiimperialistische, antiökonomische, antimilitaristische, antitechnologische, antipaterriachalische und ökologische Strömungen und Inhalte.

Weil beim Bau von Atomanlagen in ländliche Regionen das Profitstreben der Energieversorgungsunternehmen und der Atomindustrie und die Nichtberrschbarkeit der technologischen Ausführung zusammengehören, soll der antitechnolgische Widerstand dagegen einmal näher untersucht werden. Ihrem antitechnologischem Charakter nach ist die Anti-AKW-Bewegung, wenn mensch so will, eine moderne Variante des »Maschinensturms» bzw. der »Sabotage», denn Atomkraftwerke sind nichts anderes, als eine Weiterentwicklung der Dampfkrafttechnolgie zur Stromproduktion. Die Maschinensturmbewegung im Vormärz, als Arbeiter/Innen in den Fabriken gegen neue Formen der Arbeitsorganisation rebellierten und Widerstand gegen die Zerstörung ihrer Standesorganisationen durch die Kapitalisten leisteten, läßt sich natürlich überhaupt mit dem Widerstand der Anti-AKW-Bewegung gegen Atomanlagen vergleichen. Denn der Widerstand wird von außen, also außerhalb der Betriebsebene, herangetragen. Bisher ist die bewußte Abschaltung eines AKWs durch die hochbezahlten Techniker/Innen und Angestellten/Innen nicht bekanntgeworden - hatte die Anti-AKW-Bewegung doch bisher keinen Einfluß auf die Menschen die in den Atomanlagen arbeiten. Die Abschaltung der Atomkraftwerke von innen wäre die »klassische» Form des »Maschiensturms». nicht

Jedoch ist die Abschaltung von Atomkraftwerken von außen durch Sprengungen oder das Umsägen von Strommasten bereits mehrmals gelungen. Sabotage von außen, und für die Herrschenden ist das »Maschinensturm«, aber auch Angriffe auf die Bauzäune während Demonstrationen, haben der Atommafia das Fürchten gelehrt. Empfindliche Schaltstellen der Ökonomie sind mit der Abschaltung der Atomkraftwerke von außen betroffen. Deshalb reagierten Staat und Kapital mit einer neuen Repressions- und Kriminalisierungswelle - die Erweiterung des § 129a und die Wiedereinführung des § 130a -, weil sie die Sabotageaktionen nicht kontrollieren können. Doch bisher, zum Glück für den Staat, den Energieversorgungsunternehmen und der Atomindustrie, begreifen sich nur eine sehr kleiner Teil der Anti-AKW-Bewegung als bewußte Saboteure/Innen von außen.

Antitechnologische und ökologische Inhalte als Begründung aufzuführen, warum die Anti-AKW-Bewegung seit nunmehr fünfzehn Jahren existiert, reichen nicht aus, um ihre Bedeutung als soziale Bewegung zu begreifen. »Die Entstehung einer Protestbewegung hat sowohl eine Veränderung des Bewußtseins als auch des Verhaltens zur Folge. Die Bewußtseinsveränderung hat mindestens drei verschiedene Aspekte: Erstens verliert »das System« - oder zumindestens die Bestandteile des Systems, die direkt erfahrbar und wahrnehmbar sind - an Legitimation. Die Männer und Frauen, die normalerweise die Autorität der Regierenden und die Legitimität der institutionellen Ordnung anerkennen, kommen in großer Zahl zu der Erkenntnis, daß die Regierenden und die Sozialordnung weder gerecht noch gerechtfertigt ist. Zweitens beginnen Menschen, die sich normalerweise fatalistisch ihrem Schicksal ergeben und die bestehenden Verhältnisse für unabänderlich halten, »Rechte« geltend zu machen, die die Forderung nach Veränderung implizieren. Drittens entsteht ein neues Gefühl der eigenen Stärke; Menschen, die sich immer für machtlos gehalten haben, entwickeln allmählich die Überzeugung, daß sie ihr Schicksal auch in die eigenen Hände nehmen können.« (Cloward/Piven, Aufstand der Armen, Frankfurt a.M. 1986).



Das bedeutet, daß die Errichtung von atomaren Industrieanlagen in ländlichen Regionen, die eine eigene Tradition, Geschichte und Kultur pflegen, immer ein ökonomischer Angriff gegen die bestehende tradierte Sozialordnung vor Ort ist. Althergebrachte Produtions- und Existenzsicherungsformen, die Verwurzelung der Menschen mit den Regionen in denen sie leben und die Erhaltung einer ursprünglichen Lebensqualität, sind technologiefeindliche Strukturen und Inhalte, die für die Herausbildung von landlichem Widerstand ausschlaggebend sind.

Kollektiver Widerstand, Auflehnung und Protestaktionen sind das kennzeichnende Merkmal der Anti-AKW-Bewegung gegen das Atomprogramm. Mit dem ersten massenhaften Widerstand gegen das geplante AKW in Whyl, wurde für die sich entwickelnde Bewegung nicht nur ein Fanal gesetzt, sondern lehnten sich Menschen massenhaft gegen die bestehenden sozialen Verhältnisse auf: sie verletzten Tradtionen ihres alltäglichen sozialen Lebens und brachen Gesetze, denen sie sich sonst unterwarfen. Der Staatsautorität, der sie sich sonst gewöhnlich beugten, wurde zum ersten Mal massiver Widerstand entgegengesetzt. Dieses Phänomen ließ sich auch später im Wendland und im Wackerland (aber auch anderswo) feststellen: eine ansonsten konservative Wählerstruktur in der Bevölkerung, meist christdemokratisch, ließ dieses Widerstandsverhalten und Aufbegehren gegen die bürgerlich-demokratische Grundordnung für die Herrschenden nicht erwarten.

Die Veränderung ihres tradierten politischen und sozialen Verhaltens, d.h. die Anerkennung der Parlamente als politische Legislative, geriet ins Wanken. Neugegründete Bürgerinitiativen und Arbeitskreise bedeuteten, daß der kollektive Kampf und Protest gegen das Atomprogramm in den ländlichen Regionen und den Städten eine Basis erhielt, und den Beteiligten in diesen Organisationszusammenhängen neue Gefühle von Solidarität vermittelten. Der gesellschaftliche Zustand, als isolierte Individuen gegen das Atomprogramm zu kämpfen, wurde aufgehoben.

Ob nun Demonstrationen, Bauplatzbesetzungen, Petitionen, Unterschriftensammlungen oder Klagen vor Gerichte - all dies waren und sind Formen des kollektiven Widerstands. Aber auch im staatlichem Sinne eindeutig »kriminelle« Aktionen (z.B. Katastrophenpläne organisieren - also Einbruch), Brandstiftung (von Firmen und ihrem Inventar, die am Bau von Atomanlagen beteiligt sind), das bereits erwähnte Strommastumsägen oder Sprengstoffanschläge gegen Objekte der Atomindustrie, waren Aktionen, die eindeutig kollektive Dimensionen hatten und haben, weil die Menschen, die sie ausführten, sie als legitim betrachten und sich selbst als Bestandteil der Anti-AKW-Bewegung begreifen. Diese scheinbar atomisierten Widerstandsaktionen von einer kleinen Minderheit Menschen, sind als Aktionen im Rahmen der gesamten Anti-AKW-Bewegung zu werten, weil die Akteure/Innen gemeinsam die Überzeugung über die Ursache und die Ziele des Protestes mit der Gesamtbewegung teilen.

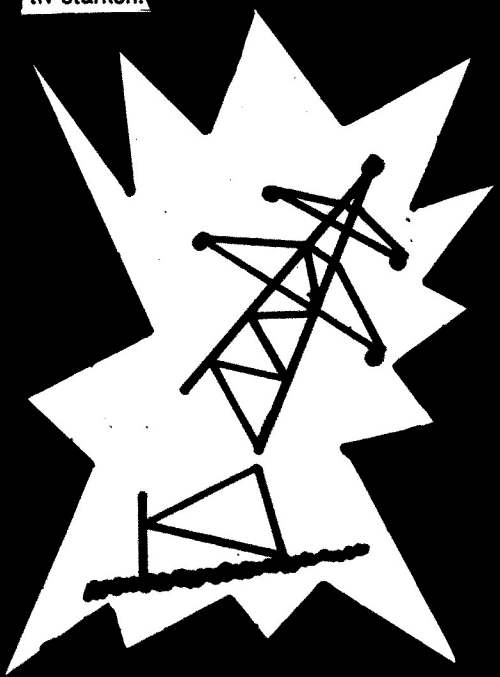
Die Errichtung von Atomkraftwerken in ländlichen Regionen zog ökonomische Veränderungen nach sich, die von Bedeutung für die dort lebenden Menschen waren, weil mit ihnen eine Schwächung der Strukturen des sozialen Alltagslebens der Bevölkerung einhergingen, die es ihnen nicht mehr ermöglichten, die soziale Kontrolle über ihre Alltäglichkeit zu bewahren. Die traditionellen, kulturellen, sozialen und politischen Formen und Inhalte der Alltäglichkeit wurden in ihren Werten und Normen zutiefst erschüttert. In dem Augenblick, wo Menschen diese soziale Kontrolle über ihren Alltag vermindert sahen, setzte Protestverhalten, Widerstand oder Aufruhr ein, d.h. solange Menschen in ländlichen Regionen nicht aus dem Rhytmus ihres soziales Alltags herausgerissen werden, solange leben sie in »Frieden« mit der herrschenden Sozialordnung. Auch hier wiederum Ungleichzeitigkeiten: während soziale Verschiebungen durch atomare Industrieansiedlungen in ländlichen Regionen mit den Planungen oder mit dem Baubeginn einsetzen, sind solche sozialen Verschiebungen schon lange vorher von den Menschen in den Großstädten, zwar unter anderen Bedingungen und Umständen, erfahr- und erlebbarer Bestandteil des sozialen Alltags, aber auch ihres Widerstands dagegen, gewesen.

Die Proletarisierung und Pauperisierung von Menschen in ländlichen Regionen (z.B. Bauern und Fischer, traditonelle Handwerksberufe etc.) geschieht also zeitversetzt zu den Großstädten. Derartige Einschnitte in Lebenszusammenhängen von Menschen bestimmen ihr kollektives Bewußtsein: ein gemeinsame Zukunft wird von den Herrschenden zerstört;

für daß damit verbundene kollektive soziale Elend werden die Herrschenden zur Verantwortung herangezogen.
Es ist daher kein bloßer Zufall, wenn Menschen in der Anti-AKW-Bewegung sich an Massendemonstrationen, Protesten, und Straßentumulten beteiligen, wenn andere Menschen Baumaschinen zerstören oder Strommasten umsägen, denn so, wie die Strukturen des sozialen Alltaglebens in den ländlichen Regionen und in den Städten in sozial befriedeten Zeiten den Gehorsam der Massen gewährleisten, genauso wirken sich gegenlaufende Strukturen entscheident darauf aus, welche Formen die Auflehnung, der Protest oder der Widerstand annimmt, wenn sie/er ausbricht. Die Vielfalt der Widerstandsformen ist deshalb nicht zufällig: ob gewaltfrei oder militant ist nicht eine Frage von abstrakten politischen Inhalten, sondern Ausdruck des sozialen Alltags, den Staat und Kapital selbst reproduzieren. Vielfältige Widerstandsformen ergeben sich daher aus unterschiedlichen sozialen Lebenszusammenhängen, der Ungleichzeitigkeit des menschlichen Bewußtseins und des individuellen unterschiedlichen sozialen Alltags der Menschen.
Repression, Entbehrungen, Unterdrückung und Ausbeutung erfahren Menschen seitdem vor mehr als zwanzig Jahren mit der Errichtung von Atomkraftwerken begonnen wurde, unter ganz konkreten Bedingungen. Also nicht als Resultat eines umfassenden abstrakten Prozeßes. Es sind die konkreten Erfahrungen mit Spekulanten, Bullen, den bürgerlich-parlamentarischen Parteien, Gerichten, der Klassenjustiz und der Atommafia etc., die die Unzufriedenheit der Menschen in Kritik an spezifischen Zuständen umwandelt. Der Bau oder Betrieb eines AKWs oder einer gleichwertigen atomaren Industrieansiedlung ist ein solcher Zustand. Widerstand gegen das Atomprogramm richtete sich bisher vor allem gegen die Standorte von Atomanlagen, weil sie für die dort lebenden Menschen, aber auch für die Menschen aus den Städten, real erlebbar, erfahrbar und konkret waren und sind, weniger gegen die Atommafia, den Atomstaat oder den Energieversorgungsunternehmen als poteniell Verantwortliche.

Hierin liegt die Schwäche, der ansonsten so starken Anti-AKW-Bewegung: der Protest und Widerstand richtet sich gegen die Atomanlagen, aber nicht gegen die herrschende Klasse an sich, die weniger faßbar ist. Der Kampf und Widerstand gegen die Atomanlagen bedeutet daher noch lange nicht, daß es ein Kampf gegen die herrschende Klasse ist. Und hier liegen die Grenzbereiche der Anti-AKW-Bewegung als soziale Bewegung: von ihren Inhalten und konkreten Erfahrungen her betrachtet, sieht sie sich als oppositionelle und nicht als systemüberwindene Bewegung an, obwohl in ihr systemfeindliche Tendenzen verankert sind. Das heißt aber nicht, daß sich die Inhalte und Strukturen weg von einer reinen außerparlamentarischen Oppositionsbewegung hin zu einer systemüberwindenen Bewegung fließend in einen Emanzipationsprozeß einbringen können. Doch kann ein solcher Emanzipationsprozeß nicht abstrakt herbei diskutiert werden, sondern muß er dem sozialen Alltag der Menschen entsprechen.

Der bislang gegen Atomanlagen erfolgte Widerstand verdeutlicht: der soziale Alltag der Menschen in ländlichen Regionen, der ländlichen Regionen zueinander, der ländlichen Regionen zu den Städten, oder Mischformen von allem, ist von der Ungleichzeitigkeit des Bewußtseins der Menschen und den verschiedenen Formen eines konkret erlebten sozialen Alltags geprägt. »Revolutionäre« Ungeduld vermischt sich mit Bewußtseinsformen, die staatstragend bzw. -erhaltend sind. Dies ist ein typisches Kennzeichen des Widerstands der Anti-AKW-Bewegung überhaupt.
Von Anfang an liefen in der Anti-AKW-Bewegung verschiedene Widerstandsformen parallel nebeneinander zusammen, die sich oft im Grad ihrer Radikalität unterschieden: die Vielfalt der Widerstandsaktionen, des Protestes und des Aufruhrs ermöglichten, daß es für den Staat berechenbare und unberechenbare Aktionen gab, die einen zu kalkulierenden Verlauf oder einen nich zu kalkulierenden Eigenverlauf hatten. Sie waren oft spontan und geprägt von einer in der Bewegung innewohnenden Kreativität und Phantasie, die Ausdruck vom sozialen Alltag der Individuen, von Kollektivität, Öffentlichkeit und Erfahrung waren, und in Lernprozeße einfloßen, die die Stärke, Kraft und Qualität des Widerstands beeinflußten.
Die Widerstandsaktionen im Breigau, im Wendland, in der Wilster Marsch, im Wackerland und den vielen nicht so bekannten Standorten von Atomanlagen belegen, daß es eine kollektive Kontinuität im Widerstand gab und gibt: Widersprüchlichkeiten, die sich aus den Ungleichzeitigkeiten zwischen dem sozialen Alltag auf dem Land und den Städten ergaben, konnten immer wieder durch gemeinsame kollektive Aktionen zusammenwachsen, auch wenn es für die/den Einzelnen oft schwer war und es hohes Maß an Toleranz erforderte.
Die Stärke der Bewegung lag bisher darin, daß sie es verstand, sich keien Organisationsstrukturen von oben, wie es die K-Gruppen in den siebziger Jahren wünschten, sich künstlich aufsetzte und stattdessen oft Chaos in kauf nahm, was irgendwie auch eine Ordnung war. Daß sie den Ordnungsfaktor »Die Grünen«, die mit ihrer Parlamentsarbeit sicherlich Impulse lieferten und der Bewegung damit dienten, abwehren konnte und die Anbindung an Parteien überhaupt vermied. Daß sie der Kriminalisierung, der Repression, den Aufstandsbekämpfungskonzepten des Staates trotzte und standhielt. Daß sie die Fähigkeit besaß, um ihre Toten und Verletzten zu trauern und die Trauerarbeit in Wut und Haß umwandelte. Daß sie es verstand, sich mit allen Menschen gegen die globalen Atomprogramme zu solidarisieren und ihre Betroffenheit mit allen radioaktiv verseuchten Menschen gemeinschaftlich ausdrückte.
Die offenen Organisationsstrukturen und Inhalte der Bewegung waren es schließlich, die es Menschen nach der Katastrophe von Tschernobhyl ermöglichte, Bestandteil von ihr zu werden. Dabei konnte die Bewegung Ungleichzeitigkeiten, die sich aus dem sozialen Alltag dieser neu überzeugten Menschen ergaben, mit dem sozialen Alltag der langjährig in der Bewegung Aktiven und Passiven verschmelzen. Eine weitere Generation von Menschen konnte übergangslos an die Erfahrungen, Inhalte und Widerstandsformen anknüpfen, die eine andere Genration der Anti-AKW-Bewegung in fünfzehn Jahren Kampf gegen das Atomprogramm entwickelt hatten. So wie die Katastrophe von Tschernobhyl den sozialen Alltag einer weiteren Generation von Menschen berührte und sie betroffen machte, so werden diese in der Bewegung aufgegangenen Menschen sie für die Zukunft qualitativ stärken.



Es ist deshalb davon auszugehen, daß die Anti-AKW-Bewegung auch in Zukunft eine antitechnologische und ökologische Bewegung bleiben wird. Dies ergibt sich allein schon aus den Ungleichzeitigkeiten, die nicht einfach so überwunden werden können. Dennoch sind Bestrebungen in der Bewegung, antimilitaristische, antiimperialistische, antiökonomische und antipateriachalische Inhalte im Widerstand gegen das Atomprogramm richtungsweisend. Auch den Kampf in die ländlichen Regionen oder die Städte zu tragen, heißt deshalb, sich den sozialen Alltag, in dem mensch lebt, zu stellen und zu analysieren, um mit den Erkenntnissen das System an allen Punkten, nicht nur vor Atomanlagen zu schwächen.

Eine «Havarie» nach der anderen

In einem nach Tschernobyl in West-Berlin verteilten flugblatt war zu lesen. "Im internationalen Kräfteverhältniss ist eine militärisch verteidigungsfähige Sowjetunion eine entscheidende Komponente auf der Seite der Befreiungsbewegungen und befreiten Ländern. Deshalb können wir nicht gegen die militärische Nutzung der Plutoniumproduktion in der Sowjetunion sein." Weiter vorn wird aus dem "Zusammenhang mit der allgemeinen militärischen/wirtschaftlichen Politik des kapitalistischen Systems" gesagt, "die Forderung Schließung aller AKWs in Ost und West finden wir falsch, ist Sprache des Kalten Krieges. Sie sperrt die historischen Gründe für die Nutzung von AKWs in der Sowjetunion aus und setzt sie gleich mit den kapitalistischen Staaten."
Nun, diese Einschätzung ist längst nicht nur unter verschiedenen Antiimp-Gruppen verbreitet, sie berührt wesentliche Punkte der Antikriegspolitik und Anti-AKW-Politk der Autonomen. Wir wollen uns wegen der gebotenen Kürze thesenhaft mit zwei Aspekten des sowjetischen Atomprogramms auseinandersetzen und bewerten, ob es einen notwendigen Beitrag zur "Verteidigungsfähigkeit" darstellt. Inwieweit überhaupt Plutoniumproduktion für den Kampf um Befreiung im internationalen Kräfteverhältniss notwendig ist, kann aus Platzgründen in diesem Artikel auch nur angerissen werden.

1. Die militärischen Gesichtspunkte der Nutzung der Kernspaltung:

Zweifelsohne war die Sowjetunion nach dem Abwurf der Atombombe auf

Hiroshima und Nagasaki durch die USA und dem Ende der Stalin-Roosevelt Koalition gegen Hitler gezwungen, auch die Bombe zu bauen. Die USA hatten durch ihre militärische/ökonomische Weltmachtstellung das internationale Kräfteverhältniss vor allem in Westeuropa und Südostasien entscheidend zu ihren Gunsten verändert. Präsident Truman wollte den "kommunistischen Einfluß" in Osteuropa mit Hilfe der Bombe zerstören, was die USA auch im Koreakrieg erprobten.
Ende der 50er Jahre gingen die Militärstrategen beider Supermächte davon aus, daß ein Atomkrieg gewinnbar ist. Auch die Sowjetunion hielt nicht viel von der atomaren "balance of power", der Abschreckungsdoktrin, und strebte eine nukleare Gefechtsüberlegenheit an, Generaloberst Rybkin äußerte sich dazu 1960 wie folgt: "Wer behauptet, ein Sieg im Kernwaffenkrieg sei überhaupt nicht möglich, hätte nicht nur auf theoretischer Ebene unrecht, sondern wäre auch politisch gefährlich... Die Möglichkeit eines Sieges a priori zurückzuweisen,ist eine schändliche Sache, weil es zu moralischer Abrüstung führt, den Glauben an den Sieg nimmt." Erst die Kubaraketenkrise ein Jahr später machte den sowjetischen Militärstrategen klar, daß die USA bereit waren, auf den roten Knopf zu drücken und ihre nukleare Überlegenheit bei den Interkontinentalraketen in der Praxis zu beweisen.
Die Geschichte der militärischen Rüstung von 1960 bis heute ist gekennzeichnet durch ein stetes Nachhinken der Sowjetunion, besonders auf waffentechnologischen Gebiet, hinter der Aufrüstung der USA/NATO. Aber die geschichtlichen Tatsachen werden auf den Kopf gestellt, wenn die Antiimps behaupten, die Sowjetunion befindet sich seit 1917 gegenüber den imperialistischen Mächten in einem stetigen Abwehrkampf. Insbesondere Stalin hat in seiner Auseinandersetzung mit einem seiner Hauptwidersacher nach Lenins Tod, Trotzki, nicht nur die Theorie des "Sozialismus in einem Land" verfochten, sondern diese auch auf Kosten des Verrats von revolutionären Bewegungen in anderen Ländern in die Praxis(1.) umgesetzt.
Zu erinnern ist u.a.an die oftmaligen Aufforderungen des großen Vorsitzenden an die chinesische KP (selbst noch nach 1945), doch mit der bürgerlichen Koumintang zusammenzuarbeiten; an die stalinistische Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien 1936-38; an den Verkauf Polens an Hitler; an der Verkauf des revolutionären Griechenland 1944 an Churchill; an den massiven Druck auf Tito, doch dem Drängen Englands nachzugeben und wieder eine Monarchie in Jugoslawien auch nach der Befreiung vom Faschismus einzuführen; und last not least erkannte Stalin als einer der ersten den Staat Israel an.

Gerade unter Stalin ging die Sowjetuniom entgegen den Warnungen Lenins wieder zur alten zaristischen Großmachtpolitik über. Und die Politik unter Chrustschov und Breschnev diente ebenfalls vorwiegend der Absicherung der durch den zweiten Weltkrieg erreichten Blockaufteilung. Die Unterdrückung der Arbeiterrevolten in Ungarn und der Einmarsch in die CSSR 1968 fallen genau in diesen Rahmen. Seit Stalin duldet die KPdSU keine Abweichung von der politischen und ideologischen Vormachtstellung im "Weltkommunismus", deshalb auch der jahrzehntelange "kalte Krieg" mit Mao. Wer da jetzt sagt, daß ist ja alles anti kommunistisch, der setzt den Stalinismus mit den Zielen des von Lenin / Marx formulierten kommunistischen Internationalismus gleich was einer Beleidigung der beiden Begründer des Kommunismus gleichkommt.

Mit der Zündung der ersten sowjetischen Atombombe 1949 gibt es faktisch die atomare Abschreckung. Atomkrieg bedeutet seitdem die gegenseitige Vernichtung. Binnen eines Jahrzehnts hatten beide Supermächte ein solches Atomwaffenarsenal angehäuft, daß eine mehrfache Auslöschung der Menschheit im Kriegsfall garantiert war. Durch die NATO Nachrüstung Ende der 70er Jahre und dem Amtsantritt Reagans wurde wieder eine seit 20 Jahren zu den Akten gelegte Militärdoktrin von den US Kriegsplanern angepriesen: "victory is possible". Mit

ihrem Atomgeschäft mit Brasilien: Atomsprengköpfen, die sogenannte Punktziele treffen, meinen die NATO Generäle einen Atomkrieg "führbar" zu machen. Durch Reagan und Weinberger wird darüber hinaus auch aus politischen Gründen eine neue Rüstungsspirale erklommen: Mittels eines gigantischen technologischen und finanziellen Vorsprungs gerade auf dem Gebiet der Computertechnik die Sowjetunion "totzurüsten". Also soweit die Rüstungsschraube anzuziehen, bis es in der Sowjetunion zu schweren Unruhen gegen die kommunistische Parteiführung kommt.

Mit der sich schnell fortsetzenden Computerisierung des Atomkrieges steigt jedoch auch die Gefahr des Auslösens eines atomaren Schlagabtauschs durch ein Versagen oder Fehler in den Rechnerprogrammen der Militärcomputer und zwar auf beiden Seiten. Trotz dieses Wahnwitzes scheinen die Militärstrategen im Kreml genau den selben Weg gehen zu müssen wie ihre Kollegen im Pentagon. Gerade auf dem militärtechnologischem Gebiet gleichen sich die beiden Supermächte immer mehr an,nur mit dem feinen Unterschied, daß dabei die Sowjetunion die gleichen Waffen mit einem zehnjährigen Unterschied zu den USA nachbaut. Und dieses hat Konsequenzen für das gesamte sowjetische Militärwesen, für die gesamte Gesellschaft in der Sowjetunion.

Die Sowjetgesellschaft ist seit dem Aufbau der Roten Armee durch Trotzki stark militarisiert. Trotzki war es auch, der die Gewerkschaften 1919 militarisierte, die politische Macht der Arbeiterfabrikräte brach. Stalin weitete Jahre später nach dem Ende des Bürgerkriegs die Militarisierung auf alle Arbeitsgebiete aus. Der Plan wurde Gesetz und Befehl zugleich, der Fabrikdirektor zum militärischen Führer für die Arbeiter. Die Bauern wurden zwangskolletiviert. Die Partei der Bolschewiki ist seit Stalin alles andere als die Herrschaft der Arbeiterklasse. Das gesellschaftliche Eigenrtum ist beileibe nicht in der Verfügungsmacht der Arbeiterklasse, sondern Eigentum des Staates und seiner entarteten bürokratischen Machtelite innerhalb der Partei, der sogenannten Nomenklatura. Zu dieser Machtelite zählt seit dem Sieg über den Faschismus auch das Militär. Selbst Chrustschov beklagte sich bereits in den 60er Jahren über die "unproduktiven Ausgaben" des Militärs: "Sie kommen immer mit dem Spruch angelaufen:Für das Geld, daß man heute an der Landesverteidigung spart, zahlt man in Blut, wenn morgen der Krieg ausbricht. Ich bestreite nicht,daß diese Männer eine ungeheure Verantwortung tragen, und ich zweifle nicht an ihren moralischen Qualitäten. Aber die Tatsache bleibt doch bestehen, daß der Lebensstandard des Landes darunter leidet, wenn bei der Festsetzung des Staatshaushalts ein Überhang zugunsten unproduktiver Ausgaben entsteht. Die unproduktivsten Ausgaben jedoch, und das ist schon eh und je so gewesen, sind die Ausgaben für die Rüstung."

Das Militär bestimmt also auch entscheidend den sowjetischen 5 Jahres Plan mit. Es prägt das gesellschaftliche Leben und das Militärwesen in der Sowjetunion fordert einen immer aufgeblähteren Rüstungshaushalt. Und dies, obwohl allein die Sowjetunion soviele Atomsprengköpfe besitzt, die ausreichen, die Menschheit mehr als zehnmal auszurotten.
Wieso dann auch heut noch die Sowjetunion die Plutoniumproduktion durch die "friedliche Nutzung" der Kernspatung nach den Vorstellungen der Antiimps braucht, um die Befreiungsbewegungen (welche eigentlich und in welchen Ländern ?) zu unterstützen, bleibt schleierhaft. Wenn die Antiimps von der Notwendigkeit der militärischen Verteidigungsfähigkeit in diesem Zusammenhang sprechen, so ist in einem Atomkriegsfall die Sowjetunion auch nicht mit der tausendfachen Zahl der jetzigen Atombomben "verteidigungsfähig". Seit Tschernobyl weiß selbst Gorbatschov, daß die Verteidigungsfähigkeit seines Landes gerade wegen der Atomkraftwerke erheblich eingeschränkt ist: "Einige wenige konventionelle Artilleriegeschosse würden ausreichen" (so laut "Spiegel" 30 / 86).

Die Unzahl der Plutonuimfabriken in der Sowjetunion muß auch mit einem Riesenpolizeiaufgebot überwacht werden, die Arbeiter müssen kontrolliert werden, die Umgebung der AKWs lebt in einem Ausnahmezustand, wie Tschernobyl bewiesen hat. Keine wahrheitsgetreuen Informationen, strikter Gehorsam gegenüber der Staatsbürokratie ist verlangt. Gibt es den "Atomstaat" nur im Kapitalismus ?

2. Das "zivile" sowjetische Atomprogramm

Wie im kapitalistischen Westen hatte die Entwicklung der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernspaltung, der Bau von Atommeilern zur Stromerzeugung immer auch den militärischen Zweck der Erzeugung von Waffenplutonium. Der Tschernobyl Reaktortyp war ursprünglich ein rein militärischer Reaktor.Die Sowjetregierung forcierte die "friedliche Nutzung" der Atomenergie jedoch erst mit der sogenannten ersten Olkrise 1973. Damals wurden die ersten Öl und Erdgasfelder in Sibirien entdeckt. Die AKWs sollten im hochindustrialisiertem Westteil der Sowjetunion (Ukraine, Weißrußland) den Strom produzieren, und das Erdgas und das Erdöl waren von Anfang an für den Export bestimmt. Dazu schreiben J.Scheer/W.Heuler:"Es ist kein Zufall,daß das heutige sowjetische Atomprogramm Anfang der 70iger Jahre im Kontext der internationalen Energiekrise entwickelt wurde.Es war von Anfang an durch die Hoffnung genährt ,durch die Verschiebung der Kräftekonstellation auf den internationalen Rohstoffmärkten die eigene Konkurrenzsituation verbessern zu können".Binnen eines Jahrzehnts wurde die SU nicht zuletzt dank des massiven Ausbaus des Atomprogramms in den dichtbesiedelten Regionen zu einem der größten Rohstoffexporteure der Welt. .Im Handelsverkehr mit den kapitalistischen Staaten erbrachten der Export des Sibiriengases und Öls 1984 mehr als 80% der Devisen erlöse! Die Exportwarenstruktur der SU ist völlig einseitig geworden und demzufolge die Abhängigkeit der Devisenerlöse von der Entwicklung des kapitalistischen Weltmarktes geradezu eklatant.So sind aufgrund des Ölpreisverfalls die Deviseneinnahmen aus dem Erdölexport in den Westen im 1.Quartal 1986 um 38% gegenüber dem gleichen Zeitraum 1984 gesunken!

Die SU ist heute der größte Erdölproduzent der Welt,fördert allein 1/3 des Welterdgases.Nur nebenbei:die BRD bezieht 1/3 des für die AKWs notwendigen angereicherten Urans aus der SU! Die UdSSR ist natürlich für die RGW-Staaten der wichtigste Rohstofflieferant und läßt sich das Öl und Erdgas mit Investitionsgütern,Fabriken und Maschinen bezahlen. Sie verkauft die Prämerenergie in der Regel unter dem Weltmarktpreis an ihre verbündeten Staaten.

An dieser Struktur des Warenexports der SU wird sich in den nächsten Jahren kaum etwas ändern. Energierohstoffe gegen westliche Technologie Importe. Bis 1990 soll laut 5-Jahres-Plan. die Stromerzeugungskapazität

der sowj. AKWs trotz Tschernobyl- verdoppeln, und dieSU will verstärkt AKWs exportieren nach Kuuba,Libyen, Türkei z.B.. Aber auch die Kooperation mit den RGW-Staaten wird verstärkt. Die CSSR, Polen, Ungarn beteiligen sich z.B. bei einem 4000 MW-AKW-Komplex in der Ukraine. Dabei ist die polnische Beteiligung besonders absurd. Polen erzeugt bisher seinen Strom mit einheimischer Kohle. Da die Kohle aus den polnischen Gruben jedoch so schlecht aufbereitet ist,arbeiten die polnischen Kohlekraftwerke völlig unrentabel. In Polen ist errechnet worden, das Jährlich wegen des viel zu hohen Steinabraumanteils in der Kohle 2500 MW Kraftwerksleistung für das Aufheizen dieser Steine verloren geht, die Kessel und Roste zumdem schneller verrosten. Doch diese Unproduktivität in der Energieversorgung ist keine poln. Eigenheit.Technologische Rückständigkeit, geringe ProduktivitÄt und demzufolge krasse Planrückstände kennzeichnen auch die sowj. Erdöl und Erdgasförderung. Dies trifft auch auf den Ausbau des Atomprogramms zu. Über die Schlampereien und technischen Pannen beim Bau des Tschernobylreaktors ist auch in der SU berichtet worden. Ebenso über die Skandale in der AKW-Schmiede "Atomasch", wo 1983 der Leiter seinen Hut nehmen mußte, nachdem ein Atomkraftwerk am Don infolge einen Hochwassers in den Fluten versank und dabei mehrere Arbeiter getötet wurden.
J.Scheer wies in seiner Untersuchung über das sowjetische Atomprogramm nach, daß es auch in der SU kein wirtschaftliches Argument gibt, welches den Bau von AKWs rechtfertigt. Alle alternativen Energiträger (Kohle, Gas,...) sind nach Berechnungen sowj. Ökonomen billiger. "Es gibt also in allen russischen Regionen schon heute Aletrnativen der Elekrizitätsversorgung, die zwischen 65 und 70% billiger sind als Atomstrom", so Scheer.(FR v. 5.7.86)

Erklärbar ist der massive Ausbau des Atomprogramms deshalb nur aus der Umstrukturierung der Energieversorgung. Erdgas und Öl für den Export, Atomstrom für die inländische Industrie. Aus ökologischen Gründen ist der Bau der AKWs besonders in der wasserarmen Ukraine besonders blödsinnig. Es müssen riesige Wasserteiche angelegt werden, für einen 4000 MW-Komklex 20-25 qkm, fast so groß,wie West-Berlin! Damit könnten Felder bewässert werden, auf denen Getreide für 1 Million Menschen angebaut werden könnte, stattdessen importiert die SU gegen harte Devisen Weizen aus dem kapitalistischem Ausland. Diese hahnbüchene Energiepolitik wird selbst in einem vor Tschernobyl veröffentlichten Artikel im Pareiorgan "Kommunist" ansatzweise kritisiert. Die Frage des Brennstoffkreislaufs und der Endlagerung ist laut dem Artikel ebenfalls ungelöst. Hingewiesen wird auch auf die erhöhte Strahlung beim Transport des Atommülls. Trotz aller ökologischen Einwände spricht sich der Artikel für den forcierten Ausbau des Atomprogramms aus: "Einerseits ist ohne Kernernergie die Schaffung der energetischen Basis des entwickelten Sozialismus unmöglich. Aber anderseits erschweren die zunehmend negativen Seiten und Folgen ihrer Entwicklung schon jetzt die Lösung mancher wirtschaftlichen Aufgaben und können sie In naher Zukunft noch mehr komplizierèn." Nun, diese "nahe Zukunft" ist heute schon Vergangenheit. Tschernobyl kostet die UDSSR nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 10 Milliarden Rubel, abgesehen von den tausend Strahlenopfern.

"Für den entwickelten Sozialismus" müssen eben Opfer erbracht werden, "Unfälle" werden den weiteren Ausbau der Atomenergie begleiten, gab kurz nach Tschernobyl der sowjetische Botschafter in Libyen zu verstehen. Genau wie ihre westlichen Kollegen sind die sowj. Funktionäre darin geübt, das Risiko runterzuspielen. Noch im September 84 verkündete der sowj. Energieminister beim Besuch eines AKW's in Odessa: "Solche Stationen sind sehr ökonomisch und können in unmittelbarer Nähe einer Stadt gebaut werden, weil sie keinen Rauch ablassen und vollkommen sicher sind." Was Wunder, wenn nach der "Havarie" von Tschernobyl die sowjetischen Atomwissenschaftler enger mit den kapitalisti-

schen Atomkonzernen und Wissenschaftlern zusammenarbeiten wollen. In vielem haben sie offenbar die gleichen Interessen. Nach Tschernobyl werden die Atomarbeiter und die Bevölkerung weiterhin über die Gefahren im unklaren gelassen: " In unseren Zeitungen und Nachrichten des Lokalsenders erfährt man nichts", beschwerte sich ein "Prawda"-Leser aus dem ukrainischen Tschernigow. Dafür erfuhren Gorbatschow`s Amtskollegen aus den sowj. Bündnisländern wohl so viel, daß selbst Erich Honecker in einem Interview mit einer schwedischen Zeitung von "erschütternden Berichten" sprach; das Leid der Menschen in und um Tschernobyl "sei unfaßbar". Honecker selbst sprach sich für den Ausstieg aus der Atomenergie aus.
Wieso ist die Forderung nach Stillegung aller AKW`s in Ost und West die "Sprache des Kalten Krieges"?

Zusammenfassung: Die SU baut vornehmlich das Atomprogamm massiv aus, um die anderen Energieträger zu exportieren. Dadurch wird die UDSSR mehr und mehr abhängig vom kap. Weltrohstoffmarkt. Mit den Devisen kauft die SU kapitalistische Technologie und Investitionsgüter zur effektiveren Ausbautung der Rohstoffe ein, auch um so die geringe Produktivität in der sowj. Industrie schneller zu erhöhen und international konkurrenzfähiger zu werden.

Trotz bekannter Umweltgefahren und ökologischer Katastrophen läßt sich keine Abkehr vom weiteren Ausbau der Industriezentren nebst den großen AKW-Komplexen feststellen. Die Umweltverseuchung im westl. Teil der SU hat ungeheure Ausmaße erreicht. Im Donezbecken ist z.b. 70% des Grundwassers durch die Chemie verseucht.
Die Risiken der Atomkraftwerke werden bewußt in kauf genommen um westl. Devisen zu erlangen und den eingeschlagenen Weg der Automatisierung, Computerisierung der Industrie und Chemiesierung der Landwirtschaft weitergehen zu können. Technologisch und industriepolitisch beschreitet die UDSSR zunehmend dieselben Pfade wie die kapitalistischen Industriestaaten; ökologisch schliddert die SU offensichtlich noch schneller in die Katastrophe.
Was hat das alles noch mit Sozialismus und Befreiung zu tun?

Zwei Nachbemerkungen: Beim Besuch Außenminister Genschers in Moskau bot laut `Spiegel` vom 28.7.86 Generalsekretär Gorbartschow "joint ventures" mit bundesdeutschen Unternehmen an. Die deutsche Wirtschaft könnte in "Freihandelszonen" Fabriken errichten mit völliger Steuer- und Zollfreiheit. Die Sowjetunion würde die Arbeitskräfte stellen.
Also im Klartext: Sowjetische Arbeiter werden für westdeutsches Kapital ausgebeutet, dafür erhält die SU dann ein

Teil der Waren für ihren Binnenmarkt. Ähnliche Beispiele solch fragwürdiger Kooperationen gibt es seit mehreren Jahren aus Ungarn, China, Rumänien und Bulgarien zu berichten. Diese Angebot Gorbartschows wäre ein weiterer Schritt auf die Integration der SU in den kapitalistischen Weltmarkt mit all seinen negativen Folgen für die sowjet. Wirtschaft.

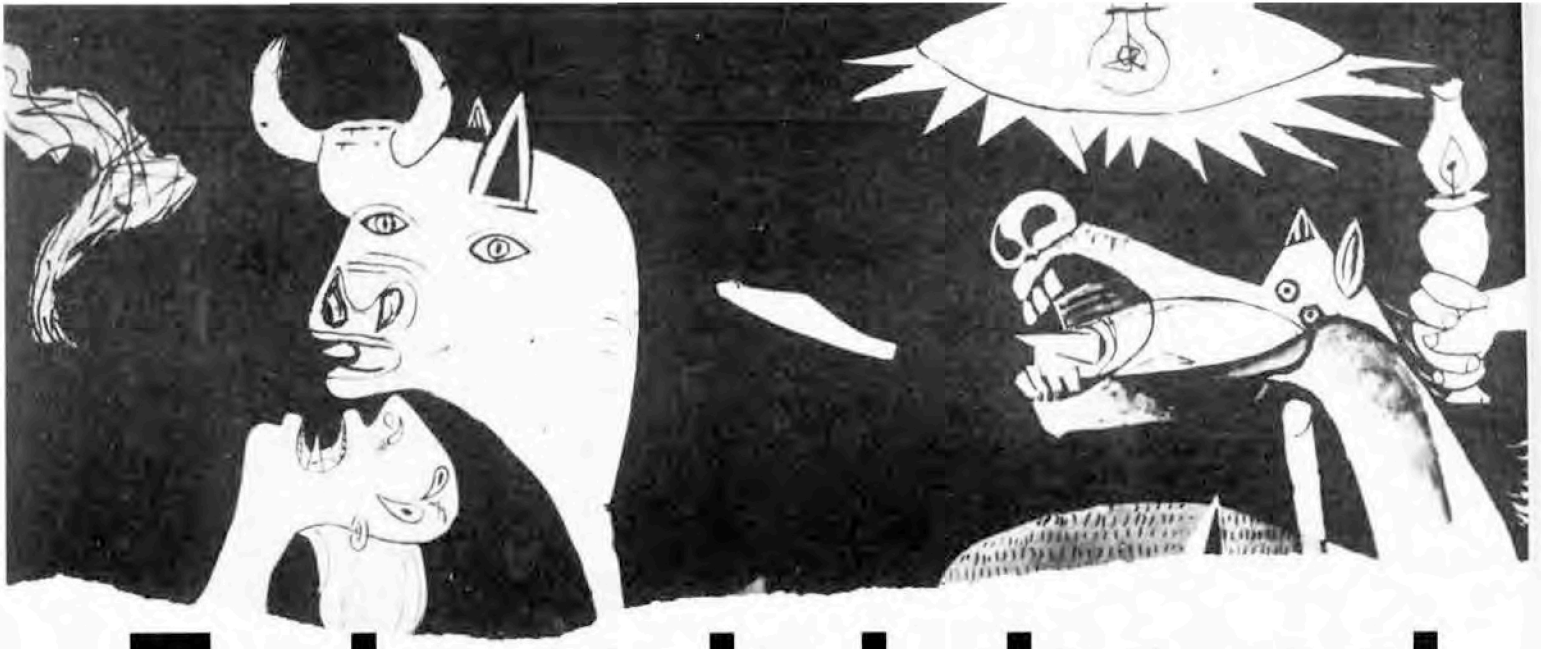
Und ein Letztes: In einem Interview mit dem Kölner Express hat der sowj. Botschafter in Bonn ausdrücklich den Besuch Genschers in Moskau gelobt und sich für ein Verbleiben der BRD in der NATO ausgesprochen, dies wäre "..ein Beitrag zur Stabilität in Europa. Die Deutschen müßten allerdings lernen ihre eigne Sprache innerhalb des Bündnisses zu sprechen und nicht nur aus dem Englischen immer übersetzen. Der Hintergrund der Äußerungen des sowjet. Botschafters liegt klar auf der Hand, er erhofft von den Westeuropäern die Unterstützung der Abrüstungsinitiative Gorbartschows und damit die Verhinderung von SDI. Dabei nimmt die SU den Verbleib der BRD in der NATO durchaus in Kauf, ja dies ist für ein Gelingen der Gorbartschow-Initiative bis zum Jahr 2000 geradezu eine ihrer elementarsten Voraussetzungen die BRD hat für die SU eine wichtige Rolle in der NATO zu spielen.

Nur Zyniker können jetzt behaupten, daß damit nachträglich die Friedensbewegung folgt frau der Logik der sowjet. Politik EUROPA eher destabilisiert hat, denn sie fordert(e) ja entschieden den Austritt der BRD aus der NATO!

Nun, angesichts des Ausverkaufs der Ideen revolutionärer internationaler Solidarität durch die Sowjetunion kann ich ja auch nur noch zynisch werden.

1) Wider der materiellen Lage, wider der revolutionären Entwicklung der Klassenkämpf in den Ländern entschied Stalin gegeh die revolutionären Interessen der Arbeiter und Bauern und unterstützte durch seine Politik die konterrevolutionären bürgerlichen Fraktionen.
2) Entgegen vielen Gerüchten hat die SU überhaupt keinen Energiemangel. Sie setzt die produzierte Energie nur völlig unrationell ein. Nur ein Beispiel: In der SU muß 1 Tonne Stahl mit mehr als der doppelten Menge an Energie hergestellt werden als in Westeuropa. Der 5-Jahresplan kennt bisher keine Energieprogramme, keine dezentrale Kraft-Wärme-Koppelung, keine Wind- oder Sonnenenergiekraftwerke. Ebenso gibt es keine Schadstoffrückhaltung bei den unzähligen Kohlkraftwerken, die sind eben hoffnungslos veraltet und sollen durch AKW`s ersetzt werden

aus: UNZERTRENNLICH



Tschernobyl: das real existierende Inferno

Tschernobyl war ein ein atomares Inferno — und bleibt es noch auf Jahrzehnte. Nicht nur für die unmittelbar betroffenen Menschen in der UdSSR, sondern weltweit.
20 Millionen Menschen werden in den nächsten Jahrzehnten an den Folgen der Nuklear-Katastrophe sterben, allein in der BRD 300 000 bis 500 000.
Diese Zahlen sind das Ergebnis einer Analyse von Prof. Jens Scheer (Bremen), die wir im Folgenden abdrucken. Seine Berechnungen, mit denen er der offiziellen Verharmlosungsstrategie entgegentritt, eröffnen dem Tschernobyl-GAU, diesem größten Unglück der zivilen Industriegeschichte, eine weitere Horror-Dimension: Es geht nicht einfach um eine hohe Zahl von Opfern und schon gar nicht um eine "statistisch nicht meßbare" Erhöhung des Krebsrisikos. Es geht — auch in der BRD — um die Tötung eines nennenswerten Teils der Bevölkerung infolge radioaktiver Belastung. Möglicherweise stirbt jede(e) zehnte BRD-Einwohner(in) an den Folgen von Tschernobyl.
Jens Scheer's Ergebnisse mögen manchem übertrieben erscheinen. Er selbst nennt sie einen Beitrag zur Diskussion. Aber es ist ein Diskussionsbeitrag mit einer erschreckend plausiblen und abgesicherten Beweisführung.

Kaum eine Zeitschrift nach Tschernobyl ohne Artikel über biologische Wirkung von Strahlen, ob regierungsnah oder oppositionell, ob pro oder contra Atomenergie. Kaum aber eine benennt unter dem Wust von Becquerels und Millirems die wirklichen Konsequenzen, sondern fast alle verbleiben in mehr oder weniger korrekten Darstellungen, wie man aus ersteren die letzteren gewinnt und bezeichnet die dann mehr oder weniger willkürlich je nach Standpunkt als gefährlich oder ungefährlich. Fast alle sind sich einig: im derzeit für die BRD zutreffenden Dosisbereich gibt es keine konkreten Erfahrungen über Krankheits- und Todeszahlen. Ganz hartgesottene Befürworter nennen winzige Zahlen; die meisten stimmen in das "ignoramus - wir wissen nichts" ein, und auch die Gegner, denen so geringe Zahlen unheimlich sind, aber nichts besseres wissen, übernehmen sie mit mehr oder weniger gutem Gefühl, oder schweigen sich aus oder bleiben im Qualitativen: "eher gefährlich, höchst bedenklich" etc.

Das zeigt alles nur, wie effektiv die Politik des Totschweigens von wichtigen wissenschaftlichen Arbeitn zu diesen Fragen funktioniert hat, daß auch wohlmeinende und atomkritische Wissenschaftler keine Kenntnis davon haben (genauso ging es mir vor 15 Jahren auch, als ich als langjähriger Strahlenschutzverantwortlicher eines Kernforschungsinstituts von Bremer Bürgerinitiativen auf die kritische US-Literatur hingewiesen werden mußte, was dann Anfang meiner Gegnerschaft zur Atomenergie wurde).

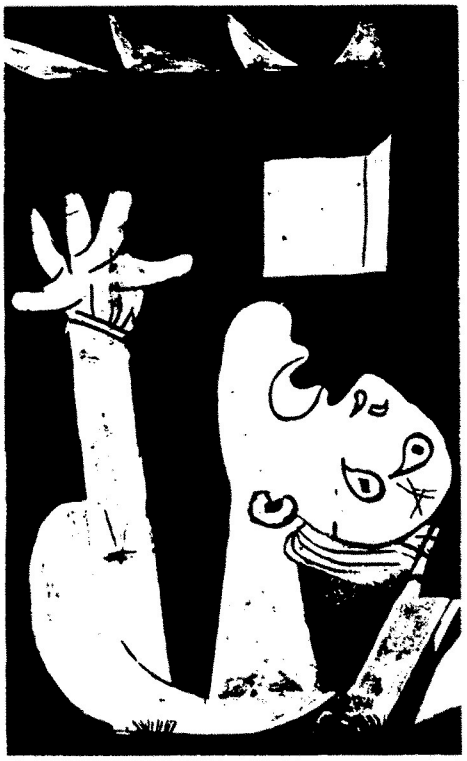
Ich werde im ersten Abschnitt einige der seit neuerem oder längerem vorliegenden Befunde - vor allem auch aus den USA schildern, im zweiten einiges zu den möglichen Wirkungsmechanismen sagen und im dritten konkrete Abschätzungen für die BRD angeben.

Statistische Befunde

Wie inzwischen weitverbreitet, gibt man die Aktivität einer radioaktiven Substanz in Becquerel an, was bedeutet die Anzahl der Strahlungsblitze pro Sekunde (genau genommen die der radioaktiven Umwandlungsereignisse eines radioaktiven Atomkerns in einen anderen Atomkern, was mit jeweils mehreren Strahlungsblitzen begleitet sein kann). Es gibt die verschiedensten radioaktiven Elemente, die sich in der Umwelt und in den Organismen ganz verschieden verhalten.

Der erste Typ von Befunden stellt unmittelbar Beziehungen her zwischen Gesundheitsschäden in einer Bevölkerung und der Konzentration von radioaktiven Stoffen in Lebensmitteln, die diese Bevölkerung zu sich nimmt. Da meist nicht alle Elemente registriert werden, beziehen sich solche Untersuchungen auf ein bestimmtes Isotop, wie z.B. Cäsium-137 und verwenden das als "Leitisotop", als Repräsentanten für das ganze Isotopengemisch. Die wichtigste hier zu nennende Arbeit ist die von Lave, Leinhard und Kaye (1). Sie finden pro 1 Million Menschen, die ein Jahr lang Milch, die im Liter 1 Becquerel Cäsium-137 enthält, trinken,

»60 zusätzliche Tote pro Million Menschen bei nur 1 Bq Cäsium in einem Liter Milch«



60 zusätzliche Tote (wohlgemerkt, nicht durch das Cs allein, sondern durch das Isotopengemisch, wie es infolge der Atombombenversuche auftrat, mit Cs als charakterisierendem Leitisotop). Bezogen auf Strontium-90 als Leitisotop erhalten sie 400 Tote auf 1 Million, die ein Jahr lang 1 Becquerel Sr-90 im Liter Milch trinken.

Dies gilt natürlich für die Zusammensetzung des radioaktiven Fall-outs wie er infolge der Atombombenversuche in den USA herrschte, genaue Übertragungen für die Situation nach Tschernobyl ist also nicht möglich, wohl aber die ungefähre Größenordnung. Diese Daten wurden so gewonnen, daß die räumlichen und zeitlichen Variationen der Sterblichkeitsdaten in Beziehung gesetzt wurden zu einer großen Zahl von Größen naturwissenschaftlicher und sozioökonomischer Art, die alle zur Todeshäufigkeit beitragen können. Dabei wurde der entsprechend wenig verzögerte Einfluß der Radioaktivität herauspräpariert. Die stark verzögert auftretenden strahleninduzierten Krebs-Todesfälle, deren Ursache also jeweils viele Jahre zurücklag, wurden dabei praktisch nicht erfaßt.

Damit geben die Daten von Lave u.a. im wesentlichen die nicht durch Krebs bewirkten Todesfälle wieder, und die infolge der radioaktiven Strahlung bewirkten verzögerten Krebsfälle, die auf andere Weise gewonnen werden müssen, sind da noch hinzuzufügen. (Dies war in (13) aufgrung unvollständiger Informationen nicht richtig dargestellt worden.)

Der zweite Typ von Befunden stellt Beziehungen her zwischen der Strahlenmenge (gemessen in Millirem o.ä.) und der Zahl von Krebserkrankungen. Will mensch hieraus konkrete Folgerungen bei der Belastung einer Bevölkerung mit radioaktiven Stoffen ziehen, muß mensch erst die in Becquerel vorliegenden Angaben über die Aktivitäten strahlender Stoffe umrechnen in die Strahlungsmenge, die in den Organen der Bevölkerung vorhanden ist, die diese Stoffe bewirken.

Zum ersten Problem: der Beziehung zwischen Strahlungsmenge (Dosis) und biologischer Wirkung:

Hier mußte mensch sich lange Zeit stützen auf die Untersuchungen der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki sowie auf Menschen, die zu medizinischen Zwecken, z.B. am Rückenmark, bestrahlt wurden und dann später in unabsichtlich bestrahlten Organen an Krebs erkrankten. Auf älteren Interpretationen dieses Datenmaterials beruhen die von offiziellen Stellen gegebenen Abschätzungen, daß Bestrahlung von 1 Mio Menschen mit 1 Rem zu 10 bis 100 Krebstoten führe. Diese Daten müssen seit langem nach oben korrigiert werden, der richtige Wert für derartige akute Bestrahlungen liegt bei etwa 1000 Krebstoten bei 1 Mio, die mit 1 Rem bestrahlt wurden, oder korrekter, wenn man sagt, daß 0,1 Mio mit 10 Rem bestrahlt wird.

Die letzte Bemerkung ist wichtig, weil mensch inzwischen nämlich gelernt hat, daß es entgegen verbreiteter Ansicht **nicht** egal ist, ob eine geringe Zahl von Menschen mit einer hohen Dosis oder eine höhere Zahl von Menschen mit einer kleineren Dosis bestrahlt wird, daß mensch also nicht einfach die Zahl der Menschen mit Höhe der Dosis malnehmen darf, um so etwas wie eine "Bevölkerungsdosis" zu erhalten, die entsprechend für alle Dosisbereiche und alle Kollektive gilt.

Vielmehr weiß mensch heute, daß die Kurve, die die Zahl der Toten als in Abhängigkeit von der erlittenen Dosis angibt, anfangs sehr steil ansteigt und dann bei höheren Dosen flacher wird und einen linearen Verlauf annimmt.

Das kann mensch heute sagen, weil es nämlich Untersuchungen gibt, von denen es hierzulande durchweg heißt, daß sie unmöglich seien, weil eine Zahl von Zehntausenden von Menschen mit gut bekannten Dosiswerten über Jahrzehnte verfolgt werden müßte. Genau das ist geschehen: Mancuso, Stewart und Kneale haben die Lebensschicksale von über 30 000 amerikanischen Atomarbeitern von den Anfängen in den 40er Jahren bis in die späten 70er verfolgt, die während ihrer Berufstätigkeit relativ korrekt auf Strahlenbelastung überwacht wurden. Das erschütternde Ergebnis (3): von 1 Mio Menschen, die mit 1 Rem bestrahlt wurden, sterben rund 7000 an Strahlenkrebs. Das gilt wohlgemerkt nur für den unteren Dosisbereich, durchweg unter 1 Rem, d.h. unterhalb der zulässigen Jahresdosis von 5 Rem. Daß bei so niedrigen Dosen verstärkt Krebs auftritt, haben auch weitere Untersuchungen an etwa 140 000 amerikanischen und britischen Atomarbeitern gezeigt (18).

Die Autoren wurden zunächst sehr angegriffen, weil eine Umrechnung dieser Werte

auf den höheren Dosisbereich, wo vielfältige Untersuchungen vorliegen, zu viel zu hohen als die beobachteten Werte geführt hätten. Dieser Widerspruch ist aber inzwischen aufgelöst, weil dieselben Autoren bei genauer Analyse ihrer Daten zeigen konnten, daß die Kurve den erwähnten gekrümmten Verlauf hat und es deshalb unzulässig ist, vom hohen auf den niedrigen Dosisbereich zu schließen und umgekehrt. Beiden Werte 1000 oder 7000 sind richtig, sie gelten für verschiedene Dosisbereiche.

Zum zweiten Problem: der Dosis, die bei Aufnahme von Isotopen mit verschiedenen Aktivitäten (Becquerel-Zahlen) in den menschlichen Körper davon bewirkt werden:

Hierzu muß mensch sehr komplizierte Rechnungen durchführen, für jedes Isotop in jeder Sorte Nahrungsmittel: Wieviel nimmt der "durchschnittliche Bundesbürger und die durchschnittliche Bundesbürgerin" im Jahr davon auf, wie wird das im Körper verteilt, wo angereichert, vielleicht wieder ausgeschieden? Es gibt seitens der Regierung festgelegte sogenannte Berechnungsgrundlagen, wie derartige Rechnungen für Gutachten über Atomanlagen durchzuführen sind; dabei werden vielfach groteske Unterschätzungen der wirklichen Vorgänge vorgenommen.

Zum Beispiel gibt das Innenministerium vor, das Verhältnis von Cäsium-137 in der Pflanze zu dem im Boden sei 0,05. In Wahrheit wurde etwa bei Klee gemessen 33,00. Für Strontium-90 sind die entsprechenden Werte: vom Ministerium festgeschrieben: 0,4, bei Klee gemessen: 7,4. Das gibt zum einen ein Gefühl für die ungeheure Streubreite der vorliegenden Meßwerte und illustriert zum anderen, daß das Ministerium, beraten durch die Strahlenschutzkommission, systematisch zu optimistische Werte festschreibt. Mit solchen offiziellen festgeschriebenen Rechenverfahren kommen die vielfach verbreiteten Formeln zustande, 1 Bq Jod-131 in 1 Liter Milch führt bei Kindern zu 0,4 Millirem Belastung der Schilddrüse, also die zugelassenen 500 Bq führen zu 200 Millirem, während die zulässige Jahresdosis 90 Millirem ist (aus dem Gesagten geht natürlich hervor, daß es keine unschädlichen Grenzwerte gibt, die Grenzwerte werden ganz ausdrücklich durch Abwägung der Kosten für die Atomindustrie gegenüber den volkswirtschaftlichen Kosten durch Krankheits- und Todesfälle festgelegt, wie von der Internationalen Strahlenschutzkommission empfohlen) (16).

Wie mensch sieht, gehen hier ungeheure Unsicherheiten ein, Annahmen über das Verzehrverhalten der BRD-Bevölkerung, abgesehen von allen individuellen Besonderheiten (Allergiker sind z.B. wesentlich empfindlicher als der Durchschnittsmensch).

Der dritte Typ von Befunden stellt Beziehungen dar zwischen dem örtlichen und zeitlichen Verteilungsmuster, gewissen Gesundheitsschäden in der Bevölkerung und der durchschnittlichen radioaktiven Belastung, ohne diese genau quantifizieren zu können.

So zeigte sich für die systematisch registrierte Säuglingssterblichkeit in den USA immer dasselbe Muster: Der seit den 30er Jahren fallende Trend kam in der Zeit nach den Atombombenexplosion in den durch deren Fallout belasteten Staaten zum Stillstand; teilweise stieg die Zahl der Fälle sogar an (Beispiel: In einer Bevölkerung, die 1 Bq Strontium-90 pro Tag aufnahm, verdreifachte sich die Säuglingssterblichkeit (17)). Nach Ende der Bombenversuche in der Atmosphäre kehrte sich mit etwa 15 Jahren Verzögerung der Trend um und erreichte mit Beginn der 80er Jahre wieder die Werte, die von dem langfristigen Verlauf vor den 50er Jahren zu erwarten gewesen wären. Das galt allerdings nur für diejenigen Staaten der USA, die nicht zusätzlich durch Atomanlagen belastet waren, dort blieb die Rate auf dem Niveau der 60er Jahre oder stieg - etwa nach dem Unfall von Harrisburg - sogar noch an. Auffällig ist ferner, daß entsprechende Statistiken in der Sowjetunion einen ständigen Abfall der Säuglingssterblichkeit bis etwa 1975 zeigen, dann einen durch die üblicherweise genannten Faktoren nicht zu erklärenden Anstieg zeigen, der immerhin dort zum verstärkten Aufbau des Atomprogramms parallel läuft. Man kann abschätzen, daß die Zahl der indirekten Opfer der Strahlung die der Krebstoten noch übertrifft.

Denn es gibt inzwischen eine lange Liste der Infektionskrankheiten, deren Häufigkeit durch Strahlung verstärkt wird: die Gesundheitsstatistiken der USA zeigen in den sechziger Jahren für folgende Krankheiten eine Korrelation mit der Radioaktivität in der Nahrung infolge der Atombombenversuche: Lungentuberkulose, Masern, Scharlach, Windpocken, Keuchhusten, Meningitis, Kinderlähmung, Syphilis, Gonorrhöe, Gelbsucht, Röteln (9). Dies spricht für die Hypothese, daß die Strahlung das Immunsystem schwächt. Immunschwäche wurde auch bei Anwohnern von Nagasaki festgestellt, die im Mutterleib zur Zeit der Bombenexplosion bestrahlt worden waren (1).

»Parallel zum Aufbau des Atomprogramms steigt die Kindersterblichkeit«

Biologische Mechanismen

Am bekanntesten ist die Erzeugung von Krebs dadurch, daß die Strahlung die Zellkerne trifft, dort die Information über die Vervielfachung der betr. Zelle stört, mit dem Ergebnis, daß sich dort ein Krebs entwickelt, was teilweise mit Verzögerung von mehreren Jahrzehnten geschehen kann.

Diese Art der Schädigung ist proportional der Bestrahlungsmenge. Es ist also grundsätzlich unsinnig zu fragen, wieviel Becquerel sind für mich schädlich. Das ist genauso, wie wenn jemand mit einem Maschinengewehr blind in die Menge schießt; da kann man auch nicht fragen, wieviele Kugeln sind tödlich? Sondern jede einzelne ist tödlich, und es kommt nur auf die Chance an, getroffen zu werden, und die ist umso größer, je mehr Kugeln pro Sekunde in die Menge abgeschossen werden, entsprechen den Strahlungsblitzen (angegeben in Becquerel) pro Sekunde.

Es gibt aber noch weitere Schädigungsarten, die besonders effektiv sind bei kleineren Dosen, die zudem noch zeitlich verteilt, also chronisch gegeben werden. Dann kommen nämlich gewisse chemisch aktive Stoffe, sogenannte Radikale, zum Zuge, die durch die Strahlung erzeugt werden und die die Zellwände schädigen. Beschädigte Zellwände lassen verschiedene Giftstoffe in die Zelle ein, die dann z.B. Krebs, aber auch andere Krankheiten verursachen können. Das Merkwürdige ist nun, daß die chemischen Radikalen, die dabei eine Rolle spielen, außerdem die Tendenz haben, sich gegenseitig in die Quere zu kommen, um sich dann gewissermaßen zu entwaffnen, so daß sie dann nicht mehr die Membranen schädigen können. Das macht verständlich, daß dieser spezielle Schädigungseffekt bei hohen Dosiswerten weniger effektiv ist und nur bei geringen Dosiswerten zum Tragen kommt (4).

Die Schwächung des Immunsystems geht wahrscheinlich so vor sich, daß Strontium-90, das sich ja bevorzugt im Knochen festsetzt, das Knochenmark bestrahlt und dabei die Bildung von Zellen beeinflußt, die für die Immunabwehr im Körper zuständig sind. Die katastrophale Wirkung relativ geringer Strahlenmengen wird dabei plausibel durch einen schon vor längerer Zeit von Stokke beobachteten Effekt, daß nämlich diese Wirkung bei geringen Dosen sehr steil anstieg und dann die Kurve bei größeren Dosen in einen flacheren Verlauf überging (2). Diese Kurve verläuft damit ähnlich wie die von Mancuso u.a. beobachtete Kurve, die die Häufigkeit von Krebserkrankungen bzw. Todesfällen angibt (3) und einen ähnlichen Verlauf zeigt, zudem vielfach die Zahl von Mutationen infolge ionisierender Strahlung (4). Damit zeichnet sich ein allgemeines Phänomen ab, daß nämlich für eine große Zahl verschiedener Strahlenwirkungen gilt, daß sie im unteren Dosisbereich relativ stärker sind, als mensch aus den Untersuchungen bei hohen Dosen vermuten würde (5). In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß nach neuesten Ergebnissen von Alice Stewart ein hoher Prozentsatz -

»80 Prozent der Kinderleukämie geht auf die Radioaktivität zurück«

80%! - der Kinderleukämie in Großbritannien auf die radioaktive Hintergrundstrahlung - also natürliche Belastung und Produkte von Atomexplosionen zurückgeht (6).

Auch in der BRD wurden Untersuchungen durchgeführt, die in dieselbe Richtung weisen. Mehring (7) stellte schon 1972 fest - was mir erst jetzt auf dem Umweg über amerikanische Kollegen bekannt wurde - daß im Blutbild von deutschen Wehrpflichtigen und Polizisten in den sechziger Jahren sich Korrelationen von verschiedenen Phänomenen, wie Verringerung der Zahl der weißen Blutkörperchen, mit der radioaktiven Belastung infolge der Atombombenversuche zeigten. Das heißt, es dürfte auch hier eine entsprechende Zahl von Erkrankungen infolge der radioaktiven Verseuchung aufgetreten sein, man kennt sie nur nicht, weil die entsprechenden statistischen Daten fahlen bzw. nie ausgewertet wurden.

Diesen indirekten Strahlenwirkungen ist gemein, daß sie mit nur geringer Verzögerung auftreten und sich deshalb im zeitlichen Verlauf eine deutliche Korrelation mit der in der Nahrung vorhandenen Radioaktivität feststellen läßt. Die Todesfälle infolge strahlenerzeugtem Krebs zeichnen sich dabei viel weniger ab, soweit zwischen Bestrahlung und Erkrankung bzw. Tod viele Jahre liegen. Es ist allerdings nicht auszuschließen, daß gerade das Zusammenwirken der Immunschwächung mit anderen Krebserregern eine Verkürzung der sonst allgemein geltenden Latenzzeiten bewirkt.

Ein weiteres Beispiel ist die Behinderung der Ausbildung der Lungen bei Ungeborenen durch Bestrahlung der Mutter. Das Ergebnis ist, daß das Baby nach der Geburt sich weniger rasch entwickelt und damit weniger widerstandsfähig ist und leichter Infektionen zum Opfer fällt.

Dies mag einen Eindruck über die Vielfalt der Weisen geben, wie radioaktive Strahlung schädigt und daß der Strahlenkrebs nur die Spitze eines Eisbergs von noch weniger spezifischen Strahlenschäden ist.

Abschätzungen für die BRD

Aus den Befunden von Lave und Mitarbeitern kann man die Opfer unter den 60 Mio Einwohnern der BRD abschätzen, die vor allem durch indirekte Wirkung der Strahlung infolge der Schwächung des Immunsystem zu Tode kommen. Mensch braucht dazu die mit den Lebensmitteln aufgenommenen Mengen von Strontium-90 oder Cäsium-137, als den wichtigsten langlebigen vorkommenden Isotopen, da Lave, u. M. sich darauf beziehen.

Es werden sehr differenzierte Werte angegeben, die von 4 Bq Cs-137/Liter bis 200 Bq Cs-137/Liter streuen, was sich durch den stark wetterabhängigen Niederschlag in den Wochen nach der Katastrophe erklärt. Ein Bereich von 10-20 dieser Einheiten erscheint realistisch.

Dies gilt für das erste Jahr nach der Katastrophe. Durch die Erfahrungen mit dem Bomben-Fallout ist zu erwarten, daß beide Elemente langsam aus der Biosphäre in tiefe Bodenschichten verschwinden. Das bewirkt in den folgenden Jahren geringere Strahlenbelastungen: Die Cs-Werte des ersten Jahres sind etwa mit 2,5 zu multiplizieren, um die wirksame Summe des kommenden Jahrzehnts zu erhalten. Die Formel kann aber durchaus eine Unterschätzung bedeuten, da sie sehr von der Art der Nahrungsaufnahme abhängt. Das bedeutet eine mittlere Belastung von 25-30 Einheiten für die gesamte Zukunft. Nun ergibt sich aus den Daten von Lave u. M., daß 1 Bq Cs-137/Liter bei 60 Mio Menschen 3600 Toten pro Jahr entspricht, die vorwiegend an indirekter Strahlungswirkung sterben.

Das heißt bei 25-30 solcher Einheiten also 90 000 bis 180 000, die im kommenden Jahrzehnt der Katastrophe auf indirekte Weise zum Opfer fallen, es ist also als Größenordnung 100 000 - 200 000 zu nennen.

Hinzu kommen im wesentlichen die teilweise um Jahrzehnte verzögerten Krebsopfer, die von Lave u. M. praktisch nicht erfaßt wurden.

Hierzu muß mensch zunächst aus den gemessenen Becquerel-Werten die Dosiswerte für die Bevölkerung abschätzen.

Die Strahlenschutzkommission (SSK) und prominente Befürworter der Atomenergie geben Werte für die Ganzkörperbelastung im Bereich 150-400 Millirem als gemittelte Werte für die BRD an. Wissenschaftler an der Universität Bremen (14) haben für Bremen 70 Millirem errechnet. Diese Werte wurden aus aktuellen Messungen von Cs 137 in Bremen gewonnen, die aufgrund der Erfahrungen aus dem Atombomben-Fallout für die nächsten Jahrzehnte hochgerechnet wurden.

Hamburger Wissenschaftler (12, 11) kommen für Schleswig-Holstein und Hamburg zu Werten um 65 Millirem für das erste Jahr, woraus etwa 160 Millirem für die nächsten Jahrzehnte folgen dürfte.

Da in Süddeutschland vielfach zehnmal höhere Mengen und mehr gemessen wurde, ist ein mittlerer Wert von 600 Millirem wohl etwa zutreffend. Das ist etwa halb so viel wie erste Schätzungen in (13) annahmen. Hieraus kann die Zahl der Krebsopfer berechnet werden, wobei wegen der chronischen relativ niedrigen Belastung wohl die Zahl von 7000 Toten pro Million Personen mal 1000 Millirem zu verwenden ist.

Das führt bei 150-400 Millirem, wie die SSK meint, bei 60 Millionen Menschen zu 60 000 - 170 000 Krebstoten. Die hier angenommenen 600 Millirem führen zu 250 000 Krebstoten in der BRD.

Diese Zahl wird auch von Wissenschaftlern, die der Atomenergie kritisch gegenüberstehen, als zu hoch angesehen. Es wäre mir natürlich nur zu lieb, wenn sie Recht hätten, ich fürchte aber, daß die optimistischeren Schätzungen vor allem auf mangelnder Kenntnis der internationalen Entwicklung, der Erfahrungen u.a. der Strahlenwirkung außer Krebs bewirken.

Schlußbemerkungen

Die Gesamtzahl der Opfer von Tschernobyl hat sich damit leider gegenüber der von mir früher abgeschätzten (13) nicht wesentlich geändert, wenn auch ihre zu erwartende zeitliche Verteilung. Aufgrund der Unsicherheiten in der Abschätzung der Dosis kann sie allerdings auch doppelt so hoch sein. Es gibt bereits qualitative und noch nicht bestätigte Berichte, daß in München eine erhöhte Infektionsanfälligkeit nach Tschernobyl beobachtet worden sei - es wäre von großem Interesse, solchen Hinweisen nachzugehen und eine möglichst umfassende Erhebung vorzunehmen. Das dürfte sich freilich schwierig gestalten, zum einen hat die weiterhin auf Atomenergie setzende Regierung kein Interesse an **solchen** Daten, andererseits stehen derartigen detaillierten Erhebungen ja auch berechtigte Datenschutz-Interessen der Menschen entgegen, die nach meiner Ansicht im Zweifel Vorrang gegenüber noch so interessanten statistischen Resultaten haben müssen. Gründe für die sofortige Stillegung aller Atomanlagen gibt es ja auch ohnedies genug.

Die obigen Überlegungen beruhen ja wesentlichen auf den Erfahrungen aus der Strahlenbelastung durch die Atombomben der 60er Jahre, sie setzen stillschweigend voraus, daß sich an der Lebensführung, insbesondere der Nahrungszusammensetzung, nichts ändert. Hier läßt sich in der Tat nicht allzuviel ändern - die radioaktive Verseuchung läßt sich nicht vermeiden oder umgehen, da mensch nicht vollständig seine Lebensmittel aus wenig belasteten Teilen der Erde besorgen kann und das im Interesse der Völker der Dritten Welt auch gar nicht richtig wäre. Aber es lassen sich doch die schlimmsten Spitzenwerte vermeiden, und insbesondere gilt das für Risikogruppen, wie kleine Kinder, werdende Mütter und Kranke. Für sie sollte eine möglichst strahlungsarme Nahrung durch richtige Gestaltung des Speisezettels auf Dauer organisiert werden. Voraussetzung ist natürlich die Kenntnis über die radioaktive Verseuchung, die von den Regierungen natürlich systematisch heruntergespielt oder ganz geleugnet wird. Um so wichtiger sind daher unabhängige Messungen von unabhängigen Labors. Sie können trotz beachtlicher Spendenbereitschaft vieler Menschen nicht flächendeckende Imformationen geben, sondern nur ungefähre Anhaltspunkte. Vor allem sollten derartige unabhängig gewonnene Meßdaten dazu verwendet werden, entsprechende umfassende Messungen und ihre Veröffentlichung von den staatlichen Stellen zu verlangen.

Die Messungen werden koordiniert von der Informationsstelle der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute, Horner Str. 28, 2800 Bremen 1, bei der mensch auch einen Informationsrundbrief abonnieren kann.

Halb so schlimm...? Wie andere rechnen

Zum Vergleich mit J. Scheer's Analyse haben wir einige Berechnungen und Zahlen zusammengestellt, die in den Monaten nach Tschernobyl veröffentlicht wurden.

Nicht gerade überraschend, kommt die *Strahlenshutzkommission* zu den geringsten Werten. Sie geht von einer durchschnittlichen Belastung (gesamte Lebenszeit) von 200 Milli-rem aus. Dies führe (laut Zwischenbericht vom 16.6.86) zu einem Anstieg der Krebssterblichkeit um zwei Promille sowie einem Anstieg der Genschäden um "einige Promille". Dem liegt die Annahme zugrunde, daß bei einer Belastung von 1 Rem auf 1 Million Menschen 100 zusätzliche Krebsfälle kommen, also bei 200 mrem und 60 Millionen Einwohnern in der BRD:
0,2 x 100 x 60 = 1.200 Krebstote.

Wie von Jens Scheer ausgeführt, müßte die Dosis-Wirkung-Beziehung selbst aufgrund gängigster Erkenntnisse zumindest um den Faktor 10 nach oben korrigiert werden (bei 1 Rem sterben von 1 Million Menschen 1.000 zusätzlich an Krebs). Auf dieser Basis errechnen einige Bremer Physiker in dem Buch *"Tschernobyl und die Folgen"* für Norddeutschland (Belastung 100 mrem) 3.000 Krebstote und für Süddeutschland (Belastung 600 mrem) 20.000 Krebstote. Zu ähnlichen Zahlen kommt das unabhängige *IFEU-Institut* Heidelberg in seiner Broschüre *"Die Folgen von Tschernobyl"*.

Der Amerikaner *Gofman* (10), ein "mutiger Pionier der wissenschaftlichen Kritik der Atomenergienutzung" (Scheer) geht für die BRD-Bevölkerung von einer mittleren Dosis von 200 mrem aus. Nach seinem Untersuchungen bedeutet 1 Rem auf 1 Mio. Menschen 3.000 bis 4.000 Krebsopfer, was zu einer Gesamtzahl von 40.000 Krebsopfer in der BRD durch Tschernobyl führen würde. Jens Scheer weist allerdings darauf hin, daß Gofman die Belastungsdosis von 200 mrem allein auf Cäsium-137 bezieht und den Beitrag des Strontium-90 unberücksichtigt läßt. Die Gesamtdosis sei damit mindestens doppelt so hoch.

Die **Gesamtzahl der Tschernobyl-Opfer weltweit** wird von *Gofman* mit 400.000 Krebstoten errechnet. Dies müßte nach dem Ansatz von Scheer zumindest verdoppelt werden.

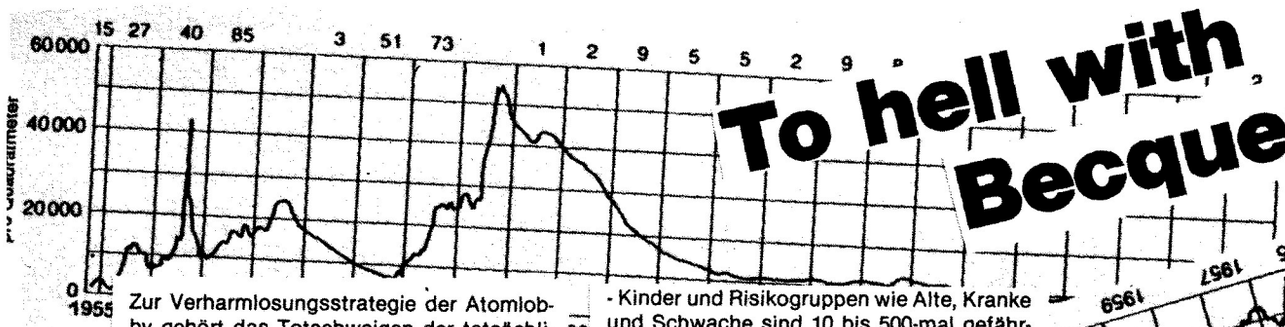
J. Bergmann (12) schätzt eine gesamte Bevölkerungsdosis weltweit mit rund 2000 Personen-Rem. Neueste amerikanische Schätzungen (13) ergeben 500 Millionen Personen-Rem allein durch Cäsium 137, also eine vergleichbare Gesamtbelastung.

Mit dem Dosis-Wirkungsfaktor von 7.000 Krebstoten pro 1 Million Personen-Rem erhält man eine Gesamtzahl von 14 Millionen Krebsopfern in den kommenden Jahrzehnten. Hinzu kommt vermutlich eine ähnliche Zahl von Todesopfern durch andere Erkrankungen als Krebs.

Literatur und Anmerkungen

1. Akiyama Radiation Research 93, 572, 1983
2. Stokke u.a. Acta Radiologica 7, 321, 1968
3. Mancuso, Stewart, Kneale, British Journal fo Industrial Medicine 38, 156, 1981
4. Waldren u.a., Genetics, 83, 4893,
   Ehling, Vortrag auf dem Symposium über Strahlenwirkung, Universität Bremen, 11.10.86
5. Ein Teil der Phänomene kann möglicherweise durch den von Petkau beschriebenen Effekt der Membranschädigung erklärt werden (Ref. 15) jedoch müßte auch nach weiteren Mechanismen geforscht werden.
6. A. Stewart, Vortrag auf einem Hearing des Abgeordnetenhauses des Staates Washington, Sept. 1986, und auf der Radiologiekonferenz in Pisa, ebenfalls Sept. 1986
7. Mehring, Protectio Vitae 1972: Vol. 2, S. 65; Vol. 6, S. 220
8. Lave u.a., Report W.P. 19-70-1
   Graduate School of Industrial Administration, Carnegie Mellon-University, Pittsburgh, July 1971.
   Es fällt auf, daß vorangehende Untersuchungen von Lave und Mitarbeitern über Korrelationen zwischen Sterblichkeitszahlen und allgemeiner Luftverschmutzung anstandslos gedruckt wurden, so z.B. Science 169, 723, 1970, daß aber die nachfolgende Arbeit von keiner Zeitschrift akzeptiert wurde, die unter den möglichen Ursachen auch die Radioaktivität herausarbeitete.
9. Summary of Vital Statistics, Department of Health, New York, 1983.
   Eine Untersuchung von Gould u.a. weist zudem auch Korrelationen mit den Emissionen von Atomanlagen auf (Industrial Waste and Public Health, J. Gould u.a., Public Data Access Inc. New York, Sept. 1986, preprint).
   Hierdurch werden die früheren vielfach umstrittenen Ergebnisse von Sternglass weitgehend bestätigt.
10. Gofman, Assessing Chernobyl's Cancer Consequences
    192. Natl. Meeting der American Chemical Society, Anaheim, Calif. 9. Sept. 86
11. Wriedt, Arbeitskreis Radioaktivität und Umwelt, Hamburg.
    Klagebegründung im Verwaltungsprozeß gegen das AKW Krümmel, 1986
12. Bergmann, Arbeitskreis Radioaktivität und Umwelt, Hamburg, persönliche Mitteilung. Mai 1986
13. J. Scheer, Beiträge zur Diskussion 51, Wieviel sterben in der BRD durch Tschernobyl, Uni Bremen, Juni 1986
14. H. Fischer u.a., Universität Bremen, Informationen zur Atomenergie und Umwelt, A 24
15. A. Petkau, Acta Phys. Scand. Suppl. 498, 81, 1981
16. International Radiation Protection Commission Publication 22; Bonka IAEA SR 36/74
17. E. Sternglass, U. of Pittsburgh, pers. Mitteilung
18. Oak Ridge Associated Universities und U. of North Carolina Reports 1984, publiziert durch Environmental Policy Institute, Washington D.C.

To hell with Becquerel



Zur Verharmlosungsstrategie der Atomlobby gehört das Totschweigen der tatsächlichen Belastung von Umwelt und Nahrung nach Tschernobyl. Fast nirgendwo ist auf kommunaler Ebene ein halbwegs sinniger Kontrolldienst eingerichtet, der regelmäßig Meßwerte veröffentlichen würde. Solche Messungen würden letztlich keinen Schutz vor der radioaktiven Belastung schaffen. Aber sie würden bei der Bevölkerung die Sensibilität für die Gefahren erhalten, die aus der Atomkraft erwachsen und würden den Verdrängungsprozeß nach Tschernobyl aufhalten. Genau das ist auch der Grund, warum solche Messungen nicht ausreichend gemacht und noch weniger veröffentlicht werden.

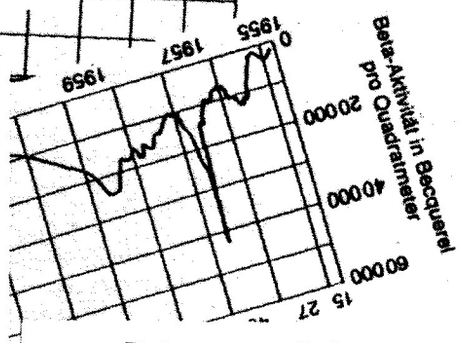
Verschiedene 'freie' Institute, die sich in der AGÖF (Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute) zusammengetan haben, versuchen, diesem Totschweigen entgegenzuwirken (siehe dazu auch die Schlußbemerkung des Artikels von Jens Scheer). Die Zahlen, die sie veröffentlichen beweisen: Es gibt nach wie vor eine hohe Belastung, die unsere Gesundheit gefährdet. Einige der Werte aus November-Messungen haben wir auf dieser Seite abgedruckt. Dabei haben wir uns auf die Spitzenwerte beschränkt; ein großer Teil der Meßwerte liegt unterhalb der hier veröffentlichten. Dennoch geben sie einen guten Aufschluß über unterschiedliche Belastungsgrade und sind Beweis für ein vorhandenes Gefahrenpotential.

Bei der Interpretation der Zahlen sollte mensch weiterhin beachten:

- Die gemessenen künstlichen radioaktiven Stoffe existieren erst seit 1945 (Hiroshima) auf dieser Erde. Erfaßt wurden lediglich die Nuklide Cäsium 134 und 137, obwohl mit Sicherheit davon auszugehen ist, daß auch Strontium, Plutonium etc. die Nahrung belasten.
- Zum Vergleich nennt die AGÖF die laut Strahlenschutzverordnung zulässige tägliche Belastung (Essen und Trinken) für beruflich Strahlenexponierte: Cäsium 134: 41,1; Cäsium 137: 73,97 Becquerel. Die grüne Verbraucherinitiative hält beispielsweise bei Milch eine Belastung von bis zu 15 Bq Cäsium pro Liter für (notwendigerweise) noch tolerierbar.
- Kinder und Risikogruppen wie Alte, Kranke und Schwache sind 10 bis 500-mal gefährdeter. Außerdem betonen alle Öko-Institute grundsätzlich, daß es keine Grenze der Gefährlichkeit für die Aufnahme von Radioaktivität gibt.

Entsprechend relativ sind alle praktischen Ernährungstips. die AGÖF erklärt dazu: "Es muß klar sein, daß Lebensmittel aus Gebieten und Ländern des heftigen ersten Fallouts (Bayern, Österreich etc.) zugunsten von Lebensmitteln aus weiter westlich gelegenen Ländern oder aus Ländern der Südhalbkugel gemieden werden sollten. (Da die Erde eine Kugel ist, haben diese Gebiete ca. 1000-fach verdünnten Tschernobyl-Fallout erhalten). Ohne Panschen und Etiketten-Schwindel ist dies vorerst der leider einzige Weg, um die Zufuhr radioaktiven Materials ohne Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln niedrig zu halten."

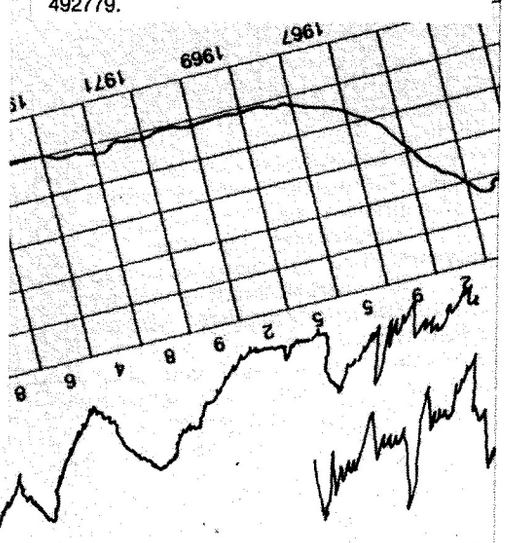
Eine solche Kennzeichnungspflicht verlangt beispielsweise eine Frankfurter Elterninitiative. Sie fordert eine Abschaffung der hohen EG-Normen (600 Bq/kg Cäsium für Erwachsene, 370 Bq für Kinder). Stattdessen sollte Nahrung mit einer höheren Belastung als 100 Bq/kg Cäsium 134/137 vom Handel ausgeschlossen werden; geringer belastete Nahrung soll entsprechend der Cäsium-Belastung gekennzeichnet werden. Für diese Forderung sammelt die Initiative Unterschriften. Listen können angefordert werden bei: "Elterninitiative Radioaktivität und Ernährung", Heidestr. 7, Frankfurt, Tel. 069-492779.

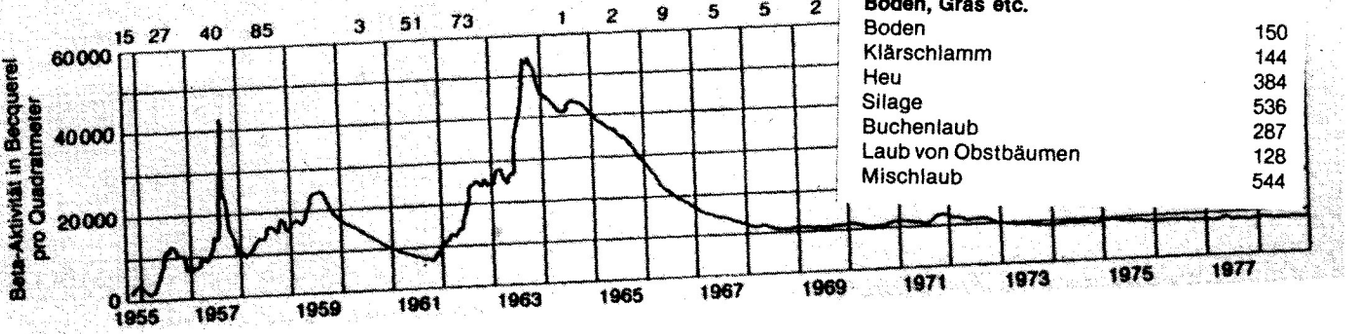


Belastungs-Spitzen

(laut Veröffentlichung der AGÖF v. 1.12.86 berücksichtigt wurden nur Spitzenwerte Alle Angaben in Bq/l oder Bq/kg Cäsium 134 und 137 zusammengefaßt)

Babynahrung	
Milchbrei Humana	11
Milchbrei Milupa	10
Alete Fruchtbrei	31
Brandt-Zwieback	9
Milch	
Vollmilch	16
Demeter-Vollmilch	83
Kondensmilch	80
Milchpulver	302
Kaffeemilchpulver	302
Joghurt	8
Schnittkäse	32
Demeter-Quark	64
Obst	
Demeter-Aprikosen	55
Demeter-Feigen	49
Apfel	25
(mit einem einsamen Spitzenwert von 101)	
Hagebutten	106
Johannisbeere	163
Heidelbeere (Tiefkühl)	10
Apfelsaft	16
Johannisbeersaft	57
Fleisch	
Rindfleisch	100
Kalbfleisch	48
Schaffleisch	594
Wild	255
Sonstiges	
Haselnüsse	599
(keineswegs nur importierte!)	
Mandeln	5
Walnuß	13
Honig	488
Pilze (Spessart)	5213
Boden, Gras etc.	
Boden	150
Klärschlamm	144
Heu	384
Silage	536
Buchenlaub	287
Laub von Obstbäumen	128
Mischlaub	544





Bundeskongreß

der »nach Tschernobyl«-Gruppen

Am 15./16.11.86 trafen Vertreter/innen von ca. 100 neuen Anti- Atom Gruppen aus dem ganzen Bundesgebiet zu einem ersten Bundeskongreß in Detmold zusammen.

Bereits das Auftaktplenum machte deutlich, wo die Differenzen innerhalb der neuen Gruppen liegen und das sie mindestens ebenso groß sind wie im Spektrum der „alten" Anti-AKW-Bewegung. Exemplarisch für diesen Konflikt waren die Ausführungen des Vereins „Eltern für unbelastete Nahrung, die einerseits auf großes Interesse und gleichzeitig auf Widerspruch stießen. Der Verein hat allein in Schleswig Holstein ca. 1500 Mitglieder/innen, er sieht seine Hauptaufgabe darin, die Werte der von ihm gemessenen Lebensmittel an seine Mitglieder/innen zu verbreiten, damit diese ihre Kinder und sich individuell strahlenfreier ernähren können. Politische Aktionen, mit denen eine grundsätzliche Änderung der Strahlenbelastung von Lebensmitteln erreicht werden könnte, die auch weniger bewußten Menschen und ihren Kindern zugute käme, werden nicht angestrebt. Diese Darstellung rief den Unmut einer Vertreterin von EKLAT hervor, die meinte, so erhalte die „neue Bewegung" den Anstrich eines Zusammenschlusses von Selbsthilfegruppen, der politische Aspekt und die Beteiligung anderer (Nicht- Mütter-) Gruppen gerate in den Hintergrund.

Ähnliche Differenzen traten bei der Zusammenstellung möglicher Aktionen auf. Die vorgeschlagenen Mahnwachen, verkleidete Frauen u.ä. Spektakel waren für manche Anwesenden eine völlig neue Entdeckung, eine Vertreterin aus Hamburg bemerkte dazu verwundert:„Das ist Schnee von gestern für uns, das haben wir kurz nach Tschernobyl gemacht.

Einig war mensch sich über die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen. Die Einladende Detmolder Initiative hatte dazu ein Papier vorgelegt, in dem es hieß:*„Unser Ziel, die sofortige Stillegung aller Atomanlagen, können wir nur erreichen, wenn wir uns nicht spalten oder von irgendeiner Partei vereinnahmen lassen, und es uns dadurch gelingt, enormen wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Betreiber auszuüben...Der Widerstand entwickelt dann Stärke, wenn es uns gelingt, selbst die Vielfalt der verschiedensten Formen als Ausdruck unseres gemeinsamen Kampfes zu erfahren und dies Einheit nach außen deutlich zu machen".*

Bei diesem Spektrum gibt es Anknüpfungspunkte an die „alte" Bewegung. Für den größten Teil der Anwesenden hatte die zu tolerierende „Vielfalt" dann ein Ende, wenn sie nicht eindeutig sich zur „Gewaltfreiheit"bekannte, hier bestimmten eher tiefe Gräben als Gemeinsamkeiten das Bild. Die Differenzen waren nicht nur politischer Natur, sie begannen bei manchen schon bei den „Kulturschranken" und Lebensart. Da prallten die Vorurteile aufgewachter CDU-Wählerinnen über „Alt-Aktivisten" und Friedensbewegte (kaputte Autos, verunkrautete Vorgärten und schmuddelige Kleidung) hart auf die neue Wirklichkeit.

Ein Problem haben „neue" und „alte" Bewegung gemeinsam - die fehlende Koordinationsstelle. Das Bedürfnis danach war groß und es entstand allgemeine Ratlosigkeit, als mensch nach der Debatte über die Wichtigkeit der Vernetzung feststellen mußte, daß keine Gruppe auf die Übernahme einer solchen Arbeit vorbereitet war. Die Münchner Gruppe „Mütter gegen Atomkraft" hatten bereits im Vorfeld einen 500 Adressen umfassenden Verteiler zusammengestellt. Die Koordination wurde jetzt nur vorläufig festgelegt, bis zum nächsten Kongreß im Mai 87 in Kassel, soll die Einrichtung eines zentralen Büros geklärt werden.

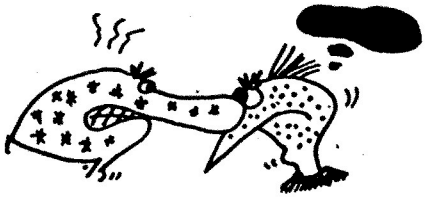
In den Arbeitsgruppen des Kongresses wurden vorrangig gemeinsame Forderungen und Ziele festgelegt. So entwickelte die AG Ernährungsbelastung Forderungen nach lückenlosen Lebensmittelkontrollen, Grenzwertfestlegung in Orientierung an der Gesundheit des ungeborenen Kindes, Neuzusammensetzung der Strahlenschutzkommission unter Berücksichtigung von Eltern- und Umweltschutzorganisationen sowie die Ablehnung des Wallmannschen „Strahlenschutzvorsorgegesetzes". Die AG Energiewende erhob Forderungen nach Dezentralisierung der Energieversorgung, vermehrter Erforschung und Anwendung alternativer und regenerativer Energiequellen.

Zentrale bundesweite Aktionen standen nicht zur Debatte aus der Einschätzung heraus, daß Eltern aus zeitlichen und organisatiorischen Gründen ohnehin nicht daran teilnehmen. Ein Festlegung auf gemeinsame, **dezentrale** Aktionen wurde von der Mehrheit der Teilnehmer/innen befürwortet, dennoch setzte sich mehrheitlich die Position durch, daß Plenum könne keine für die Initiativen verbindlichen Beschlüsse fassen. Die beschlossenen Aktionen wurden daher nur als „Empfehlungen" begriffen.

- So soll der erste Samstag im Monat allgemeiner Widerstandssamstag werden.
- Der Tschernobyl „Jahrestag" am 26.4.87 wird zum allgemeinern Widerstandstag erklärt.
- Am Tag der Bundestagswahl sollen vor allen Wahllokalen „Info - Stände" für einen Volkentscheid errichtet werden. Darüberhinaus werden Mahnwachen, Mahnspektakel und ein „Frauenverweigerungstag am 27.4.87 „empfohlen".

Kontakt und Aufnahme in den Adressenverteiler „neuer" Gruppen:
Anne Matz, Neideckstr. 6, 8 Müchen 16

Unterschiedliche Gesichtspunkte



sind in **päd. extra** nichts Ungewöhnliches

Jeden Monat neu:

- **Schwerpunktthema** auf 16 Seiten
- **Alternative Bekanntmachungen** außerschulischer Initiativen im Bildungsbereich
- **praxismarkt** mit Unterrichtsideen und -einheiten
- 5 Seiten **Markt** mit Terminen, Angeboten und Gesuchen
- und Berichte, Kommentare, Meinungen ...

Themen in päd. extra:
Verkehrspädagogik – Jugend 1945-62 – Berufspraktikum – Rückwanderer-Kinder – Politische Bildung – Theater-Pädagogik – Schule ins Museum – Kinderläden.

Probehefte zu bestellen bei:
extra Verlags GmbH
Langgasse 24
6200 Wiesbaden

Brokdorf
Wackersdorf
'86

Waffenlose Polizei

Todesschüsse '85

Musterentwurf März '86

CS-Gas

Bürgerrechte & Polizei

Cilip 24
Nr. 2/1986
Preis 9,-DM

Weitere Themen:
-Sonderfahnder gegen Ausländer
-Waffenlose Polizei?
-Polizeigesetze Hamburg/Hessen
-PDV 100 f. Führung & Einsatz
-Polizeiübergriffe gegen P-Beamte

Buchhandelsbestellungen an die Redaktion:
Bürgerrechte und Polizei
FU Berlin
Malteserstr. 74-100,
1000 Berlin 46
Tel 030-7792-214 462

Einzelbestellungen Abos an
Kirschkern-Buchversand
Lietzenburgerstr 99
1000 Berlin 15
Tel. 030-8832553

Preis Einzelheft: DM 9 p.V. – Jahresabo (3 Hefte).
Personen: DM 21 p.V. Institutionen: DM 40 p.V

Herausgeber: H. Busch, K. Dieckmann, U. Kauss, C. Kunze, W.-D. Narr, F. Werkentin

Wildcat

Ende November erscheint Nr.40 der Wildcat/Karlsruher Stadtzeitung

Aus dem Inhalt:

Arbeitslose ohne Bewegung – Bewegung aufm "Arbeitsmarkt"?
* BRD * Italien * Frauenarbeit

Frankfurter Geschichte Teil II: Repression, Reformismus, Bewaffneter Kampf

Wapping/England: noch n Abwehrkampf ?

Silicon Valley/USA: Arbeit in der Elektronik-Industrie

Walter Alasia, die Mailänder Kolonne der Roten Brigaden (Buchvorstellung)

Ab sofort: dieses Buch und "Like a Summer with a thousand Julys" (über die Revolten in England '81) können über uns bezogen werden (je Buch 8.- Mark incl. Porto und Verpackung)

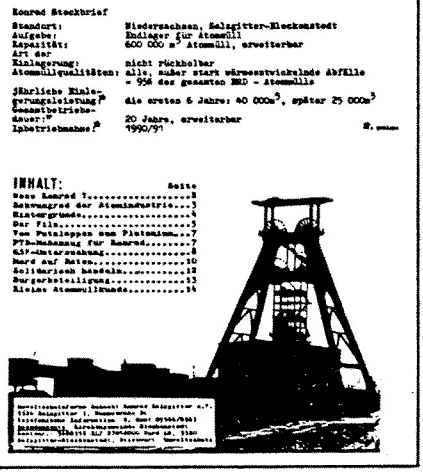
Das Einzelheft kostet 3,30 DM, das Abo 10 Mark für 4 Nummern; Förder-Abos ab 20 DM (alles einschließlich Porto und Verpackung). Bestellung durch Überweisen auf Konto-Nr. 1257 03-755 Postgiro Klrh. Die Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden.

Karlsruher Stadtzeitung
Postfach 36 44 7500 Karlsruhe
Tel.: 0721/85 64 61

So ist das mit SCHACHT KONRAD

Eine Information der Bürgerinitiativen

OKTOBER 1986 1 DM



INHALT:

Was kommt ?.....2
Entwicklung der Atomindustrie...3
Hintergründe.....4
Der Filz.....5
Von Pulverfässern zum Plutoniumb...7
PTB-Bedenken für Konrad.....7
ASF-Unterzeichnung.....8
Kampf auf Asse.....10
Solidarisch handeln.....12
Bürgerbeteiligung.....13
Kleines Atommüllwunder.....14

NEU-aktualisierte Kompakt-Info
14 Seiten; 1 DM, ab 10 -,60 DM
Zu beziehen bei:
Werner Gent, Buchenwall 6,
3325 Lengede; Tel.: 05344/6563

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Wochenzeitung und Mitteilungsblatt

Wir bieten

- Aktuelle Informationen aus allen Bereichen der Ökologie- und Friedenspolitik
- Berichte über die Arbeit von Parteigremien und Fraktionen der Grünen
- Unabhängige Analysen der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Entwicklung aus ökologisch-pazifistischer Sicht.
- Kommentare, die weder von den Werbeabteilungen der Großindustrie noch den Propagandazentralen der Supermächte gesteuert werden.

Wir suchen

- Leser, die sich von den etablierten Medien nicht länger manipulieren lassen wollen
- Leser, die wissen wollen, wo und wie sie sich engagieren können, um ökologische, soziale und politische Fehlentwicklungen zu verhindern.
- Leser, die wissen, daß die Unterstützung einer Parteizeitung ein wichtiges Stück Medienpolitik gegen die Kabelfernseh-Gleichschaltung ist
- Leser, die wissen wollen, was die Grünen und alternativen Basisbewegungen eigentlich machen.

Die Medien der anderen haben Millionen – damit propagieren sie die Ausbeutung der Erde und bereiten den Atomkrieg vor.

Wir vertreten die alternative Politik der Überlebensutopie – mit Informationen, Aufklärung und Kritik

Abtrennen und einsenden an:
Verlag DIE GRÜNEN, Postfach 20 24 22, 8000 München 2

○ Bitte senden Sie mir das kostenlose, vierwöchige Probeabonnement

○ Bitte informieren Sie mich über Patenschafts-, Förder- und Geschenkabonnements.

○ Ich abonniere ab sofort die Wochenzeitung DIE GRÜNEN zum Preis von DM 6.– monatlich (Kündigung: vier Wochen zum Quartalsende, schriftlich).

Zutreffendes bitte ankreuzen

Anschrift: _____

_____

_____ :

Ich bin damit einverstanden, daß die Abo-Gebühren vierteljährlich von meinem

Konto Nr. _____ bei der (Bank oder Sparkasse) _____

BLZ _____ abgebucht werden.

○ ja ○ nein (Zutreffendes bitte ankreuzen)

_____

Datum und Unterschrift

DIE GRÜNEN

Ökologisch ● sozial ● basisdemokratisch ● gewaltfrei

Unser Tip zur Wahl:

Collection Laka foundation
www.laka.org
Digitized 2016